



Landtag von Baden-Württemberg

17. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 30. Januar 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 19:08 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 833

Zustimmung zur Berufung eines Mitglieds in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung 833

Begrüßung des Befehlshabers im Wehrbereich IV, Herrn Generalmajor Kersten Lahl 883

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03)**

a) Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/652 833

Abg. Oettinger CDU 833, 871

Abg. Drexler SPD 838, 864, 875

Abg. Pfister FDP/DVP 843

Abg. Dr. Salomon GRÜNE 847, 869

Ministerpräsident Teufel 850

Beschluss 875

b) Einzelplan 03: Innenministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/653 876

Abg. Heinz CDU 876

Abg. Rosa Grünstein SPD 878

Abg. Theurer FDP/DVP 881

Abg. Oelmayer GRÜNE 883

Abg. Blenke CDU 885

Minister Dr. Schäuble 886

Beschluss 889

c) Einzelplan 09: Sozialministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/659 891

Abg. Alfred Haas CDU 891

Abg. Ursula Haußmann SPD 894

Abg. Dr. Noll FDP/DVP 896

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE 899

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU 902

Abg. Marianne Wonnay SPD 904

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 906

Abg. Dr. Lasotta CDU 907

Minister Dr. Repnik 908

Beschluss 913

Abg. Marianne Wonnay SPD (zur Geschäftsordnung) 914

d) Einzelplan 05: Justizministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/655 916

Abg. Dr. Reinhart CDU 916

Abg. Bebber SPD 917

Abg. Theurer FDP/DVP 918

Abg. Oelmayer GRÜNE 920

Abg. Zimmermann CDU 921

Minister Dr. Goll 922

Beschluss 927

Nächste Sitzung 927

Protokoll

über die 17. Sitzung vom 30. Januar 2002

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 17. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet sind heute die Herren Abg. Dr. Glück und Wacker.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle.

Meine Damen und Herren, das Staatsministerium hat mit Schreiben vom 21. Dezember 2001 mitgeteilt, dass Herr Oliver Moses aus dem Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung ausscheiden wird, da er seinen Rücktritt als Vorsitzender des Landesjugendrings erklärt hat.

Als Vertreter hat der Vorstand des Landesjugendrings Herrn Berthold Frieß, Evangelisches Jugendwerk in Württemberg, benannt. Herr Ministerpräsident Teufel beabsichtigt, Herrn Frieß für die Dauer der 13. Legislaturperiode in das Kuratorium zu berufen, und bittet den Landtag um das erforderliche Einvernehmen. Ich gehe davon aus, dass Sie der Berufung von Herrn Frieß in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung zustimmen. – Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 21. Dezember 2001, Az.: GR 3/01 – Wahlprüfungsbeschwerde des Herrn Professor Dr.-Ing. Otto F. Hagena aus Eggenstein-Leopoldshafen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 28. Dezember 2001, Az.: GR 4/01 – Wahlprüfungsbeschwerde des Herrn Hans-Joachim Zimmer aus Kirchheim unter Teck

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Dezember 2001, Az.: 2 BvE 2/01 – Organstreitverfahren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-Mitglieder im Parteispendenuntersuchungsausschuss gegen den Parteispendenuntersuchungsausschuss wegen Beweiserhebung

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Januar 2002, Az.: 2 BvK 1/01 – Organstreitverfahren der Landesregierung Schleswig-Holstein gegen Mitglieder des Bildungsausschusses des Landtags Schleswig-Holstein wegen Aktenvorlage

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

5. Antrag des Finanzministeriums – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2000 – Drucksache 13/676

Überweisung an den Finanzausschuss

*

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03)

Ich rufe zunächst **Buchstabe a** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/652

Berichterstatte r: Abg. Junginger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium – eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten. Innerhalb der Gesamtredezeit – das gilt für die Beratungen aller Einzelpläne heute und in den nächsten Tagen – sind sowohl die allgemeinen Ausführungen zum Einzelplan, zu den Kapiteln und Titeln zu machen als auch die Änderungs- und Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

Ich frage den Berichterstatte r, Herrn Abg. Junginger, ob er das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall.

Dann treten wir in die Allgemeine Aussprache ein. Ich erteile Herrn Abg. Oettinger das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die heutige Debatte zum Landeshaushalt und damit diese Plenarsitzung finden zum Auftakt des Jubiläumsjahrs unseres Landes statt: 50 Jahre Baden-Württemberg.

(Oettinger)

Dieser Haushalt, seine vielfältigen Zwecke und Ziele stellen eine entscheidende Verbindung zur Bevölkerung dar: zu Kommunen, Kammern, Kirchen, Verbänden, Vereinen, demokratischen Parteien, Arbeitnehmern, Unternehmern, zur Bürgerschaft insgesamt.

Indem wir auf 50 Jahre Baden-Württemberg zurückblicken und auf ein Arbeits- und Jubiläumsjahr schauen, stellen wir voller Respekt fest: Unsere Bevölkerung bekennt sich zum Land, unsere Verbände, Vereine, Kammern und Kirchen sind stolz auf das, was aufgebaut worden ist, Baden-Württemberg arbeitet und feiert, und dieser Haushalt ist ein Zeichen dafür, dass Baden-Württemberg mit seinen Bürgern gut in die Zukunft geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Das sagen Sie mit einer solch traurigen Miene!)

Die letzten Tage waren von der Arbeit im Finanzausschuss geprägt. Ich will als einer, der nicht dem Finanzausschuss angehört, meinen Respekt bekunden für die umfassende Bearbeitung des Etats: allen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, dem Vorsitzenden Moser für eine sachkundige und objektive Leitung und den Regierungsmitgliedern sowie den Beamten im Finanzministerium für eine sachkundige Beratung und Beantwortung von Fragen. Wir haben eine gute Vorarbeit geleistet. Der Haushalt, der Doppelhaushalt 2002/03, ist auf der Zielgeraden, ist auf einer klaren Linie, ist auf gutem Niveau.

Dabei stehen Schwerpunkte der Landespolitik – bewährte und neue, dauerhafte und aktuelle – im Mittelpunkt, von denen ich hier fünf nennen will.

Erstens: Immer mehr geraten das Betreuungsangebot, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die Aufgabe, Familien zu helfen, zu entlasten, zu begleiten, die Dienstleistungen von Kommunen, freien Trägern und auch des Landes in den Blickpunkt. Wir setzen einen Schwerpunkt in der Betreuung unserer Kleinsten und Kleinen in Baden-Württemberg, und wir bauen ein maßgeschneidertes Konzept auf und aus, das aus verschiedenen Bausteinen und Stichworten besteht.

Die altersgemischten Gruppen sollen mit dem Doppelhaushalt 1 500 neue Plätze erhalten, die Kinderkrippen in Baden-Württemberg sollen 500 neue Plätze erhalten, und die Tagesmuttereinrichtungen – bewährte Einrichtungen in unserem Land – sollen mit 800 neuen Plätzen ebenfalls dafür sorgen, dass entsprechend dem Bedarf und ohne Ideologie durch Kommunen und Land für Familien und Alleinerziehende Entlastung und Partnerschaft durch mehr Betreuung in Baden-Württemberg angeboten werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nun sagt die Fraktion GRÜNE, wir machten eine familienfeindliche Finanzpolitik. Natürlich ist manche Kürzung und Deckelung auf dem Prüfstand gewesen, da man die Neuverschuldung senken will. Aber dieser Haushalt macht deutlich, dass Kinder und Jugendliche, dass Betreuung und Bildung in Baden-Württemberg Vorrang haben und dass die Familien in Baden-Württemberg einen guten Partner in

der Regierung und im Parlament finden – aber nicht das, was gestern von den Grünen unwahr ausgesagt worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war der wund Punkt!)

Das Konzept der SPD ist von zwei Unterschieden geprägt. Zum einen sagen Sie „Mehr, mehr!“, sagen aber nicht, wie das zu finanzieren ist.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Sie sagen die Unwahrheit!)

Zum anderen kommen in Ihrem Betreuungskonzept, Herr Kollege Drexler, die Tagesmütter nicht vor. Was für ein Unterschied! Ich glaube, dass nicht nur Staat und Stadt, sondern auch Private Kinderbetreuung organisieren können und dass manche Mutter und Tagesmutter dies genauso gut wie eine Fachkraft kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist Ideologie bei den Sozialdemokraten!)

Deswegen: Die Vielfalt zählt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

die Ausrichtung nach dem konkreten örtlichen Bedarf. Wir glauben, dass das Betreuungskonzept von CDU und FDP/DVP, von Frau Ministerin Schavan und Herrn Minister Repnik richtig in die Zukunft weist und die ideale Partnerschaft für die Kleinsten und Kleinen in Baden-Württemberg bedeutet.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Die Bildung bleibt unser Schwerpunkt. Mit 1 790 zusätzlichen Lehrerstellen im September dieses Jahres und über 1 200 im nächsten Jahr sorgen wir dafür, dass unsere Schule trotz steigender Kinderzahlen, trotz des Ausbaus der Angebote und trotz Englisch- und Französischunterrichts in der Grundschule verlässlich bleibt, dass ihre Bildungsinhalte wichtig und richtig bleiben und dass die Schule in Baden-Württemberg den jungen Menschen ein gutes Angebot auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben und in den Arbeitsmarkt von morgen macht. Bildungspolitik bleibt der Schwerpunkt im Land Baden-Württemberg schlechthin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ende 2001 lief der Solidarpakt mit den Hochschulen in Baden-Württemberg aus. Die ersten fünf Jahre liegen hinter uns. Deswegen haben wir im Zuge der Haushaltsberatungen auch geprüft, ob der Solidarpakt, der die Option für eine Verlängerung um weitere fünf Jahre enthielt, verlängert werden soll. Ich glaube, dass der Solidarpakt mit den Hochschulen eine faire Partnerschaft für beide Seiten bedeutet, für die Hochschul- und Finanzpolitik von unserer Seite und für die Hochschulen vor Ort: eine klassische Win-win-Situation. Wir sind davon überzeugt, dass eine verlässliche mittelfristige Planung den Hochschulen hilft. Umgekehrt sind jetzt, bei langsam ansteigenden Studierendenzahlen, die verlässlichen Kosten auch ein Gewinn für

(Oettinger)

den Haushalt, die Struktur des Landes und die Finanzpolitik. Wir halten ausdrücklich an dem Solidarpakt mit den Hochschulen und an einer klaren, verlässlichen Linie in den Zahlen im Doppelhaushalt des Wissenschaftsministeriums fest.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Und zwar für alle Hochschulen!)

Bei dem langjährigen und bewährten Schwerpunkt „Innere Sicherheit“ setzen wir mit dem vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts einen aktuellen Akzent. Das Antiterrorprogramm wird umgesetzt. Wir reagieren darauf, dass neue Formen des Verbrechens und neue Gefahren gerade nach dem 11. September 2001 auch in Europa tendenziell möglich sind. Deshalb sollte jedes Land, das eine wehrhafte Demokratie ist, Baden-Württemberg an der Spitze, dafür sorgen, dass mit Hilfe der Sicherheitspolitik auch modernen Verbrechensformen bestmöglich vorgebeugt werden kann.

Rund 200 Polizeianwärterstellen – 24 im März und 170 im September – werden eingerichtet, auch für Spezialisten beim LKA und bei den Polizeidirektionen im Land. Für die Abgeltung der Mehrarbeit sind im Haushalt 3 Millionen € vorgesehen. Verbessert werden Technik und Ausstattung, Abhörtechnik und Fuhrpark. Die Polizei in Baden-Württemberg ist und bleibt ein Schwerpunkt der Politik, und das Antiterrorprogramm ist im Grunde genommen die notwendige, aktuelle Ergänzung dazu.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

So weit zu Betreuung, Schule, Hochschule und zur inneren Sicherheit.

Als fünfter Schwerpunkt sei die Infrastruktur genannt. Baden-Württemberg ist ein Land, das von exportorientierter Wirtschaft, von Mobilität, von Außenhandelsfähigkeit lebt. Deswegen sind der Straßenbau und der Schienenbau genauso wichtig, wie der Bau der Landesmesse und der Bau von Regionalmessen für Baden-Württemberg von Bedeutung sind. Alldem werden wir gerecht. Der Landesstraßenbau kommt auf ein Niveau, das dem Generalverkehrsplan entspricht und das in den letzten Jahrzehnten nicht mehr in jedem Jahr möglich und üblich war.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Fünfmal 51 Millionen € im L-Bank-Programm neu, das Sonderprogramm fortgeführt, die Haushaltsmittel erhöht: Wir sind auf einem Niveau für Ausbau, Erhaltung und Neubau, das gewährleistet, dass der Landesstraßenbau für die Wirtschaft eine Stütze, eine Stärkung des Standorts darstellt. Dadurch kann die Entwicklung bei neuen Straßen in den nächsten Jahren deutlich verbessert werden. Dies wird in den nächsten Jahren zugunsten der Bürger, der Kommunen und der Wirtschaft in die richtige Richtung führen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Lieber Kollege Salomon, bei vielen Fragen besteht zwischen uns gar kein zentraler Unterschied; aber hier sind die Grünen auf einem diametral anderen Weg.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Auf einem Irrweg!)

Sie haben im Finanzausschuss einen Frontalangriff auf den Straßenbau in Baden-Württemberg geplant: Sonderprogramm reduzieren, L-Bank-Programm streichen, Planungsmittel kürzen. Sie müssen schon einmal erklären, ob die Grünen des Jahres 2002 noch dieselben sind, ob die Salomon-Fraktion dieselbe ist, die in den Achtzigerjahren gegen Auto und Straße generell waren, oder ob hier von Ihnen im Grunde genommen ein Konzept beantragt worden ist, das gegen den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist, das schädlich für unser Land Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit dem Doppelhaushalt kommen wir in der Messekonzeption voran. Die Schuldendiensthilfe für den Flughafen läuft aus. Die Schuldendiensthilfe Flughafen (alt) wird für die Landesmesse umgeklappt. Die Finanzierungsmittel des Landes stehen für die Messe auf den Fildern in den nächsten sechs bis acht Jahren bereit, und die Kostenberechnung ist jetzt konkret. Natürlich kann man kritisieren, dass da eine Kostensteigerung von 50 % enthalten ist. Aber die 1 000 Millionen DM damals waren ein gegriffener, ein erster Wert. Erst jetzt – nach Planung, nach Wettbewerb, nach konkreter Erschließung, nach all dem, was notwendig war – kann gesagt werden, was das Ganze kosten wird. Trotzdem ist die Landesmesse jeden Euro für die Zukunft Baden-Württembergs wert.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir bekennen uns zu diesen Ausgaben und Mehrausgaben, weil Messe eine öffentliche Aufgabe ist und bleibt und der Infrastruktur des Außenhandelsstandorts Baden-Württemberg hervorragend entspricht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Der Beifall könnte auf meiner Seite etwas stärker sein.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Wir können Sie ja ein bisschen unterstützen, wenn er nicht ausreicht, aber nur bei einem anderen Thema! – Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: La Ola! – Abg. Drexler SPD: Er hat ja jetzt gar nichts gesagt!)

Allerdings erwarten wir von der Messegesellschaft, von Land, Region und Stadt, dass der jetzt genannte Kostenrahmen eingehalten wird, dass die Kostenprognose 2002 nicht im Zuge der Realisierung übertroffen wird,

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

sondern die endgültige Ausgabe am Ende bei der Bauübernahme sein muss.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: La Ola!)

(Oettinger)

Wer im Zentrum des Landes eine Landesmesse baut, muss auch Partner für die Kommunen und Träger der Regionalmessen sein.

(Abg. Fischer SPD: Aha!)

Mit unserer eindeutigen Aussage, mit dem Bekenntnis zur Koförderung der Regionalmessen in Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Friedrichshafen, Sinsheim und Sindelfingen, an all den Orten, die in Baden-Württemberg regional relevant für die Messebranche sind, ist das Land Baden-Württemberg in Zukunft mit mindestens 15 % bei der Kofinanzierung und Förderung dabei.

(Abg. Drexler SPD: Mit 10 %!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man diese Schwerpunkte, einen Haushalt voller Dynamik und Bewegung, einen Haushalt, der in die Zukunft führt, sieht, dann muss man sich fragen, wie Sie, Herr Kollege Drexler, sich zu einer Prognose versteigen können, die wörtlich heißt: „Die Landesregierung“ – so Drexler – „hat einen Haushalt der verpassten Chancen vorgelegt.“

(Abg. Drexler SPD: Ja, richtig!)

Es sei ein glatter Fehlstart für die Zukunft unseres Landes.

(Abg. Drexler SPD: Richtig! – Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Und vor wenigen Tagen setzen Sie noch einen drauf und behaupten frech: „In Baden-Württemberg findet keine Politik mehr statt.“

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Haben Sie eigentlich nicht in den Haushalt geschaut?

(Abg. Drexler SPD: Doch!)

Sind 5 500 neue Lehrer, 3 000 jetzt, ein Schritt nach vorn? Sind die Hochschulen in Baden-Württemberg auf höchstem Qualitätsniveau? Sind die Landesstraßen, die für unser Land neu gebaut werden,

(Abg. Drexler SPD: Wenn sie neu gebaut werden!)

ist die Messe in Stuttgart, sind die Regionalmessen draußen, ist die innere Sicherheit, ist nicht alles in Baden-Württemberg in Bewegung nach vorn? Machen wir nicht genau die Politik, die der Bürger braucht? Ist Baden-Württemberg im Ländervergleich in Deutschland und Europa nicht auf dem besten Weg?

(Abg. Drexler SPD: Bei der Kinderbetreuung nicht!)

Ich glaube, Sie leben in Ihrer Betrachtung nicht dort, wo die Mehrzahl der Bürger Baden-Württembergs leben und gerne in die Zukunft gehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und dem, der noch vor wenigen Wochen gefragt hat: „Was macht die Mifri?“, kann ich sagen: Auch die mittelfristige Finanzplanung liegt vor und weist einen Weg, der im

Grunde genommen diesem Land entspricht: weniger Schulden und das Ziel der Nettonullneuerschuldung 2006.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aber kein Wort über das Wie!)

Wir halten an diesem Weg unbedingt fest. Unsere Verschuldungstranchen sind: 1 018 Millionen € im Jahr 2002, 885 Millionen € im Jahr 2003, 350 bis maximal 650 Millionen € im Jahr 2004, 300 bis 600 Millionen € im Jahr 2005. Damit haben wir die Chance, dass Baden-Württemberg in den nächsten Jahren bei den besten Ländern bleibt, mit den ersten Ländern einen Haushalt ohne neue Schulden aufstellt und seine Ausgaben aus Einnahmen und nicht aus der Kreditwirtschaft finanziert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ungedeckte Zahlen!)

Baden-Württemberg legt eine mittelfristige Finanzplanung vor, die seriös, zeitgerecht und zukunftsfähig ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oje!)

Aber klar ist, dass dies nicht allein von unserem Land abhängt. Es ist die Volkswirtschaft, die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland generell gefragt. Die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg ist noch deutlich besser als im Bund. Aber auch bei uns stagnieren die Nettoeinnahmen und steigt der Beitrag in den Länderfinanzausgleich. Das ist der einzige Punkt, den ich der Bundesregierung hier konkret mit Haushaltszahlen vorhalten will.

Hat der Haushalt des Jahres 2001 noch ein Soll bei den Nettoeinnahmen in Höhe von 30,83 Milliarden DM vorgegeben, hat die letzte Novembersteuerschätzung uns noch 30,58 Milliarden DM vorhergesagt, bringt der Abschluss des Jahres 2001 nur 30,24 Milliarden DM. Das heißt, wir verfehlen den Wert der Novembersteuerschätzung und den Wert, der eingestellt worden ist. Trotz der netto geringeren Steuereinnahmen steigen die Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich auf den höchsten Wert, auf weit über 4,5 Milliarden DM. Woran liegt denn dies? Das liegt daran, dass die Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg trotz Stagnation, trotz Rezession deutlich besser ist als im Bundesdurchschnitt und damit im Grunde genommen Baden-Württemberg darunter leidet, dass eine falsche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Berlin Deutschland zum Schlusslicht Europas gemacht hat und sich Baden-Württemberg aus eigener Kraft davon nicht völlig entfernen kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Heute fällt vielleicht in Brüssel die Entscheidung: blauer Brief;

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Deutschland unter verschärfter Beobachtung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Falsch!)

Und es ist schon tragisch und dramatisch, dass Deutschland bei zwei Faktoren in Europa Schlusslicht ist: Wir haben im

(Oettinger)

Jahr 2001 die meisten neuen Schulden gemacht, der Bund voran, auch andere Bundesländer voran. Wir haben 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts als neue Schulden im Jahr 2001. Schlusslicht, die meisten Schulden; acht Länder kommen ohne neue Schulden aus, Baden-Württemberg braucht zusammen mit Bayern die wenigsten neuen Schulden. Deutschland ist auf dem letzten Platz.

Parallel dazu sollte man ja meinen, dass der, der Schulden macht, investiert und dass daraus Wirtschaftswachstum entsteht. Pfeifendeckel! Wir sind auch Schlusslicht, wenn es um das Wirtschaftswachstum geht: 0,6 % im letzten Jahr, 0,6 bis 0,7 % ist die Prognose für dieses Jahr. Baden-Württemberg ist deutlich über dem Bundesdurchschnitt; aber der Bund ist in Europa hinten. Dies ist im Grunde die Crux, die auf dem Arbeitsmarkt, bei den Kommunen, bei den öffentlichen Kassen in der Perspektive, was investiert werden kann, Politik in Land und Bund nur noch schwer oder gar nicht mehr möglich macht. Dies hat zentral mit der falschen Politik der Bundesregierung – mit einer scheinbar ruhigen Hand, aber in Wahrheit mit Ratlosigkeit der Schröder-Regierung von Rot und Grün – zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ihre Reformen weisen in die falsche Richtung. Wenn man in den Neunzigerjahren, durchaus noch während der alten Regierung von CDU/CSU und FDP, von Reformstau sprechen konnte, als manches Thema nicht mehr angepackt worden ist, muss man heute sagen: Sie packen es an und gehen in die falsche Richtung, das heißt, Sie machen das Gegenteil dessen, was richtig ist:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Genau!)

Statt Deregulierung und mehr Marktwirtschaft mehr Regulierung und Ideologie, Kündigungsschutz bei Kleinbetrieben verschärft, Reform der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zurückgenommen, Sozialversicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte eingeführt, unpraktikable Regelungen bei der Selbstständigkeit,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist das jetzt Ihre 99er Rede?)

Mitbestimmung ausgedehnt. Richtig wäre: Kündigungsschutz lockern, Beschäftigten und Arbeitgebern vor Ort mehr Spielraum geben, Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt konzentrieren, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenführen. Im Grunde ist Ihre Arbeits- und Sozialpolitik und damit eine wichtige Grundlage der Wirtschaftsentwicklung verfehlt, weil die Ideologie bei Ihnen überhand genommen hat.

(Beifall bei der CDU)

„Bündnis für Stillstand“ schrieb der „Focus“ am Montag.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Haben Sie das mit Stoiber abgestimmt?)

In der Tat: Schröder war im Fernsehen von Ratlosigkeit geprägt.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Was wollen Sie eigentlich, Kollege Salomon? Dieser Haushalt geht von Personalkostensteigerungen von 2 % aus. Dieser Haushalt geht von linearen Personalkostensteigerungen, das heißt von einem Gehalts- bzw. Lohnzuwachs für Beamte, Angestellte und Arbeiter, von 2 % aus. Sie haben zu diesem Ausgabenblock „2 % mehr“ keinen Änderungsantrag eingebracht, weder Drexler noch Sie. Das heißt, Sie tragen bei den Personalkosten im öffentlichen Dienst eine Gehaltssteigerung von linear 2 % mit, aber gleichzeitig fordert die IG Metall 6,5 % mehr Lohn. Dazu kein Wort von Ihnen, kein Wort zur Mäßigung!

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jesses Gott! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich glaube, dass Deutschland im Frühjahr elementare Gefahr droht, wenn es zu Streik und zu falschen Lohnabschlüssen kommt. Wenn die Löhne und Gehälter deutlich stärker steigen als die Produktivität, dann wird die Zahl der Arbeitslosen zum Jahresende 2002 deutlich höher als zum Jahresbeginn sein. Deswegen fordere ich die Berliner Regierungsparteien auf, mehr als bisher auf die Gewerkschaften einzuwirken, weil hier im Frühjahr eine völlig verfehlt Weichenstellung für den Wirtschaftsstandort Deutschland droht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein wichtiger Punkt – fast der einzige – im Deckungskonzept der SPD war: Veräußerung von 14 % Trägerschaft an der Landesbank Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Zurufe der Abg. Carla Bregenzer und Bebbler SPD)

Dies bedeutete also den Verkauf von 14 % Einfluss auf den Bankenstandort Baden-Württemberg, von Einfluss in der Mittelstandsförderung, von Einfluss in der Partnerschaft für die Wirtschaft im Land.

(Abg. Bebbler SPD: Wo ist hier Einfluss? – Abg. Drexler SPD: Wo haben Sie Einfluss?)

Ich sage Ihnen klar, Kollege Drexler – das ist gegebenenfalls unser einziger Gegensatz zur FDP/DVP –: Mit uns steht die Landesbank nicht zur Veräußerung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Landesbank bleibt ein entscheidendes Instrument für die Mittelstands-, Wirtschafts- und Bankenpolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Alles in allem wird der Haushalt der Regierung von Erwin Teufel den Herausforderungen der nächsten Jahre ideal gerecht.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist pure Ideologie!)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg und die sie tragende Koalition von CDU und FDP/DVP haben trotz sinkender Steuereinnahmen und trotz sinkender Neuverschuldung Schwerpunkte für unser Land und seine Bürger gesetzt: ein Haushalt in schwerer Zeit, ein Haushalt, der in

(Oettinger)

die Zukunft führt, ein Haushalt, der Baden-Württemberg vorne hält, ein Haushalt, der den Chancen und Perspektiven unseres Landes in schwierigem Umfeld ideal entspricht.

Ich sage der Regierung von Erwin Teufel ausdrücklich unsere Unterstützung beim Haushaltsvollzug und bei der Bewältigung der Aufgaben der nächsten Jahre zu.

Ich danke dem Koalitionspartner dafür, dass eine gute Zusammenarbeit, eine offene Abstimmung und große Gemeinsamkeit bei den Beratungen prägend waren. Mit diesem Haushalt zeigt die CDU-FDP/DVP-Regierungskoalition, dass sie zu Recht das Vertrauen der Mehrheit der Bürger in Baden-Württemberg für die Zukunftsgestaltung in unserem Lande hat. Besten Dank dafür!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Oettinger, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf jeden Fall hat Herr Schröder im Gegensatz zu Ihrem Kanzlerkandidaten Stoiber bei einer Fernsehsendung gewusst, wo er war.

(Beifall bei der SPD)

Stoiber hat ja Frau Christiansen einmal mit „Frau Merkel“ angesprochen. Das ist der erste große Unterschied.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Bei der Rede von Herrn Oettinger heute war auffällig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass er nichts zur Steuerreform und zur Ökosteuer gesagt hat.

(Unruhe)

Das war völlig überraschend; denn das waren in den letzten Jahren immer Highlights der Ausführungen des Ministerpräsidenten und des Herrn Oettinger. Warum hat er nichts zur Steuerreform gesagt? Warum hat er heute nicht das Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform gefordert? Weil bis vor zehn Tagen, als der Kanzlerkandidat der CDU/CSU nominiert worden ist, klar war, dass man die nächste Stufe der Steuerreform vorziehen wollte. Das hat Herr Teufel gesagt, Frau Merkel und auch Herr Merz. Dann hat man nachgerechnet und festgestellt: Das kostet 42 Milliarden DM.

(Zuruf des Abg. Behringer CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Teile der Steuerreform!)

Dann hat Herr Stoiber den Rückzug angetreten und gesagt: „Jetzt nehmen wir das Mittelstandsrelevante mit 18 Milliarden raus.“ Zum Schluss hat man das durchgerechnet und ist draufgekommen, dass das alles nicht geht.

(Abg. Fleischer CDU: Und warum? Weil ihr einen Sauladen hinterlassen habt!)

Das ist genau das, was die Bundesregierung gesagt hat. Insofern haben Sie Ihre ganze Argumentation innerhalb von zehn Tagen umgeschmissen. Sie fordern nicht mehr das

Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform. Sie sind auf die Nase gefallen, weil Herr Stoiber das alles zurückgezogen hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Ihr habt die Wirtschaft an die Wand gefahren!)

Und zur Ökosteuer, liebe Kolleginnen und Kollegen:

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Herr Ministerpräsident, die Ökosteuer war Ihr Paradebeispiel gegen die Regierung Schröder. Sie war die „K.-o.-Steuer“ in der Wirtschaftspolitik.

(Abg. Seimetz CDU: Nach wie vor! – Abg. Fleischer CDU: Natürlich!)

Wenn Sie auf Ihre Homepage gehen, sehen Sie, dass dort die Ökosteuer immer noch als „K.-o.-Steuer“ steht, die man abschaffen müsse.

(Zuruf von der CDU)

Und wer hat die Abschaffung der Ökosteuer gefordert?

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt noch!)

Alle, auch Herr Teufel. Er stand auf dem Schlossplatz und hat leere Kanister verkauft.

(Heiterkeit)

Leider waren damals nicht viele Leute da, weil der Erdölpreis gerade in den Keller ging. Damals haben Sie dann nicht zeigen können, dass die Ökosteuer an einem Preisanstieg schuld war.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Und was ist jetzt? Herr Stoiber zieht alles zurück. Die Ökosteuer wird nicht mehr abgeschafft. 22,5 Milliarden DM in der Rentenversicherung können Sie auch gar nicht finanzieren.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Herr Teufel hat bei seinem letzten Vorstoß im Bundesrat folgendes Schöne formuliert:

Am Anfang der so genannten Ökosteuer

– so Teufel –

stand also nicht Vernunft, sondern Ideologie. Jetzt marschieren Sie jeden Tag weiter in die Sackgasse hinein. Ich bin der festen Überzeugung, dass Sie den Rückweg antreten.

(Ministerpräsident Teufel: So ist es!)

So Teufel im Bundesrat.

(Abg. Fleischer CDU: Wort für Wort richtig!)

Ich stelle heute fest: Nicht die Bundesregierung hat beim Thema Ökosteuer den Rückweg angetreten, sondern Herr Stoiber und die CDU/CSU. Wer sich gerirrt hat und von

(Drexler)

Herrn Stoiber buchstäblich in der Sackgasse zurückgelassen wird, das sind ausschließlich Sie, Herr Teufel. Sie stehen alleine in der Sackgasse.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Sie haben die Steuereinnahmen in die Sackgasse gefahren! Eine verkehrte Wirtschafts- und Finanzpolitik von euch!)

Jetzt noch etwas zur Staatsverschuldung: Herr Oettinger, Sie gehören einer Partei an, deren von ihr geführte Regierung abgewählt wurde. 1983 haben Sie von der Regierung Schmidt 200 Milliarden Staatsverschuldung übernommen. 1992 waren es 600 Milliarden, und als wir an die Regierung kamen, waren es 1,5 Billionen DM Schulden, die Sie uns hinterlassen haben.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Die Bundesregierung hat dies gebrochen und hat gesagt: Jetzt wird das einmal verändert. Sie hat drei Jahre hintereinander einen Bundeshaushalt mit weniger Neuverschuldung als vorher vorgelegt.

(Abg. Hauk CDU: Zulasten der Länder und Kommunen! Das war der Grund!)

Wir haben das geändert, und Sie – nicht Sie, sondern Herr Stoiber und alle anderen – haben, als der Kanzlerkandidat feststand, sofort wieder eine Erhöhung der Neuverschuldung gefordert. Das war das Erste: Neuverschuldung, man könnte sich noch ein bisschen verschulden. So Stoiber bei Sabine Christiansen. Das war Ihre Politik. Wenn Sie an die Regierung kommen, machen Sie wieder Schulden. Sie haben in der Bundesrepublik Deutschland die Schuldenpolitik attraktiv gemacht; das muss ich Ihnen schon sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Schuldenmachen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört mittlerweile zum Traditionsbestand der CDU-Politik in Deutschland; das muss man sagen.

(Lachen bei der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn Sie an die Regierung kommen, werden Sie wieder Schulden machen, um Programme zu finanzieren.

Jetzt kommen wir zu Baden-Württemberg. Sie haben fünf Schwerpunkte genannt, und ich will einmal auf diese Schwerpunkte eingehen.

Lehrerstellen: Wir haben sie gemeinschaftlich getragen. Wir wollten nur, dass sie vorgezogen werden. Denn wir haben wöchentlich einen Schulunterrichtsausfall von 87 000 Stunden. Wöchentlich fallen 87 000 Stunden an Schulen aus, und zwar Pflichtstunden.

(Abg. Seimetz CDU: Wie viel Prozent sind das? Bei wie viel gehaltenen Stunden? – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sagen so lapidar, die Erhöhung betrage 0,3 %. Das ist aber keine lapi-

dare Erhöhung; das ist vielmehr ein Skandal, weil es mit dem Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg weitergeht und der Unterrichtsausfall nicht abgebaut wird. Sie haben eine falsche Richtung eingeschlagen, Herr Oettinger.

(Abg. Seimetz CDU: Nennen Sie doch die Zahl der gehaltenen Stunden!)

Familienpolitik: Da muss ich einmal fragen: Wo ist denn da der Schwerpunkt? Sie fangen im nächsten Jahr mit lächerlichen 4 Millionen € an und gehen damit in die Betreuungsbereiche – mit lächerlichen 4 Millionen €!

(Abg. Alfred Haas CDU: 4 Millionen? Es sind 15 Millionen!)

– Es sind 4 Millionen € eigenes Landesgeld, mit denen Sie anfangen. Lesen Sie das einmal im Haushalt nach!

(Abg. Oettinger CDU: 15 Millionen, Herr Kollege! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Eindeutig 4 Millionen bei null bis drei Jahren. Und wo steht da Baden-Württemberg? Wir haben – ohne Berücksichtigung der Tagesmütter –, bezogen auf 1 000 Kinder, gerade 13 Betreuungsstellen. Wir stehen am Ende in ganz Deutschland, Herr Oettinger.

(Abg. Alfred Haas CDU: Rechnen Sie einmal die Tagesmütter dazu! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Auch wenn wir die Tagesmütter dazunehmen, sind wir am Ende. – Deswegen haben wir gesagt: Das ist kein Einstieg. Wir wollen insgesamt 7 800 neue Plätze schaffen, und wir wollen für diesen Bereich und die Ganztagschulen einen Landesanteil von 14 % an der Landesbank verkaufen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wäre gut angelegtes Geld!)

Im Übrigen werden so etwas auch andere Bundesländer machen. Dann hätten wir noch eine Sperrminorität von über 25 %. Dabei würden wir genau das tun, Herr Pfister, was Sie im vergangenen Jahr vorgeschlagen haben. Wir haben das Einzige, was noch ansteht, nämlich die Landesbank, genommen und haben gesagt: Da wird ein Teil verkauft, der Erlös von 1,8 Milliarden DM wird zur Schuldentilgung genommen, und den Zinsvorteil von 78 Millionen € nehmen wir ausschließlich für die Früh- und Kinderbetreuung und für Ganztagschulen. Das ist ein vernünftiges Konzept.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

Hätten Sie das mit dem Erlös aus dem Verkauf der Anteile an der EnBW gemacht, müssten wir uns nicht mit der unsinnigen Landesstiftung herumschlagen und hätten mehr Geld im staatlichen Haushalt, Herr Oettinger, um auch das einmal zu sagen.

In der Familienpolitik tut es also keinen Rucker.

Jetzt noch etwas zu den Streichungen. Das tut Ihnen natürlich weh, und Herrn Teufel müsste es im Grunde genom-

(Drexler)

men auch wehtun. Er hat in der Regierungserklärung gesagt: Gerade deshalb brauchen die Familien den besonderen Schutz; die Leistung der Familien kann deshalb gar nicht hoch genug eingeschätzt werden; sie sind durch nichts zu ersetzen; von den Leistungen der Familie lebt unsere Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Bravo! – Abg. Bebbler SPD: Sprüche!)

Was aber machen Sie? Sie fangen an, bei der Familien-erholung für kinderreiche Familien zu streichen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr! – Abg. Alfred Haas CDU: Blödsinn! – Lachen des Ministerpräsidenten Teufel)

Mit 80 000 € fangen Sie an, und zum Schluss streichen Sie im Familienbereich eine halbe Million, 500 000 €. Schauen Sie doch in den Haushalt! Was ist die Folge? Die Diözese Rottenburg sagt schon, sie könne die Familienfreizeit nicht mehr durchführen. Das ist CDU-Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen heute den Antrag, die Streichungen rückgängig zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für das Projekt „Mutter und Kind“. Auch da streichen Sie erheblich bei Alleinerziehenden in einer Zeit, in der diese ohnehin Schwierigkeiten haben. Da streichen Sie fast 1 Million €.

(Zurufe der Abg. Alfred Haas und Seimetz CDU)

Wir wollen das rückgängig machen. Wir werden dazu einen Antrag stellen. In diesem Programm sind 4 500 Mütter.

(Abg. Seimetz CDU: Da wird nichts weggenommen!)

Sie aber streichen das Programm jetzt zusammen. Das ist Ihre CDU-Familienpolitik im Gegensatz zu unserer Familienpolitik. Deswegen brauchen Sie das Wort „Familie“ überhaupt nicht mehr in den Mund zu nehmen, Herr Haas. Das haben Sie verwirkt, weil Sie hier streichen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich sage nur: allein erziehend!)

Dann kommt das 630-DM-Gesetz. Dazu habe ich heute von Herrn Oettinger auch nichts gehört. Das ist natürlich klar.

(Abg. Teßmer SPD: Man weiß, warum!)

Was haben denn hier diese Regierungskoalition und der Ministerpräsident das 630-DM-Gesetz heruntergedrückt! Das war der Angriff: „60 000 Stellen sind wegen dieser Bundesregierung weggefallen.“ Herr Repnik hat noch eines draufgesetzt und hat von 90 000 Stellen gesprochen. Das alles ist verlogen, denn das Statistische Landesamt hat nachgewiesen, dass wir seit April 2000 schon ein Plus haben. In der Zwischenzeit sind über 70 000 neue Stellen geschaffen worden. Sie haben die Öffentlichkeit also seit Mo-

naten belogen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie haben die Öffentlichkeit belogen!

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Waren Sie schon einmal in einem Sportverein, und wissen Sie, was das dort bedeutet? Sie haben ja keine Ahnung!)

Besonders schlimm finde ich es, dass der Ministerpräsident neben dem Sozialminister saß, als er diese falsche Zahl genannt hat, und sie nicht einmal korrigiert hat. Herr Teufel, da sollte man schon ehrlicher sein

(Abg. Alfred Haas CDU: Seien Sie mal ehrlich!)

und das, was das eigene Statistische Landesamt feststellt, nämlich die Zunahme der Zahl von geringfügig Beschäftigten, dann auch benennen.

Ich nehme jetzt einmal den Wohnungsbau. Herr Kollege Oettinger hat dazu ja auch etwas gesagt. Wir haben vorgeschlagen, für das Handwerk, für Wohnungsbau und Altbausanierung über einen Forderungsverkauf ein Programm mit 125 Millionen € einzusetzen. Das würde sich auch decken. Auch in früheren Jahren hat man schon Forderungsverkäufe vorgenommen. Das ist eine durchaus seriöse Finanzierung. Sie haben diesen Vorschlag im Finanzausschuss abgelehnt. Warum? Man braucht doch gerade jetzt etwas für den Altbaubestand und für den Wohnungsbau. Man braucht doch etwas für den Mittelstand und für die kleinen Betriebe. Warum lehnen Sie das ab? Wir werden das noch einmal beantragen, und dann werden wir einmal sehen, wie mittelstandsfreundlich Ihre Politik tatsächlich ist. Mal sehen, wer von der anderen Seite hier die Hand hebt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Verkehrspolitik: Das ist ja nun wirklich das Tollste. Die Landesregierung hat immer wieder gesagt, der Bund gebe uns für die Verkehrspolitik nicht genügend Geld.

(Abg. Seimetz CDU: Stimmt!)

Ich sage Ihnen nur: In der Zwischenzeit hat der Bund dem Land Baden-Württemberg in nur drei Jahren 20 % mehr für den Aus- und Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen zur Verfügung gestellt. Wir haben in einem Antrag die Frage gestellt, weil uns das immer ein bisschen schleierhaft war: Wie sieht es eigentlich mit dem Landesstraßenbau aus? In der Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr wurde uns vor 14 Tagen mitgeteilt, dass die Vorgaben des gültigen Generalverkehrsplans des Landes für den Erhalt und Ausbau des Landesstraßennetzes von dieser Regierung seit Jahren eklatant unterschritten werden. Laut Generalverkehrsplan Baden-Württemberg hätten 370 Millionen DM ausgegeben werden müssen. Tatsächlich sind nach den Istzahlen 171,8 Millionen DM ausgegeben worden. Das heißt, Sie haben die Vorgaben Ihres eigenen Generalverkehrsplans bei den Landesstraßen um 200 Millionen DM unterschritten.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Nicht die Grünen machen die falsche Politik; die sagen, was sie wollen. Sie von der Regierung machen überhaupt

(Drexler)

keine Straßenpolitik im Land Baden-Württemberg. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Fleischer CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Werfen Sie mal einen Blick in den Bundesverkehrswegeplan, Herr Drexler, dann sehen sie, wo Sie stehen! Das ist wieder die alte Legende!)

Warum, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind 118 Straßenabschnitte bei Landesstraßen, davon allein 17 Brücken, verkehrsrechtlich nur reduziert zu befahren? Weil sie in einem so schlechten Zustand sind.

(Zuruf von der SPD)

Das sind keine Bundesstraßen, sondern das sind Landesstraßen.

(Abg. Teßmer SPD: So ist es!)

Jetzt kommen wir zur Privatisierung. Herr Döring war total erschrocken, als Herr Oettinger geredet hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? Das ist ja unglaublich!)

Herr Pfister ist fast unter sein Pult hier gegangen und hat sofort das Gutachten zur Privatisierung versteckt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber das ist ja so dünn, das ist leicht zu verstecken!)

Da wurde ein Gutachten gemacht, das gar nicht hätte gemacht werden müssen, weil das Wirtschaftsministerium ja alle Zahlen hat. Im Übrigen, Herr Pfister und Herr Döring, hätten Sie das Geld, das dieses Gutachten gekostet hat – wir wollen auch einmal wissen, was das gekostet hat –, für die Familienfreizeiten zur Verfügung stellen können. Das wäre sinnvoller gewesen, als einen solchen Unsinn zu erstellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Da wird ein Gutachten erstellt, obwohl man weiß, was man alles hat, was man verkaufen kann und was man für den Verkauf bekommt. Der große Hammer an der ganzen Geschichte ist, dass der Wirtschaftsminister oben in einer Pressekonferenz das Gutachten vorstellt, während ein Stockwerk darunter seine eigene Fraktion im Finanzausschuss gegen die Privatisierung eines Landesanteils von 14 % an der Landesbank stimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Dazu sage ich nachher etwas!)

Wie passt denn das zusammen?

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Das sage ich nachher!)

Dort, meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Pfister, wo Sie etwas tun könnten, nämlich bei der Gasversorgung, versagt die Regierung eklatant. Wenn Sie in der

letzten Woche die Zeitungen gelesen hätten, hätten Sie mitbekommen: Die Gasversorgung sagt deutlich: „Wir befinden uns in einem Schwebestand. Unser Markt läuft davon.“ Diejenigen, die uns Gas liefern – Ruhrgas und WINGAS –, marschieren in Baden-Württemberg ein, weil die neue Eigentumsstruktur im Grunde genommen nicht geregelt ist. Personell ist nichts in Ordnung gebracht. Warum wird das denn nicht schnell gemacht?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kommt! Kommt!)

– Was heißt das? Sie brauchen nicht zu sagen: „Kommt! Kommt!“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kommt auch!)

Hier wird tage- und wochenlang geschludert, und deswegen wird die Ausgangsbasis der Gasversorgung zunehmend verschlechtert. Dies passiert nur, weil Sie nicht in der Lage sind, ein vernünftiges Verkaufskonzept darzulegen. Machen Sie das doch!

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen kein Gutachten, sondern Sie müssen das erarbeiten, damit die Gasversorgung endlich unter eine vernünftige Haube kommt.

(Zuruf von der CDU)

Dazu schweigt Herr Teufel, und jeder am Kabinetttisch darf damit herumfuhrwerken. Der eine macht Gutachten, aber er verkauft die Gasversorgung nicht. Macht doch das, was ihr könnt, und zwar möglichst schnell, damit die Gasversorgung nicht mehr in Schwierigkeiten kommt!

(Zuruf von der SPD)

Herr Oettinger, Sie haben etwas zu den Regionalmessen gesagt. Das ist nun wirklich eine Geschichte, die für uns nicht nachvollziehbar ist. Wir werden deshalb auch den Antrag noch einmal stellen.

Wir haben bei Untersuchungen festgestellt, dass bei allen Messen, die neu gebaut wurden, in den ersten Jahren erhebliche Gewinne erwirtschaftet wurden. Deswegen fragen wir: Warum kann das die Neue Messe Stuttgart nicht auch machen? Warum sollen wir aus dem Staatshaushalt dafür noch einmal 100 Millionen € zusätzlich geben? Das ist für das Zentrum nicht notwendig, das kann diese neue Messe tatsächlich selbst erwirtschaften.

Wenn sie es aber selbst erwirtschaften kann, dann sind wird der Auffassung: Wir verwenden die 100 Millionen € dort, wo vom Land lediglich 10 % Zuschüsse gegeben werden, nämlich bei den Regionalmessen. Deshalb haben wir vorgeschlagen: für Mannheim 10 Millionen €, für Karlsruhe 10 Millionen €, für Freiburg 10 Millionen €, für Friedrichshafen 6,4 Millionen €, für Offenburg 5,3 Millionen €, für Ulm 5,1 Millionen €, für Sinsheim 4,4 Millionen €, damit die dortigen Regionalmessen wenigstens in einen Zuschussbereich von 15 %, 20 % kommen, wie es Ihre Abgeordneten draußen, zum Beispiel Herr Reichardt in Mannheim, teilweise versprechen. Das wollen wir.

(Beifall bei der SPD)

(Drexler)

Wir wollen eine sichere Perspektive, und wir halten es für falsch, das Zentrum des Landes immer noch mehr voll zu stopfen, obwohl wir eine Dezentralisierung der Geldmittel für die Messen brauchen. Deshalb ist unser Vorschlag für das Land Baden-Württemberg besser als Ihre Zentralisierungspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Damit schaden wir der Stuttgarter Messe gar nicht. Diese Messe kann 100 Millionen € selbst erwirtschaften. Aber den anderen Städten, Karlsruhe, Mannheim usw., helfen wir, von einem zehnprozentigen Zuschussbereich auf eine vernünftige Zuschussrate zu kommen. Auch das werden wir noch einmal beantragen und zur Diskussion stellen. Dann werden wir sehen, ob Ihre Abgeordneten, die vor Ort immer verkünden, das Land werde mit einer verstärkten Förderung für die Regionalmessen eintreten, dafür die Hand heben oder nicht.

Kommen wir zur Arbeitsmarktpolitik. Herr Oettinger, wer ständig das Thema Arbeitslose im Mund führt und die Arbeitslosenpolitik der Bundesregierung angreift, aber dann sein eigenes Programm für Langzeitarbeitslose und das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ zusammenstreicht wie Sie, und das in einer Zeit, in der Sie zu Recht sagen: „Wir haben zu viele Arbeitslose“, der muss sich sagen lassen, dass die Programmatik mit der tatsächlichen Arbeit überhaupt nicht zusammenpasst.

Sie streichen das einzige Programm des Landes für unsere 100 000 Langzeitarbeitslosen

(Abg. Alfred Haas CDU: 60 000! Stimmt doch gar nicht!)

und für unsere 30 000 jugendlichen Arbeitslosen zusammen, insgesamt um zwei Drittel. Da können Sie doch nicht behaupten, dass Sie in diesem Bereich noch etwas tun. Sie machen es systematisch kaputt. Die Träger sagen, dass sie ihre Arbeit künftig nicht mehr machen können.

(Abg. Alfred Haas CDU: Was sagen die Träger?)

Ich sage Ihnen deutlich:

(Abg. Alfred Haas CDU: Lesen Sie doch einmal, was die Träger heute schreiben!)

Wenn das Schicksal von Arbeitslosen in Baden-Württemberg im Haushalt etatisiert wird, dann hört es mit der Barmherzigkeit des Ministerpräsidenten und der CDU schlagartig auf, wenn es ums Geld geht. Deswegen werden wir auch hier entsprechende Anträge stellen, dass das wieder aufgenommen wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Noch eine Anmerkung zur Sicherheit. Herr Oettinger, das Paket, das Sie auf den Weg gebracht haben, können Sie nun wirklich nicht loben. Es ist vom Umfang her das geringste Paket aller Länder, wenn man es zum Beispiel mit Rheinland-Pfalz und Bayern vergleicht. Letzte Woche hat

der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg gesagt: „Wie kann man 15 neue Stellen mit k.w.-Vermerken ausstatten? Es kommen von den Sachverständigen überhaupt keine wichtigen Leute mehr zu uns. Wir kriegen von den 15 vielleicht gerade mal 4.“ Wenn wir dann sagen: „Lasst uns doch die k.w.-Vermerke streichen, da wir diese Islamexperten beim Verfassungsschutz dringend brauchen“, wird bockelhart Nein gesagt – zum Schaden der inneren Sicherheit.

Deshalb können Sie sich nicht hier hinstellen und sagen, Sie würden etwas für die innere Sicherheit tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Streichen Sie die k.w.-Vermerke, dann kriegen wir vernünftige Leute.

Zum Schluss sage ich Ihnen: Ich halte meinen Vorwurf aufrecht. Der Haushalt ist nicht zukunftsgerecht, weder bei der Privatisierung noch bei der Frage, was das Land im Kinderbetreuungs- und im Bildungsbereich tun muss. Die Zukunft unseres Landes fängt in den Köpfen unserer Kinder an. Deswegen müssen wir das jetzt machen und können es nicht so lange aufschieben, bis Sie das Geld endlich zur Verfügung stellen.

Deswegen sind wir für eine teilweise Privatisierung unseres Landesvermögens, um für Bildung und Kindererziehung genügend Geld in die Hand nehmen zu können, und zwar landeseigenes Geld, nicht kommunales Geld. Wir drehen das Verhältnis um: Drei Viertel wollen wir mit dem Land machen, nur ein Drittel mit den Städten und Gemeinden.

(Abg. Oettinger CDU: Drei Viertel und ein Drittel?)

– Zwei Drittel und ein Drittel. – Von daher ist unser Vorschlag erheblich besser und wird im Übrigen dann auch mehr angenommen als Ihr Vorschlag, Herr Oettinger.

Von daher: Ich glaube, dass die Landesregierung im Vorfeld der Bundestagswahl nicht die Interessen unseres Landes im Kopf hat.

(Abg. Reichardt CDU: Aber im Herzen immer!)

Sie instrumentalisiert zunehmend die Landespolitik gegen die Bundespolitik. Das tut dem Land nicht gut.

Wenn ich mir den Haushaltsplanentwurf anschau, den Sie vorgelegt haben, bin ich nicht sehr zuversichtlich: Viel alte Politik, viel alte Ideologie, Herr Oettinger, viel Erwin Teufel, und das hat unser Land nicht verdient.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Abg. Bebbler SPD: Wo ist das Gutachten? – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Drexler

(Abg. Alfred Haas CDU: „Dreckler“!)

hat seine Ausführungen mit einem Exkurs in die Bundessteuerpolitik begonnen. Ich will dazu Folgendes sagen – damit da überhaupt keine Unklarheiten bestehen, auch im Hinblick auf Diskussionen, die gegenwärtig stattfinden –:

(Abg. Schmiedel SPD: Bei wem?)

Für die FDP bleibt es dabei: Die unsinnigste Steuer, die es jemals gegeben hat, nämlich die Ökosteuer, soll nicht in Teilen, sondern in Gänze abgeschafft werden, wenn es nach der FDP geht.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Dr. Noll FDP/DVP sowie bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Gott sei Dank geht es nicht nach Ihnen!)

Zweiter Punkt: Ich bleibe dabei, dass die Steuerreform aus Berlin mittelstandsfeindlich ist. Sie ist vor allem aber auch eine Steuerreform, die viel zu kompliziert ist. Wir wollen eine mittelstandsfreundliche Steuerreform,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

wir wollen eine Steuerreform, die wesentlich komplizierter ist.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Pfister, das war ein klassischer Freud'scher Versprecher!)

– Wesentlich unkomplizierter. – Das Modell lautet: 15, 25, 35 %. Das wird nach der Bundestagswahl im September dieses Jahres genau so eingeführt, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Dr. Noll FDP/DVP sowie bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir bringen diesen Haushalt in schwieriger Zeit auf den Weg. Der 11. September 2001 hängt uns noch in den Knochen; das ist keine Frage. Aber gerade deshalb ist es richtig, dass wir in unseren Anstrengungen für mehr innere Sicherheit nicht nachlassen. Deshalb war es richtig, dass das Land Baden-Württemberg ein Antiterrorprogramm auf den Weg gebracht hat. Wer immer herummäkelt, das Volumen dieses Antiterrorprogramms sei zu gering, Herr Drexler, dem sage ich: Baden-Württemberg befindet sich im Bereich der inneren Sicherheit in der glücklichen Situation, dass es nicht bei null anfangen muss, wie es in anderen, hauptsächlich von der SPD regierten Bundesländern der Fall ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Bebbler: So ein Käse! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ein Grundproblem dieses Haushalts besteht auch darin, dass im Kampf gegen die konjunkturellen Einbrüche bis zur Stunde keine Gegenstrategie von Rot-Grün in Berlin zu

erkennen ist. Meine Damen und Herren, der Arbeitsmarkt muss eigentlich wesentlich dereguliert werden. Das Gegenteil findet aber statt. Wir haben es mit einem zementierten Arbeitsmarkt zu tun. Er ist so zementiert, wie es in der Vergangenheit noch nie der Fall war. Das ist ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit. Dies muss geändert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: So ein Quatsch!)

Es fehlt an grundlegenden Reformen im Hinblick auf die Sozialversicherungssysteme. Das Riester-Modell erweist sich zunehmend als Flop, und das Gesundheitswesen wird aufgrund Ihrer Untätigkeit, meine Damen und Herren, zunehmend an die Wand gefahren.

Dies alles führt dazu, dass die Sozialabgaben eben nicht unter 40 % sinken, wie Sie das versprochen haben, sondern tendenziell steigen. Zusammen mit einem sehr zementierten Tarifrecht, das auch wesentlich flexibilisiert werden sollte, sind das im Wesentlichen die Gründe, die dazu führen, dass die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Geleitzug inzwischen die rote Laterne trägt, was die Wachstumsdynamik betrifft.

(Abg. Drexler SPD: Das war früher auch schon so, als Sie an der Regierung waren!)

Dies geht auch auf das Konto von Rot-Grün.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Hierfür tragen Sie die Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die verfehlte Wirtschaftspolitik in Berlin hat auch auf unseren Landeshaushalt sehr negative Auswirkungen.

(Abg. Hillebrand CDU: Jawohl!)

Wir haben brutto 6,3 % weniger an Steuereinnahmen und, wenn Sie die Finanzausgleichssysteme einmal außen vor lassen, netto immer noch 4 % weniger.

Das macht allein im Jahr 2002 im Vergleich zum Jahr 2001 ein Minus von 300 Millionen DM aus. Dennoch sagen wir, dass wir trotz der Belastungen aufgrund einer verfehlten Wirtschaftspolitik mit diesem Haushalt 2002/03 Kurs halten, und zwar in zweierlei Richtungen: Zum einen werden wir Kurs halten, um auch in der Zukunft zu garantieren, dass Baden-Württemberg eine Spitzenstellung in den zentralen Fragen der Landespolitik halten wird, und zum anderen werden wir auch in der Frage Kurs halten, dass ab dem Jahr 2006 eine Nettonullneuerschuldung kommen wird.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Was heißt dies? Dies heißt zum einen, meine Damen und Herren, dass wir mehr als in vergangenen Haushalten für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgeben. Es ist überhaupt kein Problem, Ihnen nachzuweisen, dass die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft in diesem Haushalt nicht nur relativ, sondern auch absolut steigen. Es ist überhaupt kein Problem, Ihnen nach-

(Pfister)

zuweisen, dass wir im Vergleich mit anderen Bundesländern und auch anderen europäischen Nationen mit unseren Bildungsausgaben an der Spitze liegen. Das ist auch wichtig so; denn exakt dies ist der Stoff, aus dem zukünftige Arbeitsplätze entstehen.

Allein unsere Anstrengungen bei der Förderung der neuen Technologien, der Biotechnologien haben nachweisbar dazu geführt, dass von allen in Baden-Württemberg neu entstandenen Arbeitsplätzen in der Vergangenheit 27 % auf die Förderung der neuen Technologien und auf den Transfer insbesondere in kleine und mittlere Betriebe zurückgehen. Meine Damen und Herren, das ist genau der Kurs, den Baden-Württemberg auch in der Zukunft fortführen wird.

Wir haben in der inneren Sicherheit die Situation – Sie wissen das aber ganz genau –: geringste Kriminalitätsquote, größte Aufklärungsquote. Wir werden dies durch das Technikstrukturprogramm schrittweise, aber konsequent fortsetzen.

(Abg. Drexler SPD: 1,7 Millionen Überstunden bei der Polizei!)

Wir sind in der Wirtschaftspolitik in der glücklichen Situation, dass wir seit sechs Jahren einen mehr als ausgeglichenen Lehrstellenmarkt haben. Herr Kollege Drexler, weil Sie die Jugendarbeitslosigkeit angesprochen haben,

(Abg. Drexler SPD: 30 000!)

sage ich Ihnen jetzt noch einmal: Das Land Baden-Württemberg ist europaweit das Land mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit.

(Abg. Drexler SPD: Trotzdem!)

Sie sollten das nicht zerreden, sondern Sie sollten stolz darauf sein, in einem Land mit einer so geringen Jugendarbeitslosigkeit zu leben!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie streichen doch die Programme zusammen! Werden Sie doch nicht rot im Gesicht! Dummes Geschwätz!)

Dies ist eine Gratwanderung, die wir machen: auf der einen Seite die Spitzenstellung in den zentralen landespolitischen Fragen sichern, gleichzeitig Haushaltskonsolidierung mit dem Ziel der Nettonullneuerschuldung ab dem Jahr 2006. Dies ist eine Gratwanderung, die nicht einfach ist. Ich sage nur: Von der Opposition wird wohl keine Hilfe zu erwarten sein. Ganz im Gegenteil.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Leider!)

Denn ich muss Ihnen sagen: Sie reden hier mit einer gespaltenen Zunge.

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

Morgens um 10 Uhr tragen Sie wie eine Monstranz vor sich her: Haushaltskonsolidierung. Nachmittags um 15 Uhr lassen Sie Ihre Kettenhunde los und fordern 1 000 zusätzliche Stellen für Lehrer und 1 000 zusätzliche Stellen für Polizisten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Lachen bei der SPD)

Das Ganze läuft dann noch unter der Überschrift: „Wir müssen die Personalkostenquote unter 40 % senken.“

Meine Damen und Herren, dies ist alles andere als eine seriöse Politik. Dies ist eine unseriöse Politik.

Übrigens – wenn ich einmal einen kurzen Ausflug zu dem „Airbus-Schlamassel“ machen darf, der gestern in Karlsruhe stattgefunden hat – ist jetzt ja wohl klar, dass nach diesem Gang nach Karlsruhe auch die Bundesregierung – ich zitiere – „sich penibel an die Rechtslage halten wird“.

(Abg. Drexler SPD: Hat sie doch vorher schon gemacht!)

Meine Damen und Herren, was heißt denn das? Sich an die Rechtslage halten heißt doch wohl nichts anderes, als dass politische Ausgabenwünsche, die man hat, ganz konkret auch in einem Haushalt finanziert werden müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das müsst gerade ihr sagen! – Abg. Drexler SPD: Landesstiftung! Hör doch auf! Landesstiftung!)

Dies muss aber auch für die Opposition in Baden-Württemberg gelten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Kollege Drexler, meine Sympathie dafür – das sage ich jetzt auch in Richtung des Kollegen Oettinger –, auch Teile an der Landesbank Baden-Württemberg zu veräußern, ist nicht unbekannt; das wissen Sie. Wer aber in einer solchen Situation hergeht – das ist jetzt der entscheidende Punkt –, in einer Situation, in der klar ist, dass das Landesbankengesetz wegen europäischer Anforderungen in diesem Jahr novelliert werden muss, und in der man weiß, dass die Rechtsform vor einer Privatisierung geändert werden müsste, und so tut, als stünden diese Mittel zur Deckung zur Verfügung, der tut drei Dinge: Erstens verstößt er gegen alle Grundsätze der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Keine Ahnung!)

Zweitens betreibt er virtuelle Finanzpolitik, und drittens vollführt er schlicht und einfach eine haushaltspolitische Luftnummer, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Sprüche!)

Ich bin dem Kollegen Salomon, Frau Dederer und der Fraktion GRÜNE dankbar und mache ihnen das Kompliment, dass sie diese Luftnummer à la SPD jedenfalls nicht mitmachen. Das spricht für ihren Verstand.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie, Herr Kollege Salomon, jetzt aber gleichzeitig hergehen und Ihre alten Kamellen, Ihre alten Feindbilder aus den Siebziger- und Achtzigerjahren wieder hervorzubarn –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was soll das sein?)

– Dass Sie konsequent gegen Straßenbau sind,

(Pfister)

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was? Umschichtung!)

dass Sie gegen Landesstraßenbau sind, gegen kommunalen Straßenbau und gegen den Flughafen ausbau. Dies alles ist bekannt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja, wollen Sie vielleicht den Flughafen ausbauen? Das ist hochinteressant! – Abg. Drexler SPD: Welchen Flughafen wollen Sie denn ausbauen?)

– Herr Kollege Salomon, ich spreche jetzt mit Ihnen: Wenn Sie einmal wissen wollen, welche Bedeutung auch der Straßenbau und ein funktionierender Flughafen für die Infrastruktur eines Landes haben, dann rate ich Ihnen, nach NRW zu gehen und sich bei Ihren grünen Kolleginnen und Kollegen anzuschauen, wie dort munter drauflos gebaut wird, auch was Straßen angeht. Die haben – im Gegensatz zu Ihnen – begriffen, dass ein funktionsfähiges Straßennetz für die Infrastruktur eines Landes von großer Bedeutung ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie bauen doch gar nicht aus! – Abg. Drexler SPD: Sie bauen doch gar keine Straßen aus! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist schon wieder eine Luftnummer! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Es gibt von der Opposition in Sachen Haushaltspolitik also nichts Neues.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt nicht!)

– Es gibt überhaupt nichts Neues, aber von allem natürlich deutlich mehr. Es gibt zusätzliche Millionenanforderungen auf breiter Front, aber unseriöse Deckungsvorschläge.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt auch nicht!)

Wenn Sie glauben, Herr Kollege Salomon und Herr Kollege Drexler, dass diese Widersprüchlichkeiten

(Abg. Drexler SPD: Bei der Privatisierung, bei Ihnen!)

von der Bevölkerung nicht erkannt werden und dass diese gespaltene Zunge nicht erkannt wird, dann täuschen Sie sich.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn hier die gespaltene Zunge?)

Ich sage Ihnen: Wir müssen erstens die Spitzenstellung des Landes Baden-Württemberg sichern und zweitens den Haushalt konsolidieren. Ich befürchte: Wer sich bei dieser Zielsetzung auf die Opposition verlässt, der ist verlassen. Die Koalition ist bei dieser Aufgabe allein auf weiter Flur, und wir werden sie auch meistern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben ein Programm zur Kinderbetreuung auf den Weg gebracht.

(Abg. Drexler SPD: Ein Programm? – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wer auch immer sich über den Umfang dieses Programms mokiert, dem will ich ins Stammbuch schreiben, dass dies das erste diesbezügliche Programm in der Geschichte Baden-Württembergs überhaupt ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Schlimm genug!)

– Dafür kann ich nun aber wirklich nichts.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sind doch an der Regierung!)

– Deshalb haben wir jetzt durchgesetzt, dass es ein solches Programm nun zum ersten Mal gibt. Das hat es in Zeiten der CDU-Alleinregierung nicht gegeben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Hat es in der großen Koalition auch nicht gegeben!)

Es hat ein solches Programm übrigens auch nicht in der Zeit der großen Koalition gegeben. Wir haben dies zusammen mit dem Koalitionspartner zum ersten Mal durchgesetzt,

(Abg. Drexler SPD: Ich dachte, die CDU hat es gemacht! Das war doch deren Vorschlag!)

übrigens auch deshalb, weil wir Ernst machen wollen: Viele Frauen sagen, dass sie eine falsche Alternative ablehnen. Sie lehnen zunehmend die Alternative ab, entweder Familienfrau zu sein oder eine berufliche Karriere anzustreben. Das ist eine falsche Alternative; sie muss aufgebrochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb werden wir mit diesem Programm Angebote dahin gehend machen, dass die Familien selbst zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen wählen können. Dies ist unser Beitrag, ein wichtiger Beitrag – zum ersten Mal in einem Programm verankert –, damit es eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt. Wir werden uns diesen Gedanken und dieses Programm auch nicht von Ihnen kaputt machen lassen. Da ist ein wichtiges Programm, das in die Zukunft weist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben sowohl im Bereich Schule als auch im Bereich Hochschule mehr Mittel als in der Vergangenheit in den Haushalt eingestellt.

(Abg. Drexler SPD: Sie wollten doch 25 Stellen streichen!)

3 000 neue Stellen allein im Schulbereich in den kommenden zwei Jahren sind ein gewaltiger Kraftakt. Dazu kommt, dass der Ausbau des Bildungsstandorts Baden-Württemberg ohne Privatisierungen in der Vergangenheit, ohne Zukunftsoffensive und übrigens auch ohne Landesstiftung nicht möglich gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, wann immer Sie als Opposition oder auch wir von der Regierungskoalition in den nächsten Wochen dabei sind, wenn ein Spatenstich stattfindet zum Neubau eines beruflichen Bildungszentrums, wann immer

(Pfister)

Sie dabei sein werden, wenn eine Berufsakademie oder eine Fachhochschule ausgebaut wird, wann immer Sie Beifall klatschen werden, wenn zum Beispiel die Opferschutzstiftung gerühmt wird, mit der die Möglichkeit geschaffen wird, in der Zukunft auch Opfern zu helfen, wann immer dies stattfindet und wann immer Sie dann Beifall klatschen, denken Sie daran, dass dies ohne den Scheck aus Paris und ohne die Privatisierungspolitik dieser Regierung nicht möglich gewesen wäre!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber nicht durch die Landesstiftung! Das ist doch dummes Zeug! Jetzt verteidigt er die Landesstiftung!)

Wir werden die Reformpolitik auch im Bildungsbereich unabhängig von den Finanzfragen fortsetzen. Wir als FDP/DVP haben uns zehn Jahre lang verhauen lassen wegen unserer Forderung nach Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Wir waren über Jahre hinweg allein auf weiter Flur, wenn es um die Abschaffung der unseligen, überbürokratischen ZVS ging. Jetzt ist dies gemeinsames Regierungshandeln, aber was noch wichtiger ist: Selbst in den SPD-Staatskanzleien dämmert es jetzt endlich, dass dies der richtige Weg war. So stelle ich mir das vor: Die FDP denkt vor, und die anderen kommen hinterher, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Pfister FDP/DVP: Aber gerne, Herr Zeller.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Zeller.

(Abg. Seimetz CDU: Das lohnt sich aber nicht unbedingt!)

Abg. Zeller SPD: Herr Kollege Pfister, heißt das, was Sie eben gerade zu Paris gesagt haben, nun, dass der Berufsschulbau, der Schulbau insgesamt jetzt über die Landesstiftung finanziert werden wird?

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, das habe ich nicht gesagt.

Abg. Zeller SPD: Das haben Sie gerade eben deutlich gemacht.

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe von Berufsbildungszentren gesprochen, die zum Beispiel zusammen mit den Handwerkskammern oder auch mit den IHKs geführt werden.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben die Berufsschule genannt! Von den Berufsakademien haben Sie gerade gesprochen!)

– Ich habe von Bildungsstätten im überbetrieblichen Bereich gesprochen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Schon wieder ein Rückzieher!)

Herr Kollege Zeller, Sie wissen ganz genau: Der Bau von Berufsschulen ist Sache der Landkreise. Aber wenn es da-

rum geht, überbetriebliche Ausbildungsstätten zu bauen, dann kann über Stiftungsgelder etwas gemacht werden.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann nur feststellen: Wenn es darum geht, Reformen in der Bildungspolitik durchzusetzen und frisches Geld zu beschaffen, dann gilt die Grundregel: Die Opposition schwätzt, und die Regierung handelt. So wird es auch in der Zukunft sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Ich sage nachher etwas, wo ihr schwätzt und nicht abstimmt!)

Ich kann nicht ganz verstehen, weshalb die Opposition – das lese ich in der Zeitung – so jammert, dass sie bei den Haushaltsberatungen nichts durchgesetzt habe. Warum denn so unbescheiden? Natürlich können wir als Regierungskoalition nicht den Weg gehen, den Sie beschreiten: Sie kriegen morgens einen Protestbrief, und nachmittags ist der unterschriebene Haushaltsantrag in Millionenhöhe schon bei den Adressaten. Diesen Weg können wir selbstverständlich nicht gehen. Aber Sie wissen doch, dass die Koalitionsfraktionen gerade in den letzten Tagen der Finanzausschusssitzungen deutliche Akzente gesetzt haben.

(Abg. Drexler SPD: „Deutlich“ ist gut!)

Ich nenne jetzt nur die Verbesserungen im öffentlichen Dienst und die Tatsache, dass wir das Mietwohnungsbauprogramm voll komplementiert haben.

(Abg. Drexler SPD: 4 %!)

Übrigens auch eine Reaktion auf den Bund: Der Bund hat offensichtlich begriffen,

(Abg. Drexler SPD: Was heißt denn „begriffen“? Er hat keine Ahnung!)

dass er uns mit der Zurückführung seiner Mittel im Mietwohnungsbau in den vergangenen Jahren in schwierige Situationen gebracht hat. Jetzt macht er ein Sonderprogramm. Wir werden dieses Sonderprogramm komplementieren. Stichwort ÜBA habe ich genannt, Suchtkrankenhilfe, soziokulturelle Zentren und vieles andere mehr. Herr Kollege Zeller, das, was wir hier zusätzlich auf den Weg gebracht haben, ist doch auch in Ihrem Sinne. Wir haben das alles gemacht, und Sie können sich auf Ihre Koalition verlassen.

(Lachen bei den Grünen)

Sie sollten uns im Grunde nicht kritisieren, sondern Sie sollten uns loben. Das wäre der richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer sich auf die Koalition verlässt, ist verlassen! – Glocke des Präsidenten)

– Ich weiß, die Forderungen, die Sie gestellt haben, sind natürlich zum Teil großmäulig. Wenn man alles dies an diesen bisweilen sehr großmäuligen Forderungen misst, mag das für Sie wenig sein. Nur: Unsere Politik hat demge-

(Pfister)

genüber einen großen Vorteil, nämlich den Vorzug, dass sie realistisch und seriös ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, ich darf Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern.

Abg. Pfister FDP/DVP: Jawohl, Herr Präsident, ich komme zum Ende.

Ich will noch darauf hinweisen, dass es selbstverständlich beim Ziel des Jahres 2006 „Nettonullneuerschuldung“ bleibt. Weil vorhin auch die Frage gestellt worden ist, wie wir dahin kommen wollten, gebe ich ja zu, dass der Haushalt, der jetzt vorliegt, noch keine endgültige Garantie dafür ist, dass wir dieses Ziel erreichen. Aber das Ziel wird auch nicht verbaut. Ich nenne Ihnen drei Instrumente. Erstes Instrument: eisernes Sparen. Zweites Instrument: Mut, auch in die Strukturen des Landeshaushalts hineinzugehen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wo denn?)

Das wird die Aufgabe der Haushaltsstrukturkommission sein. Drittes Instrument: eine gescheite Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, die aus Berlin kommen muss, damit die konjunkturelle Situation und die Steuersituation auch wieder besser werden.

Meine Damen und Herren, zwei Ziele sind es, die wir erreichen wollen. Das Kursziel heißt erstens Haushaltskonsolidierung und zweitens Spitzenstellung des Landes Baden-Württemberg sichern. Wir werden zu Beginn des Jahres 2002, zu Beginn des 50. Geburtstags des Landes Baden-Württemberg, dieses Ziel hartnäckig verfolgen. Wir haben aber wenig Hoffnung, dass wir uns da auf die Opposition verlassen können. Ihre Politik wird nicht dazu beitragen, dass dieses Ziel erreicht wird. Aber vielleicht sollten Sie sich doch über eines freuen. Gerade zu Beginn dieses Jahres ist das Land Baden-Württemberg in einer Situation, in der man sagen kann: Wir sind nicht nur bundesweit, sondern auch europaweit in einer sehr guten Situation. Und das ist ein Zustand, über den sich auch die Opposition eigentlich freuen sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist unser Ziel auch für die nächsten Jahre, auch für diesen Doppelhaushalt, diese Spitzenstellung zu erreichen und den Haushalt zu konsolidieren. Ich bin sehr sicher, dass dieser Doppelhaushalt die entscheidenden Grundlagen dafür liefert.

Ich danke allen in der Verwaltung, im Finanzministerium, bei den Fraktionen und dem Kollegen Moser sehr herzlich, dass dieser Doppelhaushalt als eine echte Zukunftsperspektive für das Land Baden-Württemberg auf den Weg gebracht werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Dank, den Herr Kollege Pfister der Verwaltung ausgesprochen hat, kann ich mich anschließen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Können Sie das Pult ein wenig tiefer stellen, damit ich Sie sehen kann? Ich muss das Weiße im Auge des Feindes sehen!)

– Sie sollten wachsen, Herr Pfister. Ich sehe Sie. Warum sehen Sie mich nicht?

Sie hat tatsächlich Großartiges geleistet und auch leisten müssen. Das lag auch daran, dass die Nachschiebelisten, die die Regierungsfractionen gebracht haben, immer erst zur Sitzung kamen. Das hat übrigens für die Sitzungskultur verheerende Wirkungen gehabt, was Ihnen egal sein kann, aber dem Gesamtparlament nicht. Wir hatten darunter zu leiden. Die Verwaltung hatte darunter zu leiden. Deshalb gilt der besondere Dank der Verwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn ich mir die bisherige Debatte als vierter Redner angehört habe, kann ich sagen: Andernorts ist überall Fasnet und hier Wahlkampf. Ich hätte mir bei manchen Reden hier nur noch gewünscht, dass ab und zu von der Seite noch der Tusch kommt und irgendwann der Narrhallamarsch. Aber mit diesem Haushalt hat das Ganze wenig zu tun. Wenn jedoch schon angefangen wird, hier über die Bundespolitik zu reden, kann ich Ihnen nur Folgendes sagen: Eine K-Frage haben Sie geklärt, meine Damen und Herren von der Union, nämlich wer Kanzlerkandidat ist. Die andere K-Frage harret noch der Klärung, nämlich die Frage, wer jetzt diese Kakophonie, die Sie hier produzieren, eigentlich interpretieren soll. Jeder erzählt etwas anderes, nur Herr Teufel ist irgendwie zu langsam, zu kapieren, in welche Richtung es geht.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Herr Stoiber hat ja in den wenigen Tagen, seit er Kanzlerkandidat ist, einen richtigen Schub an Realitätssinn erfahren. Er hat diesen ganzen Quatsch, den er jahrelang vor sich hergabetet hat, innerhalb von wenigen Tagen abgeräumt. Er hat kapiert – was Sie noch nicht kapiert haben, Herr Ministerpräsident –, dass man, wenn man die Steuerreform vorzieht – das habe ich Ihnen übrigens bei der Aussprache zur Regierungserklärung letztes Jahr schon gesagt –, das Ganze natürlich finanzieren muss und es die Länder mitfinanzieren müssen. Die Länderfinanzminister würde es grausen, wenn man das Ganze vorziehen müsste. Das hat Herr Stoiber kapiert. Deshalb hat er richtigerweise gesagt: Das können wir nicht machen. Er will schließlich Kanzler werden, und da muss man einigermaßen seriös auftreten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Bebbler SPD: Selbst der Finanzminister hat das kapiert!)

Zweiter Punkt: Ökosteuer. Mein Gott, wie eine Monstranz haben Sie dieses vernünftige Instrument – dass man endlich den Energieverbrauch planbar besteuert, schrittweise verteuert und damit die Arbeitskosten entlastet, worüber wir uns in den Neunzigerjahren alle einig waren – vor sich hergetragen.

(Dr. Salomon)

(Abg. Pfister FDP/DVP: Rasen für die Rente, ist das vernünftig?)

Was haben Sie von Abschaffung geredet! Herr Döring rennt immer noch herum und meint, man müsse es abschaffen. Er weiß nicht, wie man es finanzieren soll. Herr Stoiber hat es kapiert. Er sagt jetzt: „Aussetzen, aber nicht abschaffen“, weil er nicht weiß, woher die 22 Milliarden kommen sollen. Das ist auch logisch, denn wenn man Kanzler werden will, muss man der Realität einigermaßen ins Auge blicken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dritter Punkt: Verschuldung. Dazu ist eigentlich schon alles gesagt, aber eines muss man noch sagen: Sie haben einen Haushalt vorgelegt, bei dem man nicht klar weiß, wie man von der Nettoneuverschuldung herunterkommt. Die Bundesregierung hat seit ihrem Antritt vor dreieinhalb Jahren die jährliche Nettoneuverschuldung halbiert. Da kann ich nur sagen: Machen Sie das mal nach und schwätzen Sie dann erst mit, aber vorher halten Sie die Klappe.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Bebber SPD: Sehr schön!)

Was die rote Laterne angeht, die die Bundesrepublik jetzt schon in Europa hat, kann ich nur sagen: Schauen Sie sich mal die Jahre 1992 bis 1998 an. Wer hat da regiert? Helmut Kohl. Da hatte Deutschland die rote Laterne in Europa. Jetzt schauen Sie sich das Wachstum von 1992 bis 1998 an.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat seine Gründe!)

Da hatten wir im Schnitt 1,3 %. Seit 1998 haben wir 1,6 % im Schnitt. Ich würde sagen: Seien Sie einfach ruhig, machen Sie Ihren Wahlkampf im Hinterzimmer, denn da gehört er hin, aber blamieren Sie sich hier nicht ständig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt in etwas ruhigerer Tonlage zu diesem Haushalt. Ich glaube, von dem wollten Sie ablenken. Schaut man den Haushalt an, muss man eines feststellen: Mir ist es, wenn man von den Lehrerstellen absieht – da will ich Sie ausdrücklich loben –, nicht gelungen, in diesem Haushalt eine Schwerpunktsetzung zu erkennen. Für neue Schwerpunkte – das ist das eigentliche Problem an diesem Haushalt – muss die Landesregierung ständig Sonderhaushalte machen, Schattenhaushalte fahren – ich nenne jetzt nur die Mittel aus der Landesstiftung – oder, was meines Erachtens auch schlimm ist, auf die Kommunen zurückgreifen.

Ich will es im Einzelnen belegen: Das neue Investitionsprogramm Straßenbau, das Ihnen, Herr Oettinger, besonders wichtig ist, wie wir gehört haben, finanzieren Sie schlichtweg am Haushalt vorbei, das heißt, darüber beschließen wir hier gar nicht. Sie beschließen stattdessen, dass die L-Bank ihren Beitrag für das Land um 15 Millionen € pro Jahr erhöht. Die Frage ist nur, ob sie das erwirtschaften kann. Daran haben nicht nur wir Zweifel. Sie haben sich auch gescheut, diese offizielle Erhöhung des Bankbeitrages einzustellen, weil Sie wahrscheinlich selber Zweifel haben.

Die L-Bank gibt dieses Geld dann an die Baufinanz, die das Ganze vorfinanziert, und wir müssen über den Haushalt die Kapitalkosten finanzieren. Das ist vielleicht schlau gedacht, aber, Herr Pfister und Herr Oettinger – Sie legen großen Wert auf Seriosität –, seriös ist das Ganze nicht. Für das Parlament sind solche Vorfinanzierungen höchst problematisch, weil sie gegen den Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit verstoßen. Das müssten auch Sie erkennen.

(Zuruf von der CDU)

Sie setzen damit nur eine Übung aus der Vergangenheit fort, die Sie mit dem Sonderprogramm begonnen haben, und versehen es jetzt zusätzlich mit dem Sahnehäubchen, dass der Bankbeitrag durch die Hintertür erhöht wird.

Im Prinzip – das haben wir schon mehrmals besprochen – ist es mit der Zukunftsoffensive nicht viel anders. Da werden viele sinnvolle Dinge angestoßen, Herr Pfister. Wenn Sie etwas eröffnen, sage ich nicht, dass das schlecht ist. Wir haben uns nur immer gegen die Art der Finanzierung gewandt. Aber diese Sachen gehören in den Haushalt und nicht in einen Schattenhaushalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Problem dabei ist die Gemeinnützigkeit. Das ist unbestritten. Sie selber, Herr Finanzminister, haben bei der Einbringung Ihrer Rede angesprochen, dass Projekte für 250 Millionen DM, also ein Viertel der ganzen Zukunftsoffensive, sich nach ernsthafter Prüfung als nicht gemeinnützig herausgestellt haben. Jetzt sagen Sie aber schon bei der Einbringung: Wir wollen diese Mittel natürlich ausgeben, wir wollen aber nicht gleichzeitig in die Nettoneuverschuldung gehen. Damit haben Sie indirekt nichts anderes gemacht, als einen Nachtragshaushalt angekündigt. Daran kommen Sie überhaupt nicht vorbei.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich kann nur an die Landesregierung appellieren, nach neuen Wegen zu suchen, wie wir für künftige Veräußerungen von Beteiligungen aus der Landesstiftung aus dieser Gemeinnützigkeitsfalle herauskommen. Es kann doch nicht auf Dauer angehen, dass wir Landeseigentum verkaufen und überhaupt nicht frei darüber verfügen können. Das schränkt den geringen Handlungsspielraum, den wir haben, zusätzlich ein.

Lassen Sie mich noch sozusagen eine Fußnote anbringen: Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Konstruktion dieser Stiftung sowieso für einen völligen Murks halten. Es ist das alte Lied, dass man Steuern zahlt, aber wenn man Geduld gehabt hätte, hätte man überhaupt keine Steuern zahlen müssen. Aber: Im Prinzip Steuern zu zahlen, Schulden zurückzuzahlen und dann mit den Zinsersparnissen neue Aufgaben zu finanzieren, das halten wir für die einzig seriöse Art, mit Veräußerungsgewinnen umzugehen. Ich bin gespannt, wie es weitergeht, wenn es das nächste Mal um Veräußerungsgewinne geht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Dr. Salomon)

Sie sind dem nicht gefolgt. Gut, es ist so. Aber was ist spätestens dann, wenn der Verkauf der Gasversorgung Süddeutschland zur Entscheidung ansteht? Dann muss eine Lösung gefunden werden. Oder wollen Sie den Veräußerungsgewinn dann wieder in die Gemeinnützigkeitsfalle treiben? Es gibt eine Lösung. Wir behaupten, dass wir eine haben. Wir sind Ihnen gerne behilflich, diese Lösung gemeinsam anzustreben.

Ein weiteres Problem, das bei dieser Art der Finanzierung auftritt, wenn man nicht dauerhaft neues Geld auftreibt, sondern nur einmalig einen dicken Batzen ausgibt, ist das der Folgekosten. Wir haben das in den Beratungen angesprochen. Die Antwort, die der Finanzminister gegeben hat, war alles andere als befriedigend.

Schauen wir uns doch einmal Ihre Schwerpunkte im Bereich der Hochschulen, der Fachhochschulen und der Berufsakademien an. Ich bin gespannt, wie Sie dort, wo bei neuen Stellen k.w.-Vermerke ausgebracht wurden, dann, wenn die Programme ausgelaufen sind, politisch erklären wollen, dass diese Stellen gestrichen werden. Darauf bin ich gespannt. Da ist der nächste Ärger doch schon vorprogrammiert. Dort, wo keine Stellen ausgebracht wurden, wie zum Beispiel beim Ausbau der Berufsakademien, müssen Sie diese Stellen anschließend regulär über den Haushalt finanzieren. Das ist auch in Ordnung. In Ordnung ist nur nicht, dass Sie sich heute schon für spätere Jahre binden. Dazu kann ich nur sagen: Viel Spaß jetzt schon! Seriös ist das auch nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Ich muss, auch wenn dies schon oft gesagt wurde, einfach wiederholen: Das alles wäre vermeidbar gewesen, wenn Sie, Herr Teufel, nicht auf Teufel komm raus im Wahlkampf Segnungen über das Land hätten verstreuen wollen, wie dies ja mittlerweile üblich zu sein scheint. Wahrscheinlich glauben Sie heute noch daran, dass Sie nur wiedergewählt worden sind, weil Sie die Zukunftsoffensive III im Wahlkampf so toll verkauft haben.

Nun zum dritten Punkt, dem ungenierten Griff in die Taschen der Kommunen. Es scheint ja mittlerweile ein Markenzeichen dieser Regierung geworden zu sein, vollmundige Versprechungen zu machen und in der Bevölkerung Erwartungen zu wecken, aber dann, wenn es um die Ausführung geht, Dritte zu belasten, nämlich die Kommunen.

An erster Stelle will ich die Ausstattung der Schulen mit Computern nennen. Man kennt das Spiel ja. Es geht folgendermaßen: Die Landesregierung erkennt, wie wichtig ein Thema ist, und schürt damit Hoffnungen – bei Eltern, bei Lehrern und bei Schülern. Mit diesen Hoffnungen werden dann vor Ort die Kommunen konfrontiert; an sie werden die Ansprüche gerichtet. Sie schüren dann im Wahlkampf diese Hoffnungen noch zusätzlich und machen ein Feuer drunter. Und jetzt stellt sich heraus – ätsch, bättsch –, dass die Kommunen die Ausstattung mit Computern aus der eigenen Tasche bezahlen dürfen, weil wieder mal im kommunalen Finanzausgleich umgeschichtet wurde. Sie stellen sich hin, machen eine Pressekonferenz und verkaufen das als Ihren Erfolg. Das halten Sie für eine seriöse Politik.

(Beifall bei den Grünen)

Das wäre eigentlich schlimm genug, aber diese Übung hat bei Ihnen System. Das hat bei Ihnen Methode. Sie machen das bei der Kinderbetreuung genauso. Der Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren wird von Ihnen gerade einmal mit 10 % Landesmitteln gefördert. Den Rest müssen die Kommunen finanzieren. Herr Pfister stellt sich hin und sagt, es sei eine historische Leistung, dass es die FDP erreicht habe,

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

dass man auch im letzten Bundesland gemerkt habe, dass es ein Problem gebe. Ich gratuliere Ihnen zu dieser historischen Leistung; es ist wirklich gut, dass Sie in der Regierung sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Walter GRÜNE:
Das war das Projekt 18 Promille!)

Wer den Ausbau der Kindergärten in den Neunzigerjahren finanziert hat, das waren ausschließlich die Kommunen. Man hat den Betrag, den die Kommunen bekommen, vor zehn Jahren einmal festgeschrieben und regelt den Rest über den Vorwegabzug. Wenn die Landesregierung nun sagt: „Jedes Jahr steigern wir unsere Ausgaben für die Kindergärten“, dann ist das ein Taschenspielertrick. Nicht Sie steigern die Ausgaben für die Kindergärten, sondern die Kommunen haben die Ausgaben für die Kindergärten in den Neunzigerjahren gesteigert. Deswegen ist das, was Sie hier machen, umso perfider.

(Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines hinzufügen: Wenn Sie Ihre Vorgehensweise jetzt auch auf die Schulkinderbetreuung übertragen, widerspricht das eklatant der bisherigen Praxis und bedeutet eine weitere Kostenverlagerung auf die Kommunen. Wir wehren uns dagegen, dass Sie so vorgehen. Wir wehren uns dagegen, dass ein Erwin Teufel, der weiß, dass er nicht mehr zur Wahl antritt, eine Politik nach dem Motto macht: Nach mir die Sintflut; soll sich doch der oder die Nächste darum kümmern und mit den Kommunen klarkommen; ich mache Politik nach GutsHerrenart.

(Abg. Hauk CDU: So sieht vielleicht Ihr Politikverständnis aus!)

Wir wehren uns dagegen; mit uns läuft es so nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Stattdessen muss etwas ganz anderes stattfinden, und zwar etwas, was wir schon lange eingefordert haben und was überfällig ist, nämlich eine Debatte über die Frage: Was ist eine gesamtgesellschaftliche und damit gesamtstaatliche Aufgabe und was nicht?

Wir brauchen gerade bei den Schulen und bei der Kinderbetreuung eine Neujustierung der Lastenverteilung. Sie kann aber nicht einseitig zuungunsten der Kommunen erfolgen. Sie bleiben eine Antwort auf diese Frage wie immer schuldig, und Ihr Prinzip lautet so wie das von St. Florian: Verschon mein Haus, zünd andere an! Das ist nicht die Art, wie wir mit dieser Frage umgehen wollen.

(Beifall bei den Grünen)

(Dr. Salomon)

Nun zur mittelfristigen Finanzplanung; bei ihr veranschaulicht sich ja das ganze Dilemma. Es handelt sich um dünn bedrucktes Papier, wo in einer einfachen Rechnung dargelegt wird: Im Jahr 2006 haben wir keine Nettoneuverschuldung mehr.

Dabei muss man beachten, dass umgekehrt die Deckungslücke, die jetzt schon vorhanden ist, von Jahr zu Jahr steigt und Sie im Jahr 2006 bis zu 1,4 Milliarden € einfach nicht finanziert haben. So ist es. Das ist Ihre „seriöse“ Haushaltspolitik. Wenn man sie sich genau ansieht, kann man feststellen: Sie haben keinen blassen Schimmer, wie Sie 2006 zu einer schwarzen Null kommen sollen; davon haben Sie überhaupt keine Ahnung.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist das, was Sie uns als seriöse Haushaltspolitik verkaufen wollen.

Zur seriösen Haushaltspolitik kann ich Ihnen nur eines sagen. Ich habe in meiner Haushaltsrede angemahnt, dass wir endlich zu strukturellen Änderungen kommen müssen. Ich habe angemahnt, dass wir endlich eine funktionale Verwaltungsreform und eine dezentrale Ressourcenverantwortung brauchen und dass wir bei allen Behörden und bei allen Ministerien im ganzen Land eine Aufgabenkritik brauchen. Das wollen Sie nicht hören. Andere Länder sind da viel weiter. In Baden-Württemberg passiert nichts.

Ein nächster Punkt, den Herr Pfister so stolz erwähnt hat: die Haushaltsstrukturkommission. Ich kann nur sagen: Die Haushaltsstrukturkommission ist eine Koalitionsrunde. Sie wird sich damit begnügen, dass der eine dem anderen das Schäufelchen wegnimmt und versucht, den anderen über den Tisch zu ziehen. Strukturelle Änderungen werden da nicht herauskommen.

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Wenn die Haushaltsstrukturkommission einen Sinn haben soll, dann muss sie Dinge beschließen, die wehtun, und dann muss man das auch durchsetzen. Man setzt es aber am besten dann durch, wenn man alle einbezieht. Ich bin bereit, in einer Haushaltsstrukturkommission mitzuarbeiten, und kann mir nicht vorstellen, dass sich Herr Drexler dem verschließen würde. Nehmen Sie uns mit ins Boot! Dann sprechen wir einmal über strukturelle Fragen, und dann sprechen wir darüber, was man mitmachen kann und was man nicht mitmachen kann. Vielleicht kommt man dann einmal zu einem Ergebnis.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir haben die Schwerpunkte unserer Arbeit bei der Haushaltseinbringung deutlich dargestellt. Wir haben uns bemüht, unsere Schwerpunkte in den Beratungen deutlich zu machen. Wir haben uns auch bemüht, die Schwerpunkte seriös zu finanzieren, indem wir Sparvorschläge gemacht haben, indem wir eigene Vorschläge eingebracht und eigene Akzente gesetzt haben.

Die Anträge, mit denen wir in die weitere Beratung und in die zweite Lesung gehen werden, will ich noch einmal deutlich machen: Es geht im Wesentlichen um drei Bereiche. Das Erste ist der Bereich der Ökologie und in diesem Fall der Bereich der erneuerbaren Energien. Er spielt bei

Ihnen überhaupt keine Rolle mehr. Sie haben hier auf null gekürzt. Ich finde, das kann sich ein Land wie Baden-Württemberg, das bezüglich der Arbeitsplätze von der Energiewende, die die Bundesregierung eingeleitet hat, wie kein anderes Land profitiert, einfach nicht erlauben. Sie müssen hier eigenes Geld in die Hand nehmen und können sich nicht immer nur auf andere verlassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dazu kommt von uns ein eigener Antrag.

Jetzt komme ich zu dem ganzen Bereich der Kinderbetreuung von unter Dreijährigen. Ich habe es schon angesprochen: Ihre 10 % Kostenbeteiligung sind ein Witz. Man muss da wirklich Geld in die Hand nehmen: deutlich mehr Geld für Krippen, deutlich mehr Geld für Tagesmütter. Und man muss ein neues Programm auflegen. Man weiß spätestens seit der PISA-Studie – aber man hätte es auch früher wissen können –, dass die Kinder mit den Müttern in vielen Bereichen, auch im Kindergartenbereich, auch Deutschunterricht und Sprachförderung bekommen sollten. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei den Grünen)

Im Schulbereich – das ist der letzte Punkt – sind Sie stolz auf Ihre Lehrer. Das erkenne ich ja an. Sie machen aber nicht die volle Halbtagsgrundschule. Diese beantragen wir. Sie machen auch nicht genügend Ganztagsangebote; von denen haben Sie noch immer viel zu wenig im Programm. Die Computerausstattung ist, wie gesagt, auch Aufgabe des Landes. Dafür wollen wir 10 Millionen € aufbringen. Das nützt aber nichts ohne Lehrerfortbildung. Dafür sollte man, budgetiert an die Schulen gegeben, ebenfalls noch einmal 10 Millionen € aufbringen.

Dass man in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit hoch ist, die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und gegen Langzeitarbeitslosigkeit nicht zurückfährt, ist eine Selbstverständlichkeit. Deshalb wehren wir uns auch gegen die diesbezüglichen Streichungen.

Mit diesen Schwerpunkten gehen wir in die Beratungen. Mit diesen Schwerpunkten machen wir unser Profil deutlich. Mit diesen Schwerpunkten allein – das will ich auch sagen – wäre 2006 die Nettoneuverschuldung noch nicht bei null. Aber mit diesen Schwerpunkten wäre wenigstens eine Zukunftsfähigkeit von Baden-Württemberg im Jahre 2020 gewährleistet. Wie das bei Ihrem Haushalt der Fall sein soll, ist mir völlig schleierhaft.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verstehe ja, dass Opposition in Baden-Württemberg ein schwieriges Geschäft ist.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

(Ministerpräsident Teufel)

Opposition ist in einem Land, das in allen Leistungsdaten einen Spitzenplatz – in den meisten Bereichen den Spitzenplatz – unter den deutschen Ländern einnimmt, ein schweres Geschäft.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Bebbler SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt kommt wieder die alte Geschichte!)

Normales menschliches Verhalten ist in einem solchen Fall Zustimmung und gemeinsame Anstrengung, diese Spitzenstellung tatsächlich zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Dieses normale Verhalten

(Abg. Hillebrand CDU: Geht der SPD ab!)

nehmen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes an.

Am 13. Dezember 2001 wurde eine Umfrage veröffentlicht. In allen deutschen Ländern wurde die Frage gestellt: Kann man, alles in allem gesehen, in dem Land, in dem ich wohne, sehr gut leben? Dafür gab es Schulnoten von eins – stimmt genau – bis sechs – stimmt gar nicht. Mit einer Benotung von 1,9 steht Baden-Württemberg an der Spitze.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist das Zeugnis, das die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes diesem Land ausstellen. In einer überwältigenden Mehrheit fühlen sie sich in diesem Land wohl. Die Minderheit sitzt hier auf der Oppositionsbank. Wir haben sie gerade gehört.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

In den „Stuttgarter Nachrichten“ wurde über die jüngste Shell-Studie berichtet. Überschrift: „Jugendliche im Südwesten sehen Zukunft rosig – Shell-Studie: Nachwuchs im Land ist im Bundesvergleich besser ausgebildet und leistungsorientierter“.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

Das sind die Bewertungen von außen. Stellen Sie dem das gegenüber, was die beiden Oppositionssprecher gerade gesagt haben.

Meine Damen und Herren, wenn sich die Opposition anders verhält, als jeder Bürger in Baden-Württemberg reagiert, dann wirkt das realitätsfremd und unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: So ist es!)

Hätte die rot-grüne Bundesregierung auch nur annähernd eine solche Leistung vorzuweisen wie die Landesregierung von Baden-Württemberg,

(Abg. Bebbler SPD: Dann wären Sie in der Opposition!)

dann würden Sie Prozessionen veranstalten und Freudentänze und Ostermärsche organisieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmiedel: Dann wären Sie in der Opposition!)

Wissen Sie: Das, was Herr Salomon gerade gesagt hat, steht ja wirklich umgekehrt proportional im Verhältnis zu dem, was die Grünen bei der Landtagswahl erreicht haben. Wir haben an Zustimmung für unsere Politik gewonnen, die Sie gerade kritisiert haben, während Sie sozusagen halbiert zurückgekommen sind.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Und deshalb ist unsere Politik nicht mehr so qualifiziert, oder was?)

Denken Sie einmal darüber nach, bevor Sie so laut tönen, wie Sie es gerade gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg wird in diesem Jahr 50 Jahre jung. Es waren nicht immer leichte Jahre, aber es waren erfolgreiche Jahre. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land können stolz sein auf das, was wir gemeinsam erreicht und geleistet haben. Wir haben Grund zum Feiern, und das werden wir auch vielfältig tun.

Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstandes und der qualifizierten Arbeitnehmerschaft, und deshalb haben wir bundesweit die niedrigste Arbeitslosenzahl.

Baden-Württemberg ist das Land der Talente und der Patente.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist die Region Stuttgart!)

In der letzten Woche ist der neueste Forschungsbericht von „Jugend forscht“ herausgekommen. An der Spitze aller 16 Bundesländer liegen auch bei „Jugend forscht“ die Jugendlichen aus Baden-Württemberg: Land der Talente.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist ja direkt peinlich, diese Lobhudelei!)

Jedes Jahr kommt ein Bericht vom Deutschen Patentamt in München, der Baden-Württemberg an der Spitze bei den Patentanmeldungen zeigt: Land der Patente. Machen Sie von der Opposition dieses Land doch nicht schlecht!

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Aber das sind die Leute, nicht die Regierung!)

Baden-Württemberg ist das Land der Zukunftschancen, weil in keinem anderen Land in Deutschland so viel in Bildung und damit in die Köpfe junger Menschen investiert wird wie hier.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich sage es Ihnen genau, prüfen Sie es doch nach: Nach der Bund-Länder-Statistik, also der gemeinsamen Statistik des Bundes und der Länder, liegen wir mit 41,6 % an der Spitze aller Länder bei den Bildungsausgaben – ein Prozentpunkt Vorsprung! Das nächste Land liegt mehr als drei Prozentpunkte zurück.

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, ein Prozent im Landeshaushalt sind 600 Millionen DM, das heißt, wir investieren Jahr für Jahr im normalen Haushalt für die Bildung in unserem Land und damit für die Zukunft unserer jungen Generation Milliardenbeträge mehr als andere Länder.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist ein Land, in dem Recht und Ordnung etwas gelten, und zwar bei den Bürgern und bei der Regierung. Deswegen haben wir bundesweit die niedrigste Kriminalitätsrate und die zweithöchste Aufklärungsquote.

Diese Erfolge – das sage ich ausdrücklich – und viele andere mehr sind zuallererst das Verdienst aller Menschen in unserem Land.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha! Wir kommen der Sache näher!)

Dafür möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs gerade im Jahre des Landesjubiläums meinen herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Döpper CDU: Da dürfte die Opposition ruhig auch klatschen!)

Ich füge in aller Bescheidenheit hinzu: Die Erfolge unseres Landes und seiner Menschen sind auch Erfolge der baden-württembergischen Landespolitik. 49 von diesen 50 Jahren stellte die CDU in diesem Land den Ministerpräsidenten, und es waren gute Jahre für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Herren von der SPD und von FDP/DVP,

(Abg. Teßmer SPD: Die Damen nicht?)

Sie waren über weite Phasen dieser Landesgeschichte auch dabei. Machen Sie – das sage ich vor allem Ihnen von der SPD – nicht schlecht, woran Sie selber gearbeitet haben.

(Abg. Drexler SPD: Nein, nein, das haben wir nicht! Wir unterscheiden zwischen Landesregierung und Land!)

Wir brauchen keinen Vergleich zu scheuen. Unsere Leistungsbilanz stimmt. In der letzten Legislaturperiode ist es uns gelungen, große Reformprojekte auf den Weg zu bringen, die dem ganzen Land dauerhaft strukturelle Stärken im Wettbewerb mit anderen Ländern verschaffen. Die Fusionen im Bankenbereich, beim Rundfunk, in der Energieversorgung haben sich bewährt. Die Veräußerung der Landesanteile an der Energie Baden-Württemberg und damit zusammenhängend die Gründung der Landesstiftung und die dritte Stufe der Zukunftsoffensive ermöglichen uns trotz der Steuerausfälle Investitionen. Für die zurückgehenden Steuereinnahmen sind nicht wir im Land verantwortlich. Aber wenn es wegen dieser zurückgehenden Steuereinnahmen zu einer Stagnation der Investitionen käme, würden wir schuldhaft handeln. Deshalb haben wir Vermögen verkauft und die Erlöse investiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen, verehrter Herr Drexler: Der Ruf des Propheten
(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

beruht meistens auf dem schlechten Gedächtnis seiner Zuhörer.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber nicht gut! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Vor zwei Jahren, vor einem Jahr wurde kritisiert, wir würden unsere Anteile an der EnBW Hals über Kopf verkaufen. Auch das hat nicht gestimmt, denn wir haben dabei das gleiche Verfahren gewählt, wie wir es jetzt bei der GVS tun. Wir haben eine Investmentbank, die in Fragen der Energieversorgung erfahren ist, beauftragt. Sie hat eine Ausschreibung gemacht. Wir haben das beste Angebot ausgewählt und zum absolut richtigen Zeitpunkt verkauft. Das hat bundesweit bisher überhaupt niemand anders gesehen.

Jetzt machen wir genau das Gleiche bei der GVS. Wir haben eine Investmentbank beauftragt, wir haben ausgeschrieben. Die Ausschreibung läuft. Wir werden das in jeder Hinsicht günstigste Angebot akzeptieren. Jetzt höre ich zum zweiten Mal, dass Herr Drexler an diesem Pult sagt, das gehe alles nicht schnell genug.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Ich möchte einmal wissen, was die Opposition sagen würde, wenn wir keine Ausschreibung gemacht hätten,

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie sie doch früher!)

sondern frei vergeben hätten, beispielsweise an die EnBW. Sie würden hier eine Aktuelle Debatte nach der anderen beantragen. Das ist doch die Tatsache.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir gehen seriös vor. Wir verschleudern nicht Landesvermögen, das über Generationen hinweg geschaffen worden ist.

(Zurufe von der SPD)

Wir sind hinsichtlich der GVS übrigens auch, was den Zeitplan betrifft, auf unsere Partner angewiesen, die ein Vorkaufsrecht haben.

(Zurufe der Abg. Drexler und Schmiedel SPD)

– Ja, in der Tat, das könnte noch zu zeitlichen Verzögerungen führen. Darauf möchte ich gerade ausdrücklich hinweisen. Aber so tief steigen Sie ja gar nicht in die Materie ein.

(Abg. Drexler SPD: Doch, doch!)

Ihnen geht es doch um Polemik.

(Abg. Drexler SPD: Nein, überhaupt nicht!)

Wenn wir „schwarz“ sagen, sagen Sie „weiß“. Wenn wir schnell vorgehen, geht es Ihnen –

(Abg. Teßmer SPD: Wir sagen „rot“! – Abg. Drexler SPD: Wenn Sie „schwarz“ sagen, sagen wir „rot“, nicht „weiß“! – Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Das macht es nur noch schlimmer!)

(Ministerpräsident Teufel)

– Ich glaube, das werden Sie auch aufgeben, nachdem das Einzige, was in Deutschland noch leuchtet, die rote Laterne ist, was den Platz bei der wirtschaftlichen Entwicklung angeht.

(Anhaltender lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Es ist doch schön, wenn man mit so einfachen Dingen Freude bereiten kann! – Zurufe von der SPD, u. a.: Tää, tää, tää! – Abg. Drexler SPD: Seit 1994 ist das so!)

– Grün sieht man in dieser Koalition ja gar nicht mehr.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Der war gut! Jetzt muss ich auch noch lachen!)

Ich bin gern bereit, auch zu dieser Farbe noch etwas zu sagen. Ich komme nachher noch darauf zu sprechen.

Ich erinnere an die Reform der Hochschulen, die wir als erstes Land in den letzten Jahren vorangebracht haben und die wir auch unter dem neuen Wissenschaftsminister fortsetzen werden. Ich denke an die Landesmesse, an Stuttgart 21, um nur einige Beispiele zu nennen. Ich denke an ein 500-Millionen-Programm für die innere Sicherheit. Baden-Württemberg setzt Schwerpunkte.

Auch die finanzielle Konsolidierung unseres Landeshaushalts haben wir erfolgreich angegangen. Im Zeitraum von 1991 bis 2001 addierten sich die Belastungen für das Land infolge konjunktureller Steuermindereinnahmen, Leistungen für die neuen Länder und Steuersenkungen auf 15 Milliarden €.

Die Kreditaufnahme des Landes lag im selben Zeitraum bei 11 Milliarden €. Sie bleibt damit um rund 4 Milliarden € unter den aufgezeigten Belastungen. Die Kreditfinanzierungsquote des Landeshaushalts lag 1990 bei 5,3 %, im Durchschnitt der westlichen Flächenländer bei 5,6 %. Im Jahr 2000 lag unsere Kreditfinanzierungsquote bei 1,4 %; im Durchschnitt der westlichen Flächenländer betrug sie 2,9 %.

Wir haben in der schwierigsten finanziellen Phase der Landesgeschichte, nämlich in den Neunzigerjahren, unseren Vorsprung von 0,3 Prozentpunkten auf 1,5 Prozentpunkte ausgebaut. Das ist Konsolidierungspolitik made in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn alle Länder so erfolgreich konsolidiert und so konsequent gespart hätten wie wir in Baden-Württemberg, dem Hauptzählerland des Länderfinanzausgleichs, dann müsste sich der Bundesminister der Finanzen heute nicht vor blauen Briefen aus Brüssel fürchten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Im Übrigen ist es eine Tatsache, dass die auch finanz- und haushaltspolitisch erfolgreichsten Länder im Westen wie

im Osten Deutschlands – ausnahmslos, alle fünf, die an der Spitze sind: Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen und Sachsen – von der Union regiert werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aber in Hessen wechselt es ständig!)

So viel Zufall kann es doch gar nicht geben. Das hat etwas damit zu tun, ob eine Regierungspolitik richtig oder falsch ist.

Meine Damen und Herren, wir wollen uns diese Spitzenposition im Ländervergleich jedes Jahr aufs Neue erarbeiten. Auch in schwieriger gewordenen Zeiten bleiben wir unseren Grundsätzen treu: sparen und investieren, bewahren und modernisieren, mit Weitblick gestalten und nicht nur verwalten.

Mit dem Doppelhaushalt 2002/03, mit der Zukunftsoffensive III und mit der Landesstiftung schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft ein Land bleibt, in dem zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen attraktiv und Erfolg versprechend ist.

Wirtschaftlicher Erfolg ist wichtig, aber nicht alles, was zählt. Zum guten Klima in unserem Land gehört auch das menschliche Miteinander, der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Zu den Megathemen dieser Legislaturperiode zählen deshalb vor allem Erziehung, die zuerst im Elternhaus erfolgen muss,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Bildung, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit. In diesen entscheidenden Bereichen wollen und werden wir in den kommenden Jahren Fortschritte erzielen, und dafür ist auch dieser Doppelhaushalt ein Fundament. Wir sparen, aber wir sparen nicht nur, sondern wir setzen auch Schwerpunkte für eine gute Zukunft unseres Landes. Wir machen es anders als der Bundeskanzler. Was wir vor der Wahl versprochen haben, setzen wir auch um.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD)

– Bitte keine Zwischenrufe bei dieser Aussage! Sie würden fürchterlich eins draufkriegen. Sie kennen ja alle die Aussagen des Bundeskanzlers, die er samt und sonders nicht eingehalten hat, während uns vorgeworfen wird, wir seien im Wahlkampf durchs Land gezogen und hätten konkrete Investitionen versprochen. Jetzt halten wir sie. Auf Punkt und Komma halten wir sie.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Jetzt ist es auch wieder nicht recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war nicht der Vorwurf!)

3 120 neue Lehrerstellen in den beiden kommenden Jahren: Wir investieren massiv in die Bildung junger Men-

(Ministerpräsident Teufel)

schen, wir halten mehr, als die SPD im letzten Wahlkampf auf diesem Gebiet versprochen hat.

(Abg. Drexler SPD: Und was jetzt?)

Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 15 Millionen € – nicht der Betrag, den Herr Drexler vorhin genannt hat –

(Abg. Drexler SPD: Was?)

werden schon ab dem 1. Januar 2003 zusätzlich zugunsten der Gemeinden und freien Träger in eine bedarfsgerechte Betreuung von Kleinkindern fließen.

Übrigens einmal ein paar Bemerkungen zu dem, was durch ständiges Wiederholen, Herr Salomon, aber auch Herr Drexler, natürlich nicht richtiger wird: Wenigstens so tief sollte man in das Thema Kinderbetreuung einsteigen, dass man zur Kenntnis nimmt, dass für die Kinderbetreuung nach einem Bundesgesetz, das seit Jahrzehnten gilt und auch von Ihnen nicht geändert wurde, die Kommunen zuständig sind. Sie sind wirklich zuständig.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deswegen haben sie eine Vollversorgung für die Drei- bis Sechsjährigen in Kindergartenplätzen geschaffen – ich sage das mit allem Respekt –; die Kommunen und Kirchen als freie Träger haben es geschafft.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Habe ich ja gesagt! –
Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Entschuldigen Sie, wenn etwas gelöst ist, dann ist es in Ordnung, und wenn etwas nicht gelöst ist, weisen Sie es der Landesregierung zu.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Die Kommunen haben das Verdienst im Bereich der Kindergärten. Sie haben mit vollständig eigenen Mitteln und in eigener Verantwortung und Zuständigkeit sowohl altersgemischte Gruppen und teilweise Gruppenplätze als auch Tagesmütterstellen geschaffen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Meine Rede!)

Die Kommunalpolitik könnte man auflösen, wenn Kleinkindbetreuung nicht mehr Sache der Kommunalpolitik wäre. Dann, kann ich nur sagen, bräuchten wir auch keine Selbstverwaltung mehr.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Den zweiten Irrtum will ich hier ansprechen: Als ob Mittel des kommunalen Finanzausgleichs nicht Mittel wären, die zur Disposition des Landesparlaments stünden! Wenn das nicht der Fall wäre, dann könnte beispielsweise jetzt, bei den Haushaltsplanberatungen in Nordrhein-Westfalen oder anderswo, auch nicht in diese Mittel eingegriffen werden – zugunsten von Landesaufgaben. Selbstverständlich sind das Mittel, die zu unserer Disposition stehen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das habe ich auch nicht bestritten!)

– Ja, eben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist doch gar nicht der Punkt!)

Ich meine, dass es ein ausgesprochen kommunalfreundliches Verhalten ist, wenn wir trotz der katastrophalen Finanzsituation, die Sie durch Ihre Bundespolitik verursacht haben – –

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch und Lachen bei der SPD)

– Entschuldigen Sie, warum schütteln Sie jetzt den Kopf?

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

Es ist doch wohl unstrittig, dass die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden mit der Wirtschaftskraft eines Landes und mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun haben. Weil wir im Unterschied zum Jahr 2000 nicht mehr 3 % Wachstum haben, auch nicht 1,5 %, mit denen der Bundesfinanzminister im Bundeshaushalt rechnet, sondern allenfalls noch 0,5 %, haben wir Milliardenausfälle beim Bund, bei den Ländern und bei den Gemeinden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE:
Das hat hier niemand bestritten!)

Wollen Sie das bestreiten? Dafür ist nun wirklich keine höhere Mathematik notwendig.

Zu diesen Steuerausfällen, die Sie verursachen, schieben Sie den Kommunen beachtliche zusätzliche Ausfälle zu. Sie wissen es ganz genau, und die kommunalen Spitzenverbände sagen es in Pressekonferenzen auf Bundesebene:

(Abg. Drexler SPD: Auf Landesebene!)

Wenn der Bund die UMTS-Erlöse in Höhe von fast 100 Milliarden DM komplett selbst einstreicht und diejenigen, die die 100 Milliarden DM bezahlen, diese Ausgabe in den nächsten Jahren steuerlich voll geltend machen können, dann wird ein ganz erheblicher Teil der daraus resultierenden Steuerausfälle bei den Kommunen und bei den Ländern landen. Deren Ausfälle werden größer sein als die beim Bund. Deswegen bekommen wir nicht nur nichts von den UMTS-Erlösen – schon das ist ungerecht –, sondern wir zahlen dafür auch Milliardenbeträge.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Pfister FDP/DVP: Sauerei! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Genauso sieht es übrigens bei der – wenn man Herrn Salomon und auch Herrn Drexler hört – ach so gerechten Ökosteuer aus. Warum erhöht diese Bundesregierung denn die Ökosteuer?

(Abg. Drexler SPD: Warum schaffen Sie sie denn nicht ab?)

Sie erhöht die Ökosteuer aus einem einzigen Grund: Es ist die einzige Steuer, deren Erträge ausschließlich dem Bund zustehen. Das hat zwei große Vorteile. Erstens braucht man nicht die Zustimmung des Bundesrats. Wenn die Kommu-

(Ministerpräsident Teufel)

nen oder das Land einen Anteil an der Ökosteuer hätten, müsste eine Änderung nämlich durch ein zustimmungspflichtiges Gesetz erfolgen. Nur deshalb, weil es das nicht ist, haben Sie die Ökosteuer durchsetzen können; sonst hätten Sie gar keine Mehrheit für dieses Gesetz bekommen. Zweitens gehen die Einnahmen voll und ganz in die Bundeskasse; Länder und Kommunen gehen leer aus. Das sind nun wirklich Dinge des kleinen Einmaleins, die man eigentlich nicht bestreiten kann.

Nun haben die Kommunen durch Bundesgesetze und durch die wirtschaftlichen Entwicklungen unglaubliche Belastungen zu tragen. Das laden Sie jetzt beim Land ab. Das Land weiß um seine Verantwortung für die Kommunen und hat deshalb, im Unterschied zu anderen Ländern, nicht in die kommunale Finanzmasse eingegriffen.

Dann kommen Sie mit dem Laptop bzw. der Informations- und Kommunikationstechnik an der Schule. Auch das ist doch unbestritten und gehört zum kleinen Einmaleins: In den Schulen ist für die Lehr- und Lernmittel der Schult Träger zuständig, für die Personalausstattung, also die Lehrerinnen und Lehrer, aber das Land. Deshalb gehört die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln in den Bereich der Kommunen; aber das Land gibt für den Bereich, für den die Kommunen zuständig sind, seit Jahr und Tag so genannte Sachkostenbeiträge für jede einzelne Schule.

Wir haben gesagt: Da das Lehr- und Lernmittel sind, sind wir bereit, die Sachkostenbeiträge aufzustocken und sie in gleicher Höhe zu finanzieren wie die Sachkostenbeiträge für Lehrmittel und die Sachkostenbeiträge für Schulbücher. Jetzt frage ich einmal, was daran nicht in Ordnung ist. Das möchte ich einmal wissen. Jedenfalls wissen die Kommunen in Baden-Württemberg, wenn Sie vertraulich mit ihnen diskutieren, dass es ihnen ganz erheblich besser geht als den Kommunen aller anderen deutschen Länder. Das kann man sogar beweisen, denn wir zahlen am meisten in den Länderfinanzausgleich für die überschießende Finanzkraft unserer Kommunen,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben das doch vereinbart!)

nicht nur für die überschießende Finanzkraft unseres Landes. Bauen Sie hier doch nicht Attrappen, Türken auf, damit Sie drauf einschlagen können, sondern bleiben Sie seriös, und befassen Sie sich mit den Fakten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich war immer noch bei den Schwerpunkten dieses Haushalts. Die Sicherheit der Menschen im Land ist uns so wichtig, dass wir 29 Millionen € zugunsten eines Sofortprogramms zur Bekämpfung terroristischer und extremistischer Gewalt zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, auch da muss man sich einmal den Unterschied zwischen Landespolitik in Baden-Württemberg und Bundespolitik anschauen. Der Bund macht ein Antiterrorprogramm im Umfang von 3 Millionen DM; es ist noch in der D-Mark-Phase verabschiedet worden. Bei einem Bundeshaushalt von fast 600 Milliarden DM ist er nicht in der Lage, ein Programm mit einem Volumen von

3 Millionen DM zu decken, sondern für ein Antiterrorprogramm von 3 Millionen DM werden zwei Steuern erhöht. Das ist doch ein Armutszeugnis ohnegleichen. Inzwischen tanken wir nicht nur für die Rente, sondern wir rauchen auch für die Terrorismusbekämpfung. Das ist die Situation in Deutschland.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Und wofür, Herr Ministerpräsident, trinken Sie Sekt? – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt sind wir endgültig bei der Fasnet!)

– Im Unterschied zu Ihnen spreche ich eine Sprache, die die Leute im Land verstehen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Abg. Beber SPD: Das ist ja eine Beleidigung der Leute! Das ist ja unglaublich!)

Wir investieren in die Mobilität und legen ein fünfjähriges Investitionsprogramm für den Landesstraßenbau in Höhe von jährlich 51,1 Millionen € auf. Wir machen uns stark für die Zukunftschancen der jungen Generation und investieren allein in der Zukunftsoffensive III ein Volumen von 562 Millionen €. Davon sind schon in diesem Doppelhaushalt 120 Millionen bzw. 88 Millionen € veranschlagt.

Meine Damen und Herren, alle diese Beispiele zeigen, dass die Maßgabe „Sparen und investieren“ kein Widerspruch, sondern machbar ist. Wir setzen sie in Baden-Württemberg konsequent um.

Nun sage ich auch ein offenes Wort zur Landesstiftung. Ein wichtiger Bestandteil unserer Strategie für die Zukunftsfähigkeit des Landes ist die Landesstiftung Baden-Württemberg. Sie ist ein hervorragendes Beispiel einer auf Nachhaltigkeit angelegten Politik. Jedes Jahr, also auch noch in 10 Jahren und in 20 Jahren, stehen für innovative, zukunftssträchtige Projekte Millionenbeträge zur Verfügung. Gleichzeitig bleibt der vorhandene Kapitalstock erhalten. Die Landesstiftung stellt vorrangig Gelder für gemeinnützige Projekte zur Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, aber auch für Kultur, Kunst, Sport und Soziales zur Verfügung. Für die Kritik der Opposition an der Landesstiftung fehlt mir jedes Verständnis; ich sage es offen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Weil es ein Taschenspielertrick ist!)

Sie müssen offenbar damit rechnen, dass Sie auch in den nächsten 50 Jahren nicht an die Regierung kommen; sonst hätten Sie ein Interesse an der Landesstiftung. Denn auch noch in 10, 20 und 30 Jahren stehen die gleichen Mittel zur Verteilung für Zukunftschancen der jungen Generation zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Schaffung der Landesstiftung war und bleibt der richtige und vernünftige Weg, um unserem Land die Vermögenssubstanz zu erhalten und Zukunftsinvestitionen zu sichern.

(Ministerpräsident Teufel)

Nun ein paar Beispiele, die übrigens mit Beteiligung von Vertretern aller Oppositionsfractionen im Aufsichtsrat der Landesstiftung beschlossen worden sind.

Auch da ein Zwischenruf: Sie vonseiten der SPD-Fraktion sollten sich einmal entscheiden, welchen Weg Sie gehen, ob Sie die Landesstiftung attackieren oder ob Sie in der Landesstiftung mitgestalten wollen. Ich kann nur sagen: Ihre Vertreter im Aufsichtsrat der Landesstiftung arbeiten von der ersten Minute an genauso konstruktiv mit wie die Vertreter aller anderen Fraktionen. Sie gestalten mit und haben im Aufsichtsrat der Landesstiftung mehr als 90 % aller Projekte mit beschlossen. Sie sollten sich schlicht einmal informieren, Herr Drexler. Hier findet ein Doppelspiel statt.

(Abg. Drexler SPD: Warum? Sollen sie da wegbleiben?)

Herr Moser und die übrigen Kollegen Ihrer Fraktion tragen Verantwortung mit und gestalten mit, und hier macht man billige Agitation gegen die Landesstiftung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das tut weh!)

Sie müssen sich für das eine oder das andere entscheiden.

6,1 Millionen € für das Baden-Württemberg-Stipendium für begabte Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs. Wollen Sie wirklich sagen: „Weg damit!“?

(Abg. Drexler SPD: Das sagt doch kein Mensch!)

Inzwischen liegt die Zahl der Bewerbungen dreimal so hoch wie die der Plätze. Es gibt doch bisher in Baden-Württemberg kein einziges Landesstipendium. In Bayern gibt es seit 100 Jahren ein Landesstipendium, in Baden-Württemberg nicht. Wir konnten es nur über die Landesstiftung schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

– Natürlich konnten wir es nur so schaffen. – Sie polemisieren hier gegen die Landesstiftung, und in der Stiftung selber beschließen Sie die Stipendien auf unseren Vorschlag mit.

6,4 Millionen € für die Unterstützung der Stiftung Opferchutz. Wollen Sie wirklich sagen: „Weg damit!“?

5,1 Millionen € für die Integration von Ausländerkindern. Das konnten wir bisher auch nicht machen. Wollen Sie wirklich sagen: „Weg damit!“?

Förderung des Internet-Führerscheins für alle. Es mag Sie stören, dass die Leute jetzt zuhauf auf mich zukommen und erklären,

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

dass die Veranstalter sagen, sie könnten die Kurse nur durchführen, weil sie eine Förderung aus der Landesstiftung bekommen. Das mag Sie natürlich stören. Da mögen

Sie annehmen, das gehe zu unseren Gunsten. Ich sage: Es geht zugunsten der Qualifizierung der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das hätten Sie auch im Haushalt machen können!)

20,4 Millionen € für die Verbundforschung und für Forschungseinrichtungen. Wollen Sie wirklich sagen: „Weg damit!“?

20,4 Millionen € für die strategische Forschung in Schlüsseltechnologien allein in den Jahren 2001 und 2002. Wollen Sie wirklich sagen: „Weg damit!“?

7,6 Millionen € für das Forschungsprogramm „Adulte Stammzellen“. Wollen Sie auch da sagen: „Weg damit!“?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Sie kapieren überhaupt nichts!)

5,1 Millionen € für Spätaussiedler und Ausländer. 3 Millionen € für eine Clearingstelle für Hilfe für Osteuropa, um das zu koordinieren, was in großartiger Weise in Eigeninitiative der Bürger in fast allen Gemeinden unseres Landes entstanden ist.

(Abg. Döpper CDU: Einmalig! Anerkennen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Hören Sie doch auf! Das ist doch der schiere Blindflug!)

Es gibt doch zwei Möglichkeiten. Entweder Sie sagen – das ist die erste Möglichkeit –: Die Landesstiftung entspricht nicht unseren Vorstellungen, doch sie ist beschlossen worden – panta rhei: Man kann nicht zweimal in einen Fluss steigen, sagt Heraklit –, das ist jetzt eine Basis, von der man ausgehen muss,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Man kann auch solide finanzieren!)

jetzt arbeiten wir dort verantwortlich mit. Das ist die Position, die beispielsweise richtigerweise mehrere Abgeordnete Ihrer Fraktion in der Landesstiftung einnehmen. Oder – das ist die zweite Möglichkeit – Sie gehen hier heraus und sagen: Wir sind auch in Zukunft gegen die Landesstiftung. Haben Sie dann aber auch den Mut, zu sagen, dass Sie alle diese Ausgaben der Landesstiftung streichen wollen.

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn? – Abg. Bebbler SPD: Das ist doch der blanke Unsinn!)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat es Ihnen in der letzten Sitzung vorgerechnet: 62 Förderbeschlüsse hat der Aufsichtsrat der Landesstiftung bisher gefasst, und 56 davon waren einstimmig. Diese Landesstiftung hilft dem Land und seinen Menschen.

(Abg. Schmid SPD: Sie hilft Herrn Haas!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist aus eigener Kraft stark. Wir zahlen an den Bund weit mehr, als wir zurückbekommen. Für das große Bild, für die konjunkturelle Lage in Deutschland, für die Steuer- und Beschäftigungspolitik ist allerdings in erster Linie der Bund verantwortlich und zuständig.

(Ministerpräsident Teufel)

Herr Salomon, Sie haben sich sehr salomonisch verhalten. Ihr erster Satz war eine Kritik an Ihren Vorrednern und der Vorwurf, sie hätten Büttensreden gehalten, weil sie bundespolitische Fragen angesprochen haben. Sie haben dann ausschließlich mit bundespolitischen Fragen weitergemacht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie haben nicht zugehört!)

Es besteht natürlich ein Zusammenhang zwischen der Haushaltsdebatte in diesem Land und der Bundespolitik; denn die Tatsache, dass wir Milliardenbrüche haben und überhaupt die Frage gestellt werden kann, ob wir möglicherweise das Ziel der Nullneuerschuldung im Jahr 2006 nicht erreichen, hängt ausschließlich mit den Folgen

(Abg. Drexler SPD: Mit der Steuerreform!)

Ihrer Wirtschaftspolitik oder Nichtwirtschaftspolitik zusammen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD)

Wer wie die Bundesregierung den Aufschwung für sich reklamiert – das hat der heutige Kanzler schon 1988 getan, als er noch gar nicht in seinem Amt war –,

(Abg. Birzele SPD: 1998!)

der muss auch für den Abschwung geradestehen. Eine Politik nach dem Motto „Wenn es gut läuft, waren es wir, wenn es schlecht läuft, sind es die internationalen und kosmischen Einflüsse“

(Abg. Bebbler SPD: Das sind genau alte Einflüsse!)

ist unglaublich und verdient auch kein Vertrauen.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein ganz wichtiger Satz, weil wir ihn von Ihrer Seite in den nächsten acht Monaten mit Sicherheit pausenlos anders hören werden:

(Abg. Drexler SPD: Sagen Sie doch etwas zur Steuerreform!)

Wachstum und Beschäftigung sind in Deutschland vor dem 11. September zusammengebrochen und nicht nach dem 11. September und nicht wegen des 11. Septembers des letzten Jahres.

(Abg. Drexler SPD: Das Nullwachstum in Amerika hat etwas mit dem 11. September zu tun!)

Das muss man auch einmal festhalten.

Meine Damen und Herren, zu dem, was ich jetzt sagen möchte, möchte ich einige Zitate aus dem „Spiegel“, der wirklich keine Regierungspostille Baden-Württembergs ist, vorlesen:

(Abg. Bebbler SPD: Sie zitieren den „Spiegel“? – Abg. Drexler SPD: Machen Sie das auch bei allen anderen Sachen?)

– Das ist unangenehm. Es hat schon interessantere Zeiten als heute für Sie gegeben, wenn Sie den „Spiegel“ gelesen haben. Das gebe ich zu.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Jetzt lesen Sie ihn, weil es Ihnen gefällt! Sie müssen auch lesen, was Ihnen nicht gefällt!)

– In der Tat. Immer an die eigene Nase greifen. PISA nicht nur bei anderen suchen.

Zitat Nummer 1:

In atemberaubendem Tempo schmiert die Konjunktur in Deutschland ab.

Zitat Nummer 2:

Alle Wirtschaftsindikatoren weisen nach unten wie abgeknickte Äste:

(Abg. Schmid SPD: Das war aber ein alter „Spiegel“!)

die Auftragseingänge, die Industrieproduktion, die Autoexporte.

(Zurufe von der SPD)

– Sie mögen vielleicht Einfluss nehmen können auf die Gazetten, an denen die SPD in Deutschland beteiligt ist –

(Beifall bei der CDU)

das sind immerhin zwei Dutzend –, aber es gibt in Deutschland noch unabhängige Zeitungen.

(Abg. Drexler SPD: Unser Geld wird nicht in die Schweiz gebracht! Das ist der Unterschied! – Weitere Zurufe von der SPD)

Zitat Nummer 3:

Doch der Abschwung kam keineswegs wie ein Naturereignis urplötzlich von außen über Deutschland. Ein wesentlicher Anteil ist hausgemacht. So ist die Steuerreform bislang wirkungslos verpufft, wie selbst der Kanzler einräumt. Ein Teil der Entlastung wurde durch den Kostenschub bei Lebensmitteln und Energie aufgeessen, den Rest erledigte der Staat, indem er sich selbst als Preistreiber betätigte. Jetzt rächt sich zudem, dass die Regierung vor Reformen am Arbeitsmarkt zurückschreckte.

Zitat Nummer 4:

Deutschland ist Spitzenreiter in Europa im konjunkturellen Niedergang.

Deutschland als konjunkturelles Schlusslicht in Europa – das ist die ungeschminkte Bilanz nach gut drei Jahren Regierung Gerhard Schröder. Die Volkswirtschaften in Portugal, in Irland und in Griechenland liegen vor der Volkswirtschaft des größten Mitgliedslands der Europäischen Union.

(Zuruf von der SPD – Gegenrufe von der CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

Der einzige Sektor, der in Deutschland noch ein kräftiges Wachstum erzielt – jedermann hat es am letzten Donnerstag in der Zeitung lesen können –, ist die Schwarzarbeit. Rot-Grün schafft Schwarzarbeit. Das ist die traurige Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Bild von der ruhigen Hand entpuppt sich immer mehr als Synonym für die Hilflosigkeit und Tatenlosigkeit der rot-grünen Bundesregierung gegenüber einem Abschwung. Im Bundestagswahlkampf 1998 hieß es bei der SPD noch: „Schröders Garantkarte – Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen“.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Dagegen heißt es heute – wiederum ein wörtliches Zitat des Kanzlers aus dem „Spiegel“ –: „Wir machen nix mehr“.

Ruhige Hand bedeutet: kein Mut zu Reformen der Arbeitsmarktpolitik. Ruhige Hand bedeutet, dass das Bündnis für Arbeit vollends an die Wand fährt. Die „Süddeutsche Zeitung“ spricht bereits vom „Abstieg des Bündnisses zum Fototermin“. Ruhige Hand heißt steigende Kassenbeiträge und Verschiebung der dringend notwendigen Gesundheitsreform. Ruhige Hand bedeutet, keine Entlastung der Bürger bei Steuern und Abgaben. Ruhige Hand bedeutet, keine Rücknahme der großen Ungerechtigkeit bei der Besteuerung des Mittelstands. Die ruhige Hand ist schlecht fürs Land.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Schmiedel SPD:
Was will denn Stoiber? – Gegenruf des Abg. Dr.
Birk CDU: Besser regieren als Schröder!)

Ich kann nur sagen: Die Grünen haben in der Bundesregierung den Vorschlag blockiert – dieses Thema ist vorhin von beiden Herren angesprochen worden –, nicht verbaute Mittel der Bahn AG zur Verbesserung des Straßenbaus zu verwenden – zum Schaden der Autofahrer und zum Schaden der Baukonjunktur. Selbst Herr Drexler bedauert das und sagt: Wir werden alles Mögliche unternehmen, damit wir das noch hinkommen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, natürlich!)

– „Pforzheimer Zeitung“ vom 17. Januar 2002.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Seitdem gilt: Ein Donnerhall erschüttert Berlin.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Alles Mögliche!)

Wir werden beobachten, was „alles Mögliche“ bedeutet, Herr Drexler. Wir werden Sie beim Wort nehmen. Wir wollen wissen, was „alles Mögliche“ in Euro und Cent für den Straßenbau bedeutet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Auf jeden Fall mehr als bei Ihnen!)

Sie können ja Ihre Landesvorsitzende, die im Land verschwunden ist, einmal in Berlin für das Land einsetzen. Das wäre eine Möglichkeit.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wo ist sie denn? Gibt es die noch?)

Apropos Frau Vogt – die virtuelle Landesvorsitzende der SPD in Baden-Württemberg –: Alle vier Wochen lässt sie in Berlin eine Pressemitteilung los, aber vor Ort in Baden-Württemberg ist sie nicht mehr präsent.

(Abg. Teßmer SPD: Sie lesen wohl keine Zeitung?
– Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Schlag nach bei Shakespeare, bei dem steht was drin, nämlich:

Kaum entfaltet, ist ihre holde Blüte schon veraltet.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Dabei ist die Situation – –

(Anhaltende Unruhe)

Helfen Sie ihr doch ein bisschen. Sie steht jetzt in Pforzheim wieder zur Wahl. Sie hat dort drei Wahlen verloren; schauen Sie, dass sie in diesem Jahr nicht die vierte verliert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Der Ministerpräsident auf niedrigstem Niveau!)

Leider ist die Situation nicht zum Lachen. Hoppenstedt, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, sagte vor zwei Tagen – in den „Stuttgarter Nachrichten“ nachzulesen –:

Lage im Mittelstand ist „Besorgnis erregend“.

Es heißt dann in diesem Zeitungsbericht:

Selbst im konjunkturellen Spitzenjahr 2000 hat jeder dritte Mittelständler keinen Gewinn gemacht. Die Eigenkapitalausstattung der mittelständischen Betriebe liegt im Schnitt bei ganzen sieben Prozent.

... Die Stimmung im Mittelstand sei schlecht. ... Ohne seine Leistungen werde es aber in Deutschland zu keinem nachhaltigen Aufschwung kommen.

Die Aussage von Hoppenstedt beruht auf einer Umfrage bei 450 Sparkassen und auf einer Analyse von 170 000 Firmenbilanzen. Das ist die traurige Bilanz Ihrer Regierungszeit.

Bei den Folgen muss ich Sie darauf hinweisen, dass wir in der gesamten Nachkriegszeit noch keine solche Zahl von Insolvenzen hatten. Im Jahr 2001 waren es 33 000 Insolvenzen. Man muss sich einmal die Katastrophe für die Mitarbeiter – Arbeitsplatzvernichtung – und für die Betroffenen vorstellen, die mit ihrem persönlichen Vermögen haften.

(Ministerpräsident Teufel)

Der Bundeskanzler ist in zwei der betroffenen Betriebe gefahren – in zwei! –, zu Holzmann in Frankfurt und zu Bombardier in Ammendorf. Aber zu 32 998

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das wissen Sie doch gar nicht!)

kam nicht der Bundeskanzler, sondern der Gerichtsvollzieher.

(Abg. Schmid SPD: Wo waren Sie?)

Das ist die traurige Realität, auch eine Folge Ihrer Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Wo war Herr Teufel? – Weitere Zurufe von der SPD)

Nun die Folgen für Baden-Württemberg. Wir hatten vor eineinhalb Jahren noch ein Wachstum von 4,2 %. Jedes Wachstum von über 2,2 % geht in die Beschäftigung. Deswegen hatten wir noch vor eineinhalb Jahren einen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine Zunahme der Beschäftigung.

(Abg. Schmiedel SPD: Dank Schröder!)

Jetzt haben wir in Baden-Württemberg ein Wachstum, das noch doppelt so hoch ist wie das Wachstum auf Bundesebene. Auf Bundesebene wären Sie ohne Hessen, Bayern und Baden-Württemberg bei null.

(Abg. Drexler SPD: Aber ihr seid doch im Bund! Wollt ihr austreten?)

Danken Sie diesen drei Ländern dafür, dass Sie noch nicht bei null angekommen sind!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Oh Jesses Gott!)

Aber vielleicht schaffen Sie auch das noch.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wollen Sie selbstständig werden? Wollen Sie mit Österreich zusammengehen?)

Sie wissen ganz genau, dass unsere Haushalte nicht mehr stimmen – auch der Bundeshaushalt und auch der Landeshaushalt – und dass die Kommissionen,

(Abg. Drexler SPD: Wollen Sie jetzt weniger Steuern oder nicht?)

auf deren Aussagen wir unsere Schätzungen aufbauen, mit einem Wachstum gerechnet haben, das doppelt so hoch ist wie im Augenblick. Das wissen Sie ganz genau.

(Abg. Drexler SPD: Was haben Sie vor einem Jahr noch versprochen? Die Steuerreform vorziehen, die Ökosteuer abschaffen! Alles wollten Sie, mehr, mehr, mehr! Mehr für die Bundeswehr, mehr für die Bauern!)

– Nein, wir wollen nicht alles abschaffen. Das Abschaffen der Bundesregierung reicht. Dann wird es wieder besser. Mehr wollen wir gar nicht abschaffen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Sie haben es nötig!)

Herr Drexler, über den inneren Zustand der SPD

(Oh-Rufe von der SPD)

hat sich ja mit jüngstem Datum ein Insider, nämlich mein Kollege Gabriel in Niedersachsen, geäußert. Ich zitiere aus der „Süddeutschen Zeitung“:

Gabriel hat der SPD vorgehalten, sie sei „zu alt, zu unmodern, zu abgehoben“.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das zitiert der Richtige!)

In einem Beitrag für den „Stern“ kritisierte er: zu wenig Jüngere, zu wenig Frauen, zu wenig Selbstständige,

(Lachen bei der SPD)

zu wenig Ingenieure und Wissenschaftler, zu wenig Facharbeiter

(Abg. Drexler SPD: Und das haben Sie alles? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

und zu wenig wirklich in der SPD aktive Betriebsräte. Viele Kommunal- oder Landespolitiker lebten –

(Zurufe von der SPD)

– Das ist Ihnen furchtbar unangenehm; das kann ich gut verstehen.

(Abg. Göschel SPD: Er erkennt die Eigentore schon gar nicht mehr! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie dürften sich empören, wenn ich so etwas Böses über die SPD behaupten würde; aber man wird noch zitieren dürfen.

(Zuruf von der SPD: Sie sollten etwas über den Haushalt sagen! – Abg. Bebber SPD: Sie merken es gar nicht!)

Das ist ja wirklich ein Insider. Es geht weiter:

Viele Kommunal- oder Landespolitiker lebten inzwischen in Wohngebieten fernab von hohem Ausländeranteil, hoher Arbeitslosigkeit und Alltagskriminalität.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was soll denn das? Thema verfehlt! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Sie verstünden die Sorgen der Menschen dort nicht mehr. Mit gesicherten Jobs lässt sich über Toleranz gut reden. Die SPD sei eine zu stark vom Milieu des öffentlichen Dienstes getragene Partei.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Vetter CDU: Sehr gut! – Abg. Bebber SPD: Was meinen Sie, wenn der etwas über die CDU sagen würde!)

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, deswegen mein Vorschlag: Gehen Sie wieder zu den Menschen!

(Abg. Drexler SPD: Das sagen Sie mir!)

Kümmern Sie sich um die Anliegen der Menschen! Werden Sie wieder zu einer Partei der einfachen Leute!

(Oh-Rufe von der SPD)

Erinnern Sie sich an die Versprechungen, die Sie vor der Bundestagswahl gemacht haben, und vergleichen Sie sie mit dem, was Sie erreicht haben!

Meine Damen und Herren, auf voller Linie

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Haushalt!)

schwenkt die SPD inzwischen

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Narri, narro!)

auf unsere Politik ein.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Ökosteuer!)

– Ja, auf die komme ich auch noch.

Gestern stand in der „Welt“ – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Nein, nein. Das ist aus einem Papier von Herrn Müntefering. Sie haben das auch gelesen. Darin stand:

Deutsche Jobs zuerst für Einheimische.

(Lachen bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Entschuldigung, das steht im Gesetz!)

Als ich das hier an diesem Pult gesagt habe, bin ich fast in die Nähe der Rechtsradikalen gerückt worden.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Als ich mich getraut habe, Skepsis gegenüber der Greencard zu äußern,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

bin ich von Ihnen bzw. von Ihrem Vorgänger als der letzte Mohikaner dargestellt worden.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Inzwischen ist der Einzige, der noch eine Greencard für Europa braucht, Ihr Vorgänger, Herr Maurer. Das muss ich sagen.

(Lebhafte Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Bebbler und Carla Bregenzer)

Nicht in einem CDU-Papier, sondern in einem Papier von Herrn Müntefering, das jetzt bekannt geworden ist, steht,

(Abg. Bebbler SPD: Wir sind im Fasching angekommen!)

die SPD wolle weitere Zuwanderung davon abhängig machen, ob die Arbeitslosigkeit unter Einheimischen abgebaut worden ist. Man müsse die Einwanderung so steuern, dass die Einwohner unseres Landes die erste Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten, heißt es im Strategiepapier von Müntefering.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch Gesetz! Das steht im Zuwanderungsgesetz!)

Meine Damen und Herren, das ist nun wirklich CDU-Politik in Reinkultur,

(Abg. Schmid SPD: Das steht im Zuwanderungsgesetz, das Sie ablehnen!)

auf die Sie wenige Monate vor der Bundestagswahl gezwungenermaßen einschwenken.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Schmid SPD: Bei der Ökosteuer schwenken Sie ein!)

Mein Kollege, der Herr Innenminister, hat unsere Position an diesem Pult mehrfach dargelegt, da Sie alle paar Wochen eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragt haben. Deswegen will ich es Ihnen allein aus Zeitgründen ersparen, Sie mit den Fakten und mit unserer Politik zu konfrontieren.

(Abg. Drexler SPD: Sie reden auch schon eine Stunde!)

Aber es ist schon ein Witz, wenn man sieht, wie Sie beim Thema Einwanderung einschwenken, meine Damen und Herren.

(Abg. Schmid SPD: Sie schwenken bei der Ökosteuer ein!)

Ich kann Ihnen auch nicht ersparen, was ein SPD-Mitglied auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung bei der Diskussion über Familie und Einwanderung sagte. Der Vorsitzende dieser Kommission sagte – und das steht im Diskussionspapier –, die Zuwanderung der Neunzigerjahre habe als überwiegende Wanderung in die Arbeitslosigkeit die Bewohner in Deutschland ärmer gemacht. Die Wanderungsanreize begünstigten die Einwanderung von Nichtqualifizierten

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

mit dem Ergebnis, dass auch die nachwachsenden Generationen unterausgebildet blieben. Fast 40 % der türkischen Erwerbspersonen unter 25 Jahren hätten keine Berufsausbildung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer hat denn da regiert? – Abg. Schmiedel SPD: Da hat doch der Kohl regiert!)

Die Quote der Sozialhilfeempfänger unter den Ausländern sei ständig gestiegen – auf jetzt 9 %. Bei ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss werde der fiskalische Saldo aus erwirtschafteten Steuern und in Anspruch genommenen Leistungen lebenslang negativ sein. Jeder Deutsche werde ärmer durch eine Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit und in die Abhängigkeit von Leistungen des Sozialstaats.

(Ministerpräsident Teufel)

Das sind SPD-Papiere, die auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegt wurden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmiedel: Das war doch die Kohl-Regierung, die die Fehlentwicklung hatte! Das war Ihre Regierung!)

Deswegen wird es Zeit.

Jetzt lese ich Ihnen einmal ein paar Sätze vor, die auch nicht aus meiner Regierungserklärung zur Familienpolitik stammen, die Sie vorhin zitiert haben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was machen Sie hier eigentlich?)

Sie könnten aber wörtlich aus einem Familienpapier der CDU in Baden-Württemberg abgeschrieben sein.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was machen Sie hier gerade eigentlich?)

Ich darf zitieren, und zwar aus Zeitungen vom Sonntag und vom Montag dieser Woche:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Darf ich auch eine Stunde lang aus der Zeitung vorlesen?)

Kein SPD-Papier der letzten 20 Jahre hat die Bedeutung der Familie so stark gewichtet und ihre Funktion für die Gesellschaft so betont. „Zentrum Familie“ lautet die entsprechende Zwischenüberschrift unmissverständlich. „Sie zu schützen, zu stärken und ihre Handlungsfähigkeit zu sichern ist ein Eckpfeiler unserer Gesellschaftspolitik.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Hervorragend!)

So hebt Müntefering die Rolle der Familie hervor. Hier markiert das Papier eine Abkehr von bisherigen Traditionen der Staatsgläubigkeit.

(Abg. Drexler SPD: Wer sagt das?)

Eckpfeiler der SPD-Gesellschaftspolitik sei es, die Familie zu schützen. Dabei könne die SPD an das wieder wachsende Bewusstsein der Gesellschaft von der Bedeutung und Rolle der Familie anknüpfen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die Frage ist doch, was eine Familie ist!)

Wörtliches Zitat aus dem Papier:

Dort werden Werte gesetzt und wird Kultur gelernt, werden Regeln und Grenzen vermittelt.

Ja, aber da war man doch der altbackenste Mohikaner, wenn man das gesagt hat. Wenn es aber im SPD-Papier steht, dann ist es auf einmal modernste Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Weiterlesen!)

Wir bleiben dabei: Wir begrüßen es, wenn Sie mit dazu kommen. Es ist außerordentlich erfreulich, wenn die SPD,

(Abg. Drexler SPD: Aber weiterlesen, bitte! – Abg. Schmiedel SPD: Das ganze Programm vorlesen!)

nachdem sie sich in dieser Legislaturperiode vor allem um gleichgeschlechtliche Partnerschaften gekümmert hat,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist ja beschämend!)

jetzt wieder zur Familie zurückkehrt. Das ist außerordentlich erfreulich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Lesen Sie doch das Programm weiter!)

Ausgerechnet diese Partei tritt in dieser Debatte durch ihren Sprecher auf und greift unsere Familienpolitik an.

(Abg. Drexler SPD: Verfassungsgerichtsurteil!)

Wer war denn für das Landesfamiliengeld in diesem Land? Wir haben es gegen Sie eingeführt,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und „Mutter und Kind“?)

und es gibt das Landesfamiliengeld überhaupt nur in von der CDU geführten Ländern.

(Abg. Drexler SPD: Und jetzt machen Sie die Zukunft der Kinder kaputt!)

Wir geben in diesem Land in diesem Haushalt fast 1 Milliarde DM für Familien aus,

(Abg. Drexler SPD: Ja, hoffentlich! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Um wie viel ist das weniger?)

nämlich für Kindergärten, für die Alterssicherung, für Tagesmütter, für das Landeserziehungsgeld, für das Programm „Mutter und Kind“, für Familienerholung, für Familienferienstätten, für den Schutz ungeborener Kinder,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wie viel weniger als das letzte Mal?)

für das Unterhaltsvorschussgesetz, für die Stiftung „Familie in Not“. Das ist Familienpolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber Sie streichen!)

Unterstützen Sie uns dabei!

Jetzt entdecken Sie tatsächlich zwei Punkte, und auf diese möchte ich sehr gerne eingehen.

(Abg. Drexler SPD: Dann gehen Sie doch ein!)

Bei einer Milliarde Leistung schütteln Sie über der Suppe so lange den Kopf, bis Sie ein Haar darin finden.

(Ministerpräsident Teufel)

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Da braucht man nicht lange zu suchen! – Abg. Drexler SPD: Manche müssen gar nichts schütteln!)

Das sind zwei Punkte, erstens Familienerholung – ich komme darauf –, und dann haben Sie noch den Mut, von den Alleinerziehenden zu sprechen, und das nach Ihrer Politik auf Bundesebene.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Kommen wir zuerst zur Familienerholung.

(Abg. Drexler SPD: Die Leute da oben gehen alle schon!)

– Freuen Sie sich doch darüber. Dann kriegen Sie vielleicht eine Zeile mehr. Deswegen halten Sie ja Ihre Rede. Ich halte meine Rede, um die Bürger zu überzeugen. Das muss ich Ihnen sagen.

(Abg. Bebber SPD: Sie müssen etwas eingenommen haben!)

– Nein, nein. Ich habe in dieser Haushaltsdebatte bisher nicht gesprochen, und ich spreche in der Haushaltsdebatte auch nicht mehr.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na! Ist das ein Versprechen oder eine Drohung?)

Sie glauben wohl, Sie könnten unsere Politik und mich persönlich attackieren, und ich würde das lammfromm hinnehmen.

(Abg. Drexler SPD: Sie können aber eine halbe Stunde reden und keine Stunde!)

– Ihnen würde für eine Stunde gar nichts einfallen, da bräuchten Sie einen Haufen Zettel.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das Niveau ist nicht mehr zu unterbieten! – Abg. Drexler SPD: Ich lese auch nicht stundenlang Programme vor, Herr Ministerpräsident!)

– Sie verlängern die Debatte durch Zwischenrufe. Machen Sie das nächste Mal aus: keine Zwischenrufe. Dann geht es bestimmt besser für Sie aus.

(Abg. Drexler SPD: Sie lesen ja alles vor!)

– Was die SPD inzwischen zur Zuwanderung und zur Familie sagt, das wäre mir auswendig nicht eingefallen. Das muss ich tatsächlich vorlesen.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das Programm der SPD ist groß!)

Jetzt möchten Sie aber doch sicher eine Antwort auf die beiden Einwände gegen unsere Familienpolitik. Der erste Punkt war die Familienerholung.

Die Nutzung der Familienerholungseinrichtungen in Baden-Württemberg durch antragsberechtigte Familien ist zurückgegangen. 1990 waren es 12 509 Familien, und im Jahr 2000 waren es noch 859 Familien. Man könnte ver-

muten, das sei zurückgegangen, weil die Einkommensgrenzen nicht angepasst wurden, weil die Vergünstigungen zurückgegangen sind. Nein, wir haben die Voraussetzungen verbessert, und trotzdem ist die Zahl der Nutzer von 12 500 auf 850 zurückgegangen. Aber es ist doch eigentlich logisch, dass, wenn der Bedarf zurückgeht, auch der Ansatz im Haushalt zurückgeht, ohne dass man uns das wirklich vorwerfen kann.

Sie wagen es wirklich, das Thema Alleinerziehende anzusprechen. Meine Damen und Herren, ich wollte das eigentlich nicht anführen. Denn der Bundeskanzler hat in der Sendung „Berlin Mitte“ ja auch gesagt, man solle keine persönlichen Dinge anführen. Aber Sie wissen, dass seine Schwester seine Politik, die Politik der Bundesregierung angegriffen hat, weil sie Alleinerziehende ist.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Der Bundeskanzler hat in der Sendung „Berlin Mitte“ gesagt, das Bundesverfassungsgericht habe ihn dazu gezwungen, die Leistungen für Alleinerziehende zu reduzieren.

(Zurufe von der SPD)

Was ist die Wahrheit? Die Wahrheit ist, dass Alleinerziehende einen Haushaltsfreibetrag von 2 871 € und damit die Lohnsteuerklasse II hatten.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das wird jetzt in folgenden Schritten reduziert und schließlich abgeschafft: im Jahr 2002 2 340 €, im Jahr 2003 1 188 € und im Jahr 2005 null.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts war aber überhaupt nicht, die hohe Vergünstigung für Alleinerziehende von über 5 600 DM abzuschaffen. Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts war vielmehr,

(Abg. Drexler SPD: Gleichstellung!)

Kinder aus einer normalen Ehe und Kinder von Alleinerziehenden gleich zu behandeln.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Das tut weh! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wie oft habe ich von Ihnen an diesem Pult schon gehört, Familie sei dort, wo Kinder sind! Ich mache geltend: Kinder sind auch in Normalfamilien, und sie sollten die gleichen steuerlichen Vergünstigungen wie andere auch bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Aber Sie fahren die Vergünstigungen für Alleinerziehende auf null zurück, damit alle gleich behandelt werden. Gleichheit in Armut,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

das ist sozialistische Politik. Das ist wahr.

(Ministerpräsident Teufel)

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie lautet denn Ihr
Bundesratsantrag?)

Meine Damen und Herren, es ist nicht mehr zu überse-
hen –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sagen Sie einmal
etwas zur Kindergelderhöhung, zur Steuerreform!
– Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Meine Politik für die Familien habe ich schon vielfältig
dargestellt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich brauche sie nicht zu korrigieren. Vielmehr wäre es an
der Zeit, nachdem Sie die Familie jetzt anders und seit dem
letzten Sonntag auch die Normalfamilie wieder sehen,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

auch solche Gesetze zu korrigieren.

(Abg. Drexler SPD: Das können Sie in Baden-
Württemberg doch gar nicht bezahlen!)

Die Bundesregierung wankt, die Regierung Schröder ist
sich ihrer Sache nicht mehr sicher. Sie ist sich vor allem ih-
res Wahlsieges nicht mehr sicher. Das rot-grüne Experi-
ment ist nach dreieinhalb Jahren gescheitert.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Oh-Rufe von der
SPD und den Grünen)

Die SPD hat die Mitte verlassen und ist längst nach links
abmarschiert.

(Abg. Drexler SPD: Was? Sie ist in der Mitte drin!
Herr Stoiber ist aus der Mitte weg!)

Dort gehört sie auch hin.

(Abg. Bebbler SPD: Ach was!)

– Entschuldigen Sie einmal: Warum fragen Sie uns denn
exakt seit dem Tag der Nominierung von Herrn Stoiber ab,
was wir nach dem 22. September dieses Jahres machen
wollen?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Nur deshalb, weil Sie seit der Nominierung von Stoiber
selbst damit rechnen, dass wir die nächste Bundestagswahl
gewinnen. Andernfalls wäre das völlig uninteressant.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – La-
chen bei der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg.
Drexler: Es wird immer billiger!)

Meine Damen und Herren, die Restlaufzeit der Bundesre-
gierung ist viel kürzer

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist doch pein-
lich!)

als die Restlaufzeit, die sie für Kernkraftwerke verordnet
hat.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Salomon
GRÜNE: Das liest er auch noch ab!)

Bevor Sie das erste Kernkraftwerk abschalten, wird Ihnen
der Wähler das Licht ausmachen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/
DVP – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Drexler
SPD: Das liest er auch noch ab!)

Ich wundere mich über die Nibelungentreue der Grünen
zur SPD.

(Abg. Bebbler SPD: Bei diesem Niveau können wir
für die Bundestagswahl zuversichtlich sein!)

Seit drei Jahren verlieren sie bei jeder Wahl zwischen 25
und 40 % ihrer Wählerschaft.

(Abg. Kübler CDU: Das wird noch mehr!)

In Baden-Württemberg haben sie noch die Hälfte der Man-
date, die sie in der letzten Legislaturperiode hatten. In der
Bundeshauptstadt Berlin werden sie nicht mehr gebraucht.
Längst orientiert sich die SPD an den Kommunisten und
Postkommunisten. Die Grünen schauen hilflos und konzep-
tionslos zu, bis sie ausgetauscht werden.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

In Berlin wird Herr Gysi zum Wirtschaftssenator ernannt.
Dieser Mann als Wirtschaftssenator – da kann man auch
gleich den gerissensten Täter zum Polizeipräsidenten er-
nennen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Bundesregierung
hat ihre zentralen Versprechungen nicht erfüllt. Sie hat
Deutschland nicht an die Spitze der europäischen Länder
gebracht, sondern auf den letzten Platz. Die Ideen sind ihr
ausgegangen, ihre Kraft erlahmt zusehends, die Länder und
Gemeinden werden durch ihre Politik eklatant benachteiligt
und ausgenutzt. Das Ende von Rot-Grün in Berlin, es naht,
und das ist gut so,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

gut für Deutschland und gut für Baden-Württemberg.
„Verfallsdatum 22. September“ schreibt die „Frankfurter
Allgemeine“, und dafür werden wir in den nächsten Mona-
ten arbeiten.

(Anhaltender starker Beifall bei der CDU – Beifall
bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Zugabe! –
Abg. Bebbler SPD: Tātā, tātā, tātā!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort nach § 82 Abs. 4 der
Geschäftsordnung erhält Herr Fraktionsvorsitzender Wolf-
gang Drexler.

(Abg. Herrmann CDU: Jetzt bin ich gespannt, ob
der noch was zu sagen hat! – Gegenruf des Abg.
Teßmer SPD: Mehr, als euch lieb ist!)

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben offensichtlich ein Frauenproblem in der Politik.

(Widerspruch bei der CDU)

– Ja! – Genauso, wie Sie unfair und unsachlich Frau Vogt angegriffen haben,

(Unruhe bei der CDU)

haben Sie es mit Ihrer Frau Merkel gemacht, und deswegen haben Sie auch nur eine Ministerin in Ihrem Landeskabinett: weil Sie mit Frauen in der Politik nichts anzufangen wissen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben Frau Merkel niedergemacht – ich komme jetzt einmal darauf zu sprechen, nachdem dies von Ihnen angesprochen worden ist –, in einer ganz üblen Art, besonders auch die CDU-Landtagsfraktion. Sie hat ja sogar absprachewidrig eine Abstimmung herbeigeführt, dass Herr Stoiber Kanzlerkandidat werden soll, obwohl es eine Vereinbarung gab, dass bis zum Treffen der beiden Spitzenpersonen keine Beschlüsse gefasst werden sollen.

(Unruhe bei der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ganz Schlimme vom Herrn Ministerpräsidenten ist doch Folgendes: Er hat in der „Stuttgarter Zeitung“ ausgeführt, die Entscheidung von Frau Merkel sei sehr souverän gewesen. Sehr souverän!

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man jetzt einmal im Wörterbuch nachschaut, was Souveränität bedeutet, dann liest man, dass souverän „unumschränkt herrschend“ heißt. Frau Merkel hatte überhaupt keine andere Chance. Sie war genauso souverän wie die Weihnachtsgans, wenn der Bauer mit dem Hackklotz und dem Beil in den Stall kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie haben ein Problem mit Frauen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen möchte ich auf diese Geschichte hier nicht mehr eingehen.

Ich möchte überhaupt sagen, Herr Ministerpräsident: Sie müssen unterscheiden: Wenn wir die Regierungspolitik angreifen, dann greifen wir nicht die Menschen in Baden-Württemberg an. Überhaupt nicht!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie müssen einmal aufhören, die Menschen in Baden-Württemberg mit der CDU und der Regierung gleichzusetzen. Das ist ein völliger Trugschluss; das ist etwas völlig anderes.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Insofern sind die Leistungen dieser Bevölkerung anerkannt.

Zum Thema Landesjubiläum will ich bloß einmal darauf hinweisen, dass die SPD die einzige Partei nach dem Krieg war – und zwar in allen Landesteilen –, die für Baden-Württemberg als einheitliches Land eingetreten ist. Das war bei der CDU nicht der Fall.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die FDP/DVP aber auch!)

– Die FDP/DVP auch. Aber bei der CDU war dies nicht der Fall. Ich will bloß einmal darauf hinweisen, damit wir auch das einmal deutlich machen.

Gehen wir einmal auf ein paar Punkte ein, die der Herr Ministerpräsident hier angesprochen hat.

Wachstum: Herr Ministerpräsident, die Bundesrepublik Deutschland war seit 1993/94 stets an letzter Stelle in der EU, was das Wachstum betraf – auch zu Zeiten der Regierung Kohl. Warum beziehen Sie sich plötzlich darauf? Das hat doch gerade damit zu tun, dass versucht wird – deshalb sind die Beispiele Irland, Portugal oder Griechenland völlig falsch gewählt –, die Lebensverhältnisse innerhalb der EU anzugleichen, auch mithilfe riesiger Nettoszuschüsse an die genannten Länder, deren Wachstumsverhältnisse verbessert werden müssen. Diese Angleichung ist die offizielle Politik der EU.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Beber SPD: Das hat er nicht kapiert!)

Spitzenplatz: Natürlich sind wir Spitze. Wir sind auch dankbar dafür, dass die Arbeit der Menschen in diesem Land dazu beiträgt, dass wir in vielen Bereichen Spitze sind. In vielen anderen Bereichen sind wir hingegen nicht Spitze, zum Beispiel bei Ihrem Schwerpunktthema Kinderbetreuung.

(Lachen des Ministerpräsidenten Teufel)

Für die Betreuung von Kindern zwischen null und drei Jahren geben wir keine 15 Millionen €, sondern nur 4 Millionen € aus, um es noch einmal deutlich zu sagen. Herr Ministerpräsident, kommen Sie hier doch nicht mit falschen Zahlen. Wir liegen damit fast an letzter Stelle in ganz Deutschland. Bei Ihrem Schwerpunktthema und auch bei der Familienpolitik ist es also nicht so, wie Sie es darstellen.

Um bei der Familienpolitik zu bleiben: Wer hat denn in einem Bundesverfassungsgerichtsurteil bescheinigt bekommen, dass er Familien verfassungswidrig besteuert? Das war die CDU/CSU-FDP-Regierungskoalition unter Kohl; Sie waren das!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wo war denn der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, als dieses Verfassungsgerichtsurteil kam? Wo blieb die Kritik von Baden-Württemberg, dass die Bundesregierung die Familien verfassungswidrig besteuerte? Keinen Ton hat man dazu aus der Villa Reitzenstein gehört,

(Abg. Fischer SPD: Da war er sogar stellvertretender Bundesvorsitzender!)

nur reine Parteipolitik.

(Drexler)

GVS: Herr Ministerpräsident, das war doch nicht unsere Kritik, sondern die Geschäftsführung der GVS hat gesagt: „Leute, wenn ihr in der Regierung so weitermacht und euch nicht beeilt, dann bekommen wir Schwierigkeiten – wir haben sie jetzt schon. Wir verlieren Marktanteile. Die eigenen Vorlieferanten Ruhrgas und WINGAS drängen auf den baden-württembergischen Markt, und Stadtwerke im Land gehen als Kunden verloren.“ Da muss man doch fragen, warum Sie die Ausschreibung nicht früher machen und die Ergebnisse nicht früher bringen. Sie schaden der Privatisierung der GVS. Das ist die Meinung der Geschäftsführung der GVS.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Die ist aber gerade nicht maßgeblich! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Kommen wir zur Landesstiftung. Ihr Verständnis ist wirklich eigenartig. Man kann doch gegen eine Konstruktion sein, die man als falsch empfindet. Hören Sie sich im Übrigen einmal in der CDU-Fraktion um, was dort über die Landesstiftung gesagt wird. Gehen Sie einmal hinaus zu Ihren CDU-Landräten. Die sagen, dass sie in ihren Gremien jetzt schon überlegen, was man noch als gemeinnützig umpuzzeln kann, um vielleicht von der Landesstiftung Geld zu bekommen. Das ganze Land beschäftigt sich nur noch mit der Idee, gemeinnützige Projekte neu zu erfinden, damit man irgendwoher noch Geld bekommt.

(Ministerpräsident Teufel: Sehr gut! – Beifall des Ministerpräsidenten Teufel)

Wenn Sie das als innovativ bezeichnen – Ich habe eine andere Vorstellung von „innovativ“.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Es geht um etwas ganz anderes. Wir haben immer gesagt, dass es falsch ist, den Erlös des Verkaufs der EnBW nicht in den Landeshaushalt einzubringen, um damit Schulden zu tilgen. Das wäre richtig gewesen, um daraus Freiheit hinsichtlich der Zinszahlungen zu gewinnen und um dann hier zu entscheiden, was wir machen.

Viele Projekte sind richtig, und wahrscheinlich hätte sie der Landtag auch beschlossen. Aber darum geht es gar nicht. Wir halten es nur für falsch, dass der Spielraum im Parlament inzwischen immer geringer wird und mit einer Landesstiftung, in welcher Form und mit welchen Abgaben auch immer, auch Dinge finanziert werden, die wir im Parlament möglicherweise nicht für derart wichtig erachten würden.

Deswegen werden wir auch die Debatte führen, ob wir die Landesstiftung nicht auflösen müssen, wenn die GVS oder vielleicht die Baden-Württembergische Bank herausgelöst wird. Oder lassen Sie das alles drin und machen diese Geschichte weiter? Wir halten das für falsch, und ich glaube, es ist auch unter demokratischen Gesichtspunkten falsch. Deshalb wird die Debatte spätestens dann wieder beginnen, wenn die GVS verkauft wird.

Ich habe schon von Herrn Döring gehört, dass die FDP/DVP der Auffassung sei, dass die GVS aus der Landes-

stiftung herausgenommen werden soll, wenn sie verkauft wird. Er hat bei einem Interview gesagt – Herr Pfister war es –, dass die Fraktion der FDP/DVP die GVS herauslösen möchte. Es wird also noch eine spannende Debatte geben, und wir werden hören, was die CDU zu diesem Thema sagt.

Jetzt zur Steuergerechtigkeit. Sie beklagen sich, dass die Steuern einbrechen, dass Baden-Württemberg weniger Geld hat. Da muss ich doch sagen: Es ist doch Sinn und Zweck der Steuerreform gewesen, dass Betriebe entlastet werden, dass der Mittelstand entlastet wird. Jetzt stellen Sie sich hier hin und beklagen katastrophale Steuereinbrüche. Wir wollten diese Steuerreform, Sie im Übrigen auch.

Was haben Sie denn vor einem Jahr noch erzählt? Sie haben vor einem Jahr erklärt, Sie wollten die Vorziehung der Steuerreform, und zwar der gesamten. Das hätte allein 42 Milliarden DM ausgemacht, für Baden-Württemberg ein Steuerausfall von 2,4 Milliarden DM. Allein die baden-württembergischen Kommunen hätten über 980 Millionen DM weniger gehabt. Das haben Sie verlangt. Sie könnten den Haushalt heute gar nicht verabschieden, wenn die Bundesregierung das, was Sie verlangt haben, gemacht hätte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Das ist die Wahrheit!)

Sie sind bis vor acht Tagen im Land herumgelaufen und haben von einem Erziehungsgeld gesprochen, die neueste Erfindung seit dem Dresdner Parteitag der CDU: ein Erziehungsgeld von 1 200 DM je Kind in den ersten drei Jahren. Dies würde 60 Milliarden DM bedeuten. Keine Finanzierungsvorschläge! Seit acht Tagen erzählen Sie das nicht mehr. Warum erzählen Sie das den Leuten nicht mehr?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Weil es „stoibert“!)

Man muss einmal nachschauen, was Herr Stoiber für ein Programm hat. Das Stoiber'sche Programm finden Sie aber in dieser komprimierten Art und Weise erst im „Capital“, nicht bei Karl Marx, sondern in der Zeitschrift. Da können Sie lesen:

Als Mittel zu mehr Beschäftigung will Stoiber nun doch die früher verteuerten Ganztagschulen.

Holla!

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Um Gottes willen!)

Das von der CDU geforderte Familiengeld von 600 € – 1 200 DM –

pro Kind legt er dagegen aus Kostengründen aufs Eis.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Teufel wird blass!)

Innerhalb von 14 Tagen wird die Familienpolitik der CDU völlig verändert, und Sie haben nicht einmal den Mumm, Ihre alte Linie weiterzufahren. Das ist Ihr Problem, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Göschel SPD: Ein Mohikaner in der Sackgasse!)

(Drexler)

Jetzt etwas zu den Alleinerziehenden. Natürlich sind Kinder von Familien im klassischen Sinne und von Alleinerziehenden gleich viel wert. Die Frage ist nur, ob die Aufwendungen der Alleinerziehenden möglicherweise höher sind. Das wird doch nun wirklich niemand bestreiten. Das war auch der Grund für die Steuerfreibeträge. Im Übrigen sage ich Ihnen nur eines: Es gab ja eine Diskussion im Deutschen Bundestag. Da hat nicht die CDU und auch nicht die FDP verlangt, dass wir das für alle Familien umsetzen. Das wäre unbezahlbar gewesen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Der baden-württembergische Haushalt wäre zusammengebrochen,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

hätten wir das für alle Familien eingeführt. Deswegen musste man das streichen, und man versucht es nun über andere Maßnahmen in der nächsten Legislaturperiode aufzuholen. Und da stellen Sie sich hier hin und verlangen die Gleichstellung beim Steuerfreibetrag, die überhaupt nicht zu finanzieren gewesen wäre. Das ist doch unseriös. Das ist reine Oppositionshaltung, Herr Ministerpräsident, oder Sie kennen die Zahlen nicht. Ich weiß nicht, was da verantwortlich ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Lassen Sie mich etwas zur Ökosteuer sagen. Das war ja nun wirklich der Höhepunkt. Sie fragen: Warum hat man die Ökosteuer überhaupt gebraucht? Ich will Ihnen das sagen: weil man etwas für die Rentenversicherung tun musste,

(Abg. Alfred Haas CDU: Quatsch!)

weil, Herr Haas, die Rentenversicherung am Ende der CDU-Regierung bei einem Beitragssatz von über 20 % gestanden ist. Deswegen musste man etwas tun. Sie haben ja überhaupt keine Ahnung. Die Lohnnebenkosten waren das Problem. Deswegen musste man die Ökosteuer einführen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Wer hat denn den Rentenversicherungsbeitrag so in die Höhe getrieben?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Demographie!)

– Nein, nein. – Wer hat denn in den letzten zehn Jahren versicherungsfremde Leistungen aufgenommen? Wer hat denn alle fünf Millionen DDR-Rentner in die Rentenversicherung aufgenommen, ohne dass eine Mark eingezahlt worden ist?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eine nachträgliche Neid-Debatte!)

Wer hat denn dies alles gemacht? Ich will Ihnen sagen: All diese Menschen müssen natürlich die Rente bekommen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Natürlich ist das so. Aber warum sollen denn eigentlich die Versicherten mit ihrem Rentenbeitrag das bezahlen?

(Abg. Hauk CDU: Es gab doch vorher schon einen Bundeszuschuss!)

Also muss das steuerfinanziert bezahlt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen sind wir darauf gekommen, den Verbrauch von Öl, Benzin und Energie zu besteuern,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das wird jetzt überfinanziert!)

was im Übrigen dazu beigetragen hat, dass wir 12 % weniger Benzinverbrauch haben. Deswegen sind wir darauf gekommen, dass diese jetzt insgesamt 27 Milliarden DM ausschließlich – mit Ausnahme von 200 Millionen DM, die für ökologische Projekte gebunden sind – in die Rentenversicherung eingebracht werden. Deswegen ist der Rentenversicherungsbeitrag reduziert worden, und er wird mittelfristig stabil bleiben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Drexler SPD: Bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Theurer, bitte.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Abg. Drexler, stimmen Sie mir zu, dass bei Ihrer Logik der Rentenversicherung die Generation nach dem Krieg auch keine umlagefinanzierte Rente hätte bekommen dürfen, sondern eine steuerfinanzierte hätte bekommen müssen?

(Abg. Teßmer SPD: Da gab es aber noch keinen zweiten Staat!)

Abg. Drexler SPD: Die Allianz wäre doch schon längst pleite, wenn sie das gemacht hätte. Wir haben lediglich gesagt: Das, was man alles aufgenommen hat, damit die Renten bezahlt werden können, kann man nicht den Versicherten auferlegen.

(Abg. Hauk CDU: Bundeszuschuss!)

Jetzt haben wir die Ökosteuer. Plustern Sie sich doch nicht so auf. Sie wird nicht abgeschafft. Warum? Weil Sie die 27 Milliarden DM nicht woanders herbekommen. Oder – das frage ich jetzt den Ministerpräsidenten – wollen Sie die Renten um 10 % kürzen, wenn man die Ökosteuer herausnimmt? Wollen Sie denn das?

(Unruhe und Zurufe)

Oder wollen Sie die Mehrwertsteuer um 2 % erhöhen? Das ist genau der Betrag der Ökosteuer. Da brauchen Sie nicht so zu gucken, Frau Finanzausschussvorsitzende oder Wirtschaftsausschussvorsitzende.

(Drexler)

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Birk CDU:
Chauvi!)

Haben Sie heute einen roten Schal an?

(Anhaltende Unruhe)

Oder Sie kriegen einen Rentenversicherungsbeitrag von über 21 %. Das ist die Konsequenz.

Als sich Herr Stoiber diese drei Konsequenzen angeschaut hatte, hat er gesagt: Da lasse ich lieber die Ökosteuern. Allerdings hat er nicht vorher mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten gesprochen, obwohl dieser vor zwei Tagen im Fernsehen erklärt hat, dass er täglich mit Herrn Stoiber telefoniere.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

Er ist offensichtlich nicht informiert worden.

Ich sage noch einmal: Sie haben ein Tohuwabohu, Sie haben kein Konzept für die Steuer und kein Konzept für eine Steuerreform. Sie haben innerhalb der letzten 14 Tage extrem gegensätzliche Aussagen losgelassen, bis jetzt zum Schluss alles abgeräumt wurde und Herr Stoiber zu dem Thema gar nichts mehr sagt. Er ist vollkommen still und sagt: Wir machen vielleicht eine Steuerreform. Das ist die Konsequenz.

Herr Ministerpräsident, ich finde das schon lustig: Wir fragen den Spitzenkandidaten der CDU, was er denn machen will, und Sie sagen, das sei aber unverschämte; wenn wir ihn fragten, gingen wir davon aus, dass die CDU die Wahl gewinne. Das ist wohl der größte Blödsinn, den ich gehört habe.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Man muss doch vom politischen Gegner auch wissen dürfen, was er will, und er hat in den letzten 14 Tagen kreuz und quer geredet und sich finanzpolitisch fast um den Kopf geredet, Herr Ministerpräsident.

Ich sage Ihnen noch einmal: Sie haben auf viele Fragen zu diesem Haushalt überhaupt nicht geantwortet. Sie haben einen Schlagabtausch bundespolitischer Art gemacht.

Ich darf Ihnen einmal sagen: Die Erfolge der Bundesregierung – Sie haben das angekreidet – waren und sind doch gut. Wir haben das Kindergeld von 220 DM auf 300 DM erhöht, also um 36 % innerhalb von drei Jahren. Das haben Sie in Ihrer Regierungszeit nie geschafft, nie!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das Normaleinkommen von 60 000 DM bei zwei Kindern ist 2001 um 3 000 DM an Steuern entlastet worden. Das haben Sie nie geschafft, nie!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU erhebt sich von seinem Platz.)

– Müssen Sie auf die Toilette, Herr Haas?

(Heiterkeit – Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben heute zum ersten Mal zugegeben, dass die Ökosteuern eingeführt wurde, um damit die Renten zu finanzieren!)

Mit der Steuerreform werden die Menschen, die Betriebe und der Mittelstand um 93 Milliarden DM entlastet. Das ist doch ein Riesenerfolg. Das ist die größte Steuerreform, die Deutschland je hatte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Scheuermann, regen Sie sich nicht so auf. Sie bekommen einen ganz roten Kopf. Das ist mir zwar sympathisch, aber manchmal –

(Lachen bei der SPD)

In Deutschland haben wir jetzt 1,2 Millionen Beschäftigte mehr.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo denn?)

Jetzt will ich Ihnen einmal die Zahlen für Baden-Württemberg nennen – Statistisches Landesamt, Vergleich Kohl-Regierung und Bundesregierung unter Schröder, und zwar 1995 bis 1998 und während der Schröder-Regierung 1998 bis 2001 –: ältere Arbeitslose in Baden-Württemberg unter der Kohl-Regierung plus 14,1 %. So hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. Unter der Schröder-Regierung hat sie in Baden-Württemberg um 27,1 % abgenommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nächste Zahl des Statistischen Landesamts: Langzeitarbeitslose: Zunahme unter der Kohl-Regierung von 1995 bis 1998 um 22,6 %, Abnahme unter der Schröder-Regierung bis 2001 um 36,2 %.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD – Zuruf von der CDU: Manipulierte Statistik!)

– Das ist überhaupt keine manipulierte Statistik. Das Statistische Landesamt ist voll in der Hand der CDU – wenn ich höre, wer da Präsidentin geworden ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Hier wird jeder aufgefangen, egal, ob er abgewählt wurde oder noch in der Regierung ist, Herr Kollege, Sie auch.

Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Schwerbehinderten unter der Kohl-Regierung von 1995 bis 1998 um 15,3 %, Abnahme unter der Schröder-Regierung um 18,2 %.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Hervorragend!)

Das sind die Zahlen für Baden-Württemberg.

(Abg. Alfred Haas CDU: Mecklenburg-Vorpommern!)

– Ach, Mecklenburg-Vorpommern.

(Drexler)

Das Einzige, Herr Ministerpräsident, wo Sie Recht haben, ist, dass während der Kohl-Regierung die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg um 18 % und während der Schröder-Regierung um 15,5 % abgenommen hat.

(Zuruf von der FDP/DVP: Hat hier der Schröder regiert?)

– Ja, wir vergleichen die Kohl- und die jetzige Bundesregierung. Sie brauchen es sich nur herauszusuchen, dann sehen Sie, dass das ganze Gerede, dass die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg nicht gesunken sei, falsch ist. Unter der Schröder-Regierung ist sie dramatisch heruntergegangen, während sie unter der Kohl-Regierung dramatisch gestiegen ist. Das ist die Konsequenz der beiden Regierungen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben nach wie vor 400 000 Arbeitslose weniger, als wir 1998, als wir an die Regierung gekommen sind, von Ihnen übernommen haben. Das ist so.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Auf die Arbeitslosen sind Sie überhaupt nicht eingegangen, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da haben wir keine! Sie sind bald arbeitslos!)

Sie streichen die Programme, während der Bund mehr tut. Allein 2 Milliarden im JUMP-Programm, während Sie das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ auf null fahren. Das ist der Unterschied zwischen der Kohl-Regierung und der Regierung von SPD und Grünen. Das tut Ihnen nicht gut, aber so ist es.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Bei den Lohnnebenkosten haben wir – – Das hat mich schon umgehauen. Vor zwei oder drei Tagen hat Herr Repnik, also nicht der Sozialminister – er ist auch schon weg, wohl im „Plenum“ unten – –

(Abg. Alfred Haas CDU: Das kann man sich nicht anhören, was Sie verzapfen!)

– Sie wollten doch aufstehen, um zur Toilette zu gehen. Dann gehen Sie doch endlich.

(Unruhe)

Herr Repnik, der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, hat vor zwei Tagen im Fernsehen mit Entrüstung erklärt, die Lohnnebenkosten seien in der Bundesrepublik Deutschland zu hoch, sie müssten auf unter 40 % gesenkt werden. Schön. Wir haben von Ihrer Regierung 42,1 % Lohnnebenkosten übernommen, und jetzt sind sie bei 40,8 %. Sie sind zwar noch nicht unter 40 %, aber sie sind auf dem Wege zu 40 %. Es ist doch eine Unverschämtheit, dass wir das jetzt von Ihnen vorgeworfen bekommen, obwohl wir die hohen Lohnnebenkosten von Ihnen übernommen haben, weil Sie so gearbeitet haben. Das geht doch nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ihre ganzen Versprechungen zum Wohnungsbau, Herr Ministerpräsident, haben Sie nicht gehalten, um das ganz deutlich zu sagen. Die Aussage war, die Denkmalschutzmittel würden erhöht, aber sie sind gestrichen worden. Auch wurde gesagt, die Landesregierung werde die Eigenheimförderung für junge Ehepaare und Familien mit einem Kind ausweiten. Die Wirklichkeit ist: Bis auf wenige Modellprojekte keine Förderung für Familien mit einem Kind. In der Regierungserklärung wurde gesagt: Das Reihenhaushausprogramm, das Programm innerstädtisches Wohnen – alles Erfindungen zugunsten von Familien in Baden-Württemberg – werden wir fortführen. Die Wirklichkeit: Keine Fortsetzung, Programme wurden gestrichen. So weit zu Ihren Wahlversprechungen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wohnungsbaumittel: Baden-Württemberg hat die Wohnungsbaumittel um 107 Millionen DM gestrichen, die Bundesregierung um 67 Millionen DM, und jetzt werden die Mittel für Baden-Württemberg um 40 % erhöht, und Sie erhöhen sie gerade einmal um 3 %, Herr Pfister. Natürlich um 3 %, damit Sie die Kompensation betreiben können, aber mehr auch nicht. Sie haben den ganzen investiven Bereich in den Keller gefahren.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Nein, aber das ist doch nicht zu loben. Sie hätten die Bundesregierung loben müssen und nicht sich selbst wegen Ihrer 3 %. Das wäre richtig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Damit Sie sich auf Ihre Hochschulpolitik nicht so viel einbilden müssen, Herr Ministerpräsident, bringe ich nur ein Zitat, und zwar von Siegfried Franke, dem Leiter der Universitätsbibliothek in Ulm. Er sagt zur finanziellen Situation seiner Einrichtung, der jährlich 1 Million € fehlen:

Von den Inhalten her kann unsere Universitätsbibliothek nur noch mit Bibliotheken in Belgisch Kongo und Tschetschenien konkurrieren.

Das ist ein wörtliches Zitat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich wollte das nur bringen. Man kann mit allen Zitaten und Statistiken die Sache verändern. Ich wollte nur etwas dagegen setzen, damit Sie nicht selbstgerecht durch die Gegend laufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie draufhauen, kriegen Sie von uns Gleiches gesagt. Uns wäre es lieber gewesen, wir hätten uns noch etwas mehr zum Haushalt – –

(Ministerpräsident Teufel und Abg. Oettinger CDU unterhalten sich vor den Abgeordnetenbanken stehend.)

– Tauschen Sie sich ruhig aus. Dann kann Herr Oettinger das sagen, was Sie, Herr Ministerpräsident, sagen wollten. Tauschen Sie sich aus!

(Drexler)

Ich sage nur: Es geht nicht, dass diejenigen, die uns im Bund einen völlig verkorksten Haushalt hinterlassen haben, und zwar in den ganzen Sanierungsbereichen, in diesem Wahlkampf die Sanierer zu Demolierern erklären. Das werden wir nicht zulassen, und dabei haben wir auch die besseren Argumente auf unserer Seite.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

Stelly. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Fraktionsvorsitzender Dieter Salomon das Wort.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie gleich mal was zu der Rentenversicherung! Zu der Ökosteuer nur wegen der Renten! Das ist wichtig!)

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, so erzeugt man keine Wechselstimmung! So wirklich nicht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir haben sie schon!)

Wir sind hier in diesem Haus 128 Abgeordnete. Man hat manchmal das Gefühl, Sie glauben, dass hier lauter Vollidioten sitzen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nicht lauter!)

aber das ist nicht so. Das Niveau, das Sie hier geboten haben, war wie im Festzelt.

(Abg. Bebber SPD: Er kennt nur seine eigene Fraktion!)

Wenn man dieses Niveau hier halten will, plädiere ich demnächst dafür, hier Bier auszuschenken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir reden jetzt eigentlich zum Haushalt des Staatsministeriums. Im Haushalt des Staatsministeriums gibt es, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, 13 zusätzliche Stellen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, für was?)

Ich vermute, mindestens die Hälfte davon ist dafür bestimmt, Zeitungsausschnitte zu sammeln und diese Ihnen, Herr Ministerpräsident, vorzulesen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Programme der SPD durchlesen!)

Das erinnert mich an das Buch „Der Vorleser“ von Bernhard Schlink. Ich weiß nicht, ob Sie dieses Buch gelesen haben. Aber der Frau wurde aus einem anderen Grund vorgelesen; sie war Analphabetin. Das sind Sie sicher nicht. Aber was soll das eigentlich? Sie stellen sich als Ministerpräsident hier hin, zitieren aus Dutzenden von Zeitungsausschnitten und lassen sich aus.

(Abg. Alfred Haas CDU: Es waren gerade einmal drei! – Abg. Dr. Birk CDU: Ihr Archiv ist halt nicht so gut!)

Als den absoluten Gipfel empfand ich, dass Sie, die CDU, sich über den inneren Zustand der SPD auslassen. Das ist unglaublich. Dann haben Sie das Parteiprogramm der SPD vorgelesen und gesagt, wie Sie das bewerten und wie interessant das sei.

Herr Ministerpräsident, ich könnte Ihnen eine halbe Stunde lang etwas über den inneren Zustand der Grünen erzählen. Das wäre sicher nicht sehr erfreulich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich könnte Ihnen aber eine Stunde lang ohne Manuskript, ohne Konzept etwas über den inneren Zustand der CDU vor und nach der Spendenaffäre erzählen. Ich weiß nur nicht, ob uns das in diesem Haus weiterbringen würde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Bebber SPD: Oettinger wird gleich aus dem Nähkästchen plaudern!)

Noch etwas: Herr Ministerpräsident, wenn ich es richtig im Kopf habe, sind Sie dieses Jahr 30 Jahre Mitglied dieses Hauses. Sie waren über zwölf Jahre lang Fraktionsvorsitzender und sind seit elf Jahren Ministerpräsident dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Und dann muss ich mir von Ihnen Nachhilfe in Gemeinschaftskunde geben lassen, die auch noch falsch ist und lautet: „Was habt ihr, die Opposition, eigentlich? Ihr habt die Wahlen verloren. Ihr habt hier gar nichts zu kritisieren.“

Da muss ich fragen: Wo sind wir denn eigentlich? Wenn das Ihr Politikverständnis ist, können wir den Laden hier dichtmachen. Der Kollege Drexler hat es auf den Punkt gebracht: Es ist Hybris, wenn man sich als Ministerpräsident und als große Regierungsfraktion mit dem Land gleichsetzt. Das funktioniert so nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn man Missstände in diesem Land anspricht – und da gibt es viele anzusprechen –, dann hat das nichts damit zu tun, dass man nicht gern in diesem Land lebt und dass man dieses Land schlecht machen will, sondern dann tut man das, weil man gern in diesem Land lebt und weil man will, dass es in diesem Land besser wird. Das ist der Grund dafür, dass Kritik in diesem Haus gefragt ist. Wenn Sie das nicht verstehen, haben Sie hier 30 Jahre lang einen falschen Job gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Blenke CDU: Wir sind völlig getroffen!)

Einerseits habe ich das Gefühl, Sie lassen sich vorlesen, und andererseits – das meine ich jetzt nicht ironisch – habe ich das Gefühl, Sie hören nicht richtig zu. Sie erzählen uns, wie es eigentlich mit der Verantwortung ist, die die Kommunen für die Kinderbetreuung haben. Das hat ja überhaupt niemand bestritten. Ich habe eingeklagt – Sie hätten richtig zuhören sollen –, dass sich in den letzten 20 Jahren

(Dr. Salomon)

die Familien – wenn wir uns jetzt darüber einig sind, was Familien sind, ist das ein Fortschritt – dermaßen verändert haben, dass sich auch die Aufgaben der Kommunen rapid verändert haben.

Aber wenn sich die Aufgaben aufgrund einer veränderten Sozialstruktur und aufgrund veränderter Familienverhältnisse so dramatisch verändert haben, dass ein ganz neuer Zweig entstanden ist, den man vor 20 Jahren noch gar nicht gesehen hat, nämlich die Kinderbetreuung von null bis sechs Jahren – nicht nur mit Regelkindergärten, sondern beginnend bei null Jahren –, dazu Ganztagsangebote und altersgemischte Gruppen, ist, so habe ich gesagt, der Zeitpunkt gekommen – er wäre eigentlich schon längst gekommen –, sich einmal grundsätzlich darüber zu verständigen, wie man die Aufteilung der Lasten zwischen den Kommunen und dem Land neu regelt.

(Abg. Mack CDU: Wer regiert denn in Berlin? Ihr könnt doch das Gesetz ändern!)

Das und nichts anderes war mein Argument, weil niemand bestritten hat, dass es die Kommunen und sonst niemand waren, die in den Neunzigerjahren – das habe ich sogar ausdrücklich gesagt – die Kindergärten ausgebaut haben. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, und das fordere ich ein. Dem kann ein vernünftiger Mensch auch überhaupt nicht widersprechen. Bauen Sie hier doch keinen Popanz auf!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Thema Landesstiftung, auch wenn es Sie langweilt. Es ist kein Widerspruch, wenn man gegen die Konstruktion der Stiftung ist, aber dann, wenn man in der Stiftung Aufsichtsrat ist, dort konstruktiv mitarbeitet.

(Ministerpräsident Teufel: Das ist vernünftig!)

– Das ist vernünftig, ganz genau!

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Na also!)

Wir haben da konstruktiv mitgearbeitet, sind aber nach wie vor gegen die Konstruktion der Stiftung. Sie sind so stolz auf das, was Sie in der Stiftung alles anstoßen. Es wird aber deutlich, dass damit nur wenige Kollegen von hier befasst sind, dass alles am Haushalt vorbeigeht und dass die Konstruktion der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit völlig widerspricht. Das war unser Argument, und das ist überhaupt nicht falsch. Das bitte ich einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn man hier eine Stunde sprechen und nur Statistiken herunterbeten kann, dann muss man dafür ein Faible haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Oder unter die Gürtellinie!)

Ich hätte da noch einen Vorschlag. Ich meine, bevor Sie Frau Meister-Scheufelen bemühen, sollten Sie sich selber als neuer Leiter des Landesamtes für Statistik bewerben. Das wäre doch ein Hinweis.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Sie wollen Oberbürgermeister werden? Schämen Sie sich!)

– Herr Haas, sind Sie schon wieder zurück, oder waren Sie noch gar nicht?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unverschämtheit!)

Jetzt zu dem Thema Steuerausfälle. Herr Drexler hat dazu schon vieles gesagt, und ich will Ihnen einmal etwas zu den UMTS-Milliarden sagen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo sind sie denn?)

Ich will Ihnen einmal eine Analogie geben. Bei der EnBW haben Sie die hanebüchene Konstruktion der Landesstiftung gewählt, um Steuern zu vermeiden. Sie haben gesagt: Wir zahlen so viel in den Länderfinanzausgleich, dass wir dem Bund doch nicht noch mehr Geld geben.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Jetzt macht der Bund seinerseits etwas bei den UMTS-Lizenzen. Er nimmt Geld ein, zahlt Schulden zurück und macht Sinnvolles mit den Zinsersparnissen. Da aber schreien Sie: Feuer, Feuer, haltet den Dieb! Sie wollen dann Geld von den UMTS-Milliarden zurück. Im Umkehrschluss verhalten Sie sich wie jemand, der zum Steuerberater geht und sagt: Mach mir eine Konstruktion, mit der ich keine Steuer an den Bund zahle. So kann man zwischen Land und Bund nicht miteinander umgehen. Das ist eine Logik, die einseitig zu Ihren Gunsten rechnet. So funktioniert das einfach nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Capuzzo SPD: Unredlich!)

Zum Punkt Steuerausfälle noch etwas, was die Gewerbesteuer angeht. Die ganzen Steuerausfälle der Gemeinden – das haben Sie nicht gesagt, aber es wird immer wieder als Argument genannt – kommen natürlich nicht allein von der Gewerbesteuer. Aber das ist ein gewichtiger Punkt. Die Gewerbesteuerausfälle treffen aufgrund der Beschaffenheit der Gewerbesteuer nicht alle Gemeinden gleichmäßig, sondern sogar sehr ungleichmäßig. Ich denke da an Schwäbisch Hall und ähnliche Gemeinden.

Schon vor 20 Jahren, als ich Finanzwissenschaft studiert habe, hat der Wissenschaftliche Beirat beim Finanzministerium gesagt, dass die Gewerbesteuer in der damaligen und im Prinzip auch noch heutigen Form abzuschaffen sei, weil die Bemessungsgrundlage zu gering sei, weil im Prinzip viel zu wenige einzahlten und im Prinzip auch andere Freiberufler einbezogen werden müssten. Eine entsprechende Änderung ist bis heute nicht vorgenommen worden. Bis heute ist keine so genannte Wertschöpfungsabgabe oder Wertschöpfungssteuer gemacht worden. Das ist bis heute nicht geschehen, weil es auch mit Schwierigkeiten behaftet ist. Wir haben ja die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft – das war richtig – und den Gemeinden umgekehrt einen Ausgleich durch Punkte bei der Umsatzsteuer gegeben. Das ist richtig.

(Dr. Salomon)

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben noch mehr gekriegt!)

– Ja, sie haben mehr bekommen. Die Maßgabe war ja, dass sich keine Gemeinde schlechter stellt. Das ist richtig.

Man muss natürlich auch darüber nachdenken – darüber wird ja nachgedacht, das wissen Sie so gut wie ich; deshalb sollten wir da ehrlich miteinander umgehen –, dass wir dringend eine Gemeindefinanzreform brauchen. Sie ist bereits angedacht, aber jetzt auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Alle wissen aber, dass sie kommen muss. Dabei muss klar sein, dass wir den Kommunen die Selbstständigkeit bewahren müssen. Das heißt, sie müssen natürlich weiterhin die Kraft haben, selbstständig Steuern zu erheben. Das heißt, auch wenn die Gewerbesteuer in der jetzigen Form geändert oder abgeschafft wird, muss ein Ausgleich geschaffen werden, der aber auch beinhaltet, dass die Kommunen nach wie vor ein eigenes Hebesatzrecht haben. Ansonsten nützt die ganze Selbstverantwortung gar nichts. Darüber sind sich im Wesentlichen alle einig.

Darum sage ich: Machen Sie nicht so einen Wind. Bauen Sie keinen Popanz auf, sondern unterhalten Sie sich doch vernünftig darüber, was die vernünftigste Lösung für das Problem ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich habe sowieso den Eindruck, dass der ganze Auftritt, den Sie hier geliefert haben, eigentlich nur von etwas ablenken sollte. Wir reden ja eigentlich über den Doppelhaushalt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer hat denn angefangen mit anderen Themen?)

Ich sehe eines nicht. Sie haben ja die mittelfristige Finanzplanung mit einer Verspätung von mehreren Wochen abgeliefert. Ob das gesetzeskonform ist oder nicht, weiß ich nicht. Was Sie dann geliefert haben, ist einfach dünn. Sie sagen einfach per Definition: 2006 gibt es keine Nettoneuverschuldung mehr. Dabei sagen Sie mit keinem Wort, wie Sie dahin kommen. Das ist so. Und jetzt brennen Sie hier ein Feuerwerk ab, bei dem Sie sämtliche Sachen, die gegen Ihre Absicht sprechen, 2006 eine schwarze Null zu bekommen, der Bundesregierung in die Schuhe schieben, und zwar in einer solchen Schwarzweißmalerei, dass es schlimmer nicht mehr geht.

Herr Ministerpräsident Teufel, ich bin niemand, der sagt, die Schulden, die bis 1998 aufgelaufen sind, seien alle der Unfähigkeit der Regierung Kohl zuzuschreiben. Das wäre Unsinn. Wir haben die deutsche Einheit gehabt. Wir haben bis heute einen Nettotransfer von West nach Ost – ich sage ausdrücklich: er ist notwendig – von 100 bis 150 Milliarden DM im Jahr. Deshalb waren wir schon in den Neunzigerjahren Schlusslicht in Europa mit der roten Laterne, und deshalb haben wir auch jetzt Schwierigkeiten, weil dies natürlich weitergeführt werden muss. Darin sind wir uns doch alle einig.

Also kann man nicht sagen: „Deine Schulden, meine Schulden“, sondern es geht darum, dass wir gemeinsam Verantwortung für diese Schulden haben. Ich halte Ihnen die Altlasten nicht mehr vor, und Sie sollten sich auch be-

mühen, einmal seriös und ehrlich zu sein und zu sagen: „Wir haben diese Staatsschulden insgesamt aufgehäuft, in erster Linie beim Bund, weniger bei den Ländern und bei den Kommunen. Egal, wer ab September regiert: Da müssen wir gemeinsam wieder raus.“ Dann wird eine sehr viel rationalere Debatte daraus. Und da kann man nicht umhin, festzustellen, dass es der jetzigen Bundesregierung gelungen ist, die Nettoneuverschuldung zu halbieren, und Ihrer Regierung überhaupt nicht gelungen ist, irgendetwas zu reduzieren und einen Pfad aufzuzeigen, wie wir bis 2006 auf die schwarze Null kommen.

Ich glaube – damit will ich schließen –, dass das eine Diskussion ist, die darüber hinwegtäuschen will, dass wir spätestens nach der Bundestagswahl, wenn Sie es sich politisch leisten können, einfach den Offenbarungseid leisten und sagen müssen: Wir schaffen es nicht. Wir kriegen die Nettoneuverschuldung null 2006 nicht hin – Klammer auf: weil wir nicht in der Lage sind, weil wir nicht die politische Kraft haben, weil wir nicht den Willen haben, strukturelle Reformen einzuleiten.

(Zuruf des Ministers Dr. Döring)

Das ist der wahre Hintergrund für Ihren Auftritt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Fraktionsvorsitzender Günther Oettinger.

(Abg. Bebber SPD: Zum inneren Zustand der CDU!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Drexler, in der freien Rede ist manches spontan – das geht auch mir so – und darf nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden. Aber ich glaube, Sie haben in zwei, drei Äußerungen die Kollegialität zu Abgeordneten hier im Saal verletzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebber SPD: Und was hat der Ministerpräsident gemacht?)

Der Sozialminister war den ganzen Vormittag hier, obwohl es heute Morgen nicht um seinen Haushalt geht, sondern um den Haushalt des Staatsministeriums. Deswegen ist die Anwesenheit des Regierungschefs, seines Ministers, seines Staatssekretärs und des Fachministers der Finanzen normal.

(Abg. Drexler SPD: Ist doch okay!)

Dann aber flapsig zu sagen: „Aha, auch nicht mehr da, vermutlich Gast im „Plenum“, das nenne ich unkollegial, weil damit automatisch in einem Halbsatz ergänzt werden kann: Der isst und trinkt, und wir arbeiten hier. Das nenne ich unkollegial. Es dient nicht einer guten Form der Partnerschaft und Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Bebber SPD: Jetzt haben Sie ihn zum Essen und Trinken geschickt! – Abg. Teßmer SPD: Das Schlimme ist, das stimmt ja sogar!)

(Oettinger)

Zweitens: Dann fiel Ihnen der Name der Kollegin Netzhammer nicht ein. Das kann ja geschehen. Aber dann zu stammeln: „Sie, Frau Finanzausschussvorsitzende oder Wirtschaftsausschussvorsitzende oder was Sie sind“ und Ihre Äußerung mit dem roten Schal halte ich für chauvihaft und peinlich.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Jetzt komm mal zur Sache! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Reden Sie mal über Ihre eigenen Kollegen und den Ministerpräsidenten!)

Drittens ging es in Richtung des Kollegen Birk zum Thema – nicht konkret gesagt, aber in den Saal hineingetragen – schwarzer Filz. Frau Dr. Meister-Scheufelen wurde abgewählt – in Ordnung.

(Abg. Bebber SPD: Gut, wenn Sie es so formulieren!)

Sie war Lebensbeamtin in Besoldungsgruppe B 4 und hat einen Rückkehranspruch von Staats wegen. Sie bekommt jetzt kein „Pöstle“, weil sie CDU-Mitglied ist,

(Abg. Drexler SPD: Das hat auch keiner gesagt!)

sondern hat einen Anspruch, entsprechend ihrer Befähigung im Lande beschäftigt zu werden. Dies ist meines Erachtens auch nicht mehr als recht und billig.

(Abg. Alfred Haas CDU: Greifen Sie doch einmal das Thema Moser auf!)

Halten Sie sie nicht für befähigt für das Amt, oder halten Sie sie dafür geeignet? Ich halte sie für geeignet. Deswegen ist meine Bitte: Wenn auch Sie sie für geeignet halten, dann lassen Sie uns doch bitte mit diesen Halbsätzen hier im Saal, die zutiefst unkollegial sind, in Ruhe.

(Beifall bei der CDU)

Zum Kollegen Birk:

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sagen Sie auch mal was zum Kollegen Haas!)

Der Kollege Birk war Angestellter bei Tesion, CNS und EVS, lange bevor er Mitglied des Landtags wurde.

(Abg. Bebber SPD: Das weiß er doch!)

Ist es dann verboten, heute bei der EnBW zu sein?

(Abg. Drexler SPD: Überhaupt nicht, das sage ich doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Was soll das dann?)

Ich glaube nicht.

Sie haben es geschickt gemacht. Aber im Protokoll können Sie nachlesen, dass im Grunde genommen hier einfach Düfte hineingetragen werden sollten,

(Heiterkeit des Abg. Bebber SPD)

ein Duft „Repnik ist nicht da – aha“, ein anderer Duft „Karriere via CDU“.

(Abg. Bebber SPD: Und der „Teufel-Duft“ gegen Vogt? Das war Gestank dagegen! – Abg. Seimetz CDU: Kleinkarierte SPD!)

Meine Bitte ist, Kollege Drexler: Spontaneität ja – unter der Gürtellinie, unkollegial nein, so gut es eben geht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Oettinger als Mimose ist ja mal was Neues!)

Ich sage dies auch, weil Ihr zweiter Beitrag mit dem Vorwurf begann, die CDU habe ein Frauenproblem.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber wie! – Abg. Bebber SPD: Ein massives! – Abg. Teßmer SPD: Das war kein Vorwurf, das war eine Feststellung!)

Zwar haben wir wie die Mehrzahl der Parteien der Zahl nach zu wenige Frauen in Parlament und Regierung; das stimmt.

(Abg. Teßmer SPD: Dafür können wir doch nichts!)

– Kollege Teßmer, bitte verschonen Sie mich, so gut es geht, mit Ihren Zwischenrufen.

(Abg. Teßmer SPD: Das kann ich nicht garantieren! – Heiterkeit bei der SPD)

– Das fürchte ich auch.

Wir haben also Nachholbedarf in der Frauenförderung; das stimmt. Aber daraus Chauvinismus abzuleiten, halte ich nicht für legitim,

(Zurufe von der SPD)

zumal zwischen dem Regierungschef und Ihnen,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

lieber Kollege Drexler, eine Gemeinsamkeit besteht: Sie haben sich beide gegen Frau Vogt um ein Amt in der Politik beworben – mit einem Unterschied: Sie ohne Erfolg und er mit großem Erfolg.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Da sich der Regierungschef im März letzten Jahres mit Erfolg beworben hat, ist auch Ihr Vorschlag einer Bewerbung in dieser Zeit, Herr Kollege Salomon, gegenstandslos, weil er einen Auftrag für die nächsten Jahre bekommen hat.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Jetzt komme ich ganz konkret noch einmal auf Sie zurück, Herr Kollege Drexler: Im Grunde sind Sie ja ein Wahlgewinnler, ein lachender Dritter. Maurer wollte Sie verhindern, hat Vogt vorgeschlagen, und Sie haben gegen Frau Vogt verloren.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

(Oettinger)

Frau Vogt wiederum hat gegen Herrn Teufel verloren, sie kommt nicht ins Parlament, und Maurer muss erleben, dass Sie vorne sitzen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Im Grunde haben Sie ein Problem im Umgang mit Frauen.

(Abg. Göschel SPD: Jetzt schießen Sie auch noch Eigentore!)

Bitte verschonen Sie uns mit dem, was bei Ihnen intern vermutlich nicht geordnet gelaufen ist.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD – Abg. Herrmann CDU: Das versteht Herr Drexler nicht! – Unruhe)

– Aber es hat getroffen, Herr Kollege.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Gestatten Sie mir zu drei Themen, die heute Vormittag angesprochen wurden, eine Erwiderung.

(Abg. Drexler SPD: Wenn Sie jetzt noch sagen, das sei meine Strategie, dann hört es aber auf! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Nein, das war der Frust des ewigen Kronprinzen! – Unruhe – Abg. Wieser CDU zur SPD: Dass ihr noch so viel Unruhe habt!)

Die Steuerpolitik hat heute Morgen eine wichtige Rolle gespielt. Ich sage überhaupt nicht, bei Ihrer Steuerreform sei alles falsch gewesen. Manches entsprach dem, was Lafontaine im Bundesrat drei Jahre früher blockiert hat. Manches war richtig, bleibt richtig und wird überhaupt nicht kritisiert.

Aber ich bin nachdenklich – so, wie es in diesen Tagen auch Sozialdemokraten sind – und frage mich, ob es richtig sein kann, dass Unternehmen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, in der Rechtsform der GmbH, deren Ertragsteuer die Körperschaftsteuer ist, für ihren Ertrag keine Steuern mehr zahlen müssen. Als OHG, KG, Einzelbetrieb oder Angehöriger eines freien Berufs bezahlt man Lohnsteuer und Einkommensteuer, während die GmbH und die Aktiengesellschaft Körperschaftsteuer zahlen. Im Jahr 2000 lag das Körperschaftsteueraufkommen bei 24 Milliarden €. Damals flossen den Haushalten von Bund und Ländern 47 Milliarden DM zu. Dagegen ist das Körperschaftsteueraufkommen im letzten Jahr, 2001, auf unter null zurückgefallen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Das heißt, die Aktiengesellschaften, die Konzerne müssen für ihren Ertrag in Deutschland keine Mark, keinen Euro an Steuern zahlen. Da muss doch die Frage berechtigt sein, ob man damit nicht über das Ziel hinausgeschossen ist und ob damit nicht die Gerechtigkeit in Bezug auf die steuerliche Behandlung aller Steuerzahler in der Wirtschaft – Arbeitnehmer und Unternehmer – verletzt sein kann. Nur diese Frage stelle ich. Ich glaube, dass darauf von einer Partei, die in Berlin derzeit an der Regierung ist, eine Antwort gegeben werden muss.

Deswegen sage ich ganz konkret – ich bin gern bereit, dies auch nachzuarbeiten –: 25 % Körperschaftsteuer – also 25 % des Ertrags – anstatt früher 30 und 40 % halte ich als Hausnummer für sachgerecht und zeitgemäß.

Die völlige Steuerbefreiung von Beteiligungsverkäufen – dass also ein Konzern, wenn er Aktien an einem Tochterbetrieb verkauft, den Erlös inklusive stille Reserven steuerfrei einnehmen kann – halte ich nicht für gerecht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das halte ich auch im Ländervergleich als Standortfaktor nicht für zwingend geboten. Mit einer schmalen Besteuerung von 10 oder 15 % wäre der Standort, glaube ich, allemal wettbewerbsfähig. Die Einnahmen daraus wären für die Haushaltskassen von Bund und Ländern wichtig.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Aber hier sehe ich bei Ihnen überhaupt keine Handlungen – oder im Grunde: Handlungsfähigkeit ohne Hand.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der letzte Punkt: Wenn ein Angestellter im Kalenderjahr 1 60 000 € verdient, im Kalenderjahr 2 nur 40 000 €, im Kalenderjahr 3 ein Minus macht, in Kalenderjahr 4 wiederum im Plus ist, dann kann er pro Steuererklärung Verluste nicht verrechnen, nicht übertragen. Er kann nicht ein schlechtes und ein gutes Jahr miteinander austarieren, sondern er zahlt jedes Jahr Steuern, und da wir eine Progression haben, zahlt er, wenn er gut verdient, deutlich mehr, spart aber bei Verlusten nicht entsprechend ein.

Nur die Aktiengesellschaft kann jetzt nach Ihrer Steuerreform langjährig aufgestaute Verluste auf einen Schlag abrufen und steuerlich mit einem Gewinn in einem ganz späten Jahr verrechnen. Das heißt, wenn er die Neunzigerjahre und das Jahr 2001 addiert, bekommt der Staat nichts. Auch dies halte ich für nicht gerecht. Nur darum muss es gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dies hat sehr wohl mit Haushaltspolitik zu tun. Es kann sein, dass wir unser blaues Wunder erleben, wenn das Ergebnis der Mai-Steuerschätzung vorliegt, weil die Körperschaftsteuer auf längere Zeit ausfällt und damit dann im Grunde genommen die Nettonullneuerschuldung für jeden, der sie anstrebt – wir streben sie an –, bei diesem wirtschaftlichen Verlauf schwer erreichbar sein kann. Diese Fragen müssen berechtigt sein, und da sehe ich bei Ihnen derzeit eher Ratlosigkeit als Tatendrang.

(Abg. Drexler SPD: Man muss die nächste Steuerschätzung abwarten! – Abg. Teßmer SPD: Nicht noch einen Zettel!)

Kollege Drexler, Sie sprachen auch die Rentenversicherung und die Ökosteuer an. Als die Bürger aus der ehemaligen DDR zu uns gekommen sind, war das in der Tat ein Integrationsproblem. Aber der Bundeszuschuss wurde noch unter der Regierung Kohl von 1993 bis 1998 so ange-

(Oettinger)

passt, dass die Erhöhung in etwa den Leistungen für Rentner, die keine Renteneinzahlungen machen konnten, entsprach.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt nicht!)

Es gab schon vor der rot-grünen Bundesregierung einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in zweistelliger Milliardenhöhe genau für diesen Zweck.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt nicht! 30 Milliarden DM zu wenig!)

Es war Polemik pur – für die Tribüne –, dass man diese Stammtischparolen „Deutscher Schäferhund von Russland“ und „keine gezahlten Versicherungsbeiträge im System“ hier durch Sie eingebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Natürlich haben Sie bisher die Ökosteuer gebraucht. Damit auch das klar ist: Eine höhere Besteuerung des Energieverbrauchs als Lenkung lehnen wir nicht ab.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber auch neu!)

Nur, Ihre Steuerart ist nicht treffsicher, ist plump und falsch. Sie lenkt nicht, und sie besteuert ungerecht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist das Problem! Ja!)

Wenn auch der, der umweltfreundliche Mobilität anbietet, beispielsweise der ÖPNV in der Stadt, Ökosteuer zahlen muss, stimmt etwas nicht. Das heißt, nicht die Energiebesteuerung an sich, sondern Ihre Ökosteuer ist ordnungspolitisch falsch und ungerecht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wie machen Sie es denn dann?)

Noch ein Satz dazu: Wenn Ihrerseits behauptet wird, man brauche vier Jahresstufen der Ökosteuer, um die Rentenversicherung gegenzufinanzieren, sage ich Ihnen: Drei Stufen wären gar nicht nötig gewesen, wenn Sie die Reform der Rente unter der alten Bundesregierung gelassen hätten und nicht den Faktor der Demographie wieder ausradiert hätten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben im Grunde genommen im Wahlkampf 1998 nicht finanzierbare Versprechen gemacht, haben im Grunde genommen die Vorarbeit von CDU/CSU und FDP kropfunnötig beseitigt und waren dann in der Falle und haben dafür dann vielleicht die Ökosteuer gebraucht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Dritter und letzter Punkt: GVS-Verkauf. Ganz abgesehen davon, dass der Verkauf, die Veräußerung, die Neuordnung der Gasversorgung Süddeutschland hier im Landtag von CDU und FDP/DVP eingebracht worden ist und von

Ihnen im Jahr 2000 oder früher, also bis zur Regierungserklärung Teufel, kein Pieps zu hören war, das Ganze also durch uns angestoßen worden ist – das war also nicht Ihre Idee, nicht Ihre Geburt –,

(Zurufe der Abg. Schmid und Schmiedel SPD)

muss klar sein, dass der öffentlichen Hand ein freihändiger Verkauf, ein schneller Verkauf nicht gestattet sein kann. Der Privateigentümer hat das Recht, morgen zur Bank, zur Börse zu gehen und zu fragen: Wer kauft? Wir haben, glaube ich, die gute Pflicht, dem Steuerzahler zu zeigen, dass es um den besten Verkaufserlös und um eine gute Strategie für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – Energie und mehr – gehen muss.

(Abg. Schmiedel SPD: Wird jeden Tag weniger! Jeden Tag sinkt der Wert!)

Vor einigen Monaten, Herr Kollege Schmiedel, wurde eine Investmentbank beauftragt, interessanterweise übrigens nicht nur von der Landesregierung Baden-Württembergs. Auftraggeber und damit für den Zeitplan ebenso verantwortlich sind Ihr Parteifreund Widder und die MVV sowie Kommunalvertreter wie Ihr Parteifreund Böhme in Freiburg. Das heißt, Sie versuchen hier, einen Zeitplan schlecht zu machen, der angeblich auf einem CDU-Auftrag beruht. Pfeifendeckel! Es ist ein Auftrag, erteilt von Kommunalpolitikern von Freiburg bis Heilbronn, von Mannheim bis Ulm und vom Land Baden-Württemberg. Dieser Auftrag erfordert, dass es zwischen diesen ungleichen Partnern fair zugeht und nicht Mannheim von Stuttgart benachteiligt wird oder umgekehrt. Dafür wird diese Zeit benötigt. Wir legen Ihnen nach Ostern mit Sicherheit

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ein dickes Ei! – Abg. Schmid SPD: Ist das ein Osterei? – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Herr Kollege Schmiedel, Ihre scheinheilige Überraschung verwundert mich nicht – einen Vorschlag vor, wenn Einvernehmen zwischen Böhme, Widder und dem Land erzielt werden kann. Dann wird mit Sicherheit auch ein für uns sehr akzeptabler Preis zu erzielen sein. Machen Sie sich keine Sorgen; der Verkaufspreis für die GVS verfällt in diesen wichtigen Arbeitswochen mit Sicherheit nicht.

Abschließend: Die Gründung Baden-Württembergs ist nicht das Verdienst irgendeiner Partei – keiner Partei, weder unserer Partei noch der SPD.

(Abg. Teßmer SPD: Hat auch niemand gesagt!)

Soweit ich mich erinnere und es nachlesen kann –

(Abg. Schmiedel SPD: Du warst ja damals gar nicht dabei! – Abg. Bebbler SPD: Vom Hörensagen!)

– Herr Kollege Bebbler, trotz Ihres Aussehens: Damals waren Sie auch noch nicht bewusst dabei.

(Oettinger)

(Heiterkeit – Abg. Teßmer SPD: Er hat es auch nicht gesagt! – Abg. Bebbler SPD: Habe ich auch nicht behauptet!)

Soweit ich weiß, waren es Demokraten aus allen Parteien – die Grünen gab es damals noch nicht –, Sozialdemokraten, Christdemokraten, Freie Demokraten und weitere Mandats-träger in der Politik, die aus Überzeugung dafür waren. Andere waren aus Überzeugung dagegen. Dafür waren Gebhard Müller, Reinhold Maier, Carlo Schmid, Alex Möller, Simpfendörfer, Eschenburg. Respekt! Dagegen waren Dichtel und Wohleb. Ebenfalls Respekt! Ich habe Respekt vor denen, die damals dagegen waren, und bin froh, dass die Mehrheit dafür war und dass die Mehrheit Recht behalten hat. Aber all das – und das ist ein gutes Zei-chen – gebührt nicht irgendeiner einzelnen Partei, nicht uns, Ihnen aber ebenso wenig.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das haben wir auch nicht gesagt!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler für eine Restredezeit von 54 Sekunden.

(Abg. Wieser CDU: Ei! Da bin ich mal gespannt, Herr Präsident!)

Abg. Drexler SPD: Ganz kurz, Herr Kollege Oettinger. Ich mache es jetzt so wie der Herr Ministerpräsident und zeige Ihnen, was heute Morgen in der Zeitung stand. Dass Groß-konzerne durch die Steuerreform jetzt mit Steuerge-schenken so gut wegkämen, ist eine Mär. Ich will es kurz vorlesen, weil auch Sie aus der Zeitung vorgelesen haben. Alle Vorschläge, die Sie, Herr Oettinger, jetzt gemacht ha-ben und die nachdenkenswert sind, hat die CDU-Bundes-tagsfraktion in keinem Fall vorgebracht.

(Abg. Wieser CDU: „Paradies für Konzerne“ steht im „Spiegel“! Der ist nicht bei der CDU!)

Bei der Steuerschätzung werden wir sehen, ob man zu ei-ner Korrektur kommen muss.

„Ökosteuer abschaffen“: Sie haben uns immer noch nicht erklärt, wie Sie die Finanzen in Ordnung bringen wollen, Herr Oettinger. Sie sagen zwar, die Ökosteuer müsse weg. Wie Sie das finanzieren wollen, haben Sie aber nicht ge-sagt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Doch! „Rentenreform“ hat er gesagt!)

Oder Sie machen eine Rentenreform und senken die Ren-ten um 10 %.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das haben Sie doch ge-macht!)

Wenn Sie das wollen, müssen Sie das aber auch sagen.

Zum Schluss, Herr Oettinger: Sehr dankbar bin ich Ihnen für Ihr Interview mit der „Nürtinger Zeitung“. „Wir leben jedes Jahr für 1 Milliarde auf Pump“ – ein sehr ehrliches Interview. Weil Ihre Partei zurzeit überall die Lohnneben-kosten senken will – das steht in der Programmatik der

CDU, und ich habe Ihnen vorhin Herrn Hans-Peter Repnik genannt –, will ich Ihnen etwas vorlesen, was ich hundert-prozentig unterstützen kann:

Eine nennenswerte Senkung der Lohnnebenkosten hält Günther Oettinger für nicht möglich. „Wer das ver-spricht, ist ein Scharlatan.“

Sagen Sie das Ihren CDU-Freunden.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeord-neten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich dachte, das sei ein Zeitungslesewettbewerb!)

– Herr Kollege Kretschmann, wenn Sie Ihren Unwillen über die Debatte an anderer Stelle zum Ausdruck bringen, bin ich Ihnen dankbar.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/652.

Ich rufe auf

Kapitel 0201

Staatsministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe bitte! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehr-heitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

Wer zustimmt, bitte Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthal-tungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehr-heitlich so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende des Buchstaben a der Tagesordnung: Staatsministerium.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:37 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/653

Berichterstatter: Abg. Schneider

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – eine Gesamtredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Heinz das Wort.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle wissen, dass der Doppelhaushalt 2002/03 unter dem Vorzeichen der Ausgabenverminderung steht und gegenüber dem Entwurf der einzelnen Ministerien erhebliche Einschnitte vorgenommen werden mussten. Dies ist notwendig geworden, um die Nettoneuverschuldung schrittweise zurückzuführen. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung in unserem Land und im Interesse der nachfolgenden Generation gibt es dazu meines Erachtens keine Alternative.

Der Haushalt des Innenministeriums musste 2002 eine Einsparauflage von 30 Millionen € verkraften, und 2003 mussten 34,3 Millionen € herausgeschwitzt werden. Ich gebe gern zu, dass uns diese Kürzungsaufgaben ganz schön zu schaffen gemacht haben; denn wir müssen im Haushalt des

Innenministeriums einige wichtige Politikfelder abdecken. Neben der Bildungspolitik ist die innere Sicherheit ein wichtiger Schwerpunkt der Landespolitik und ein Markenzeichen der CDU. Wir haben seit Jahren in Baden-Württemberg die niedrigste Kriminalitätsrate und dank der ausgezeichneten Arbeit unserer Polizei auch mit der höchsten Aufklärungsquote im Bundesgebiet.

(Beifall bei der CDU)

Ich spare jetzt aber den Bereich der Polizei und der inneren Sicherheit aus und überlasse dieses Thema dem Herrn Kollegen Blenke.

Lassen Sie mich etwas zu den Feuerwehren sagen, weil auch entsprechende Anträge seitens der Opposition vorliegen. Ich glaube, dass die Berufsfeuerwehren wie die Freiwilligen Feuerwehren ebenfalls wichtige Bausteine im Netzwerk der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind. Nun wissen Sie alle auch, dass wir seit Jahren das Problem haben, dass die Feuerschutzsteuer zurückgeht und dass damit weniger Geld für die Feuerwehren zur Verfügung steht. Bereits in den Jahren 2000 und 2001 haben wir deshalb jeweils 10 Millionen DM originäre Finanzmittel des Landes bereitgestellt. Im aktuellen Doppelhaushalt haben wir mit einem Kraftakt unserer Fraktion zu den 10 Millionen DM noch einmal 2,5 Millionen € pro Jahr draufgesattelt. Damit wollen wir unsere Feuerwehren im Land – ich betone das – gemeinsam mit den Kommunen gut ausstatten, damit unsere Feuerwehrleute sowohl für Übungen wie für Einsätze über zeitgemäßes Gerät und zeitgemäße Ausrüstung verfügen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut!)

Gerne hätten wir noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt, und wir kennen auch die Wunschvorstellung der Feuerwehren mit den 100 Millionen DM. Ich sage es noch einmal in D-Mark und nicht in Euro. Das sind 51 Millionen €. Aber das ist dann das Privileg der Opposition, diese Wünsche zu erfüllen. Wir haben das versucht, was wir konnten, und zwar mit den Mitteln, die wir aus dem Haushalt herausgekratzt haben. Ich glaube, man kann damit auch vor die Feuerwehren hintreten und sagen: Wir haben alles getan, was im Haushalt zu tun war.

Die CDU-Fraktion anerkennt und schätzt die Leistungen unserer knapp 100 000 aktiven Feuerwehrleute,

(Beifall bei der CDU)

die neben unseren Berufsfeuerwehren ehrenamtlich tätig sind und denen heute unser Dank gilt. Jetzt hätten Sie klatschen müssen. Aber es ist okay.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich auch, dass es gelungen ist, einige Stellen bei der Feuerweherschule anzuheben, und ich denke, dass gut motivierte Ausbilder bei der Feuerweherschule in Bruchsal auch dafür sorgen werden, dass unsere Feuerwehren im Land in der Fläche einen hohen Ausbildungsstand haben und damit ebenfalls einen Beitrag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land leisten.

(Heinz)

Lassen Sie mich kurz auf das Antiterrorprogramm zu sprechen kommen, das heute Morgen schon eine gewisse Rolle gespielt hat. Ich glaube, wir haben maßvoll und mit Augenmaß ein Programm mit 57 Millionen DM aufgestellt und auch einigermaßen sorgfältig finanziert. Wir können mit diesem Programm die verschiedenen Spektren, die angesprochen sind, sowohl im Bereich des Verfassungsschutzes wie im Bereich der Polizei, aber auch – das gebe ich gerne zu – im über Jahre hinweg etwas vernachlässigten Katastrophenschutz wieder aufholen. Wir können, glaube ich, einiges wieder wettmachen, was in den vergangenen Jahren zurückstehen musste. Ich glaube, wenn wir uns im Ländervergleich messen, liegen wir sicherlich im vorderen Feld.

Wir freuen uns zwar, dass die SPD das Programm, das wir gemacht haben, verbessern will, indem sie die k.w.-Vermerke streicht, aber wir verlassen uns auf die Zusage unseres Finanzministers, dass bei entsprechender Sachlage diese Befristung der Stellen aufgehoben wird. Das muss uns reichen und wird auch eingelöst.

Was den Datenschutz angeht, will ich feststellen, dass weitere Stellen zwar wünschenswert sind und wir diese ebenfalls gerne in den Doppelhaushalt aufgenommen hätten, aber der Bericht des Datenschutzbeauftragten weist meines Erachtens eine erstaunliche Tiefe aus. Wenn man bedenkt, dass wir wirklich wenig Geld zur Verfügung haben und jede neue Stelle sorgfältig überlegt werden muss, dann muss man natürlich den finanziellen Aufwand sehen: Über 50 000 € beim Antrag der SPD, über 100 000 € beim Antrag der Grünen. Das sind in zehn Jahren schon 1 Million €, da die Stellen nicht nur für ein Jahr da sind. Man muss auch diesen Aufwand sehen.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist aber Zynismus, was Sie jetzt machen!)

Ich setze jetzt im Gegenzug ein Stück weit darauf, dass vielleicht bei den neuen Steuerungsinstrumenten Synergieeffekte entstehen und vielleicht im Datenschutzbereich neue Aufgaben in Angriff genommen werden können.

(Abg. Bebbler SPD: Das hatte der Innenminister schon lange versprochen!)

Lassen Sie mich zu einem anderen Aufgabenfeld der Innenpolitik kommen, dem Thema Zuwanderung. Wir haben in den letzten Monaten in diesem Hause reichlich Gelegenheit gehabt, bei Aktuellen Debatten unsere Standpunkte hierzu auszutauschen.

(Abg. Inge Utzt SPD: Leider!)

Lassen Sie mich aber eines feststellen – es wird langsam interessant, Frau Utzt –: Die CDU-Fraktion erwartet von einem Bundesgesetz eine Steuerung und eine Begrenzung der Zuwanderung. Dabei müssen die Interessen der einheimischen Bevölkerung vorrangig berücksichtigt werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut!)

Ich gebe zu, es freut mich schon ein bisschen, dass diese Einsicht inzwischen bei dem Scharfmacher der SPD, dem Mann mit dem roten Schal, um sich greift. Erwin Teufel

hat heute Morgen „Die Welt“ vom 28. Januar hoch gehalten und vorgetragen, welche Positionen in dem 16-seitigen Strategiepapier, das Sie bestimmt schon haben, stehen. Wir können ja mal gemeinsam durchdeklinieren, ob die 15 Punkte, die wir aufgestellt haben, mit Ihren 16 Punkten harmonisieren. Dann wären wir bald einig. Dann fehlt nur noch eines, nämlich dass wir Ihren grünen Koalitionspartner mit ins Boot bekommen müssen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das geht nicht! „Das Boot ist voll“, hat Schily gesagt!)

– Ja, Schily sagte, das Boot ist voll. Das ist wahr. Man merkt daran, dass solche Positionen diametral geändert werden, dass bald Wahlen anstehen.

Bei 4 Millionen Arbeitslosen – ich meine Deutsche und Ausländer – in Deutschland macht es keinen Sinn, die Zuwanderung generell zu erleichtern. Es ist aus meiner Sicht ein Fehler, die geschlechtsspezifische und die nicht staatliche Verfolgung in das Asylrecht aufzunehmen. Die CDU lehnt die Pläne von Rot-Grün ab, dass Asylbewerber bereits nach 36 Monaten normale Sozialhilfe erhalten wie die Ausländer, die einen unbefristeten Aufenthaltstitel bei uns haben. Wenn wir uns einigen sollen, erwarten wir, dass aus integrationspolitischen Gründen eine Absenkung des Kindernachzugsalters – Minimum zwölf Jahre – erfolgt.

(Zuruf von der SPD)

Wir bestehen auf Anreizen und Sanktionen zur Sicherstellung der erfolgreichen Teilnahme an Integrationskursen, und – das muss man dazusagen – wir erwarten vom Bund auch klare Aussagen über die Finanzierung der Integrationsmaßnahmen. Wir in Baden-Württemberg werden über 10 Millionen DM aus der Landesstiftung für die Integration von Spätaussiedlern und Flüchtlingen ausgeben.

An dieser Stelle möchte ich unserem Innenminister Dr. Schäuble für seinen klaren Kurs bei der Steuerung der Zuwanderung danken.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sehr genau einschätzen können, wer in dieser Frage einen klaren Kurs hält und welche Partei in der Zuwanderungsfrage eher einen Schlingerkurs fährt oder wegen des Koalitionspartners fahren muss.

(Abg. Inge Utzt SPD: Rückwärtsschlingerkurs!)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zur Aufgabe des Innenministeriums als Kommunalressort sagen. In vielfältiger Weise ist es für die Kommunen und Landkreise und für unsere kommunale Selbstverwaltung zuständig. Finanzpolitisch zwar weniger bedeutsam, jedoch politisch mit einer gewissen Brisanz versehen sind Themen, die wir in den nächsten Monaten angehen werden: Änderung der Gemeindeordnung, um die Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgerbeteiligung zu verstärken, Änderung des Sparkassengesetzes, des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes, um nur einige zu nennen.

(Heinz)

Eines möchte ich betonen: Die CDU-Fraktion bemüht sich um einen gerechten Interessenausgleich zwischen Land, Landkreisen und Kommunen. Das ist gerade bei finanziellen Fragestellungen und in Zeiten knapper Kassen nicht immer ganz einfach. Ein Blick über den Zaun zeigt jedoch, dass unsere Städte und Gemeinden nicht so schlecht dastehen, was im Schwäbischen eigentlich das höchste Kompliment ist, das man verteilen kann.

Die CDU-Fraktion wird sich auch in Zukunft um ein gutes Verhältnis zu unseren Kommunen und Landkreisen bemühen und ihre Interessen auf Bundes- und auf europäischer Ebene gut vertreten. Wir bekennen uns nachdrücklich zur Partnerschaft mit den Kommunen und sind bereit, weitere Aufgaben zu übertragen und Reglementierungen zurückzunehmen, um der staatlichen kommunalen Selbstverwaltung noch mehr Substanz zu geben.

Abschließend danke ich unserem Innenminister, Staatssekretär Rech und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium für ihre engagierte Arbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Grünstein.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Die innere Sicherheit wird auch in Zukunft, besonders auch nach dem 11. September, das zentrale Thema der Innenpolitik sein. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist die Grundlage für unsere freiheitliche Gesellschaft. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb auch in diesem Haushalt, wie bereits in den vergangenen Jahren, einen ihrer politischen Schwerpunkte auf die Stabilisierung der inneren Sicherheit gelegt.

Bereits während der Amtszeit des SPD-Innenministers Frieder Birzele

(Abg. Hauk CDU: Das liegt aber schon lange zurück!)

haben wir bewiesen, dass unseren Worten immer auch Taten folgen. Unter seiner Verantwortung wurden von 1992 bis 1996 1 600 neue Stellen bei der Polizei geschaffen. Gerade in den letzten fünf Jahren, Herr Hauk, hat die Belastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aber weiter zugenommen. Auf das Extremste zugespitzt hat sich dies seit dem 11. September letzten Jahres. Dass unsere Polizei nach eigenem Bekunden so langsam auf dem Zahnfleisch läuft, kann man fast täglich der Presse entnehmen. Ich erspare mir, jetzt weitere Zitate vorzulesen, wie das heute so oft passiert ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kretschmann GRÜ-NE: Herzlichen Dank, Frau Kollegin!)

Die Note fünf bis sechs würde der Vorsitzende der GdP hier der Landesregierung geben. Millionen von Überstunden dürfen doch kein Dauerzustand bei der Polizei sein. In einzelnen Bereichen hat sich die Belastung der Beamtinnen und Beamten in nur fünf Jahren verdreifacht. Infolge des 11. Septembers schränken erhöhter Objektschutz, Sonder-

einsätze und verstärkte Ermittlungen die Verfügbarkeit der Polizei in alarmierender Weise ein.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wegen der NPD!)

Zur Nachtzeit ist nach den Erhebungen der GdP im letzten Jahr eine Streifenwagenbesatzung für durchschnittlich 22 000 Bürgerinnen und Bürger zuständig. Oder anders gesagt: Circa vier bis fünf Beamte sorgen bei Nacht für die Sicherheit von 40 000 bis 50 000 Menschen – und das in der Regel auf einer immens großen Fläche.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die Schily-Ermittler!)

Baden-Württemberg liegt im Vergleich der Bundesländer bei der Polizeidichte im letzten Viertel. Hinzu kommt die zunehmende Überalterung der Polizeibeamten. In wenigen Jahren müssen wir mit einer großen Pensionierungswelle rechnen.

Das alles und noch viel mehr hat die SPD dazu veranlasst, in den nächsten fünf Jahren zusätzlich 320 Stellen für den Polizeibereich zu beantragen. Es ist klar, dass das Geld kostet. Aber die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sollte es uns wert sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in unserem Finanzierungskonzept auch die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt. Wir wollen nämlich nicht, dass die Verfügbarkeit der Polizeistreifen und Ermittlungsdienste für die Bürgerinnen und Bürger immer schlechter wird. Es darf auch nicht sein, dass sich wegen Personalmangels die Bearbeitungszeiten für Ermittlungsverfahren weiterhin so verlängern, dass es in manchen Fällen sogar zur Verjährung kommt. Und wir wollen schon gar nicht, dass die Einsätze und die Ermittlungen der Polizei durch die schleppende Modernisierung der Informations- und Kommunikationstechnik weiter behindert werden.

Die Landesregierung hat in ihrem so genannten Antiterror-sofortprogramm lediglich 200 zusätzliche Stellen zur Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst vorgesehen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist doch aber auch eine Menge Geld!)

Diese Beamten müssen aber erst ausgebildet werden und stehen daher nicht sofort zur Verfügung.

Ein zentraler Punkt des Sicherheitskonzepts der SPD ist deshalb,

(Abg. Hauk CDU: Greencard für Polizisten! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

neben zusätzlichen Beamten – wenn Sie zuhören, Herr Kollege Haas, werden auch Sie es begreifen – unverzüglich auch Polizeiangeestellte einzustellen, die die Beamtinnen und Beamten von vollzugsfremden Aufgaben entlasten, sodass sich diese wieder ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden können. Nur dadurch erreichen wir eine sofortige und spürbare Verbesserung bei der polizeilichen Präsenz.

(Rosa Grünstein)

Jährlich zusätzlich 220 Ausbildungsstellen im gehobenen Polizeivollzugsdienst sowie 100 Stellen für Polizeiangestellte jeweils für die Jahre 2002 und 2003, so lautet deshalb unser Antrag.

Dass Ihr Sofortprogramm, Herr Innenminister, den Namen nicht wert ist, den es trägt, beweist auch die Schlappe bei der Stellensuche nach Experten für den Verfassungsschutz.

(Abg. Hillebrand CDU: Ha, ha!)

Die 15 zusätzlichen Stellen hören sich großartig an, wäre da nicht der k.w.-Vermerk zum 31. Dezember 2003.

(Beifall des Abg. Braun SPD)

Herr Innenminister, ich bin sicher, Sie stimmen mir darin zu: Der k.w.-Vermerk lässt das so genannte Sofortprogramm wie eine Seifenblase platzen und damit zu einem Programm ohne Wirkung werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Das Problem ist: Die sind alle beim Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen oder bei der NPD!)

Die weltweit gesuchten Experten interessieren sich nämlich nicht für solche befristeten Stellen; sie gehen dorthin – Sie sagen es –, wo sie bessere Aussichten haben,

(Abg. Hauk CDU: Sie werden NPD-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Mecker hier nicht rum!)

und Baden-Württemberg hat das Nachsehen. Zeigen Sie also Mut, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, und höhere Einsicht und stimmen Sie unserem Antrag auf Aufhebung der k.w.-Vermerke zu, die übrigens sämtliche Stellen des Antiterror-Stellenpools betreffen!

Wir fordern darüber hinaus den vollen Ersatz für Erziehungsbeurlaubungen im Polizeibereich und außerdem ein Sonderprogramm, das die Situation von Tarifangestellten bei der Polizei verbessert.

Dass der Katastrophenschutz in unserem Land selbst eine Katastrophe ist, hat nicht einmal der Herr Kollege Heinz abstreiten können.

(Abg. Heinz CDU: Aber ich habe es nicht so ausgedrückt wie Sie! Wenn man andere Länder anschaut, ist es dort noch schlimmer!)

Die bitteren Erfahrungen des 11. September zeigen uns, dass wir unsere Bemühungen auch hier wieder deutlich verstärken müssen; ich denke, da sind wir uns einig. Die von Ihnen vorgesehenen zusätzlichen Stellen stehen aber wiederum unter dem Vorbehalt des Wegfalls Ende 2003. Damit kann man keine sinnvollen Sicherheitsplanungen anstellen.

Deshalb fordern wir auch hier die Aufhebung der Befristung. Dies würde die Bewältigung der Antiterroraufgabe spürbar erleichtern.

Auch die Feuerwehren brauchen mehr finanzielle Unterstützung, um im Gesamtkonzept der Katastrophen- und Gefahrenabwehr ihre Aufgabe erfüllen zu können. Sämtliche Experten sind sich einig, dass dem Feuerwehrwesen in Baden-Württemberg ein jährlicher Betrag von rund 51 Millionen € zur Verfügung stehen muss. Deshalb muss das Land das jeweilige Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer mit Haushaltsmitteln entsprechend aufstocken. Den fehlenden Differenzbetrag in Höhe von rund 3,4 Millionen € pro Jahr haben wir von der SPD-Fraktion als Ausgleich beantragt.

Wir alle wissen doch, dass die Kommunen am Ende ihrer Kräfte sind. Sie brauchen Unterstützung vom Land, um den ihnen auferlegten Aufgaben noch wirklich gerecht werden zu können. Der Innenminister würde da sicher gern zustimmen; aber er darf ja nicht, weil die Landesregierung ausgerechnet diese Aufgabe für nicht so wichtig hält.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Auch unserem Antrag auf Verstärkung des Landesbeauftragten für den Datenschutz um eine Planstelle müssten Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, logischerweise zustimmen; denn Sie haben dies in Ihrer Koalitionsvereinbarung selbst so festgeschrieben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Na also! – Abg. Hauk CDU: Schritt für Schritt!)

Nicht nur die rasant gestiegene Ausweitung der Informations- und Kommunikationstechnik in der Landesverwaltung, sondern auch die Ausweitung der Datenverarbeitungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden verlangen als Gegengewicht im Interesse eines ausgewogenen Grundrechtsschutzes eine effektive Beratung und Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten.

Weitere zentrale innenpolitische Bereiche sind für die SPD Zuwanderung und Integration. Wir wollen diese Themen sachlich diskutieren und wirklich voranbringen. Das sind für uns keine Punkte, die in einen Bundestagswahlkampf gehören,

(Abg. Hauk CDU: Nein, darüber reden wir nicht!)

es sei denn, man will diese Diskussion auf dem Rücken der Menschen austragen,

(Abg. Hauk CDU: Also, komm!)

die sowieso nur einen schwachen Status und kaum eine Lobby haben.

(Beifall bei der SPD)

Gerade die Christlich-Demokratische Union hackt in Gestalt des Ministerpräsidenten in besonders unsachlicher und populistischer Weise auf dem Thema „Nachzugsrecht für Kinder“ herum.

(Abg. Hauk CDU: Weil wir die Integrations-schwierigkeiten erkannt haben!)

Sogar Herr Döring hat gestern vor einer Woche in einer Fernsehdiskussion öffentlich sinngemäß gesagt, dass er es für unverantwortlich halte, wenn der Ministerpräsident die-

(Rosa Grünstein)

ses Landes das Nachzugsalter für Kinder von derzeit noch geltenden 16 Jahren auf 3 Jahre senken will.

(Abg. Seimetz CDU: Recht hat er! – Weitere Zusage der Abg. Kiefl und Alfred Haas CDU)

Selbst die Positionspapiere der CDU/CSU zur Zuwanderung – Sie kennen Ihre eigenen Papiere anscheinend nicht – sehen ein Nachzugsalter von sechs bis zehn Jahren vor.

(Abg. Seimetz CDU: Schon zu spät!)

Das Argument des Ministerpräsidenten, diese krasse Senkung des Nachzugsalters sei im Interesse der Kinder,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr wohl!)

die demnach ab vier Jahren ihrer Familie nicht mehr folgen dürfen, ist, mit Verlaub gesagt, menschenverachtend, unchristlich und äußerst zynisch.

(Beifall bei der SPD)

Ganz ähnlich klingt es, wenn der Innenminister dieses Landes sagt, dass die doppelte Staatsbürgerschaft integrationsfeindlich sei.

(Abg. Seimetz CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Da wird das Wort „Integration“ ad absurdum geführt. Denn es kann doch nicht integrationsfeindlich sein, wenn man einem Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit gewährt, der seit acht Jahren in Deutschland lebt, seinen Unterhalt für sich und seine Familie verdient, gute bis sehr gute Sprachkenntnisse hat, sich zu unserer Werteordnung bekennt und gern an allen Pflichten und Rechten in diesem Land teilhaben möchte.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie viel sind denn das? Wie viel passen denn auf Ihre Beschreibung? 10 oder 20?)

Auch wenn so ein Mensch seine bisherige Staatsbürgerschaft nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufgeben kann oder will, ist dies doch wohl sicherlich das Gegenteil von integrationsfeindlich. Diese Voraussetzungen des Staatsbürgerschaftsrechts beschreiben nicht den Anfang der Integration, sondern deren Erfüllung.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Ein positiver Beitrag von Ihnen wäre heute sicher einmal ein echtes Highlight, Herr Kollege Haas.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fischer SPD: Aber wenn es falsch ist, hat es auch keinen Wert! – Unruhe)

Herr Innenminister, Integration fängt mit Sprache an. Aber Sie sehen sich nicht imstande, eine gesicherte Finanzierung für Sprachkurse über das Jahr 2002 hinaus anzubieten. Die Integrationsleistungen der Landesregierung heißen: weitere Kürzungen der Haushaltsmittel für diesen Bereich, im Übrigen Verweisung dieser Aufgaben in die berühmte Landesstiftung. Die Verlagerung der Verantwortung für die

Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf die Landesstiftung kann schon bald zur finanzpolitischen Falle für die Landesregierung werden, da mit dem Zuwanderungsgesetz die anzubietenden Integrationskurse als gesetzliche Aufgabe von Bund und Ländern festgeschrieben werden sollen.

(Abg. Heinz CDU: Da wird doch nur die Aufgabe verlagert und nicht die Finanzierung!)

– Sie kennen die Folgen, die auch auf die Länder zukommen, ganz genau.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ja, das kostet Geld!)

Den Beamtinnen und Beamten gegenüber zeigt die Landesregierung ein janusköpfiges Verhalten. Sofern es um Besoldungs- und Versorgungsregelungen auf Bundesebene geht, wettet sie kräftig gegen die Bundesregierung, streicht aber die damit verbundenen Einsparungen freudig zur Verwendung im Landeshaushalt ein. Wenn es aber darum geht, in eigener Zuständigkeit etwas für die Landesbeamtinnen und -beamten zu tun, ist nichts Positives von ihr zu hören.

(Abg. Hauk CDU: Von Ihnen aber auch nicht! Es liegt kein Antrag vor!)

Die Jubiläumsgabe wurde ausgesetzt, die Leistungsprämien werden gar nicht erst eingeführt, und die Altersteilzeit wird in Baden-Württemberg im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern nicht eingeführt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nullverschuldung! – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Sieht so ein sinnvolles Konzept zur Modernisierung des Beamtenrechts aus?

(Abg. Hauk CDU: Ich finde keinen Antrag von der SPD!)

Auch beim Thema Verwaltungsreform zeigt sich die Landesregierung unmodern und verharret in überholten Strukturen. Sie gestattet sich nicht einmal, darüber nachzudenken, welche Modelle für einen zukunftsfähigen Verwaltungsaufbau in Baden-Württemberg infrage kommen. Sogar die Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform der Verwaltungsorganisation lehnt sie ab. Wir sehen dagegen die Notwendigkeit einer Reform der Mittelinstanzen. So müssen beispielsweise Parallelstrukturen und Kompetenzüberschneidungen abgebaut werden. Planungs- und Verwaltungskompetenzen sollten möglichst in einer Hand liegen.

(Abg. Kübler CDU: Wie?)

Die SPD hat in der vergangenen Wahlperiode im Rahmen der Novellierung des Landesplanungsgesetzes umfassende Vorschläge für eine straffere Organisation der Regionalebene gemacht.

(Abg. Kübler CDU: Nicht brauchbar!)

Damit ist für uns zugleich das Ziel verbunden, möglichst viele Leistungen durch eine bürgernahe Verwaltung in den Kommunen vor Ort zu bewältigen.

(Rosa Grünstein)

Theoretisch gibt es eine Mehrheit in diesem Landtag, die eine zukunftsgewandte Untersuchung des Verwaltungsaufbaus in Baden-Württemberg für nötig hält. Denn auch die FDP/DVP beteiligt sich, zumindest in der Presse, rege an dieser Diskussion. Wenn es aber ums Machen geht, dann verkriecht sie sich hinter ihrem Koalitionspartner, frei nach dem Motto: Wollen hätten wir schon gedurft, aber abstimmen haben wir uns nicht getraut.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss will ich meinen Dank aussprechen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums, die immer freundlich und schnell Auskunft erteilen

(Abg. Bebber SPD: Ist da der Minister eingeschlossen?)

und aus den Gegebenheiten das Beste machen, was sicher nicht immer das Leichteste ist. Mein besonderer Dank gilt den Polizeibediensteten, die mehr als nur ihre Pflicht getan haben, die, wie auch die Feuerwehrfrauen und -männer dieses Landes, unter manchmal äußerst widrigen Umständen immer mehr das Wohl der Bevölkerung im Auge hatten als das ihre.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist das in Zahlen gegossene Programm für die Innenpolitik des Landes Baden-Württemberg in den Jahren 2002/03. Wenn ich an die Rede des geschätzten Kollegen Heinz denke mit den Vorstellungen, die unser geschätzter Koalitionspartner so hat, dann stelle ich fest, dass es in der praktischen Regierungspolitik gut ist, dass die FDP/DVP mit dabei ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wahr!)

Denn wir sind der Hüter des liberalen Rechtsstaats, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieser Aufgabe sind wir auch sehr gut gerecht geworden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Bebber SPD: Das hätten ihr gerne!)

Wir sind dafür, dass bestehende Gesetze konsequent angewendet werden, um die innere Sicherheit zu gewährleisten. Wir sagen Nein zum Ruf nach permanenter Verschärfung von Gesetzen. Das heißt aber nicht, dass wir im Einzelfall nicht bereit wären, auch Veränderungen bei Gesetzen vorzunehmen, wenn es sinnvoll ist,

(Abg. Bebber SPD: Straftäterunterbringungsgesetz!)

zum Beispiel bei der Videoüberwachung in Großstädten. Da haben wir dafür gesorgt, dass die dort ermittelten Daten und Aufnahmen binnen 48 Stunden auch wieder gelöscht werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Ich denke, es war richtig,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das war falsch!)

dass man diese Sicherung eingeführt hat.

Baden-Württemberg ist das sicherste Land der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist nicht das alleinige Verdienst der Landesregierung, meine Damen und Herren. Denn diese Landesregierung ist so gut wie das baden-württembergische Volk. Wir haben in Baden-Württemberg ganz überwiegend eine funktionierende liberale Bürgergesellschaft, auch in Gaggenau, Herr Innenminister, auch in Spaichingen, natürlich auch in Stuttgart und Horb.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: In Ulm auch! Wir sind halt ein bisschen widerspenstig, das gehört auch dazu!)

Der Einzelne übernimmt Verantwortung für sich und andere, und dies hat auch positive Rückwirkungen auf die innere Sicherheit. Die kommunale Kriminalprävention, Herr Kollege Oelmayer, wurde geradezu in Baden-Württemberg erfunden und ist wieder ein Exportschlager in andere Bundesländer und nach ganz Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Die innere Sicherheit, meine Damen und Herren, ist aber auch das Verdienst einer funktionierenden Polizei und Justiz. Man muss diese beiden Säulen immer gemeinsam sehen. Es macht natürlich keinen Sinn, wenn die Polizei hervorragende Ermittlungsergebnisse erzielt, aber der Justizapparat nicht nachkommt. Wir können für diesen Doppelhaushalt erklären, dass sowohl im Bereich des Innenministeriums als auch im Bereich des Justizministeriums – wir kommen noch darauf – eine vernünftige Mittelausstattung gewährleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, der FDP/DVP war es immer wichtig, dass unsere Polizei motiviert ist. Dafür muss sie gut ausgebildet und ausgerüstet sein, und das ist sie. Der Doppelhaushalt 2002/03 zeigt erneut den Stellenwert, der der inneren Sicherheit vonseiten der Koalition aus FDP/DVP und CDU beigemessen wird. Im Jahr 2002 werden 71,6 % der Gesamtausgaben des Einzelplans 03 für die innere Sicherheit aufgewendet, im Jahr 2003 sogar 73,2 %.

Ich möchte auf die wichtigsten Einzelpunkte kurz eingehen.

Die Fortführung des Technikzukunftsprogramms ist auch der FDP/DVP-Fraktion sehr wichtig. Gemäß dem Ministerratsbeschluss vom 10. Mai 1999 werden hier Gesamtinvestitionen in Höhe von 348 Millionen € über eine Laufzeit von sieben Jahren finanziert.

Die Umstellung der Finanzierung des Fuhrparks auf Leasing ermöglicht die Ausstattung der Polizei mit modernen und schnellen Fahrzeugen. In den Jahren 2002 und 2003 werden ca. 1 750 Fahrzeuge nachbeschafft, sodass die Fahrzeugflotte unserer Polizei weiterhin auf dem neuesten Stand ist.

Außerdem ist die flächendeckende Einführung von Schutzwesten gelungen.

(Theurer)

Der digitale Sprech- und Datenfunk ist eine große weitere Aufgabe. Auch hier haben wir die Finanzierung sichergestellt.

Die Erneuerung der Dienstwaffen – unsere Polizei braucht 25 000 neue Pistolen – wird ebenfalls über den Doppelhaushalt finanziert.

Ich komme zum Antiterrorprogramm, meine Damen und Herren. Die Landesregierung hat durch die kurzfristige Bereitstellung der erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt rund 29 Millionen € ihre Handlungsfähigkeit ein-drucksvoll unter Beweis gestellt. Ich will nur einige Eckpunkte nochmals in Erinnerung rufen.

200 zusätzliche Stellen bei der Polizei: Das war richtig und notwendig.

Sowohl bei der Polizei als auch beim Landesamt für Verfassungsschutz wurden Stellen für je 15 Spezialisten zur Terrorismusbekämpfung geschaffen. Wir sehen in der Bekämpfung des Terrorismus eine Sofortmaßnahme. Wir sagen: Die k.w.-Vermerke müssen bleiben, sie müssen immer wieder auf den Prüfstand. Jeder von uns weiß: Sollte es erforderlich sein, das Antiterrorprogramm fortzusetzen, können wir diese k.w.-Vermerke mit wenig Aufwand sofort aufheben. Wir wollen aber vermeiden, dass etwas Ähnliches wie nach der BSE-Krise passiert und auf Dauer 70 neue Stellen geschaffen werden, die man nicht mehr abbauen kann, obwohl diese Krise nicht mehr die Bedeutung hat, die ihr noch vor einem Jahr zukam.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD – Abg. Hauk CDU:
Aber die Folgen sind geblieben!)

Außerdem werden im Rahmen des Sofortprogramms zusätzlich zum laufenden Technikzukunftsprogramm rund 5 Millionen € für Technik und Ausstattung bereitgestellt.

Nun ein Wort zur Besoldung, meine Damen und Herren. Die Fortführung des Besoldungsstrukturprogramms ist für die FDP/DVP zentral wichtig. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass die Polizisten, die einen gefährlichen Beruf ausüben, besser besoldet werden. Wir haben mit unseren Bemühungen Erfolg gehabt. Bereits im Doppelhaushalt 2000/01 wurden jeweils 500 Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes sowie 21 Stellen des gehobenen Dienstes in Stellen des höheren Dienstes umgewandelt.

Diese Stellenhebungen werden auch im vorliegenden Doppelhaushalt konsequent weitergeführt, damit unser gemeinsames Ziel in der Koalition, bis zum Jahr 2004 auf einen Stellenanteil von 50 % im gehobenen Dienst zu kommen, erreicht werden kann. Damit bieten wir den Polizei-beamtinnen und Polizei-beamten auch langfristig attraktive berufliche Perspektiven.

Die SPD fordert kostendeckende Gebühren für die Dienstleistungen der Polizei. Ich freue mich, dass Sie damit eine Forderung der FDP/DVP aufgreifen.

(Abg. Schmid und Abg. Fischer SPD: Die Grünen!
– Abg. Inge Utzt SPD: Das nennt sich „Rot-Grün-Blindheit“!)

Allerdings müssten Sie dazusagen, dass hierbei von Ihnen über die Bundesregierung eine bundesweit einheitliche Regelung in Abstimmung mit den anderen Bundesländern herbeigeführt werden müsste.

Lassen Sie mich abschließend zur Feuerwehr kommen.

Wir haben im Land eine flächendeckend gute technische Ausstattung der Feuerwehr. Dies muss auch so bleiben. Dass das Land Baden-Württemberg in schwierigster Haushaltslage in die Mittel der Feuerschutzsteuer eingegriffen hat, ist vor Ort nicht gut angekommen und hat die Feuerwehren hart getroffen. Auf die Dauer kann und darf man das nicht machen. Denn es gilt, die auch im Ländervergleich gute Ausstattung unserer Feuerwehren auch in Zukunft zu erhalten.

Deshalb ist es richtig, das komplette Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Weil dies nicht ausreicht, haben wir in der Koalition einen Weg gefunden, um die erwarteten Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer von 40 Millionen € auf 48,5 Millionen € aufzustocken. Ich denke, dies ist vor dem Hintergrund der milliardenschweren Steuerausfälle, die das Land Baden-Württemberg zu verkraften hat, ein fairer Kompromiss. Dies ist auch ein Signal, das wir in Baden-Württemberg – die Koalition, die die Landesregierung trägt – den Kommunen und der Feuerwehr mit ihren vielen Hunderten, Tausenden freiwilligen Feuerwehrangehörigen geben. Wir wissen, dass sie die Aufgabe des Brandschutzes und der Menschenrettung in vorbildlicher Weise wahrnehmen.

Damit die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr gut ausgebildet sind, stehen wir auch voll zur Feuerweherschule in Bruchsal, meine Damen und Herren, und haben die Hebung der Stellen mitgetragen.

Meine Damen und Herren, ein Wort noch zur Integration:

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Ich habe gerade gesehen, dass ich noch Redezeit habe.

(Heiterkeit)

So erfahren bin ich ja nicht, Herr Kollege Oelmayer.

(Zurufe von der CDU)

Die Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund wird zu einer zentralen Frage der Landespolitik. Die erfolgreiche Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die die Einbürgerung erleichtert, ist ein wichtiger Beitrag zur Integration. Weitere Schritte, meine Damen und Herren, müssen folgen. Denn eines ist doch klar: Der Mensch lebt nicht vom Pass allein.

(Zurufe von der SPD: Ach!)

Oder sind Sie etwa der Meinung, meine Damen und Herren, dass der Pass aus einem Zuwanderer einen Schwaben macht, ob es jetzt ein badischer oder ein württembergischer Schwabe ist?

(Heiterkeit)

Ein deutscher Pass jedenfalls, meine Damen und Herren, macht aus niemandem von uns einen Schwaben, Badener, Württemberger oder Vorderösterreicher.

(Theurer)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP hat – soweit ich weiß, als einzige Fraktion dieses hohen Hauses – dem Landtag ein umfassendes Integrationskonzept vorgelegt, das auf großes Interesse gestoßen ist. Klar ist, dass die Integration an bestimmten Orten noch Schwierigkeiten macht.

Meine Damen und Herren, nehmen wir die Zuwanderer bei der Hand, sagen wir ihnen, was wir von ihnen erwarten, und zeigen wir ihnen auf, welche Chancen sie haben. Dafür brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, dafür brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens, meine Damen und Herren. Das Konzept der FDP/DVP ist dafür eine gute Grundlage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, darf ich unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne besonders herzlich den Befehlshaber im Wehrbereich IV, Herrn Generalmajor Kersten Lahl, begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr General Lahl stattet dem Landtag von Baden-Württemberg heute seinen ersten offiziellen Besuch ab.

Der Wehrbereich IV umfasst die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Sitz des Befehlshabers ist München. Nach der Auflösung des Wehrbereichskommandos V, das seinen Sitz in Sigmaringen hatte, ist seit dem letzten Jahr das Wehrbereichskommando IV auch für unser Land zuständig.

Herr General Lahl, ich darf Sie hier im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und wünsche Ihnen weiterhin interessante Gespräche und einen erfolgreichen Aufenthalt in unserer Landeshauptstadt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Einzelplan des Innenministeriums steht jetzt ein Bereich der Landespolitik auf der Tagesordnung, der in der Tat in den vergangenen Wochen und Monaten auch die landespolitische Szenerie beherrscht hat. Grund dafür war – das wissen wir – der 11. September des vergangenen Jahres, und dieser Tag hat meines Erachtens auch tatsächlich eine Zäsur verursacht bei der Frage, wie wir in den zivilisierten Gesellschaften der westlichen Welt mit solchen Bedrohungen umgehen. Dazu zählt bei uns natürlich auch –

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

– Herr Kollege, Sie sollten vielleicht auch zur Kenntnis nehmen, wenn sich jemand ernsthaft um ein Thema bemüht und hier nicht versucht, eine Büttenrede zu halten.

Eine Frage, die bei der Bekämpfung des Terrorismus in unserer offenen Gesellschaft meines Erachtens immer von großer Bedeutung ist, lautet: Wie viel Einschränkungen unserer Freiheitsrechte, die wir uns in Europa über Jahrhunderte erkämpft und in Verfassungen abgesichert haben, können wir in unserem demokratischen Rechtsstaat hinnehmen? Wie viel Einschränkungen wollen wir hinnehmen, um die Sicherheit in unserem Staat zu gewährleisten? Gemessen an diesem Maßstab haben wir das, was auf der Bundesebene diskutiert und beschlossen worden ist, abgecheckt. Wir haben uns aber auch angeschaut, was die Landesregierung in Baden-Württemberg hierzu vorgelegt hat und was sie zu tun beabsichtigt. Wir haben anlässlich der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu diesem Themenbereich Stellung genommen, und unser Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Salomon, hat das Programm der Landesregierung – dazu stehen wir nach wie vor – als im Kern maßvoll und als geeignet bezeichnet, die Bedrohungen des Terrorismus anzugehen.

(Abg. Hillebrand CDU: Gut!)

Aber eines noch, meine Damen und Herren – und deshalb sind wir an der einen oder anderen Stelle anderer Meinung als die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses –: Wir sind der Meinung, dass diese Regelungen und die Stellen und Instrumentarien, die neu geschaffen werden sollen – Abhörmaßnahmen etc. –, von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand eines demokratischen Systems gehören, um zu prüfen, ob sie überhaupt Wirkung gezeigt haben und ihr Ziel erreichen können.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD)

Deswegen sind wir der Meinung – bei grundsätzlicher Anerkennung des Landesamts für Verfassungsschutz, Herr Kollege,

(Abg. Hillebrand CDU: Hört, hört!)

was gerade in den vergangenen Tagen gewiss kein einfaches Zugeständnis war; hört, hört! –, dass ein Amt, das mit 300 Beamtinnen und Beamten ausgestattet ist, zunächst einmal dartun muss, weshalb es denn jetzt zusätzlicher Stellen bedarf. Natürlich wissen wir mit der Landesregierung und auch mit der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses, dass es Islamexperten, Dolmetscher für arabische Sprachen etc. bei diesem Amt bisher offensichtlich nicht gibt. Es muss dem Parlament aber erklärt werden, warum nicht systemintern, das heißt innerhalb des Landesamts für Verfassungsschutz, Luft und Raum für diese neuen Aufgaben geschaffen werden können, um im Rahmen der finanziellen Ressourcen des Verfassungsschutzes auch diesen Bereich entsprechend auszustatten.

Wir sind der Meinung, dass schon allein deshalb die Entscheidung der Landesregierung, die 15 Personalstellen mit k.w.-Vermerken zu versehen, richtig ist. Wer sich mit Arbeitsrecht befasst, weiß ganz genau – das haben wir bei den Finanzausschussberatungen auch seitens des Finanzministers gehört –, dass diese Arbeitsverträge natürlich nicht mit befristeter Dauer abgeschlossen werden, sondern – so habe ich es jedenfalls vernommen – mit unbefristeter Dauer, wenn man überhaupt geeignete Menschen findet. Wir sind

(Oelmayer)

deshalb auch der Meinung, dass die k.w.-Vermerke bestehen bleiben sollen.

Ein weiterer Punkt, der zum Bereich des Antiterrorpakets gehört, ist der Komplex der Polizei, den ich an dieser Stelle insgesamt ansprechen möchte. Wir teilen nicht die Meinung der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses, dass in diesem Landeshaushalt zusätzlich 1 600 Stellen bei der Polizei finanzierbar seien; denn wir wissen nicht, wie Sie, mit Ausnahme der Erlöse aus den Veräußerungen von Anteilen an der Landesbank

(Abg. Hauk CDU: Das Geld ist verbraucht!)

und ähnlichen Finanzierungsmöglichkeiten, die Sie dargelegt haben, diese Stellen tatsächlich finanzieren wollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass jedenfalls diese Stellen – worunter zum Beispiel die 200 Stellen bei der Landesregierung laufen, die wir im Kern mittragen – mit zielgerichteter Terrorismusbekämpfung nichts zu tun haben. Wir glauben aber auch, dass es im sichersten Land der Bundesrepublik Deutschland

(Zurufe von der CDU: Aha! Lernfähig!)

– das haben wir jetzt oft genug gehört – mit der höchsten Verbrechensaufklärungsquote und der geringsten Kriminalitätsrate nicht angezeigt ist, für die innere Sicherheit, auch was die personelle Ausstattung der Polizei anbelangt, über die im Etat schon bezifferten großen Beträge hinaus tätig zu werden. In Abwägung mit anderen Bereichen des Landesetats sind wir der Auffassung, dass das nicht tragbar wäre.

(Abg. Rech CDU: Der Mann ist gut!)

Ein weiterer Punkt zum Thema Polizei. Wir haben auch versucht, das per Antrag durchzusetzen, wobei wir heute vom Herrn Ministerpräsidenten gehört haben, dass Anträge der Opposition eigentlich grundsätzlich unerwünscht sind. Eigentlich ist demnach Opposition grundsätzlich sowieso unerwünscht, weil sie offensichtlich bei Büttensreden nur aufhält. Trotzdem haben wir versucht, mit wenigen Anträgen, Herr Kollege Rech, zentrale Stellen zu problematisieren.

Dazu zählt im Bereich der Polizei die Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes. Das haben wir nicht aus Jux und Tollerei beantragt, sondern weil wir der Auffassung sind, dass die verantwortungsvolle Aufgabe des Polizeivollzugsdienstes nicht lediglich sechs Wochen lang ausgebildeten Menschen übertragen werden kann. Wir meinen auch, dass die Verantwortung für diesen unter Umständen persönlich sehr in Anspruch nehmenden Job nicht Menschen sozusagen als ehrenamtliche Tätigkeit übertragen werden darf. Mit unserem Antrag auf Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes sind wir leider gescheitert. Wir haben ihn hier auch nicht neu eingebracht, um das Verfahren nicht zu verzögern.

Aber einen weiteren Antrag, den wir gestellt hatten, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir wieder eingebracht. Auf diesen möchte ich doch noch etwas genauer und dezidierter eingehen. Von Ihnen hört man jetzt Forderungen

nach Antiterrorprogramm, Eingriffen in Freiheitsrechte, Überwachungen, Abhörmaßnahmen – vom Innenminister hört man schon, das Polizeigesetz müsse verschärft werden, damit man noch mehr und schneller abhören kann –, Videoüberwachung allenthalben. Gerade wurde hier in Stuttgart damit begonnen. Ich gehe jetzt immer schon um den Bahnhof außen herum,

(Abg. Rech CDU: Damit haben wir gerechnet!)

um nicht aus Versehen in die Überwachungsanlage zu geraten. Ich möchte nicht, dass es mir so geht wie dem CDU-Kollegen – ich will keinen Namen nennen –, der als Allersterster in die Falle der Videoüberwachungsanlage des Landtags gelaufen ist. Das ist kein kalter Kaffee.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich wollte Ihnen damit dokumentieren, dass solche Videoüberwachungsanlagen natürlich auch das Sozialverhalten ändern. Ich bin ein Mensch, der Freiheitsrechte und Freiheit liebt, dafür auch eintritt und allenthalben und jeden Tag dafür kämpft.

(Abg. Heinz CDU: Wir auch!)

Ich komme mir einfach beobachtet und verdächtigt vor, wenn ich, in Stuttgart aus dem Zug steigend, in Videoüberwachungsanlagen hineinlaufe,

(Abg. Schmid SPD: Da ist doch gar nichts! Da ist doch gar keine Überwachungsanlage!)

auf denen dann mein Konterfei abgebildet wird.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Oelmayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, bitte.

Abg. Schmid SPD: Herr Abg. Oelmayer, darf ich Sie fragen, an welcher Haltestelle Sie in Stuttgart aussteigen? Meines Wissens ist am Hauptbahnhof keine Überwachungskamera installiert.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber in der Klettpassage, wo man einkaufen geht.

(Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Wenn er nicht rechtzeitig aufwacht, fährt er bis zum Rotebühlplatz! – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Ach, Herr Kollege! Wir brauchen ja jetzt nicht über die Details zu diskutieren. Wir haben solche Anlagen in Mannheim. Wir haben sie jetzt in Stuttgart. Wenn die sozialdemokratische Fraktion, Kollege Schmid, solche Anlagen mitträgt, ist das ihre Sache. Wir haben dieses Gesetzesvorhaben im Landtag abgelehnt, weil wir der Auffassung sind, dass sich der Eingriff in die Freiheitsrechte als zu groß darstellt. Wenn Sie dies nicht mittragen, tut mir das Leid.

(Beifall bei den Grünen)

(Oelmayer)

Ich habe versucht, am Beispiel der Videoüberwachung klar zu machen, was Datenschutz in der Zukunft in Baden-Württemberg zu gewährleisten hat

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

und welche neuen Aufgaben auf den Datenschutz zukommen. Nun gehöre ich diesem hohen Hause nicht erst seit gestern an, sondern habe in den vergangenen Jahren jeweils jährlich einen immer dicker werdenden Datenschutzbericht zur Kenntnis genommen, den uns der Datenschutzbeauftragte vorgelegt hat und den wir beraten haben.

(Abg. Hauk CDU: Quantität ist noch keine Qualität!)

Auch nicht den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und schon gar nicht der doch so liberal für sich selber argumentierenden FDP/DVP-Fraktion dürfte entgangen sein, dass der Datenschutzbericht eine große Masse an Datenschutzverstößen enthält. Deswegen sind wir der Meinung: Wenn die Aufgaben im Bereich des Datenschutzes zunehmen und wenn wir Datenschutz nicht wie im Rahmen der Terrordebatte nur als Täterschutz begreifen – wenn Sie das so sehen, müssen Sie das hier so sagen –, sondern wenn wir sagen, Datenschutz bedeute auch die Gewährleistung unserer Freiheitsrechte, das Controlling unserer Rechte, in die durch Maßnahmen wie Videoüberwachung etc. eingegriffen wird, dann muss die Datenschutzüberwachung ausgebaut werden. Deswegen haben wir diesen Antrag hier wieder eingebracht, und wir sind gespannt, ob sich die CDU-Fraktion wenigstens an dieser einen Stelle bewegen lässt und vielleicht auch einmal gegen die von ihr geführte Landesregierung die beantragten zwei Stellen beschließt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Rech CDU: Opposition, Anarchie!)

Ein letzter Punkt, den ich zu dem ersten Bereich noch nennen möchte – ich komme zum Ende, Herr Präsident –, betrifft den Bereich der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes. Hierzu wurde vieles gesagt. Ich will das gar nicht im Detail wiederholen. Richtig ist, dass man die Mittel aus der Feuerschutzsteuer, die man in den vergangenen Jahren der Feuerwehr nicht hat zukommen lassen, sondern im Landesetat in anderen Bereichen eingesetzt hat, wieder zurückgeben muss, um die Feuerwehr jedenfalls in der Substanz zu erhalten. Ich glaube, darüber sind wir uns in diesem Haus einig.

(Abg. Rech CDU: Zustimmung!)

Dass man darüber hinaus auch die Anforderungen, die die Feuerwehr jetzt geltend macht, auch in Anbetracht der Aufgaben, die ihr in der Zukunft zuwachsen – ABC-Schutzausrüstungen etc. –, von Landesseite unterstützen muss, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Deswegen sind wir der Auffassung, dass die Forderungen der Feuerwehr auf jeden Fall gerechtfertigt sind.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Zusammenhang einmal genannt werden muss – damit komme ich wirklich zum Schluss –, betrifft den Bereich des Katastrophenschutzes. Der lag ja über Jahre brach. Wenn man sich nun den Etat anschaut und überlegt, wer welche Aufgaben wahrzunehmen

hat – Katastrophenschutz auf der einen Seite und Feuerwehr auf der anderen Seite –, muss einem die Frage erlaubt sein, insbesondere auch an die Landesregierung, die ja mit den ihr zur Verfügung stehenden Ministerien auch die Möglichkeit hat – ich komme zum Schluss –,

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Schon wieder!)

so etwas zu checken, ob es nicht sinnvoller wäre, Herr Innenminister, die Ressourcen im Bereich der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes zu bündeln, um dann quasi durch Synergieeffekte auch mehr Effizienz zu erreichen. Ich hoffe, dass Sie trotz der fulminanten Rede Ihres Ministerpräsidenten bereit sind, auch einmal diese oder jene Anregung einer Oppositionsfraktion aus diesem Hause zur Kenntnis zu nehmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Blenke.

Abg. Blenke CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Heinz hat mir freundlicherweise etwas Redezeit für den Polizeibereich übrig gelassen.

Liebe Frau Kollegin Grünstein, ich gestehe Ihnen zu, dass es nicht einfach ist, Oppositionspolitik im Kernkompetenzbereich der Union, in der inneren Sicherheit, zu machen.

(Abg. Drexler SPD: Woher haben Sie denn Kompetenz?)

– Jurist, nicht Amtsanwalt, Herr Kollege.

(Abg. Drexler SPD: Mein Gott, dann sind Sie von der Polizei noch weit entfernt!)

Frau Kollegin, in aller Sachlichkeit: Als ich Ihnen vorhin zugehört habe, war mein Eindruck, dass Sie ein Bild aufbauen, das einer sicherheitspolitischen Diaspora gleicht. Das widerspricht schlicht und einfach der objektiven Lage in Baden-Württemberg. Auch wenn es der Kollege Oelmayer vorhin schon gesagt hat, muss man es einfach wiederholen, wenn Sie es nicht verstehen wollen: Man lebt nirgends so sicher wie in Baden-Württemberg, und nirgends werden, neben Bayern, so viele Straftaten aufgeklärt. Da kann es um die innere Sicherheit bei uns nicht so schlecht bestellt sein.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Kollege Theurer, Sie kommen auch noch dran.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das war klar!)

Es spricht für die Qualität der Arbeit unseres Innenministers und seines Staatssekretärs, dass diese gute Arbeit auch unter den argwöhnischen Augen und der Beteiligung der Hüter des liberalen Rechtsstaats möglich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut! Das mit den argwöhnischen Augen war gut!)

(Blenke)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und die CDU- sowie die FDP/DVP-Fraktion sorgen dafür, dass die Polizei in Baden-Württemberg gut aufgestellt ist. Dies wird nicht zuletzt am Technikzukunftsprogramm deutlich. Beschlossen im Mai 1999 mit einem Gesamtvolumen von 350 Millionen €, und heute sind bereits rund zwei Drittel der Maßnahmen realisiert. Wir haben dafür gesorgt, dass die baden-württembergische Polizei die am besten ausgerüstete in ganz Deutschland wird und ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Wir haben dafür gesorgt! – Weitere Zurufe)

– Ich sage ja nicht, dass schon alles fertig ist und dass es nicht noch etwas zu tun gäbe.

Bereits im April dieses Jahres stehen die ersten Ersatzbeschaffungen für 1 800 „Silberpfeile“ an. Der Arbeitsplatz Polizeifahrzeug in Baden-Württemberg ist so eingerichtet, wie es die Menschen, die darin arbeiten, auch verdienen.

Im Bereich der digitalen Funktechnik müssen wir so schnell wie möglich vorankommen. Das ist nur im Verbund mit den anderen Ländern möglich. Deshalb erwarten wir, dass auch dort die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit wir auch bei uns in Baden-Württemberg endlich darangehen können, die veraltete analoge Funktechnik zu ersetzen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Insbesondere die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung, aber auch die Begleitumstände – Castor, Euro – haben dazu geführt, dass unsere Polizeibeamtinnen und -beamten an die Grenzen der Belastbarkeit gekommen sind. Für die entsprechenden Mehrarbeitsvergütungen haben wir deshalb auch 3 Millionen € zusätzlich bereitgestellt.

(Abg. Fischer SPD: Bloß wollen das die Wenigsten! Die wollen Freizeit!)

Meine Damen und Herren, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Im Zusammenhang mit den schrecklichen Anschlägen vom 11. September letzten Jahres und der dadurch angespannten Sicherheitslage werden in diesem Jahr bei der Bereitschaftspolizei 200 zusätzliche Beamte eingestellt und auch ausgebildet.

Meine Damen und Herren, wir tun auch etwas für unsere Polizeibeamten. Baden-Württemberg wird den Stellenanteil im gehobenen Dienst auf 50 % erhöhen und dafür pro Haushaltsjahr 500 Stellen umwandeln. So hat jede qualifizierte Beamtin und jeder qualifizierte Beamte eine gute berufliche Perspektive. Wir sorgen für eine leistungsorientierte Stellenstruktur im gehobenen Dienst, die auch dem Vergleich mit anderen Ländern standhält.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Schauen Sie sich nur einmal die Spitzenstellung im Bereich der Besoldungsgruppen A 11 bis A 13 an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zu den Anträgen der Opposition zwei Sätze.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Beim Datenschutz wird zugestimmt!)

Sämtliche Anträge sind im Finanzausschuss eingehend beraten und auch mit den bekannten Ergebnissen beschieden worden.

(Abg. Hauk CDU: Die Beratung war teilweise – –)

Sie haben heute substanziell nichts Neues gebracht. Deshalb werden Ihre Anträge bei den Abstimmungen heute das gleiche Schicksal erleiden wie bei den Beratungen des Finanzausschusses. Nur zu einem Punkt möchte ich noch etwas sagen, und zwar zu dem Popanz um die k.w.-Stellen, den Sie aufbauen.

(Abg. Drexler SPD: Das macht der Verfassungsschutz selber! Der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz hat es gesagt!)

Man kann es wirklich nur noch als Popanz bezeichnen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen im Finanzausschuss dabei war. Ich darf nicht zitieren – Kollege Oelmayer hat es fairerweise gesagt –, aber schauen Sie doch einmal in den Bericht über die Beratungen des Finanzausschusses. Dort steht, dass der Finanzminister und der Innenminister zugesagt haben, dass die Spezialisten – Islamwissenschaftler und andere – unbefristete Arbeitsverträge bekommen werden. Was wollen Sie also jetzt eigentlich hier?

(Abg. Fischer SPD: Warum macht man es dann heimlich?)

Meine Damen und Herren, unser aller Dank gilt vor allem den Polizeibeamtinnen und -beamten in Baden-Württemberg, die täglich einen gefährlichen Dienst für die Bürger und für unser Land tun.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich will mit einem Dankeschön beginnen, und zwar – das habe ich, seitdem ich Minister bin, noch nie getan – an das Finanzministerium.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich will mich dafür bedanken, dass das Finanzministerium das Innenministerium, die Polizei, aber auch die Feuerwehren in finanziell schwierigen Zeiten – die Neuverschuldung im Jahr 2002 liegt bei über einer Milliarde, der Rückgang der Steuern betrug im letzten Jahr 700 bis 800 Millionen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe – verständnisvoll behandelt hat. Das ist auch wirklich notwendig gewesen. Es hat von uns gemeinsam viel Überzeugungsarbeit erfordert. Danke schön für diese Unterstützung, Herr Finanzminister.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

(Minister Dr. Schäuble)

Ein Dank ist immer die Einleitung für eine neue Bitte. Bei der Umsetzung dieses Haushaltsplans wünsche ich mir, dass die Bürokratie Ihres Hauses das nachvollzieht, was politischer Wille ist. Dann bin ich völlig zufrieden.

Ich darf mich auch, Frau Kollegin Grünstein, für die schönen und lobenden Worte bedanken, die Sie am Ende Ihrer Rede an meine Adresse gefunden haben.

(Abg. Gaßmann SPD: An das Innenministerium! Sie dürfen nicht immer alles persönlich nehmen! – Unruhe)

Ich habe zwar zur Kenntnis genommen, dass Sie mich nicht meinen wollten, aber Sie haben das Innenministerium gelobt. Ich glaube, es ist nicht vermessen, wenn ich dieses Lob auch auf mich beziehe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

– Danke schön. Selbstverständlich gebe ich es in erster Linie an die Kolleginnen und Kollegen im Hause weiter, die im Großen und Ganzen hervorragende Arbeit leisten.

Es ist heute Morgen schon eine große Debatte gewesen. Ich glaube, wir können uns das übliche Ballyhoo jetzt ersparen. Ich komme jetzt deshalb nur auf das zu sprechen, was noch Gegenstand Ihrer Reden war. Auch da kann man es, wie ich meine, verhältnismäßig kurz machen.

Die Polizei geht natürlich nicht auf dem Zahnfleisch. Bei der Haushaltsrede des Finanzministers habe ich gesagt – ich habe es auch neulich bei der Jubiläumsveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der GdP erwähnt, übrigens auch gegenüber dem Vorsitzenden der GdP –: Spätestens dann, wenn ein Finanzminister bei seiner Haushaltsrede sagt – wer auch immer dann Finanzminister sein wird –, man brauche wirklich nicht zu sparen, und dann hinterher die Vertreter der Gewerkschaft der Polizei auf mich zukommen und sagen: „Jetzt habt ihr wirklich zu viel für uns getan“, muss ich als Innenminister aufhören. Aber diese Gefahr besteht wohl in absehbarer Zeit nicht. Deshalb: Wir gehen nicht auf dem Zahnfleisch. Dass die Gewerkschaft das anders sieht, ist einerseits ihrer Rolle zuzuschreiben und geht andererseits völlig an der Wirklichkeit vorbei.

Ich will doch noch einmal darauf verweisen – auch dafür, Herr Landespolizeipräsident, müssen wir diesem hohen Hause dankbar sein –: Mit dem Technikzukunftsprogramm der Polizei, das noch Ende der letzten Legislaturperiode verabschiedet worden ist, haben wir die Möglichkeit – und wir sind auch mitten dabei –, die Polizei auf das Modernste auszurüsten. Es gibt, soweit ich informiert bin –

(Abg. Birgit Kipfer SPD kommt lachend aus einer Telefonkabine. – Unruhe – Abg. Rosa Grünstein SPD: Lassen Sie sich nicht irritieren! Machen Sie ruhig weiter!)

– Ich bin einfach neugierig.

(Zurufe der Abg. Schmid und Nagel SPD)

Es gibt, soweit ich informiert bin, nichts Vergleichbares in Deutschland. Andere Länder beneiden uns aus guten Grün-

den. Ich bin dankbar, dass die Kollegen vorhin in ihren Reden gesagt haben, auch ihnen sei es wichtig, dass dieses Technikzukunftsprogramm weitergeführt wird. Denn wir müssen in bestimmten Bereichen, zum Beispiel auch beim Thema „digitaler Funk“, infolge der bisher auf Bundesebene fehlenden Einigung bestimmte Beträge noch etwas in die Zukunft schieben. Wir wollen uns aber schon darauf verlassen können, dass dann, wenn zum Beispiel der digitale Funk eingeführt werden kann, auch die finanziellen Mittel zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden. Aber insgesamt stehen wir, wie ich meine, sehr gut da.

Zum Thema k.w.-Vermerke ist alles gesagt worden. Nur noch eine kleine Ergänzung, weil Sie, Herr Fischer, vorhin gefragt haben, warum man es dann überhaupt so mache. Ich darf einfach noch einmal daran erinnern, dass in der Kabinettsvorlage, die auch dem Antiterrorprogramm zugrunde liegt, schon der richtige Hinweis gegeben und auch der richtige Weg aufgezeigt worden ist. Man hat nämlich gesagt, dass man in bestimmten Bereichen – und der Bereich, den Sie, Frau Kollegin Grünstein, angesprochen haben, ist ein solcher Bereich, in dem ein Mangel besteht – im Einvernehmen mit dem Finanzministerium von den k.w.-Vermerken in praxi, auch wenn sie im Haushalt enthalten sind, herunterkommen kann.

Was die Kollegen Blenke und Oelmayer gesagt haben, trifft zu: Schon die Ausschreibung für diese Spezialisten – übrigens nicht nur im LfV, Frau Kollegin Grünstein, sondern auch im LKA; dort sind ja auch 15 Stellen vorgesehen – wird ohne die Bedingung einer Befristung vorgenommen. Es kann da also kein Problem geben. Das hat der Finanzminister dankenswerterweise auch im Finanzausschuss noch einmal klargestellt.

Zum Thema Antiterrorprogramm mit Blick auf das, was Herr Kollege Oelmayer gesagt hat: Ich bin natürlich Ihnen und Herrn Kollegen Scheuermann dafür dankbar, dass Sie diesen Weg unterstützen. Ich versuche, wie Sie sehen, sozusagen einen mittleren Kurs zwischen den beiden Oppositionsfractionen einzuschlagen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das freut uns! Da gab es heute schon andere Worte!)

Aber Scherz beiseite. Es ist wirklich erfreulich, dass wir dieses Antiterrorprogramm in so ausgewogener Form auf den Weg gebracht haben. Der bisherige Verlauf gibt uns, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, eigentlich auch Recht. Ich will nicht in Abrede stellen, dass in Deutschland die abstrakte Gefahr aufgrund des Terrorismus nach wie vor vorhanden ist. Darüber kann man, wie ich meine, überhaupt nicht streiten. Das wissen auch die Mitglieder des Innenausschusses oder die Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 des Grundgesetzes, die sich damit immer wieder näher befassen.

Aber umgekehrt muss man auch sagen: Es besteht kein Grund zur Panik, weil seit dem 11. September Gott sei Dank außer den hässlichen Trittbrettfahrerstraftaten in Deutschland überhaupt nichts Gravierendes passiert ist. Auch unter diesem Gesichtspunkt sehen wir uns bestätigt: Es war richtig, bei diesem Programm, wie man so schön gesagt hat, auf Sicht zu fahren.

(Minister Dr. Schäuble)

Das Programm, Herr Kollege Oelmayer, hat aber neben der finanziellen Seite auch eine inhaltliche Seite. Sie haben ja vorhin von einer Verschärfung des Polizeigesetzes gesprochen. Deshalb will ich nur in Erinnerung rufen: Im inhaltlichen Teil des Antiterrorprogramms wird klar ausgesagt, in welchen Punkten wir das Polizeigesetz noch verschärfen wollen. Die Landesregierung wird in absehbarer Zeit mit einem entsprechenden Gesetzentwurf an dieses hohe Haus herantreten. Das ist dann aber kein Überraschungscoup, sondern ist in dem Programm bereits klipp und klar angekündigt worden.

Zum Thema Katastrophenschutz: Es ist, wie Herr Kollege Blenke gesagt hat, für Sie nicht ganz einfach, das Land Baden-Württemberg beim Punkt innere Sicherheit anzugreifen, weil wir bekanntlich halt doch relativ gut dastehen, auch wenn wir mit der Jugendkriminalität usw. usf. natürlich unsere Sorgen und Probleme haben. Wir stehen da relativ gut da.

Ich habe jedoch immer gesagt, dass wir beim Katastrophenschutz ein objektives Problem haben. Ich habe auch, ohne dass von Ihnen Widerspruch kam oder kommen konnte, darauf hinweisen dürfen, dass der Katastrophenschutz in den letzten Jahren von Flensburg bis Berchtesgaden von allen zu sehr auf die leichte Schulter genommen worden ist. Insofern sind wir uns einig. Deshalb darf ich auch sagen: Mit dem Antiterrorprogramm, in dem ja auch für den Katastrophenschutz etwas getan wird, bewegen wir uns jetzt auf der richtigen Linie und Ebene.

Wir werden sicher gemeinsam dafür eintreten – ich als Innenminister verpflichte mich dazu ebenfalls –, dass dann, wenn das Programm abgelaufen ist, beim Katastrophenschutz nicht wieder auf den vorherigen schlechten Zustand zurückgefahren wird. Ich glaube, das kann man sich aufgrund der am 11. September gemachten Erfahrungen beim besten Willen nicht leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das heißt, Herr Kollege Theurer: Es wird teurer.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das kommt darauf an!)

Ich will zu den Feuerwehren etwas wiederholen, was ich schon oft gesagt habe. Zum einen sage ich – mea culpa –: Der Eingriff in die Feuerschutzsteuer war ein Fehler. Ich glaube, das ist uns im Nachhinein klar geworden. Ich darf aber auf eines hinweisen, und das bitte ich in der Gesamtbetrachtung auch zu sehen. Ich habe gerade versucht, mich bei unserem Fachmann, Herrn Ministerialrat Arnold, noch einmal rückzuversichern.

Meines Wissens – ich drücke es vorsichtig aus – gibt es nur ein weiteres Bundesland, eines der neuen Bundesländer, das seinen Feuerwehren außer der Feuerschutzsteuer noch originäres Geld aus dem Landeshaushalt gibt, wie wir es eben auch tun. Wir werden es auch über die Rückerstattung des Betrags hinaus tun müssen, den wir damals bei der Feuerwehr im Rahmen der Feuerschutzsteuer entnommen haben. Aber ich bitte schon, im Gesamtzusammenhang zu sehen, dass wir, wenn ich mich nicht täusche, mit einem weiteren Bundesland die Einzigen sind, die den Feu-

erwehren zusätzlich zur Feuerschutzsteuer auch noch originäres Landesgeld geben.

Ich darf einen letzten Punkt ansprechen, weil er auch von der Opposition erwähnt worden ist. Wir brauchen uns heute – jetzt gegen 16 Uhr besteht, glaube ich, kein allzu großes Interesse mehr daran – nicht über Zuwanderung und doppelte Staatsangehörigkeit im Allgemeinen zu verhaugen; das können wir bei Gelegenheit wieder einmal machen.

Ich darf nur auf eines hinweisen, und das ist mein ernstester Vorwurf an den Kollegen Schily.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der Ärmste!)

– Ja, zurzeit der Ärmste.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist ein Sozialdemokrat, Herr Innenminister! – Gegenruf des Abg. Stichelberger SPD: Mittlerweile, ja! – Gegenruf des Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, weil er mich anschaut; ich kann für den Schily nichts!)

– So ist es; mal so, mal so.

Ich will in diesem Zusammenhang nur auf eines eingehen. Ich halte dem Kollegen Schily vor, dass er – das hat er schon verschiedentlich bewiesen – auch beim Zuwanderungsgesetz dazu neigt, die Bürgerinnen und Bürger zu täuschen. Man kann ja durchaus wie die Grünen der Auffassung sein: Wir wollen überhaupt mehr Zuwanderung. Dann muss man das aber offen sagen. Es geht aber an der Wirklichkeit vorbei, wenn man wie Schily sagt, das Gesetz bringe überhaupt nicht mehr Zuwanderung, und deshalb bräuchte man mit der Zustimmung nicht zu zögern. Ich kann das, wenn Sie es wünschen, gern im Detail ausführen.

Ich möchte nur zwei Gesichtspunkte nennen. Erstens: Dadurch, dass Kollege Schily von der Duldung zur Aufenthaltserlaubnis übergeht, wird sich eine Sogwirkung ergeben.

Das zweite große Problem ist, dass er die Arbeitskraft, das Arbeitsmarktbedürfnis, die Nachfrage nach Arbeitskräften regional unterbrechen will und dass dann Regionalausschüsse bei den Arbeitsverwaltungen darüber entscheiden sollen. Ich darf mit seiner Erlaubnis zitieren, dass auch der Präsident des Landesarbeitsamts von Baden-Württemberg, Herr Schade, bei einem Gespräch in der letzten Woche offiziell gesagt hat, auch er sei sich zu 100 % sicher, dass dieses Gesetz zu einer erheblichen Zunahme der Zuwanderung führen werde. Deshalb werfe ich dem Kollegen Schily nicht vor, wie etwa den Grünen, dass er für mehr Zuwanderung ist, sondern ich werfe ihm vor, dass er sagt, sein Gesetz würde nicht mehr Zuwanderung bringen, obwohl es sich doch ganz anders verhält.

Das ist genauso, wie er damals gesagt hat, das Gesetz über die Änderung der Staatsangehörigkeit würde nicht zu viel mehr doppelten Staatsangehörigkeiten führen. Ihre Zahl hat sich, leider Gottes, verdreifacht. Man kann das ja wollen, aber dann darf man es eben nicht anders darstellen.

Die zweite Bemerkung, Frau Kollegin Grünstein, geht an Sie. Ich richte die herzliche Bitte an Sie: Lesen Sie zum Thema „Förderung von Sprachkursen und Integration“ bitte die Ausführungen aus der Anhörung, die in der vergan-

(Minister Dr. Schäuble)

genen Woche vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestags stattgefunden hat, nach. Da wird Baden-Württemberg von der früheren Ausländerbeauftragten Schmalz-Jacobsen ausdrücklich als einziges Bundesland für das gelobt, was wir im Unterschied zu den anderen Ländern bisher hier schon auf den Weg gebracht haben. Das will ich in diesem Zusammenhang doch noch einmal festhalten.

Deshalb sage ich aber auch: Weil wir hier schon etwas tun, haben wir in Baden-Württemberg auch das Recht und die Pflicht, zu sagen: Bei der Integration kommen wir nicht nur voran, wenn wir fördern, also Sprachkurse finanziell unterstützen usw., sondern wir müssen auch klare Forderungen dazu aufstellen, was jemand, der auf Dauer in Deutschland bleiben will, tun muss.

(Beifall bei der CDU)

Nur so kann es zusammenpassen. Es ist ja ein ernsthafter Vorwurf auch an das Zuwanderungsgesetz, dass solche Forderungen fehlen.

Damit soll es für heute sein Bewenden haben. Im Mittelpunkt steht der Haushalt. Ich darf mich ganz herzlich bedanken. Beim Finanzministerium habe ich das getan, hoffentlich auch mit einem Grund für die Zukunft. Ich will aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Ministerium danken sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Regierungspräsidien, die es aufgrund des Personalabbaus, der dort stattgefunden hat, nicht leicht haben. Ich will mich bei allen nachgeordneten Dienststellen bedanken, beim Verfassungsschutz und ganz besonders bei der Polizei und den vielen ehrenamtlichen Helfern gerade bei den Feuerwehren. Danke schön auch an Sie im Voraus dafür, dass Sie unserem Haushalt zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium.

(Unruhe)

– Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/653.

Ich rufe auf

Kapitel 0301

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 13/682-1 und 13/682-2.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Wegfall der k.w.-Vermerke –, Drucksache 13/682-1, ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Röhm CDU hebt versehentlich seine Hand zur Abstimmung. – Unruhe)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich sage auch deshalb immer die antragstellende Fraktion und den Betreff des Antrags dazu, damit alle Kolleginnen und Kollegen wissen, worüber sie abstimmen.

(Heiterkeit – Abg. Herrmann CDU: Sehr kollegial!)

Ich möchte zum Verfahren gleich sagen, weil das bei dem Antrag Drucksache 13/682-2, den ich jetzt aufrufe, zum ersten Mal der Fall ist: Ich lasse immer über den Antrag insgesamt abstimmen, damit dieser Antrag hinterher nicht an anderer Stelle noch einmal aufgerufen werden muss, wenn er wie dieser Antrag zwei oder mehrere Ziffern enthält.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – 440 zusätzliche Stellen für den Polizeivollzugsdienst –, Drucksache 13/682-2, auf. Wer diesem Antrag insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0302 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 13/682-8 und 13/682-3.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Zwei zusätzliche Stellen für den Datenschutz –, Drucksache 13/682-8, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Zusätzliche Planstelle für die Dienststelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz –, Drucksache 13/682-3, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Kapitel 0303 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe nun, da keine Änderungsanträge dazu vorliegen, die

Kapitel 0304 bis 0307

gemeinsam auf. Das sind die Kapitel der Regierungspräsidien. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Hauk CDU: Das wird Frau Hämmerle freuen!)

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Zentrum für Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung (ZKD)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Förderung des Feuerlöschwesens –, Drucksache 13/682-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Kapitel 0310 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Hauk CDU: Gruß an die Kreistagsfraktion!)

Ich rufe auf

Kapitel 0314

Landespolizei

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/682-5, 13/682-6 und 13/682-7.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Ersatz für Erziehungsbeurlaubungen –, Drucksache 13/682-5, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrfachabstimmungen sind nicht möglich. Ich bitte deshalb um etwas mehr Aufmerksamkeit. Ich habe das Zweite als Korrektur angesehen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – 200 zusätzliche Angestelltenstellen für die Landespolizei und Sonderprogramm für Tarifbeschäftigte –, Drucksache 13/682-6, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Reduzierung Freiwilliger Polizeidienst –, Drucksache 13/682-7, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Damit stelle ich das Kapitel 0314 – Landespolizei – in der Fassung der Beschlussempfehlung zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0315

Wasserschutzpolizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0316

Bereitschaftspolizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0317

Akademie der Polizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0320

Logistikzentrum der Polizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0321

Fachhochschule Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Eingliederung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0331

Flüchtlingsaufnahme

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit haben wir alle Abstimmungen zum Einzelplan 03 durchgeführt.

Buchstabe b der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Buchstabe c** auf:

Einzelplan 09: Sozialministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/659

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

Herr Abg. Seltenreich, wünschen Sie als Berichterstatter das Wort?

(Abg. Seltenreich SPD: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 – Sozialministerium – eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Redezeitzuschlag.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Haas das Wort.

Abg. Alfred Haas CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzte Rede des Innenministers hat mit Dankesworten an das Finanzministerium geendet. Ich selbst möchte beginnen mit Dankesworten an das Finanzministerium, an die CDU-Fraktion und ihren Vorsitzenden, der für die sozialpolitischen Entscheidungen bei diesen schwierigen Haushaltsberatungen den richtigen Sensus entwickelt hat.

Wir haben trotz der notwendig gewordenen Einsparungen in der Größenordnung von 40,6 Millionen € in diesem Jahr und von 46,4 Millionen € im Jahr 2003 eine zukunftsgerichtete, von sozialer Gerechtigkeit geprägte Sozialpolitik in Baden-Württemberg gestaltet, meine Damen und Herren. Dies ist aus meiner Sicht auch deshalb begründet, weil den Oppositionsfractionen nichts anderes eingefallen ist, als die bisherigen Haushaltsansätze, die gekürzt werden mussten, wieder einzufordern oder in einem Fall einen von uns mit neuen Konzepten ausgerichteten Antrag um einige Millionen Euro aufzustocken.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Warum gekürzt werden musste? Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Sie wissen natürlich nichts davon, dass wir eine hohe Verschuldung haben und bis 2006 die Nullverschuldung erreichen wollen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das wird auch an einer Sozialpolitik nicht vorbeigehen. Sie erwecken draußen den Eindruck, als könnte man eine Nullverschuldung erreichen, ohne dass es jemand merkt. Diese billige Sozialpolitik machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Wintruff SPD: Sozialpolitik auf dem Rücken der Ärmsten!)

Sie haben während der ganzen Beratungen – und wir haben wieder einmal das schwere Los gehabt, uns in sechs Arbeitskreissitzungen ausschließlich über Einsparungen zu unterhalten – keinen einzigen Einsparvorschlag gemacht, sondern zusätzliche Forderungen gestellt, und diese unehrliche Sozialpolitik, meine Damen und Herren, finde ich unverantwortlich, insbesondere unseren Partnern gegenüber, mit denen wir in diesem Land in der Sozialpolitik gut zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich sage für die Zukunft: Das wird nicht ohne weitere Kürzungen auch im Sozialbereich, nicht ohne weitere Umstrukturierungen oder Programmneuausrichtungen gehen, und wir werden das auch in Zukunft ohne konkrete Vorschläge der Opposition auf den Weg bringen. Es bleibt momentan die große und die klare Hoffnung, dass die Baden-

(Alfred Haas)

Württemberg-feindliche Bundespolitik noch in diesem Jahr beendet wird.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Ja, da können Sie ziemlich sicher sein. Man hört allenthalben, dass es eine Reihe von Sofortmaßnahmen gäbe – ich denke insbesondere an die Gesundheitspolitik –, wenn Sie dort endlich zu vernünftigen Reformen kämen. Viele Leute sagen ja, die rot-grüne Regierung solle endlich die Gesetze zurückziehen, die sie auf den Markt gebracht hat; dann ginge es in Deutschland wieder aufwärts.

(Beifall bei der CDU)

Ich will drei Themenbereiche ansprechen, die uns wichtig sind und in denen wir, glaube ich, auch Maßstäbe für die Zukunft unserer Sozialpolitik im Lande setzen.

Das ist zum einen das Thema Pflege und Altenpolitik. Dort werden wir in den nächsten Jahren wie vorausberechnet die zusätzlichen Pflegeplätze schaffen. Wir haben es geschafft, dass im Bereich des KIF die Ansätze von 43,4 Millionen € in diesem Jahr auf 57,7 Millionen € und im nächsten Jahr auf 60,6 Millionen € steigen. Wir haben Wort gehalten; wir werden die Altenhilfeeinrichtungen so schaffen, wie wir sie in diesem Lande entsprechend dem Bedarf brauchen.

Wir brauchen aber auch Vertrauen in die Pflege. Die Pflege verdient Vertrauen und Anerkennung. Auch dazu haben wir einiges auf den Weg gebracht zusammen mit dem Landespflegeausschuss, der ein Maßnahmenpapier zur Attraktivitätssteigerung in der Pflege erarbeitet hat. Es geht um eine sichere Rechtsgrundlage für die Ausbildungsumlage. Da müssen wir zu Potte kommen. Wir brauchen eine verbesserte Ausbildung im Bereich der Alten- und Krankenpflege. Das heißt, die Personalsituation muss von Grund auf verbessert werden.

Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsverwaltung, den Trägern von Pflegeeinrichtungen und den Tarifpartnern. Das Ziel muss sein – und das werden wir auch erreichen –, dass es in Baden-Württemberg keinen Pflegenotstand gibt.

Wir müssen auch – und das scheint mir sehr wichtig zu sein – für den Pflegeberuf eine Positivassoziiierung bekommen, damit das Berufsbild der Pflege in der Öffentlichkeit einen anderen Stellenwert bekommt. Auch dazu wird die Imagekampagne einen wichtigen Beitrag leisten.

Der Bund hat leider keinen entscheidenden Beitrag geleistet. Die unzulängliche Gesetzgebung im Bereich der Demenzerkrankungen endete in einer völligen Verbürokratisierung der Arbeit in der Pflege. Die Gesetzes- und Papiergläubigkeit von Rot-Grün ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Blablabla! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zur Finanzierung! Machen Sie doch einmal einen ganz konkreten Vorschlag, Herr Haas!)

Gehen Sie einmal hinaus, und reden Sie einmal mit den Pflegekräften! Dann werden Sie genau dieses hören. Die

Papiergläubigkeit ist das größte Problem, und Sie haben es nicht geschafft, das Pflegeversicherungsrecht mit dem Heimrecht zu harmonisieren. Das ist völlig misslungen; ein bürokratisches Monstrum ist herausgekommen.

Wir werden in vielen Fällen und insbesondere auch hier zum Reparaturbetrieb verfehlter Bundessozialpolitik. Wir wissen doch seit langem, dass die Zahl der demenziell Erkrankten steigt und wir in diesem Bereich neue Herausforderungen haben. Das so genannte Pflegeleistungsergänzungsgesetz verdient diesen Namen nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will, weil dies heute schon mehrfach angesprochen wurde, die Arbeitsmarktpolitik natürlich nicht auslassen. Aber auch dafür hat der Bund im Wahlkampf etwas versprochen und das Versprechen dann gebrochen. Denn der Bund führt seit der Regierungsübernahme die Steuermittel für die Bundesanstalt für Arbeit, für die Arbeitsmarktpolitik zurück, und das ist unverantwortlich.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Und was machen Sie? Sagen Sie etwas dazu!)

– Ich sage es Ihnen gleich. – Ich kann die Aufregung verstehen, denn der Bundeskanzler hat am 27. Juli 1998 ja gesagt: „Wenn wir es in den ersten Jahren nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren.“ Recht hat er, der Herr Schröder. Er ist gescheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit Showveranstaltungen kann man jetzt keine Arbeitsmarktpolitik machen. Das Bündnis für Arbeit ist gescheitert, wie Sie wissen. Das Problem sind nicht die Kürzungen in unseren Arbeitsmarktprogrammen, sondern ist die fatale Falle, in der sich Schröder befindet.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Rot-Grün hat den Arbeitsmarkt bis zur völligen Bewegungslosigkeit reglementiert. Das ist das eigentliche Problem in diesem Bereich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo ist denn die aktive Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung, Herr Haas? Sagen Sie doch dazu mal etwas!)

– Das werde ich Ihnen gleich erläutern.

(Abg. Seimetz CDU: Die geringste Arbeitslosenquote belegt das schon von ganz allein!)

Das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ ist für uns ein wichtiger Ansatzpunkt. Es wurde nicht auf null gefahren, wie Herr Drexler heute Morgen in seinem Delirium gesagt hat. Es wird nicht auf null gefahren; wir werden weiterhin 1 600 Jugendliche im berufsvorbereitenden Jahr haben, wir werden freiwillige Gemeinschaftsleistungen haben und Initiativen für Beschäftigung.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Gegenruf des Abg. Döpper CDU: Ach, Frau Haußmann, Sie kommen doch nachher zu Wort!)

(Alfred Haas)

Sie reiten auf den alten Zahlen herum und haben gar nicht gemerkt, was wir alles verändert haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Im Vorfeld und Umfeld der Jugendarbeitslosigkeit gibt es Jugendsozialarbeiter an Schulen. Ihre Zahl haben wir verdoppelt.

(Abg. Wintruff SPD: Wo nichts ist, kann man leicht verdoppeln! Nennen Sie doch mal die Gesamtzahl!)

Wir haben die Zahl der Jugendberufshelfer verdoppelt, und wir haben Jugendagenturen, Clearingstellen und rollende „Jugendagenturen“; wir haben die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Alles wird gut! Ja, ja! – Abg. Schmiedel SPD: Nennen Sie mal die Zahlen!)

Bei den offenen Maßnahmen gibt es Einsparungen, aber das wird nicht zum Nachteil der Jugendlichen sein; darauf können Sie sich verlassen. Es wird sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Langzeitarbeitslosen in diesem Jahr genau die gleiche Zahl in den Programmen sein. Die Stunden pro Teilnehmer werden von 160 auf 150 im Monat reduziert. Damit laufen alle Projekte schlicht weiter.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das werden wir sehen und überprüfen!)

Für 2003 wird ein neuer Kriterienrahmen entwickelt. Dabei werden die Einrichtungsträger mit beteiligt sein. Am Ende, meine Damen und Herren, werden wir, nachdem auch die ESF-Mittel verdoppelt worden sind, in der Arbeitsmarktpolitik mehr Geld haben als bisher.

Sie haben immer noch nicht verstanden: Der Bund will, wie auch Europa, keine Verfestigung des zweiten Arbeitsmarkts, sondern man will mehr Qualifizierung und Weiterbildung. Man will erreichen, insbesondere auch mit dem Job-AQTIV-Gesetz, dass es überhaupt keine Langzeitarbeitslosen mehr gibt.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist ein gutes Gesetz!)

Wenn dieses Gesetz etwas taugt, werden wir künftig auch keine Langzeitarbeitslosen mehr haben. Ich habe aber den Eindruck, Sie haben kein Vertrauen zu diesem Gesetz; deswegen diskutieren Sie in die falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ein Gesetz der rot-grünen Bundesregierung, Herr Haas, das Sie gerade loben!)

Im Übrigen möchte ich einmal zu Ihrer Beruhigung sagen, liebe Frau Haußmann –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir sind nicht beunruhigt, wenn wir Sie reden hören, Herr Haas! Da muss schon jemand anderes kommen!)

– Doch, Sie sind sehr beunruhigt. Sie reden dauernd dazwischen.

(Unruhe)

Ich darf ganz kurz aus zwei Briefen zitieren,

(Abg. Hauk CDU: Alfred, Vorsicht!)

damit Sie nachher keinen Herzkollaps bekommen, wenn Sie über das Thema reden:

Sehr geehrter Herr Haas,

wir möchten uns für Ihren Einsatz anlässlich der geplanten Haushaltskürzung bei den beiden Landesprogrammen „Zukunft und Arbeit für Langzeitarbeitslose“ und „Jugend – Arbeit – Zukunft“ recht herzlich bedanken.

(Abg. Nagel SPD: Gezeichnet Haas! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist aber toll!)

– Ja, natürlich. Sie müssen weiter zuhören:

Auch wenn wir unser Ziel, den vollständigen Erhalt der Programme, nicht erreichen konnten, hat es durch Ihren maßgeblichen Einfluss eine Strukturstabilisierung im Beschäftigungsbereich gegeben,

(Abg. Döpper CDU: Bravo! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh! – Zuruf von der CDU: Hervorragend!)

und die Kürzung ist wesentlich schwächer ausgefallen als ursprünglich vorgesehen. Dafür nochmals herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Das schreibt kein CDU-Mitglied, sondern Herr Hans-Jörg Böhringer, den Sie vielleicht kennen. Sie können gerne eine Kopie davon haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das haben wir jetzt ja im Protokoll!)

– Sie können den Brief auch direkt haben, Frau Haußmann; so ist es nicht.

Auch der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg bedankt sich mit heutiger Post auf diesem Wege nochmals für die Unterstützung.

Die Leute setzen ihr Hirnschmalz bereits für die Umsetzung ein,

(Abg. Teßmer SPD: Leihen Sie sich mal etwas von deren Gehirnschmalz!)

und Sie diskutieren wochenlang über die Kürzungen und glauben, draußen den Eindruck erwecken zu können, diese würden durch Sie korrigiert werden. Sie machen mir die richtige Sozialpolitik!

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpper CDU: So ist es, ja! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Ein letzter Satz, meine Damen und Herren – ich wollte eigentlich mehr zur Psychiatrie sagen –: Zu Ihrer aller Beru-

(Alfred Haas)

higung: Es wird keine Privatisierung und keinen Verkauf der Zentren für Psychiatrie geben.

(Zuruf von der CDU: Und das ist auch gut so! –
Abg. Ursula Haußmann SPD: Das müssen Sie Ihrem Koalitionspartner sagen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt des Sozialministeriums für die kommenden beiden Jahre ist ein Haushalt der Versäumnisse, der Konzeptionslosigkeit und der verpassten Chancen.

(Beifall bei der SPD)

Dringend notwendige konzeptionelle Weiterentwicklungen der Landessozialpolitik werden unterlassen. Diese Landesregierung, die fast im Wochentakt sozialpolitische Forderungen an die Bundesregierung stellt, ohne je ein Wort darüber zu verlieren, wie sie finanziert werden sollen,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

vernachlässigt in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich die soziale Infrastruktur.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Ja-wohl!)

Weder in der Kinderbetreuung noch in der Pflegeinfrastruktur für ältere pflegebedürftige Menschen wird das Notwendige getan, um diese enormen Zukunftsaufgaben für das Land entschlossen anzugehen.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Statt selber endlich ihre Hausaufgaben zu machen, stellt diese Landesregierung immer nur unbezahlbare Forderungen an andere. Mit falschen Grundsatzentscheidungen wird das bereits Erreichte, die mühsam aufgebaute soziale Infrastruktur in diesem Land in vielen Bereichen durch ihre Politik akut gefährdet.

Um es mit einem Bild auszudrücken: Dieser Sozialhaushalt, meine Damen und Herren, gleicht einem renovierungsbedürftigen Haus, bei dem es durchs Dach reinregnet und dessen Fundamente dringend sanierungsbedürftig sind.

(Abg. Alfred Haas CDU: Also machen Sie einmal Vorschläge! – Abg. Capezzuto SPD: Womit wir wieder beim Wohnungsbau wären!)

Doch der Hausbesitzer, dem dieses Haus nicht gehört, sondern dessen Aufgabe es ist, das Haus treuhänderisch zu verwalten, weigert sich seit Jahren beharrlich, endlich mit den notwendigen Renovierungsarbeiten zu beginnen.

(Abg. Döpper CDU: Da würde ich ausziehen! –
Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich will im Folgenden aufzeigen, wo die Versäumnisse, die Konzeptionslosigkeit und die verpassten Chancen dieses Sozialhaushalts liegen.

(Abg. Teßmer SPD: Das versteht der Haas nicht! –
Abg. Alfred Haas CDU: Sie reden von Mecklenburg-Vorpommern!)

Im Jahr 2002 werden im Sozialhaushalt insgesamt 34,4 Millionen € gekürzt. Im Jahr 2003 belaufen sich diese Kürzungen auf 33,9 Millionen €.

(Abg. Capezzuto SPD: Barbarisch!)

Hinzu kommen noch globale Minderausgaben von insgesamt fast 10 Millionen €. In den Finanzausschussberatungen hat der Sozialminister auf meine ausdrückliche Rückfrage hin nicht ausgeschlossen, dass zur Erwirtschaftung dieser globalen Minderausgaben auch in Förderprogramme für freie Träger eingegriffen werden muss.

(Abg. Alfred Haas CDU: Machen Sie doch Vorschläge!)

Das heißt, den Partnern des Landes in der freien Wohlfahrtspflege drohen im laufenden Haushaltsjahr also wie bereits im Jahr 1997 Mittelkürzungen. Was dies 1997 bedeutet hat, wissen wir alle. Das hat die Träger vor massive Probleme bis hin zu Personalentlassungen gestellt.

Ich stelle deshalb fest: Dieser Haushalt bringt in den kommenden beiden Jahren für die freien Träger keine Planungssicherheit. Null Planungssicherheit für die freien Träger in diesem Haushalt des Sozialministeriums!

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo sind dazu Ihre Anträge?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sozialhaushalt nimmt seit Jahren bei erfolgreich laufenden Programmen zum Teil drastische Kürzungen vor. Insbesondere davon betroffen sind die Landesarbeitsmarktförderprogramme. Im CDU-Wahlprogramm – ich erinnere an die Rede des Ministerpräsidenten: „Wir haben alles eingelöst, was wir versprochen haben“ – haben Sie versprochen, diese Landesarbeitsmarktförderprogramme weiterzuführen. Tatsächlich werden jedoch die Haushaltsmittel in den kommenden beiden Jahren gegenüber dem Jahr 2001 um mehr als ein Drittel, im Jahr 2002 und im Jahr 2003 sogar um mehr als zwei Drittel gekürzt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Umstrukturiert!)

Im Ergebnis bedeutet dies das schleichende Aus für viele Projekte; da widerspreche ich Ihnen, Herr Haas. Die Kommunen haben völlig zu Recht kritisiert, dass die Landesregierung durch diese Kürzungen die Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit weiter auf die Sozialhilfe

(Abg. Alfred Haas CDU: Das haben Sie erfunden!)

und damit auf die Kommunen abwälzt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Unsozial!)

(Ursula Haußmann)

Hier wird nicht gespart, sondern es werden wieder einmal die Kosten auf die Kommunen abgeschoben.

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren Bereich, in dem die Landesregierung im Sozialhaushalt notwendige konzeptionelle Neustrukturierungen unterlassen hat. Pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg – Herr Haas, hören Sie zu; das, was Sie vorhin von sich gegeben haben, war wirklich gewöhnungsbedürftig – ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen gehört angesichts des demographischen Wandels zu den zentralen landespolitischen Zukunftsaufgaben der nächsten zehn Jahre. In diesem Bereich ist der vorliegende Doppelhaushalt ein Haushalt der verpassten Chancen und der gebrochenen Wahlversprechen.

(Beifall bei der SPD)

Im Land müssen wegen des steigenden Bedarfs in den nächsten zehn Jahren 10 000 neue Pflegeplätze geschaffen werden. Der dafür erforderliche Investitionsbedarf beläuft sich in den nächsten zehn Jahren auf rund 1,6 Milliarden €. Nach den Vorschriften des Landespflegegesetzes müssen 40 % davon aus dem Landeshaushalt abgedeckt werden. Pro Jahr sind das rund 63 Millionen € für den Pflegeheimbau. Tatsächlich wird aber in den nächsten Jahren deutlich weniger Geld zur Verfügung gestellt. Bis zum Jahr 2005 wird in keinem Jahr Ihr selbst gestecktes Ziel eines Fördervolumens von 63 Millionen € erreicht.

(Abg. Capezzuto SPD: Das darf nicht wahr sein!)

Wir erinnern uns gut: Im Wahlkampf – auch wieder ein gebrochenes Wahlversprechen – hatte der Sozialminister großspurig versprochen, die Mittel für den Pflegeheimbau ab 2002 um 50 % aufzustocken.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Erinnern Sie sich noch, Herr Minister? Damit wären die seit 1997 erfolgten drastischen Kürzungen beim Pflegeheimbau wieder rückgängig gemacht worden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wissen Sie, dass wir 1,7 Milliarden € Steuerausfälle haben?)

Tatsächlich werden die Mittel aber nicht bedarfsgerecht erhöht, und die Kürzungen werden nicht in vollem Umfang zurückgenommen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben mit null Mark gerechnet!)

Nicht nur im Bereich des Pflegeheimbaus hat die Landesregierung ihr Wahlkampfversprechen gegenüber den älteren Menschen nicht eingehalten, sondern auch bei der Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen.

Der vorläufige Landespflegeplan fordert im ambulanten Bereich mehr Beratung für die Betroffenen und eine bessere Vernetzung der Angebote. Das ist in Baden-Württemberg ein großes Problem. In Ihrem CDU-Wahlprogramm haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, versprochen

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

– hören Sie zu, Herr Döpper, vielleicht erinnern Sie sich –:

Wir werden sicherstellen, dass Pflegebedürftige gut versorgt und betreut werden. Die dazu notwendige Beratung wollen wir dadurch verbessern, dass wir Beratungsleistungen konzentrieren und so zusätzliche Beratungsmöglichkeiten schaffen.

(Abg. Capezzuto SPD: Versprochen und nicht gehalten!)

Trotz dieser Wahlkampfversprechen haben CDU und FDP/DVP im Finanzausschuss unseren Antrag zur Schaffung von Beratungsstellen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in Bausch und Bogen abgelehnt.

(Abg. Reichardt CDU: Er war nicht durchdacht!)

Sie haben darüber hinaus auch noch die Frechheit besessen,

(Abg. Reichardt CDU: Das war keine Frechheit! Die kennen einfach nicht die Grundrechenarten! Das haben die in der Situation nicht gemerkt!)

dies mit der Begründung zu rechtfertigen, dafür sei das Land angeblich gar nicht zuständig, obwohl das Landespflegegesetz die Verantwortung des Landes für das Vorfeld und das Umfeld der Pflegebedürftigkeit ausdrücklich fest schreibt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Döpper CDU: Gucken Sie einmal in das SGB hinein! Wissen Sie, was das ist?)

Ich stelle fest:

(Abg. Seimetz CDU: Aus dem Land würde ich auswandern!)

Die Landesregierung hat im letzten Wahlkampf die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen nach Strich und Faden belogen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Unchristlich belogen! – Abg. Döpper CDU: Ungeheuerlich!)

Meine Damen und Herren, falsche Weichenstellungen gibt es in diesem Sozialhaushalt viele. Beispielhaft nenne ich die Kürzungen bei der Selbsthilfeförderung im Gesundheitswesen, beim Epidemiologischen Krebsregister und bei den Maßnahmen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements.

(Abg. Reichardt CDU: Das ist einfach falsch! – Abg. Alfred Haas CDU: Nur Erhöhungen!)

– Mit 200 000 € von der Landesstiftung, Herr Haas, lässt sich gut die Backen aufblasen. Hier geht es manchmal nur um eine kleine Summe, die Auswirkungen sind aber jeweils für die Betroffenen verheerend.

Meine Damen und Herren, seitens der Landesregierung werden Kürzungen im Sozialhaushalt mit der Notwendigkeit des Schuldenabbaus begründet. Das Ziel des Schuldenabbaus wird von der SPD geteilt.

(Abg. Reichardt CDU: Theoretisch!)

(Ursula Haußmann)

Wir sehen jedoch gerade im Hinblick auf die zum Teil für die soziale Infrastruktur im Land verheerenden Kürzungen im Sozialbereich die Schwerpunkte falsch gesetzt. Die Landesregierung und die sie tragenden Regierungsfractionen haben mit der Fehlentscheidung, die Veräußerungserlöse aus dem EnBW-Verkauf nicht zum Schuldenabbau, sondern zur Schaffung der Landesstiftung zu verwenden, dem Landeshaushalt dauerhaft Finanzmittel in erheblichem Umfang entzogen. Diese Gelder fehlen unter anderem im Sozialhaushalt für dringend erforderliche sozialpolitische Aufgaben. Die Landesstiftung kann nur neue gemeinnützige Projekte fördern. Eine Dauerfinanzierung, die gerade im personalintensiven Sozialbereich zwingend erforderlich ist, ist ausgeschlossen. Die SPD hat sich dafür ausgesprochen, die Veräußerungserlöse so zu verwenden, wie dies die Bundesregierung bei den UMTS-Erlösen getan hat.

(Abg. Reichardt CDU: Zulasten des Landes Baden-Württemberg! – Abg. Seimetz CDU: Das ist ein schlechtes Beispiel!)

Durch den Schuldenabbau kann der Bund dauerhaft Zinsaufwendungen einsparen, und die Einsparungen können für Investitionen in Bildung und Beschäftigung verwendet werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Dieser Weg ist in Baden-Württemberg durch Ihre Entscheidung für die Landesstiftung verbaut. Mit der Landesstiftung haben wir die aberwitzige Situation,

(Zuruf von der CDU: Eichel oder wir? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Sie schon in der Schule! – Heiterkeit)

dass auf der einen Seite Pflichtaufgaben des Landes vernachlässigt werden müssen und die soziale Infrastruktur im Land langsam ausblutet, dass aber auf der anderen Seite Gelder in erheblichem Umfang für neue zusätzliche Projekte zur Verfügung gestellt werden.

Ich will in diesem Zusammenhang auf mein eingangs erwähntes Bild vom renovierungsbedürftigen Haus Sozialhaushalt zurückkommen. Die Landesregierung gleicht einem Hausbesitzer, in dessen renovierungsbedürftigem Haus es durchs Dach regnet und die Fundamente dringend erneuert werden müssen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Doch statt die natürlich nur begrenzt zur Verfügung stehenden Gelder für die notwendige Sanierung auszugeben, kauft sich dieser Hausbesitzer neue Möbel.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Von einem schwedischen Möbelhaus!)

Gegen neue Möbel ist nichts zu sagen, wenn das Haus, in das sie gestellt werden, in Ordnung ist. Was nutzen aber neue schöne Möbel, wenn es durchs Dach regnet? Hier sind die Prioritäten eindeutig falsch gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion hat in ihren Haushaltsanträgen im Sozialbereich klare Prioritäten gesetzt. Unsere Prioritäten sind:

Erstens Ausbau der Kleinkinderbetreuung, um die Schlusslichtposition des Landes in diesem Bereich endlich zu überwinden.

Zweitens Maßnahmen zur Unterstützung pflegebedürftiger älterer Menschen und ihrer Angehörigen.

Drittens die Förderung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements.

Weiteres von meiner Kollegin Marianne Wonnay in der zweiten Runde.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh, dass ich keine fertige Rede habe. Somit kann ich gerne, Frau Haußmann, Ihr Bild vom Haus aufnehmen. Sie fangen beim Dach an und sagen, es regne hinein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da regnet es meistens rein, weil der Regen von oben kommt!)

Wir fangen beim Fundament an. Ein Haus hat nur Bestand, wenn das Fundament stimmt. Das Fundament ist für uns eine seriöse Finanzierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist jedenfalls in unserer Sozialabteilung in der Fraktion durchaus so,

(Abg. Capezzuto SPD: „Sozialabteilung“, gibt es das?)

dass wir das Ziel der Nullverschuldung nicht nur aufgrund einer allgemeinen Einsicht, dass wir Schulden abbauen müssen, mittragen, sondern auch gerade im Interesse von Kindern und jungen Menschen. Der Satz gefällt mir immer besser, der da lautet: Kinder können auf Schuldenbergen nicht spielen. Das sollten wir immer im Kopf behalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es gibt einen zweiten schönen Satz, der da lautet: Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.

(Abg. Schmiedel SPD: Ablenkung vom Thema!)

Ich möchte Ihnen noch einmal eine Einrichtung des heute schon viel zitierten Statistischen Landesamts empfehlen. Es gibt inzwischen einen Monitor, auf dem die wichtigsten Daten des Landes Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Ländern dargestellt werden. Da zeigt sich eindeutig, wo wir Spitze sind, nämlich in der Wirtschaftskraft. Wirklich Spitze sind wir in der wirtschaftlichen Dynamik, die wir entwickeln. Ganz weit hinten bzw. die Letzten sind wir in der Arbeitslosenstatistik, vor allem bei der Jugendarbeitslosigkeit.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

(Dr. Noll)

Hier hat einmal jemand gesagt, wir wollten uns am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen. Die baden-württembergische Landesregierung kann sich an diesen Arbeitsmarktzahlen sehr wohl messen lassen, weil wir deutscher Meister und Europameister sind, was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Deutscher Meister ist Bayern München!)

Nachdem wir solche hervorragenden Arbeitsmarktdaten vorzuweisen haben, bin ich fast geneigt, zu sagen, dass wir die Arbeitsmarktpolitik vollends beim Wirtschaftsminister ansiedeln könnten – nicht, weil ich dem Herrn Sozialminister nichts gönne, sondern weil ein zweiter Arbeitsmarkt möglicherweise gar nicht mehr nötig wäre. Ich weiß, das ist eine Illusion. So weit werden wir nicht kommen. Aber es ist auch legitim, dass man, wenn die finanziellen Ressourcen ein bisschen enger werden, auch kritisch auf die Vielzahl der Programme, die von der EU, vom Bund, von den Ländern und von den Kommunen angeboten werden, schaut und fragt: Welches ist zielgenau? Wo können wir möglicherweise umstrukturieren? Darum geht es.

Wenn Sie immer von einem Kahlschlag reden – Herr Kollege Haas hat es schon gesagt –, dann gehen Sie übrigens immer noch von den allerersten angedeuteten Kürzungen aus, die inzwischen längst vom Tisch sind. Natürlich: Wenn man Sparen will – und wir wollen das –,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

dann wird man es an der einen oder anderen Stelle spüren. Aber wir werden damit keine Strukturen kaputt machen. Da können Sie sicher sein.

Ich denke nach wie vor: Das beste Programm ist, alles dafür zu tun, dass die Menschen aus der so genannten Sozialhilfefalle herauskommen, dass das soziale Netz ein Trampolin wird, mit dessen Hilfe die Leute möglichst schnell wieder auf eigenen Füßen stehen können. Dann können wir das Geld, das zunehmend weniger wird, nämlich tatsächlich für diejenigen verwenden, die sich möglicherweise bei aller Hilfe – im übertragenen Sinne – nicht mehr auf das Trampolin wagen. Das sind nämlich diejenigen, die wirklich bedürftig sind und die unserer Hilfe bedürfen. Um die haben wir uns vorrangig zu kümmern. Ich bin sehr dankbar, dass wir da – auch zusammen mit dem Sozialministerium – neue Wege gehen mit dem persönlichen Budget für behinderte Menschen, mit dem wir von der Objektförderung ein Stück weit zur Subjektförderung kommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hat aber nicht die FDP auf den Weg gebracht! Da haben Sie Rot-Grün gelobt!)

Zum Arbeitsmarkt ein abschließendes Wort: Das beste Programm, übrigens auch gegen Schwarzarbeit, ist, wenn Sie den Menschen vom Brutto netto mehr in der Tasche lassen.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Dadurch werden Sie nämlich Anreize setzen. Übrigens setzen wir auch mit dem Einstiegsgeld, das nach meiner Meinung ein wesentlich besseres Modell ist als all das, was als Kombilohnmodelle durch die Länder geistert, einen Anreiz.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Damit die Menschen netto mehr vom Brutto haben, müssen wir auch mutig sein und endlich die Reformen durchführen, über die wir schon lange diskutieren, zum Beispiel im Gesundheitswesen. Aber ich stelle schon wieder fest: Je näher es an die Bundestagswahl geht, desto mehr verlässt gerade die großen Parteien ein bisschen der Mut, den Menschen ehrlich zu sagen, was möglicherweise nach der Wahl getan werden muss. Nach der letzten Wahl hat man wegen der Rente tränenreich gesagt, eigentlich wolle man nicht kürzen, aber nun müsse man es doch tun, die Demographie lasse keine andere Wahl. Es darf nicht so sein, dass man den Menschen erst nach der Wahl sagt: Wir haben euch nicht die volle Wahrheit gesagt.

(Abg. Birzele SPD: Da ist überhaupt nicht gekürzt worden! Die Rente ist erhöht worden!)

Jetzt möchte ich zum Monitor des Statistischen Landesamts zurückkommen. Da gibt es nach wie vor eine bedrückende Zahl, nämlich die, die ausweist, dass Kinder zu haben in unserer Gesellschaft zu einem Armutsrisiko – auch in Baden-Württemberg – zu werden droht. Von den unter 18-Jährigen beziehen prozentual doppelt so viele Sozialhilfe, als dies im Durchschnitt der Bevölkerung der Fall ist. Im Durchschnitt der Bevölkerung sind es gut 2 %, bei den unter 18-Jährigen sind es über 4 %. Das zeigt uns in der Tat – da braucht überhaupt keiner auf den anderen zu zeigen –, dass wir da alle Nachholbedarf haben. Heute Morgen habe ich von Herrn Drexler gehört, das sei alles nicht finanzierbar. Aber das ist wenig hilfreich, sondern man muss auch einmal fragen, wie man so etwas finanzieren könnte. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass man das über eine Bündelung der familienpolitischen Leistungen, die dann natürlich an anderer Stelle ein Stück weit entfallen müssen,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

vielleicht im Konsens hinbekommen könnte.

Frau Haußmann, ich darf nur einmal das Thema Ehegattensplitting ansprechen. Ich bin nicht für eine komplette Abschaffung, aber wenn wir für Familien – und für uns ist Familie dort, wo Kinder sind – mehr tun wollen, dann müssen wir uns überlegen, ob wir für die Zukunft ein modifiziertes Familiensplitting hinbekommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! Er will die Steuererhöhung für Ehepaare!)

Das ist aber ein Thema, das uns hier im Land kurzfristig nicht helfen wird. Ich glaube immer noch, dass es besser wäre, den Menschen mehr in der Tasche zu lassen – auch für ihre Kinder –, als zu versuchen, ihnen ständig mit neuen Programmchen und Programmen in einer Art Reparaturbetrieb zu helfen. Denn manchmal passen halt die Programme nicht mehr so auf die Menschen, wie das einmal gedacht war.

(Dr. Noll)

Das möchte ich zum Beispiel zum Mutter-Kind-Programm sagen. Auch deshalb ging ja ein bisschen ein Aufschrei durch die Landschaft. Offensichtlich nimmt die Zahl derer, die sich für dieses Programm geeignet fühlen, ein Stück weit ab. Ich kann das nachvollziehen. Wenn Sie da jetzt sozusagen eine Revision verlangen, möchte ich sagen – ich will das nicht austappen, denn der Herr Ministerpräsident hat es heute Morgen ausgetappt –: Wenn Sie sich um Alleinerziehende kümmern wollen, dann sollten Sie sich zunächst einmal um die steuerliche Schlechterstellung, die Sie in Berlin geplant haben, kümmern, bevor Sie uns hier Nachhilfe erteilen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das Gleiche gilt für die Familienerholung. Heute früh sind die Zahlen genannt worden, die ausweisen, wie die Nachfrage zurückgegangen ist. Sie brauchen nur in den Rechnungshofbericht zu schauen. Dort steht, dass die Familienerholung teilweise teurer ist als das, was auf dem freien Markt zu kriegen ist. Auch da wäre es mir lieber, wenn die Menschen per se mehr Geld in der Tasche hätten und sich ihren Urlaub ganz normal leisten könnten. Wenn die Nachfrage zurückgeht, muss man dem möglicherweise auch mit den Fördermitteln ein bisschen Rechnung tragen.

Eine zweite Möglichkeit neben der Transferleistung ist natürlich das ganz große Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; denn damit wollen wir es eigentlich schaffen, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Wir wollen nämlich eine echte Wahlfreiheit für Frauen und Männer, ob sie sich sowohl der Erziehung als auch dem Beruf, nur der Erziehung oder nur dem Beruf widmen wollen. Ich denke, das wird für die kommenden Jahre auf allen Ebenen das zentrale Thema sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hätten Sie schon angehen können! Sie sind schon lange in der Regierungsverantwortung hier in Baden-Württemberg!)

Als Land haben wir da eine Aufgabe, in die wir jetzt mit der Betreuung von Kindern unter drei Jahren einsteigen.

Jetzt können Sie wieder über Zahlen sprechen; das wird ja immer heruntergeredet. Insgesamt sind 15 Millionen € eingestellt – nicht nur für die Betreuung; das ist richtig. Aber auch wenn Kinder in der Schule betreut werden, hilft das für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ich halte es auch für richtig, dass wir die Mittel nicht dezidiert nur in eine Form der Kinderbetreuung geben, sondern auch da eine möglichst große Wahlfreiheit einräumen. Da ist uns natürlich auch die Betreuung bei Tageseltern ein wichtiger Baustein in dem Betreuungskonzept; ich hoffe, Ihnen allen auch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Als Baustein, ja!)

Deswegen haben wir auch so hartnäckig versucht, den Landesverband der Tagesmütter noch ein bisschen zu stabilisieren; es ist ja auch gelungen. Wenn wir ab 2003 wesentlich mehr Geld zur Verfügung stellen und damit auch mehr Betreuungsverhältnisse begründen wollen, werden auch die Aufgaben dieses Verbandes wachsen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir haben begründet dargelegt, warum sie mehr Aufwand haben!)

Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, dass wir das mit einem Konzept ab 2003 vollends hinkriegen.

Natürlich kann man immer sagen: Das ist uns alles zu wenig. Aber es ist ein erster Einstieg. Heute früh ist auch schon – ich glaube, von Herrn Salomon – gesagt worden, dass wir einmal – auch im Bund – über eine neue Aufgaben- und Finanzverteilung nachdenken müssen. Das ist klar. Denn es wird nicht mehr gehen, dass wir den Kommunen irgendwelche neuen Aufgaben übertragen, ohne ihnen dafür Geld zu geben. Deswegen wird es übrigens auch ohne oder gar gegen die Kommunen, ohne die Träger, ohne die Kirchen und ohne die freigemeinnützigen Träger keine Novellierung des Kindergartengesetzes geben.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eigentlich nicht. Von wem?

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ach, Herr Noll!)

– Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Frau Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Noll, 800 Stuttgarter Elternpaare waren schon letztes Jahr auf der Warteliste für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Für das Jahr 2002 ist auch nichts geplant. Können Sie mir sagen, was ich diesen Eltern als Gruß von Ihnen sagen soll?

(Abg. Alfred Haas CDU: Gehen Sie zum Herrn Schuster!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Weckenmann, deswegen war die Vorbemerkung so wichtig, dass die Kinderbetreuung per Gesetz so geregelt ist, dass dafür die kommunale Ebene zuständig ist; keine Frage. Die Kommunen haben – das sollte man auch einmal sagen – in der Vergangenheit im Kindergartenbereich auch bei den unter Dreijährigen und über die altersgemischten Gruppen eine Menge getan; Sie wissen das.

(Abg. Bebber SPD: Was soll sie jetzt sagen?)

Wir sind da beim Einstieg. Aber wir werden die Kommunen damit nicht alleine lassen.

Nun zu einem Thema, das sicher erhebliche finanzielle Konsequenzen haben wird – es wurde zum Schluss schon angesprochen –, nämlich zu der Frage: Wie geht es weiter mit den Hilfen für die älteren Menschen? Wir kennen alle die demographische und die gesellschaftliche Entwicklung. Möglicherweise bzw. sicher wird häufiger stationäre Hilfe benötigt.

Sie haben von 10 000 zusätzlichen Plätzen gesprochen. Dabei ist die Sanierung noch gar nicht genannt worden. Da haben Sie, glaube ich, gegenüber dem Kollegen Haas den Vorwurf der Lüge erhoben.

(Dr. Noll)

(Abg. Teßmer SPD: Der weiß doch gar nicht, was Wahrheit ist!)

Dazu sage ich einmal eines, Frau Haußmann: Wer sagt, wir könnten alles wie bisher linear fortschreiben, der lügt auch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir haben ein solides Finanzierungskonzept vorgelegt, Herr Noll! Im Gegensatz zur Opposition im Bund haben wir ein solides Finanzierungskonzept!)

Denn es gibt eine Berechnung, wonach wir – das Land und die Kommunen – dann, wenn wir, sowohl was Neubauten als auch was Sanierung betrifft, in der bisherigen Objektförderung fortfahren, pro Jahr – hören Sie zu! – ca. 250 Millionen € brauchen, wenn man dieses Thema einmal ernsthaft angehen und den Investitionsstau absenken möchte.

Nun gibt es ja Alternativen, und ich rufe alle, auch die Kollegen von der CDU

(Zuruf von der CDU: Insbesondere!)

und auch die Beamten des Sozialministeriums, auf, darüber noch einmal nachzudenken. Denn es gibt Modellrechnungen, wonach wir bei einem Umstieg in die Subjektförderung einen ganz erheblichen Teil der Infrastruktur wesentlich kostengünstiger erstellen könnten. Deswegen bitte ich wirklich noch einmal darum, das als Hausaufgabe mitzunehmen.

Pflegefachkräfte sind das nächste Thema, das uns massiv beschäftigt. Auch da hat das Land seiner Pflicht insofern schon Genüge getan, als eine Imagekampagne versucht werden soll. Aber auch da müssen alle Ebenen ran. Ich kritisiere immer wieder, Frau Haußmann, dass man sich auf der Bundesebene sehr stark der Wehrstrukturreform usw. widmet, der Zivildienst eigentlich aber immer wieder ein stiefmütterliches Dasein fristet. Wenn uns dieser vollends wegbriecht, werden wir uns überlegen müssen, wie wir junge Menschen überhaupt mit den Pflegefällen in Kontakt bringen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Fällt Ihnen zum Pflegenotstand nichts anderes ein, Herr Noll? Was soll das?)

– Das ist nicht der einzige Punkt, aber es ist ein wichtiger Punkt. – Deswegen freue ich mich, dass es gelungen ist, im Bereich des freiwilligen sozialen Jahres mehr Mittel einzustellen, weil wir eine höhere Nachfrage erwarten.

(Beifall des Abg. Reichardt CDU – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Letzter Punkt: Selbsthilfe. Wenn Sie hier so tun, als wäre die Selbsthilfelandchaft in Baden-Württemberg massiv bedroht, muss ich sagen: Erstens einmal sind noch immer nicht alle Krankenkassen ihren Verpflichtungen in umfassendem Maße nachgekommen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das Land zieht sich nicht zurück. Ich freue mich natürlich auch ganz besonders – das sind immer die kleinen Erfolge –, dass wir bei den Aids-Hilfen, die ja im weitesten Sinne

auch Selbsthilfegruppen beinhalten, die vorgesehenen Kürzungen zurücknehmen konnten. Auch da ist es nämlich wieder so: Wir haben ja manchmal, zum Beispiel beim BSE-Risiko, mit 100 Millionen DM kein Problem – auf allen Ebenen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Aber ich glaube, es war gut, dass wir bei einer Krankheit, die vom Risiko her nach wie vor nichts an Aktualität eingeblüht hat, 40 000 € geschafft haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Vor allem, wenn man sieht, wie sich die anderen Bundesländer bei der Aids-Hilfe finanziell engagieren!)

Wenn Sie nur deswegen, weil man bei den Geschäftsstellen die Mittel ein Stück weit zurückfährt, sagen, wir würden das bürgerschaftliche Engagement abbauen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sprechen Sie mal mit den Damen und Herren der Geschäftsstellen!)

dann haben Sie, glaube ich, noch nicht begriffen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht im Ministerium, sondern vor Ort in den Kommunen stattfindet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: In Sonntagsreden hoch gelobt von Ihrer Partei und von der CDU, und dann wird ganz tief in die Tasche gegriffen!)

Da ist vieles angeleiert worden. Das ist auch richtig so. Aber da kann man jetzt ein Stück weit zurückgehen.

Damit meine Kollegin, Frau Berroth, nachher noch Gelegenheit hat zu sprechen, möchte ich zum Schluss den Satz „Gute Wirtschaftspolitik ist eine gute Sozialpolitik“ noch einmal drehen und sagen: Eine gute Sozialpolitik ist natürlich auch gute Wirtschaftspolitik. Denn wenn wir hier im Land ein Klima der Fairness, Toleranz und Mitmenschlichkeit haben, dann ist das auch ein entscheidender Standortvorteil. Dazu rufe ich uns und Sie alle auf und bedanke mich bei allen, die sich intensiv daran beteiligen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

(Abg. Capezzuto SPD: Ulla, bis jetzt warst du die Beste! – Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD – Unruhe)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Familienpolitik hat für uns Priorität. Das ist heute Morgen ja schon oft betont worden.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das sieht man an der Ökosteuer!)

Das hat auch die Landesregierung letzte Woche in ihrer Pressekonferenz festgestellt. Familienpolitik hat für uns Priorität. Das sagen die Grünen nicht erst seit heute oder seit gestern, sondern das sagen die Grünen schon seit 20 Jahren. Das Leben mit Kindern hat bei uns schon immer einen hohen Stellenwert gehabt. Es war schon immer ein

(Brigitte Lösch)

wichtiges Standbein unserer Politik. Dabei haben wir uns aber immer an den Lebensrealitäten orientiert und nicht ideologische Familienpolitik gemacht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Das waren nur die Vorredner!)

Für uns bedeutet nämlich Familie jegliche Lebensform,

(Abg. Hauk CDU: Aha!)

die Verantwortung für Kinder übernimmt, und nicht ein konservatives, traditionelles Familienbild „Papa, Mama, verheiratet, zwei Kinder“, wie es noch bei den Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP/DVP zu finden ist.

(Abg. Reichardt CDU: Das ist aber sehr gut! Da lebt es sich sehr gut! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Habe ich das gesagt? Ich habe gesagt: Familie ist da, wo Kinder sind! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist für uns das Normale! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

„Familienpolitik hat für uns Priorität“, das sagte die Landesregierung letzte Woche auf ihrer Pressekonferenz. „Wir wollen einen Beitrag leisten, dass die Familie eine Lebensform bleibt, die für jeden möglich ist“, sagte Herr Ministerpräsident Teufel zum Abschluss dieser Pressekonferenz und auch heute Morgen hier im Plenum.

Ihre Taten strafen Ihre Worte Lügen. Mit dem, was Sie in den letzten Wochen bei den Haushaltsplanberatungen beschlossen haben, erreichen Sie genau das Gegenteil von dem, was Sie immer verkünden.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Margot Queitsch und Gustav-Adolf Haas SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Genau!)

Sie sparen auf dem Rücken der sozial Schwachen. Sie sparen auf dem Rücken derjenigen, die keine Lobby haben. Sie sparen auf dem Rücken der allein erziehenden Mütter. Sie sparen auf dem Rücken der ausländischen Familien. Sie sparen auf dem Rücken der Arbeitslosen. Man darf nämlich nicht nur sagen, wie viel Geld im Haushalt zur Verfügung steht, sondern man muss auch wegen der Haushaltswahrheit sagen, dass Sie für diese Menschen allein 18 Millionen € weniger in den Doppelhaushalt einstellen. Da kann man wahrlich nicht von einem familienfreundlichen Klima sprechen, sondern da muss man schon eher von einem familienfeindlichen Klima für Familien hier in Baden-Württemberg sprechen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Margot Queitsch und Sakellariou SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Reden Sie es doch nicht herbei!)

Sie pflegen Ihr familienfreundliches Image mit der Lobpreisung der Familien doch bloß in Sonntagsreden oder hier im Plenum, ohne aber in der Praxis tatsächlich familienfreundliche Politik zu machen, die sich für Familien dann auch im wahrsten Sinne des Wortes auszahlt.

(Abg. Döpper CDU: Beispiele!)

Das sieht man ganz deutlich bei den Haushaltsberatungen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das sind doch allein 15 Millionen beim Landeserziehungsgeld! Wie kommen Sie auf diese fantastische Zahl? – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Das haben Sie vom Gericht aufgedrückt bekommen!)

– Ich rechne Ihnen einmal vor, Herr Haas, wie ich auf diese 18 Millionen € komme: Rücknahme der 20-prozentigen Kürzung beim Landesprogramm „Mutter und Kind“. Vorhin ist darüber schon viel gesagt worden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das sind 1,2 Millionen!)

– Genau. Jetzt haben wir schon 2,4 Millionen €. Merken Sie sich das, dann können wir es zum Schluss zusammenrechnen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist aber nicht sehr konstruktiv!)

Sie haben doch heute Vormittag zugehört und mitbekommen, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden muss,

(Abg. Döpper CDU: Aber doch nicht schlechter stellen!)

also nicht weil wir an der Regierung sind, sondern weil es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gab.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das gilt auch andersherum!)

– Andersherum umsetzen ging nicht, weil wir keinen Geldesel haben.

(Abg. Marianne Wonnay SPD zur CDU: Das hätten Sie als Regierung auch nicht finanziert!)

Das Zweite ist, dass wir uns sehr wohl bewusst sind, dass die Situation der Alleinerziehenden verbessert werden muss, und deshalb arbeiten wir in Berlin daran, dass künftig die erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten ab dem ersten Euro absetzbar sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Machen, machen, machen!)

Das zur Bundespolitik.

Aber wir sind hier in Baden-Württemberg. Zwar sind wir hier, wie wir heute gehört haben, ganz arg Spitze, aber in der Kinderpolitik, beim Leben mit Kindern, sind wir nicht Spitze.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Stimmt doch nicht!)

Das Mutter-Kind-Programm ist vor 25 Jahren eingeführt worden. Ministerpräsident Teufel hat es immer zur Chefsache erklärt, und er hat auch in seiner Regierungserklärung noch sehr stolz darauf verwiesen, dass es dieses Landesprogramm „Mutter und Kind“ gibt und dass es gut ist.

Das Mutter-Kind-Programm ist ein Unterstützungsprogramm für Alleinerziehende. Es gewährt Hilfe zur Selbsthilfe, und Hilfe zur Selbsthilfe ist vom Prinzip her ja etwas, was wir alle sehr unterstützen. Die Alleinerziehenden wer-

(Brigitte Lösch)

den durch die Teilnahme am Programm nicht sozialhilfeabhängig gemacht, sondern darin unterstützt, zum Beispiel ihren Schulabschluss zu machen, eine Ausbildung anzufangen, eine Weiterbildung anzufangen oder zu Ende zu führen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das geht auch außerhalb dieses Programms!)

Das Wichtige am Mutter-Kind-Programm sind nicht die 200 DM Erziehungszuschlag, die die Frauen bekommen, sondern das Herzstück des Programms ist die sozialpädagogische Gruppenarbeit.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die ist sehr beliebt!)

Wenn das Land jetzt aus dieser sozialpädagogischen Gruppenarbeit aussteigt, dann ist das faktisch ein Ausstieg des Landes aus dem Mutter-Kind-Programm.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dann muss man das auch so formulieren und das vorher den Kommunen mitteilen, die jetzt nämlich dastehen und sagen: Wir haben diese Beratungsangebote und wissen nicht mehr, wie wir sie finanzieren sollen. Das ist wieder ein Beispiel dafür, dass die Kommunen die Melkkühe des Landes sind. Ich finde, so kann man mit den Kommunen nicht umgehen,

(Abg. Rückert CDU: Ach, Mädle!)

wenn man will, dass die Kommunen Partner der Landespolitik sein sollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb beantragen wir, die anvisierten Kürzungen von 2,5 Millionen € im Doppelhaushalt zurückzunehmen.

Zweitens zum Kinderbetreuungskonzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“, das die Landesregierung vorgelegt hat. Das ist weiterhin ein Konzept, das zum Großteil von den Kommunen getragen werden soll.

Ich sage eine dritte Zahl: Von den verkündeten 15 Millionen € sind genau 7,05 Millionen € originäre Landesmittel für die Förderung von Kindergärten, Krippen und Tagespflege.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

– Doch. Es sind keine 4 Millionen, keine 15 Millionen, sondern es sind genau 7,05 Millionen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, es sind genau 15 Millionen für Schule und Kindergärten! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Euro!)

– Ich sage es jetzt einmal ohne Schule. Für Kinderkrippen, Kindergärten und Tagespflege für die unter Dreijährigen sind es genau 7,05 Millionen €.

Die Kommunen müssen aber zusätzlich 30 Millionen € finanzieren. Auch da hat sich wieder gezeigt, dass der Umgang des Landes mit den Kommunen nicht gut ist. Das

Land hat dieses Kinderbetreuungskonzept nämlich bei einer Pressekonferenz vorgestellt, bevor es mit den Kommunen überhaupt eine Einigung erzielt hat und ohne dass die Kommunen im Vorfeld damit einverstanden waren. Ich finde, das sind die allerbesten Voraussetzungen für die anstehende Novellierung des Kindergartengesetzes in diesem Jahr.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen einen Ausbau der Kinderbetreuung, der aus originären Landesmitteln finanziert wird, und haben dafür 18,5 Millionen € beantragt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Woher kommen die?)

Mit 18,5 Millionen € ist ein echter, realistischer Einstieg in einen zügigen Ausbau der Kinderbetreuung möglich. Dazu bedarf es eines Bündels von Maßnahmen. Das sind im Groben drei Bereiche:

Das ist zum einen die Stärkung der Infrastruktur der Tageselternvereine durch einen Zuschuss für Vermittlung, Qualifizierung und Beratung. Das ist in dem Kinderbetreuungskonzept der CDU nicht enthalten. Dieser Punkt ist uns wichtig. Denn wenn die Tagespflege eine wichtige Säule sein soll, dann müssen auch die Qualifizierung und die Beratung der Tageseltern gewährleistet werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Darüber können wir reden!)

Deshalb wollen wir, dass dazu ein Zuschuss gewährt wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Darüber können wir reden!)

Das Zweite ist die Förderung der Plätze in der Tagespflege. Diese Förderung soll mit der institutionellen Förderung im Kindergarten gleichgestellt werden – durch einen Landeszuschuss von 25 % und nicht nur von 10 %, von 405 € pro Platz, wie es in Ihrem Vorschlag enthalten ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo nehmen Sie das Geld weg? – Gegenruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE: Unsere Anträge sind gegenfinanziert!)

– Ich sage es schon noch. Wir haben eine sehr seriöse Haushaltspolitik gemacht.

(Unruhe)

Die dritte Säule ist die Bezuschussung der Kinderkrippen, und zwar auch nicht nur mit 10 %, sondern mit 56 000 DM oder 28 630 € pro Gruppe – genauso wie bei den altersgemischten Gruppen.

Aus diesen Gründen finde ich, dass das Kinderbetreuungskonzept der Landesregierung nicht ausreicht, um ein Zeichen zu setzen, dass es ihr mit dem Einstieg in die Kinderbetreuung für unter Dreijährige tatsächlich ernst ist und dass sie die Kommunen nicht allein im Regen stehen lässt.

Zu einer sinnvollen Kinderbetreuung gehört natürlich auch, den Kindern ein Umfeld zu schaffen, in dem sie gefördert und gefordert werden können. Seit PISA wissen wir alle, dass gerade in der vorschulischen Erziehung der Grund-

(Brigitte Lösch)

stein dafür gelegt wird, dass insbesondere ausländische Kinder ihre Fähigkeiten entwickeln können, um ihren Weg gehen zu können. Dazu sind Sprachkenntnisse immens wichtig.

Kindergarten und Grundschule sind die richtigen Orte, um diese Sprachkenntnisse zu erwerben. Dort sind sowohl die Kinder als auch ihre Mütter noch am leichtesten zu erreichen. Deshalb haben wir eine Förderung von Sprachkursen für ausländische Kinder und ihre Mütter in Höhe von 2,5 Millionen € pro Jahr beantragt.

Ein weiterer wichtiger Baustein im Bereich der Integrationspolitik – auch die Sprachkurse für Kinder und ihre Mütter sind ja ein Baustein zur Integration – ist die Rücknahme der Kürzungen bei den Sozialberatungen für ausländische Familien. Ich glaube, wir sind uns doch alle einig, dass man in der gegenwärtigen Zeit die Integrationsbemühungen eher verstärken muss und nicht reduzieren darf. Deshalb erscheinen uns die Kürzungen bei den Beratungen für die ausländischen Familien als völlig falsches Signal. Dieser Schritt hat eine verheerende Außenwirkung. Unterhalten Sie sich einmal mit Leuten, die bei den betreffenden ausländischen Beratungsstellen tätig sind oder die mit ihnen zusammenarbeiten. Denn es versteht niemand, dass man auf der einen Seite davon spricht, man müsse Integration verstärken, und auf der anderen Seite in der realen alltäglichen Politik die Zuschüsse kürzt.

(Beifall bei den Grünen)

Unser fünfter Antrag erstreckt sich auf die Rücknahme der Kürzungen der Landesprogramme zur Integration benachteiligter Gruppen im Arbeitsmarkt, also die Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Landesprogramme für Langzeitarbeitslose und für Jugendliche. Diese Kürzungen zeugen von einer gewissen sozialen Kälte gegenüber den ohnehin schon Benachteiligten. Ich finde, das ist eine der Hauptsünden in Bezug auf die Kürzungen, die die Landesregierung für den Doppelhaushalt beschlossen hat.

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

Es erscheint fast zynisch, wohl wissend, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen anhaltend hoch ist, die Fördermittel des Programms bis zum Jahr 2003 um 70 % zu kürzen. Herr Noll, Sie können mir viel vom Einstiegsgeld erzählen. Das Einstiegsgeld ist ein gutes Modell, ein guter Baustein in einem ganzen Bündel von Maßnahmen. Wir haben ja den Zwischenbericht gelesen und wissen, dass auch durch das Einstiegsgeld nur ein Viertel der Personen erreicht wird. Deshalb schließt sich das nicht aus, sondern wir brauchen das Programm für Langzeitarbeitslose und das Einstiegsgeld.

Wissen Sie, wen die Kürzungen beim Programm für Langzeitarbeitslose treffen? Vor allem Geringqualifizierte, Frauen, ältere Menschen sowie Ausländerinnen und Behinderte. Das ist wirklich ein klasse Zeichen, ein spitze Zeichen, wenn man auf Kosten dieser Menschen seinen Haushalt sanieren möchte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU:
Das ist doch nicht wahr!)

Weiterhin betroffen ist das Landesprogramm „Jugend – Arbeit – Zukunft“. Ich glaube, Sie können sich noch daran erinnern, dass in der letzten Legislaturperiode die Enquete-kommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ getagt hat, und noch vor einem Jahr wurde der Weiterbestand dieses Programms in den Handlungsempfehlungen der Enquete beschlossen. Diese Kürzungen sind ein Ausstieg aus der Verantwortung für benachteiligte Jugendliche, die dann in der Tat keine Chance mehr haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt zu landen.

Eines möchte ich noch klarstellen – das wurde in den Haushaltsplanberatungen immer falsch kommentiert –, den Umgang mit den ESF-Mitteln. Sie wissen, dass mit der Reduzierung der Landesmittel auch die ESF-Mittel reduziert werden.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Doch! – Auch wenn die ESF-Mittel für Baden-Württemberg insgesamt von 10 Millionen auf 22,5 Millionen erhöht wurden, kann man damit nicht die fehlenden Landesmittel kompensieren. Denn EU-Mittel müssen immer mit Mitteln der öffentlichen Hand kofinanziert werden. Mich wundert es, dass das die CDU-Finanzexperten anscheinend nicht wissen. Oder will man auch hier wieder, dass die Kommunen einspringen sollen?

(Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP/DVP, wenn Sie tatsächlich an das glauben, was Sie öffentlich verkünden, nämlich dass Sie für ein familienfreundliches Baden-Württemberg, für ein sozial gerechtes Baden-Württemberg stehen, dann möchte ich Sie bitten, unseren fünf Anträgen nachher zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Oje, Frau Lösch, Frau Haußmann,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Gräßle!)

Sie haben ja Zerrbilder gezeichnet, Zerrbilder der sozialen Situation und der Bedrohung durch den Landeshaushalt, durch den Haushalt des Sozialministeriums im Doppelhaushalt. Aber ich möchte Sie beruhigen: Dies alles wird so nicht zutreffen.

Frau Haußmann, ich möchte nur einen Satz zu dem sagen, was Sie zur Altenpflege gesagt haben, weil es auch darum geht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die pflegenden Angehörigen ein bisschen in Schutz zu nehmen und auch das Damoklesschwert von den Pflegebedürftigen wegzunehmen. Mit Ängsten zu operieren, wie Sie es getan haben, halte ich sachlich für überhaupt nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann
SPD: Das sind keine Ängste, Frau Kollegin, sondern das sind Tatsachen!)

(Dr. Inge Gräßle)

Frau Haußmann, Sie schüren Ängste bei den Betroffenen, und das halte ich für schändlich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Gräßle, lassen Sie es!)

Wenn Sie Ihre Politik auf solchen Ängsten aufbauen müssen, dann ist es mit Ihrer Politik nicht weit her.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ach was! Sie verschließen die Augen vor der Realität, Frau Gräßle!)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass Baden-Württemberg das Land ist, in dem nach wie vor die meisten Kinder geboren werden. Das spricht allein schon für sich und auch für unsere Sozialpolitik und unsere Kinderpolitik.

Panikmache, Rechenfehler – liebe Frau Lösch, ich habe die Kürzungen, die Sie genannt haben, aus dem, was Sie hier vorgetragen haben, nicht errechnen können. Es wäre ein Gebot der sachlichen Richtigkeit gewesen, wenn Sie sehr viel konkreter geworden wären, da Sie auch Anschuldigungen erheben.

Ich möchte etwas zum Thema Kinder und zum Thema Kinderbetreuung sagen. Das vorliegende Konzept, nicht mit 8 Millionen € oder mit 7 Millionen €, sondern mit 15 Millionen € insgesamt, ist ein Quantensprung,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Für diese Landesregierung ja!)

ein Quantensprung an Flexibilität und an Aktivität vor Ort. Wir wollen zusammen mit den Kommunen, unseren Partnern, dafür sorgen, dass unsere Klein- und Kleinstkinder bestmöglich betreut werden, und zwar nach Bedarf vor Ort,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, wo denn sonst?)

sodass wir die Kommunen auch nicht in unnötige Ausgaben oder in die Ausgabenfalle treiben. Im Übrigen wird dafür sehr viel mehr Geld verwendet. Die Rechnung, kommunales Geld aus dem KIF wäre kein Landesgeld, halte ich für falsch und weise das auch zurück.

Ich möchte mich mit zwei, drei Dingen auseinander setzen, die hier durch den Raum gegeistert sind, nämlich zum Beispiel mit der Frage: Wo steht das Land bislang bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren? Die Opposition hat einen bunten Zahlensalat angerichtet. Frau Haußmann sagt „Schlusslicht“, Frau Wonnay sagt, 2,7 % der unter Dreijährigen würden betreut, und behauptet, das wäre Trabbi-Niveau.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist Schlusslicht!)

So war es in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 25. Januar 2002 nachzulesen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hat Ihr OB Andreas Renner, Singen, von der CDU gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Heute stehen in der „Stuttgarter Zeitung“ Zahlen, angeblich von der GEW – wohlgemerkt für denselben Sachverhalt –, und dort wird von 1,3 % berichtet. Tatsächlich werden bisher 4,68 % oder – in absoluten Zahlen – 15 800 der 337 000 Kinder unter drei Jahren fremdbetreut,

(Abg. Schmiedel SPD: Von der Oma! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

einschließlich Kindern bei Tagesmüttern. Das ist ein Wert, der noch vor Nordrhein-Westfalen an der Spitze der alten Flächenländer liegt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie viel Prozent davon sind in den Tageseinrichtungen, Frau Gräßle?)

Mit dem Betreuungsprogramm werden wir über 6 % erreichen. Das ist ein Erfolg der Familienpolitik dieser Landesregierung unter Erwin Teufel und von Friedhelm Repnik – ein Erfolg, auf den wir sehr stolz sind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Übrigens sind wir auch sehr stolz auf unsere tüchtigen Tagesmütter, weil sie es uns ermöglichen, dieses Modell flexibel und familiennah weiterzuentwickeln. Wir sichern den Tagesmüttervereinen ausdrücklich unsere Finanzierung zu. Wir sichern zu, dass wir ein Finanzierungsmodell ausarbeiten, das sie nicht mehr zu Bittstellern der öffentlichen Hand macht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Gut, dass Sie so viel Erfahrung in der Kinderbetreuung haben!)

Im Konzept der SPD fehlt dieser familiennahe Betreuungsaspekt vollständig.

(Abg. Capezzuto SPD: Arrogant! Einbildung ist auch eine Bildung!)

Wenn ich sehe, was Ihre Kreistagsfraktionen vor Ort machen, muss ich sagen: Diese sind sehr viel praxisnäher und vernünftiger als Sie. Die tragen die Tagesmütterkonzepte nämlich voll und ganz mit und fordern sie zum Teil ein. Daran sieht man: Die SPD-Landtagsfraktion ist einfach ein wirklichkeitsfremder, praxisferner Haufen.

(Heiterkeit bei der CDU – Widerspruch der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Aber sie kann es sich leisten, denn sie hat ja uns.

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten Ihnen zusichern: Sie können sich das wirklich leisten, weil wir hier weiterhin an der Regierung sein werden und weil wir als Regierungsfraktion weiter

(Abg. Wieser CDU: Verantwortung übernehmen!)

dafür sorgen werden, dass das so bleibt.

Einige Anmerkungen zu Ihren Haushaltsanträgen: Ihr Änderungsantrag „Mutter und Kind“: Hören Sie auf, die 4 500

(Dr. Inge Gräßle)

Mütter zu verunsichern. Die Zuschüsse für die Mütter werden nicht gestrichen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Für die Beratung wird gestrichen!)

Gestrichen werden die Zuschüsse für die Beratung. Diese Beratung ist an anderen Orten gesichert:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Beratung ist nicht gesichert! Nein, weder beim Landkreis Göppingen noch bei der Stadt Stuttgart, noch sonst irgendwo! – Zurufe der Abg. Capezzuto SPD und Heike Dederer GRÜNE – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Sie kommen doch noch dran!)

über Familienarbeit und über die Gesundheitsberatung.

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

Diese Beratung ist inhaltlich an anderen Orten gesichert. Die Beratungslandschaft in Baden-Württemberg ist eine der vielfältigsten in dieser Republik überhaupt.

(Beifall bei der CDU)

Dafür sind wir den vielen engagierten Beratern sehr zu Dank verpflichtet. Wir sichern Ihnen zu, dass wir den ratlosen Müttern durchaus eine äquivalente und adäquate Beratung verschaffen,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Durch wen?)

sodass ihnen auch in Zukunft nichts fehlen wird.

Ich möchte Herrn Sozialminister Dr. Repnik ausdrücklich ermutigen, die Beratungslandschaft zu durchforsten und sie transparenter und effizienter zu gestalten. Ich glaube, dass wir darin noch Einsparpotenziale finden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aha!)

Panik machen gilt nicht, liebe Opposition. Was Sie gerade auf dem Gebiet der Familienerholung veranstalten, ist mit Panikmache noch unzulänglich umschrieben.

Liebe Familien, ich möchte Ihnen sagen, dass Ihr Familienurlaub nicht gefährdet ist – dieses Jahr nicht und nächstes Jahr auch nicht.

(Zuruf von der SPD: Aber dann!)

In diesem Jahr stehen mehr Mittel bereit, als im vergangenen Jahr gebraucht wurden. Im kommenden Jahr werden wir genügend Mittel bereitstellen, damit gesichert sein wird, dass die Familien in den Urlaub fahren können und dass ihnen nichts fehlen wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: „Phantom der Oper“ wird aufgeführt!)

Dabei ist klar, dass sich auch die Träger fragen müssen, wie sie mit den 28 Häusern künftig angesichts knapper werdender Mittel umgehen werden.

(Abg. Capezzuto SPD: Gerade haben Sie gesagt, es werde nicht gekürzt!)

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir 10 Millionen € zusätzlich für das Landeserziehungsgeld ausgeben, 1 Million DM zusätzlich für Leistungen für Familien mit Mehrlingsgeburten, 600 000 DM zusätzlich für das freiwillige soziale Jahr.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Mario macht Kinder froh!)

Das alles sind Mehrausgaben, die sicherstellen, dass die Vielfalt der Sozialpolitik erhalten bleibt und dass wir in der sozialpolitischen Landschaft so erfolgreich wie bisher weitermachen können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Dieser Doppelhaushalt ist Dokument der familienpolitischen Konzeptionslosigkeit und der Unredlichkeit der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Konzeptionslos deshalb, weil notwendige Schritte zum Ausbau des Kinderbetreuungsangebots im Land viel zu spät und viel zu halbherzig ergriffen werden,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

und unredlich, weil sie durch den dreisten Griff in kommunale Kassen finanziert werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Unredlich und konzeptionslos aber auch deshalb, weil seit Jahren erfolgreich laufende familienpolitische Programme des Landes wie zum Beispiel das Programm „Mutter und Kind“ durch Mittelkürzungen gefährdet werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die gefährden Sie durch Ihre verbalen Ausführungen!)

Großzügig ist der Herr Ministerpräsident bei Familien nur dann, wenn er Forderungen an andere richtet. Das haben wir ja heute Morgen wieder zur Genüge erlebt. So ködert der Ministerpräsident Familien mit unbezahlbaren Wahlkampfversprechen wie einem Familiengeld in Höhe von 300 €.

Meine Damen und Herren, bisher hat der Ministerpräsident über die Finanzierung seiner Familiengeldforderung kein Wort verloren. Ich will das deshalb nachholen. Nach einer finanzpolitischen Faustregel kostet eine Kindergelderhöhung von 10 € pro Kind die öffentlichen Kassen rund 1,94 Milliarden €. Ein Familiengeld von 300 € für alle Kinder ab drei Jahren würde also über 28 Milliarden € kosten. Beim günstigsten Kostenaufteilungsschlüssel entfielen davon auf die Bundesländer 7,3 Milliarden €, auf Baden-Württemberg 730 Millionen €, über deren Finanzierung der Ministerpräsident kein Wort verliert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

(Marianne Wonnay)

Es ist schon sehr bemerkenswert, meine Damen und Herren, dass die Landesregierung das von der SPD für diesen Haushalt vorgelegte Kinderbetreuungskonzept mit einem Volumen von 46,4 Millionen € als angeblich nicht finanzierbar zurückweist, obwohl die SPD dafür ein klares Finanzierungskonzept vorgelegt hat,

(Abg. Alfred Haas CDU: So klar ist das nicht!)

und auf der anderen Seite die Dreistigkeit besitzt, völlig unbezahlbare familienpolitische Wahlkampfversprechen zu machen. So nicht!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die finanzpolitische Praxis der Landesregierung jenseits der Wahlkampfversprechungen – das zeigt dieser Doppelhaushalt – sieht anders aus. Die Landesregierung kürzt bei benachteiligten Familien. Die Zuschüsse zur Familienerholung werden drastisch zusammengestrichen. Diese Kürzungen treffen sozial schwache Familien. Die Träger wie Caritas und Diakonie berichten uns etwas völlig anderes als das, was Frau Dr. Gräßle gerade versucht hat, als Hoffungsstreifen an den Horizont zu malen. Im Programm „Mutter und Kind“ kürzt die Landesregierung fast 2,5 Millionen €. Wir geben Ihnen nachher in namentlicher Abstimmung die Chance, diesen familienpolitischen Sündenfall wieder gutzumachen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich bin ganz besonders gespannt, wie dann zum Beispiel die CDU-Kollegen aus dem Landkreis Göppingen sich verhalten werden, die ja vom Kreistag eine Resolution bekamen, verabschiedet übrigens mit CDU-Stimmen, mit der Aufforderung an den Landtag, diese Kürzungen zurückzunehmen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie machen wir es dann im Kreis Emmendingen, Frau Kollegin?)

– Das weiß ich, Herr Kollege Haas. Ich habe nie gemerkt, dass Sie sich dafür eingesetzt haben, dass es das wieder gibt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wir setzen, meine Damen und Herren, dieser familienpolitisch unseriösen Luftblasenpolitik der Landesregierung in diesem Doppelhaushalt eine klare und vor allem seriös finanzierbare Alternative entgegen. Unser Schwerpunkt ist der Ausbau der Kleinkindbetreuung. Wir greifen auf, was unlängst das von der Bundesbildungsministerin initiierte Forum Bildung gefordert hat: Neben Verbesserungen im Grundschulbereich – so die Forumsempfehlungen – brauchen wir eine deutlich bessere Verwirklichung des Bildungsauftrags in Tageseinrichtungen für Kinder. Wir haben natürlich sehr gespannt darauf geschaut, was die Landesregierung in diesem Bereich tut. Betrachtet man allerdings den Doppelhaushalt, so fällt die Antwort vernichtend aus. Die Landesregierung tut viel zu wenig, und das Wenige, was sie tut, kommt darüber hinaus auch noch zu spät, nämlich erst im Jahr 2003.

(Abg. Wieser CDU: Also alles ist nichts!)

Bundespräsident Johannes Rau hat in seiner Rede beim Abschlusskongress des Forums Bildung bemerkenswerte Sätze zur Bedeutung von Kindergärten gesagt. Ich will sie kurz zitieren:

Die Kindergärten, die Kindertagesstätten und die Grundschulen sind ja nicht nur die Tore zum Bildungswesen, sie sind auch die Tore zu unserer Gesellschaft, zu Selbstentfaltung und Gemeinschaftsfähigkeit, zu beruflichem Erfolg und staatsbürgerlicher Verantwortung.

Meine Damen und Herren, dieses Tor zum Bildungswesen ist in Baden-Württemberg in vielen Bereichen viel zu schwach entwickelt. Wir befinden uns im Land bei der Kinderbetreuung im Kindergartenbereich auf Mercedes-Niveau, in der Klein- und Schulkindbetreuung aber auf Trabbi-Niveau.

(Beifall bei der SPD)

Diese Einschätzung stammt nicht von mir, sondern vom Oberbürgermeister der Stadt Singen, bekanntermaßen kein Sozialdemokrat, sondern CDU-Mitglied; aber Recht hat der Mann.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU:
Bei uns gibt es auch solche und solche! – Abg.
Wieser CDU: Der singt halt gern, der Singener
Oberbürgermeister!)

Unser Land ist in der Kleinkindbetreuung im Bundesländervergleich Schlusslicht. Dieser Doppelhaushalt hätte die Gelegenheit geboten, Abhilfe zu schaffen. Aber statt der in der Regierungserklärung vom Ministerpräsidenten angekündigten Offensive zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entfacht die Landesregierung lediglich ein Strohfeuer. Lediglich 4 Millionen € investiert das Land ab 2003 in Kinderkrippen. Alle übrigen Maßnahmen im Kleinkindbereich sollen ausschließlich aus kommunalen Mitteln durch Vorwegentnahmen aus der Finanzausgleichsmasse A aufgebracht werden.

Der Ministerpräsident hat hier gegenüber den Kommunen – wenn man sich seine Regierungserklärung anschaut, sieht man, dass er von der gemeinsamen Aufgabe von Land und Kommunen spricht – sein Wort nicht gehalten. Die SPD hat in diesem Doppelhaushalt als Alternative ein Sonderprogramm zur Schaffung von 7 800 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kleinkinder vorgelegt. Im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen wollen wir bereits in diesem Jahr die Mittel für den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots für Kleinkinder, und zwar sowohl in Krippen wie in altersgemischten Gruppen, zur Verfügung stellen. Wir wollen die Kommunen bei dieser Aufgabe wirksam unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluss kurz auf den Tagesmütterbereich eingehen. Tagesmütter sind eine notwendige und hilfreiche Ergänzung von Kindertagesstätten. Ich möchte Sie nur daran erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen: In Zeiten, als Sie im Haushalt nicht die Mittel gefunden haben, um den weiteren Ausbau von Tagesmüttervereinen zu unterstützen – da haben Sie gekürzt –, hat die SPD dafür gesorgt, und zwar auf anderen

(Marianne Wonnay)

Wegen, dass dieser Ausbau und diese Qualifizierung stattgefunden haben. Ich erkläre Ihnen das gern, Herr Hauk.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Das ist doch gut, wenn Sie das gemacht haben!)

Die SPD spricht sich deshalb dafür aus, die Förderung der Betreuung durch Tagesmütter in einem Kindertagesstätten-gesetz ab 2003 gesetzlich verbindlich zu regeln.

Meine Damen und Herren, Kinder sind die Zukunft unseres Landes.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Wonnay, darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Ich bin beim Schlussabschnitt.

Deshalb müssen wir jetzt endlich mit dem notwendigen Ausbau des Kinderbetreuungsangebots in unserem Land beginnen. Ich will dazu abschließend nochmals den Herrn Bundespräsidenten zitieren:

Wir müssen uns aber fragen, ob wir wirklich so weitermachen wollen wie bisher, mit einem schwachen und brüchigen Fundament unseres Bildungswesens, auf das dann große Häuser gebaut werden sollen. Ich meine, wir sollten das Fundament verstärken, sonst werden aus den großen und starken Häusern bald Bildungsruinen.

Stärken wir das Fundament für unsere Kinder mit diesem Doppelhaushalt. Stimmen Sie unseren Anträgen zu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man muss nicht unbedingt Geld ausgeben, um Frauenpolitik zu machen. Mehr Frauen in Führungspositionen ist eine absolut kostenneutrale Maßnahme. Ich freue mich und gratuliere Frau Dr. Meister-Scheufelen zum neuen Amt und hoffe, dass uns das bei den Wünschen für mehr gender-gerechte Statistiken ein gewaltiges Stück weiterbringt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie das mal dieser Landesregierung!)

Das Wirtschaftsministerium hat in seinem Haushalt erfreulicherweise Mittel zur Ergänzung der Kontaktstellen „Frau und Beruf“ um zwei weitere Standorte bereitgestellt.

Das Sozialministerium führt das Mentorenprogramm weiter. Ich rege an, dieses noch besser zu vernetzen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Raum bitten.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Lobenswert ist durchaus jede Aktivität zur Steigerung der Wertschätzung von Frauenberufen, wie jetzt für die Pflege.

Baden-Württemberg hat eindeutig frauenorientiert beim Wegweisungsrecht bei häuslicher Gewalt Vorreiter gespielt. Der Bund hat endlich nachgezogen. Ich bin gespannt, wann die SPD-regierten Länder kommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie sieht die Begleitung durch das Sozialministerium aus? Also, Frau Berroth!)

Geld zu holen ist aus Sicht der FDP/DVP noch beim Unterhaltsvorschussgesetz. Dieses Thema haben wir in einem eigenen Antrag eingebracht und werden es demnächst noch beraten.

Ich stimme meinen Vorrednerinnen zu, die sagten, man müsse zur Integration auch den Müttern die deutsche Sprache näher bringen. Dazu braucht man keinen Extratitel. Mittel für Weiterbildung gibt es bereits in anderen Haushalten – beispielsweise beim Etat des Kultusministeriums und beim Einzelplan des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum –, und die können auch hierfür verwendet werden.

Dass Kinderbetreuung nach wie vor vor allem ein Frauenthema ist, ist zwar bedauerlich, aber es ist sehr erfreulich, dass inzwischen die Notwendigkeit hierfür Männern in Politik und Wirtschaft sehr deutlich geworden ist. Dass dafür mehr Geld im Haushalt steht, ist außerordentlich erfreulich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Zum sozialpädagogischen Begleitprogramm beim Mutter- und Kind-Programm, das Sie nun nachhaltig einfordern: Sprechen Sie einmal mit denen, die es in den letzten Jahren genossen haben. Da gab es nicht immer nur Begeisterung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wenn man es anders strukturieren kann, ist es sicherlich sinnvoll.

Ein weiteres Positivum sind – das war ein langjähriges Anliegen von mir – die zusätzlichen Leerstellen bei der Polizei für Beamtinnen, die in Familienzeit sind. Das ist für das gute Zusammenwirken der Geschlechter bei der inneren Sicherheit sehr wichtig.

Einen letzten Wunsch habe ich noch: Bei der Gender-Forschung, die erfreulicherweise weiter unterstützt wird, wird zu wenig von den Ergebnissen bekannt und zu wenig von den Erkenntnissen umgesetzt. Auch das ist aber haushaltsneutral. Ich merke es hier nur an.

Zum Schluss gilt mein Dank allen Menschen im Land, die sich für die gleichwertige Würdigung, Unterstützung und Anerkennung der Leistung von Frauen in Baden-Württemberg einsetzen. Dieser Dank geht sowohl an Männer und Frauen, die dies hauptamtlich zur Aufgabe haben, als auch besonders herzlich an die vielen, die ehrenamtlich in diesem und im ganzen sozialen Bereich tätig sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Lasotta CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss feststellen, dass hier ein Bild von der Sozialpolitik in Baden-Württemberg gezeichnet wird,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Realität!)

das den Realitäten überhaupt nicht entspricht, Frau Haußmann.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich das an Ihrem Beispiel des Hauses, das kein Dach mehr hat und dessen Fundament kaputt ist, konkret machen. Das Bild stimmt nicht. Das Haus ist nämlich anders. Die Änderungen, die wir momentan in der Sozialpolitik beraten, bewirken bei diesem Haus vielleicht, dass die Raumtemperatur von 21 Grad auf 20 Grad gesenkt wird – das ist im Übrigen auch viel gesünder –,

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Was haben die Kinder mit der Temperatur zu tun?)

aber sie bewirken nicht, dass das Dach einstürzt oder das Fundament kaputtgeht.

(Beifall bei der CDU)

Die Grundsätze der Sozialpolitik bleiben erhalten. Wir brauchen eine sinnvolle Umstrukturierung, eine Weiterentwicklung in der Sozialpolitik. Das müssen auch Sie erkennen; denn letzten Endes gilt es ja auch einzusparen. Da sind wir uns auch einig. Nur fehlen von Ihnen Vorschläge dafür.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wieso wollen Sie bei den Kindern einsparen? Sparen Sie doch woanders und nicht bei den Kindern!)

Wir machen sinnvolle Vorschläge. Ich hätte im AK VII gerne so einfache Haushaltsberatungen gehabt, bei denen immer nur gesagt wird: „Ein bisschen mehr, ein bisschen mehr, auf alles etwas drauf, aber keine strukturellen Änderungen.“ Aber wenn wir uns zur Verantwortung bekennen, müssen wir auch sagen: Wir wollen bis 2006 die Nettoverschuldung auf null bringen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was haben Sie für ein Demokratieverständnis, Herr Lasotta?)

Und wir müssen auch entsprechende Vorschläge machen.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Fehler bei Ihrem Bild, Frau Haußmann, ist, dass der Standort falsch ist. Das Haus steht nicht in Baden-Württemberg, sondern in einem SPD-regierten Bundesland. Das Haus steht mit Sicherheit nicht hier.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Wer hat Ihnen den Unsinn aufgeschrieben?)

Zum Dritten: Wenn Sie dieses Bild weiterhin aufrechterhalten wollen, muss man auch sagen, dass dieses Haus

nicht schuldenfrei ist, wie Sie das darstellen. Es ist nicht so, dass weitergebaut werden kann, wie es einem gerade beliebt, sondern wir müssen sinnvolle Vorschläge machen.

Sie agitieren hier mit Angst,

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Sie wollen Ihre Ideologie über Baden-Württemberg stützen und sehen überhaupt nicht, welche Notwendigkeiten einer sinnvollen Weiterentwicklung vorhanden sind.

Im Übrigen ist das von wenig Sachkenntnis geprägt. Nehmen Sie einmal die Arbeitsmarktprogramme, von denen Sie gesprochen haben. Sie haben völlig verkannt, dass wir mittlerweile schon längst dabei sind, die Programme umzustrukturieren, weil neue Gegebenheiten neue Konzepte erfordern. Die Arbeitsverwaltung wurde umstrukturiert, bei den Kommunen wurden Fachberatungsstellen eingeführt, und damit gibt es eine durchaus sinnvolle Entwicklung der Programme und werden die Leute erreicht.

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt eingehen, den die CDU-Fraktion in die Beratungen eingebracht hat: die Weiterentwicklung der psychosozialen Beratung bei Drogenabhängigen. Wir haben im vergangenen Jahr über die Suchtpolitik in Baden-Württemberg diskutiert. Damit Sie sehen, dass wir die Entwicklung wirklich ernst nehmen und den Ankündigungen auch Taten folgen lassen, werden wir vom Land zehn neue Stellen fördern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir verbessern damit die psychosoziale Beratung von 405 auf 415 Stellen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie bauen nicht weiter! Sie kaufen nur neue Möbel!)

– Das ist nicht die einzige Bewegung, aber ein ganz entscheidender Schritt, Frau Haußmann; denn damit treiben wir letztlich die Ausstiegsorientierung weiter voran. Vor allem erreichen wir damit Süchtige auf allen Stufen ihrer Sucht oder im Bereich der Substitution und führen sie aus ihrer Abhängigkeit. Damit wenden wir uns gegen die Liberalisierung der Abgabe weicher Drogen, gegen Fixerstuben, gegen die ambulante Heroinabgabe. Wir glauben, dass wir den Patienten am besten helfen, wenn der Staat eine klare Linie hat, Druck ausübt und den Leuten hilft, aus ihrer Sucht herauszukommen.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen werden wir den Ankündigungen weitere Taten folgen lassen, indem wir eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Justiz und der Drogenhilfe voranbringen, speziell Spätaussiedler fördern und spezielle Programme für Kinder und jugendliche Drogenabhängige einführen. Damit gehen wir in eine sinnvolle Richtung, und wir werden gerade die Suchtpolitik in Baden-Württemberg qualifiziert weiterentwickeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben im März letzten Jahres die Wahl in Baden-Württemberg gewonnen.

(Zuruf von der CDU: Das war gut so! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das wissen wir!)

Die Bürger und Umfragen haben gesagt, aus zwei Gründen: wirtschaftlich stark und sozial gerecht.

(Abg. Capezzuto SPD: Wer? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Und was haben die Bürgerinnen gesagt?)

– Die Bürgerinnen und Bürger haben nach Umfragen gesagt:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Bürgerinnen haben Sie gar nicht gefragt!)

Die CDU hat gewonnen, weil wirtschaftlich stark und sozial gerecht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Die kennen Sie nicht!)

Demgegenüber stellt die Opposition ein Zerrbild dar; es wird sogar im Fernsehen aufgenommen. Wenn man das hört, was Sie, Frau Haußmann, Sie, Frau Wonnay, oder Sie, Frau Lösch, gesagt haben,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Welche Frau sonst noch? – Abg. Ursula Haußmann SPD: So viele Frauen!)

fragt man sich: Von welchem Land sprechen Sie eigentlich? Mit Sicherheit nicht von Baden-Württemberg. Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, bitte entschuldigen Sie die Entgleisungen!

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oder diese Entgleisung! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war ja wohl eine Entgleisung; dafür werden Sie sich entschuldigen!)

– Also gut.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie sind ständig am Entschuldigen! Merken Sie das? – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Soziale Gerechtigkeit heißt in diesem Zusammenhang vor allem auch, den nachfolgenden Generationen eine gute Ausgangsposition zu verschaffen. Das heißt aber, wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir in der Tat zumindest ab dem Jahr 2006 auf eine Nettotonnullneverschuldung heruntterkommen.

Davon wird natürlich auch das Sozialministerium nicht verschont bleiben. Für eine zukunftsorientierte Sozialpolitik ist für uns deshalb wichtig: Wir wollen Subsidiarität und Solidarität. Wir wollen Eigenverantwortung, und wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe, Herr Wieser.

(Abg. Wieser CDU unterhält sich mit Abg. Dr. Inge Gräßle CDU. – Zurufe von der SPD: Herr Wieser!)

– Herr Wieser! – Wir werden auch folgende Schwerpunkte setzen: Wir brauchen den gerechten Ausgleich zwischen Jung und Alt. Wir brauchen die Förderung der Familien; ich komme darauf zu sprechen. Wir wollen die Chancengleichheit von Frauen und Männern. Wir wollen auf dem Arbeitsmarkt Chancen für jeden und die Teilhabe von behinderten und pflegebedürftigen Menschen am Leben der Gemeinschaft.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Ich bedanke mich. Ich bedanke mich bei allen für ihr persönliches Engagement gerade im Bereich der Subsidiarität. Ich bedanke mich bei den Kommunen. Ich bedanke mich bei den Organen der Selbstverwaltungen, bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, bei den Kirchen und Ligaverbänden und bei zahllosen Initiativen und Selbsthilfegruppierungen.

(Abg. Bebbler SPD: Und bei Herrn Wieser!)

Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedanke ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag von Baden-Württemberg, die mich im Sozialausschuss und im Finanzausschuss tatkräftig unterstützt haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Ihre Gespräche draußen zu führen, damit wir den Ausführungen des Herrn Ministers ungestört folgen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Direktor Seimetz stört!)

Sozialminister Dr. Repnik: Frau Präsidentin, ich habe den Vorteil, dass meine Redezeit nicht beschränkt ist. Deshalb kann ich schlichtweg zuwarten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Alle verlassen den Raum! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie können uns totdeden! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war eine böse Drohung! Das war eine schlimme Drohung! – Minister Dr. Repnik trinkt aus seinem Wasserglas. – Zurufe, u. a.: Nicht so viel trinken! – Abg. Wintruff SPD: Nicht so viel ablesen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ziel der Landesregierung bleibt die Nettotonnullneverschuldung im Jahre 2006. Das Sozialministerium wird in den Jahren 2002 und 2003 dennoch jeweils einen Haushalt von 1,4 Milliarden € haben. Das sind 4,6 % des Gesamthaushalts; im Vorjahr waren es noch 4,5 %. Das heißt, der Anteil ist in etwa gleich geblieben.

Für Zuweisungen und Zuschüsse stehen uns Mittel in Höhe von über 900 Millionen € in beiden Haushaltsjahren zur Verfügung, dazu außerdem für Investitionen rund 400 Millionen €.

(Minister Dr. Repnik)

Das Sozialministerium und wir sind bei den unumgänglichen Einsparmaßnahmen von folgendem Grundsatz ausgegangen: Wir haben in erster Linie und fast nur bei Investitionen und nur in zweiter Linie bei Programmen gekürzt – ich komme darauf noch zu sprechen –, die personalbezogen gefördert werden müssen. Die bewährten Strukturen bleiben im Land Baden-Württemberg auch mit diesem Haushalt alle erhalten. Wir haben ganz bewusst auf die Rasmäthemethode verzichtet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Wir haben Strukturpolitik gemacht!)

Wir haben auch Verbesserungen: Aufwendungen für unbegleitete Jugendliche, im Maßregelvollzug, beim freiwilligen sozialen Jahr, für Jugendsozialarbeit an Schulen und erstmals auch eine Förderung zusätzlicher Leistungen für Familien mit Mehrlingsgeburten. Ich bedanke mich auch ausdrücklich dafür, dass gerade die Fraktionen der CDU und der FDP/DVP hier noch zu einer weiteren Aufstockung verholfen haben. Zusätzliche Mittel wurden eingestellt für die Jugendsozialarbeit, für das Landeserziehungsgeld, für den Landesverband der Tagesmütter und für das neue Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“. Schließlich konnten auch die Mittel für die Suchthilfe noch angehoben werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies alles sind wichtige Bereiche. Sie stehen beispielhaft für unsere zukunfts-trächtige Sozialpolitik und insbesondere für unsere Familienpolitik. Für familienpolitische Leistungen stehen allein im Einzelplan des Sozialministeriums jeweils über 500 Millionen € bereit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zeigen Sie mir bitte ein anderes Bundesland, das berechnet auf die Einwohnerzahl, so viel für seine Kinder ausgibt.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Was? Kein SPD-Land macht das? Das ist ja unglaublich!)

Nur durch Kinder gibt es eine Zukunft für unsere Gesellschaft. Dafür muss man die Rahmenbedingungen schaffen. Die Aufgabe der Politik ist es, die Familien hierbei angemessen zu unterstützen, sodass sie sich für ein Leben mit Kindern entscheiden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Angemessen!)

Dazu bedarf es wirklich ganzheitlicher Konzepte. Wir sind nicht konzeptionslos. Wir haben ein Konzept vorgelegt. Wir wollen den Eltern die Wahlfreiheit für die Gestaltung ihres Familien- und Berufslebens lassen und sie auch zusammenführen. Mit dem neuen Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ werden wir die Kinderbetreuung im Land weiterentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt möchte ich doch noch einmal klar und deutlich sagen, weil die Zahlen immer völlig verkehrt überkommen oder ignoriert werden: Wir haben im Augenblick für Kinder bis

zum Alter von drei Jahren eine Versorgung von 15 800 Plätzen. Das entspricht einem Versorgungsgrad von über 4 %.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber nur mit der Tagespflege! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Das gehört doch dazu!)

– Moment! Es sind 2 500 Plätze in Krippen, es sind 6 700 Kinder bei den Tagesmüttern, und es sind 6 600 Kinder in altersgemischten Gruppen, mit steigender Tendenz. Das sind 4 % und nicht, wie Ihr Fraktionsvorsitzender heute Morgen gesagt hat, 1,3 %. Die Wahrheit sollte schon die Wahrheit bleiben.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Drexler SPD: Zuhören! Sie waren doch gar nicht da!)

– Natürlich war ich da.

(Abg. Drexler SPD: Sie waren nicht da! Ich habe Sie doch persönlich angesprochen!)

– Aber nicht in der zweiten Runde. In der ersten Runde haben Sie das gesagt. 13 Plätze auf 1 000 Kinder sind in der ersten Runde genannt worden. Sie sollten wissen, wann Sie etwas gesagt haben.

(Abg. Drexler SPD: Sie waren nicht da!)

– Ich fürchte, Sie bringen Ihre Rede ein bisschen durcheinander.

Und wenn Sie hier permanent sagen, wir seien Schlusslicht: Bei der Betreuung der Kinder im Alter bis drei Jahre haben wir, wie gesagt, 4 %. Ist das klar? Wir haben 15 800 Plätze.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Einrichtungen der Tagespflege und sonstiges 2,7 %, Herr Minister!)

– Ach was! Aber das ist schon besser.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ihr Fraktionsvorsitzender hat 1,3 % gesagt, jetzt sind wir bei 2,7 %.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Wieser CDU: Das verbessert sich von Mal zu Mal! Nach dem dritten Zwischenruf haben wir die Zahl!)

Wir handeln noch ein bisschen mehr: Es sind 4 %. Kraft Amtes sage ich: Es sind 4 %.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen: Bayern hat 3,5 %,

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

und Nordrhein-Westfalen hat 1,9 %.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Niedersachsen 7,1 %! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Unruhe)

(Minister Dr. Repnik)

– Zu Niedersachsen steht bei mir keine Angabe. Das konnten sie in der Umfrage nicht beantworten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie merken, man sollte die Zahlen schon richtig stellen, bevor man das eine oder andere im Unverstand sagt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das sagt der Richtige! – Abg. Drexler SPD: Sagen Sie mal etwas zu den Zahlen zum 630-DM-Gesetz!)

Wir haben in unserem Konzept 15 Millionen € für Betreuungsangebote eingestellt, von Krippenförderung über Tagesmütter, altersgemischte Gruppen bis zur Schulbetreuung. Das sind 15 Millionen € für unsere Kinder und für unsere Familien.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: 7 Millionen € für Kinder unter drei Jahren!)

– 7,02 Millionen € für Kinder im Alter bis drei Jahre. Dabei sind die gemischten Altersgruppen noch einmal mit ca. 2,6 Millionen € zu rechnen. Das kommt also dazu.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Stimmt das?)

– Natürlich, ja sicher. Diese sind schon in der Förderung drin.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich glaube Ihnen nichts mehr!)

– Frau Lösch, die sind schon in der Förderung drin.

Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Baden-Württemberg wie in keinem anderen Land, insbesondere keinem SPD-regierten Land, das Landeserziehungsgeld und werden daran festhalten. Wir haben es verbessert und werden mit dem Landeserziehungsgeld pro Jahr 25 000 bis 30 000 Familien erreichen. Das ist eine ganz gezielte Familienförderung, wie sie kein anderes Bundesland hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Und ihr wollt das abschaffen! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Ihr wolltet das abschaffen!)

Im Übrigen rechnen wir damit, dass für das Landeserziehungsgeld in den nächsten Jahren mittelfristig 15 bis 30 Millionen € mehr gebraucht werden. Da sprechen Sie von einem familienpolitischen Kahlschlag. 15 Millionen € für Kinderbetreuung und ca. 15 bis 20 Millionen € mehr mit steigender Tendenz für das Erziehungsgeld – das kann sich in der Tat sehen lassen.

Frau Wonnay, wissen Sie, ich bin schon überrascht. Bei dem Programm „Mutter und Kind“, bei dem wir sagen: „Die Beratung wird anders organisiert, aber das Erziehungsgeld bleibt natürlich“, sagen Sie jetzt, das sei das Kernstück.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herzstück!)

Wir sind in Baden-Württemberg zugegebenermaßen stolz darauf. Aber wenn es so toll ist, wie Sie immer sagen, dann

frage ich mich, warum wir das einzige Bundesland sind, das so etwas hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden es eben nicht zurückfahren, sondern lediglich die Beratung anders machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Müder Beifall! – Widerspruch bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein, das war nicht arg originell!)

Einen weiteren Schwerpunkt werden wir in Baden-Württemberg auf die Betreuung behinderter Menschen legen. Wir haben eine Million Behinderte, davon sind ca. 750 000 Schwerstbehinderte. Das sind 6,9 % der Bevölkerung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und wo ist das Landesausführungsgesetz?)

Ich werde mich gerade als Behindertenbeauftragter sehr stark um diese Gruppe kümmern. Das ist eine Querschnittsaufgabe, und wir werden gut daran tun, uns um diese Menschen zu kümmern.

Wir werden auch versuchen, in diesem Jahr ein persönliches Budget als Modellversuch auf den Weg zu bringen, weil wir den individuellen Hilfebedarf organisieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schlichtweg falsch, wenn behauptet wird, das Land ziehe sich aus der Arbeitsmarktpolitik zurück. Zur Erinnerung: Das Land hat zur Unterstützung der europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Jahr 2000 erhebliche Kofinanzierungsmittel bereitgestellt. Jede ESF-Mark wird bei uns also ausgeben oder kofinanziert, vom Land, von öffentlichen Trägern oder von freien Trägern.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Mit 8 %, gell?)

– Frau Wonnay, wenn wir Träger finden, ist es doch gut, wenn es kofinanziert wird. Im Endeffekt ist es doch völlig Wurscht, wer es kofinanziert.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Aber das Land ja nicht, das ist das Problem! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Was heißt denn das?)

– Wir haben es mit kofinanziert, Herr Hausmann. Im Europäischen Sozialfonds sind die Mittel von jährlich 10 Millionen € auf über 20 Millionen € verdoppelt worden, und es wird für das Land zunehmend wichtiger, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, die wir gemeinsam mit den Kommunen auf den Weg bringen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zum Vor- und Umfeld der Arbeitsmarktpolitik rechne ich auch präventive Programme wie Jugendsozialarbeit an Schulen sowie am Übergang von der Schule zum Beruf, weil das dazu führt, dass junge Menschen verstärkt in den Beruf kommen.

(Minister Dr. Repnik)

Im Übrigen sollte nicht vergessen werden, dass gerade bei unseren Jugendarbeitslosenprogrammen durch das JUMP-Programm der Bundesanstalt für Arbeit ein Konkurrenzprogramm – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein, das ist etwas Ergänzendes! Das ist doch nicht immer Konkurrenz!)

– Aber es wird aus dem Topf der Bundesanstalt bezahlt. Sie wissen, woher die Mittel kommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: 48,5 % finanzieren die Kommunen und Landkreise!)

Allein dadurch sind aus unserem Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ 3 Millionen DM nicht mehr abgerufen worden, weil es attraktiver war, ins JUMP-Programm zu gehen. Das ist Punkt 1.

Das Zweite ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Arbeitsmarktprogramme – so heißen sie doch – sollten sich wirklich darauf konzentrieren, auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Nur das sind Arbeitsmarktprogramme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben hier nämlich keine Sozialprogramme. Da wird die Begründung des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/683-1, schon verführerisch und verräterisch. Darin heißt es – ich zitiere –:

Mehr zur Rücknahme der arbeitsmarkt- und sozialpolitisch verfehlten Kürzungen der Landesregierung in der Arbeitsmarktpolitik.

Das sind die Forderungen.

Durch diese Kürzungen wälzt die Landesregierung die Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit weiter auf die Sozialhilfe und damit auf die Kommunen ab. Wenn künftig weniger Langzeitarbeitslose in den vom Land finanzierten Beschäftigungsprogrammen eine Arbeit finden, dann müssen die Stadt- und Landkreise als Sozialhilfeträger über die Sozialhilfe die Kosten für den Lebensunterhalt dieser Menschen tragen.

Das heißt, Sie wollen Sozialprogramme und keine Arbeitsmarktprogramme. Wir wollen eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Ich sage es Ihnen gerade. – Wenn man die Projekte einmal durchforstet, stellt man fest: Wir haben 61 Projekte. Im Landesdurchschnitt beträgt die Vermittlungsquote 30 %.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Nur 33 dieser Projekte erreichen überhaupt diese 30 %. Wir haben eine Vermittlungsquote von 84 % bis zu 9 %.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– So ist es. – Wir glauben schon, dass sich Projektträger fragen müssen, ob solche Programme erfolgreich sind.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Gegenruf des Abg. Wieser CDU)

Wir müssen die Programme auch daran messen lassen, wie erfolgreich sie in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln.

Ich nenne Ihnen jetzt noch die Höhe der öffentlichen Mittel: Wir brauchen pro Vermittlung – entweder in eine Ausbildung oder in den Arbeitsmarkt – im Landesdurchschnitt 60 000 €. Es gibt auch hier Spreizungen von ca. 10 000 bis über 300 000 € pro Vermittlung.

Wenn wir zielgerichtete Sozialpolitik machen wollen, müssen wir doch mit solchen Projektträgern sprechen und sagen: Das geht so nicht mehr. Wir werden diese Gespräche führen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Herr Minister, das verstehen die doch alles nicht! – Gegenrufe von der SPD)

Ich will noch ein paar weitere Zahlen nennen. Bei uns ging die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich zurück.

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist im Übrigen eine Hauptaufgabe der Bundesanstalt für Arbeit, sich um solche Dinge zu kümmern. Wir haben ja nur ergänzende Mittel.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die Bundesanstalt für Arbeit gibt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ca. 400 Millionen €, davon für das JUMP-Programm ca. 57 Millionen € und für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit 240 Millionen € pro Jahr in Baden-Württemberg aus. Sie sehen, das, was wir in diesem Bereich ausgeben, ist im Prinzip ein Nasenwasser. Wenn wir dafür Mittel ausgeben, müssen wir das sehr gezielt zur Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Sie wissen doch ganz genau, dass alle Mittel kofinanziert sind und dass wir in Baden-Württemberg keinen einzigen Euro an ESF-Mitteln nicht ausgeben können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer in Not ist, hat Anspruch auf Sozialhilfe. Voraussetzung ist aber, dass diese Notlage nicht aus eigenen Kräften oder durch die Hilfe anderer überwunden werden kann. Wir wollen den Menschen helfen, die Hilfe brauchen. Deswegen setzen wir im Sozialhilfereich auf ein einfaches und für jeden überschaubares Hilfesystem. Wir setzen auf kompetente und persönliche Beratung und auf Unterstützung bei der Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit. Wir wollen die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und entsprechende Anreize. Wir haben gerade mit dem Einstiegsgeld und mit der Pauschalierung von Sozialhilfeleistungen wichtige Schritte auf den Weg gebracht. Wir wollen, dass dies nicht nur als Modell, sondern allgemein in Deutschland gültig sein kann.

Wir brauchen dringend die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

(Minister Dr. Repnik)

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Ausgerechnet der Minister! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Ja, natürlich! – Unruhe)

Es ist einfach unerträglich, dass uns, wenn wir im Bundesrat wiederholt Vorstöße unternehmen, gesagt wird: Wir machen es jetzt noch nicht, vielleicht im Jahr 2003 oder im Jahr 2004.

Eines muss klar sein: Wenn Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt werden, müssen die Mittel für die Kommunen kompensiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtig ist mir das Thema Gesundheit. Die Landesregierung hat in Baden-Württemberg ihre Hausaufgaben gemacht. In der Krankenhauspolitik sind wir führend, wir tragen dem aktuellen Stand Rechnung, wir haben entbehrliche Kapazitäten abgebaut und neue Strukturen geschaffen sowie unwirtschaftliche Strukturen abgeschafft und Innovationen auf den Weg gebracht.

Wir geben weiterhin viel Geld dafür aus, über 300 Millionen € pro Jahr in den Jahren 2002 und 2003. Wir können stolz darauf sein, dass wir die Hausaufgaben gemacht haben; denn wir haben die günstigste Krankenhauslandschaft der ganzen Republik, auch nach Aussagen der AOK die niedrigsten Krankenhauskosten.

(Beifall bei der CDU)

Da macht es mir schon Sorge, dass die Bundesregierung ihren Aufgaben in Bezug auf die Gesundheitsstruktur überhaupt nicht nachkommt. Frau Fischer, die zwei Jahre Ministerin war, war in diesem Punkt beratungs- und Gesprächsresistent,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was ist das für eine Krankheit?)

und dann hat der Kanzler gemerkt, dass dies so nicht weitergehen kann, und die Frau Schmidt auf die Gesundheitsanbieter losgelassen. Es kam nichts heraus außer Flickschusterei, und der große Wurf ist leider noch nicht gelungen – es gibt nur Einzelgesetze –, mit dem Ergebnis, dass die Krankenkassenkosten stiegen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Versprochen wurde, die Sozialquoten zu senken. Die Krankenkassenkosten sind aber gestiegen, und zwar ganz gewaltig, und befinden sich auf dem Weg in Richtung 15 %. Bis zum dritten Quartal 2001 lag das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen bereits bei 3,1 Milliarden €. Es wurde nichts getan, und deswegen haben wir seitens der Landesregierung gestern im Kabinett Eckpunkte beschlossen. Wir sind der Meinung, dass die Gesundheitsreform schon viel zu lange verschlafen worden ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: 98 % der Regelungen, die Sie gestern auf dem Papier beschlossen haben, sind schon gesetzlich auf den Weg gebracht!)

Die Verlierer bei diesem Nichthandeln sind in erster Linie die Patienten und natürlich die Beitragszahler. Wer denn sonst?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Haas hat es kurz angesprochen: Wir werden die Zentren für Psychiatrie selbstverständlich nicht verkaufen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie das mal Herrn Döring!)

– Ich sage es ihm deutlich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber es hilft nichts!)

Wir werden sie selbstverständlich nicht verkaufen. Die Zentren arbeiten ordentlich, sie arbeiten gut, sie haben eine gute Rechtsform. Wir werden sie allerdings in einer Holding zusammenzuführen versuchen.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Holding! Jetzt!)

– Moment! – Wir werden versuchen, sie unter dem Dach einer Holding zusammenzuführen.

(Zuruf: Und dann verkaufen!)

– Wer war denn das jetzt schon wieder? Das war wieder jemand mit einem Unverstand.

(Zurufe von der SPD)

Denn es ist klar und deutlich: Wir werden natürlich auch in diesem Bereich unsere Landeskrankenhäuser auf die Zukunft vorbereiten müssen. Das heißt, es zeigt sich auch in anderen Bereichen immer wieder, dass mehrere Häuser zusammen selbstverständlich wirtschaftlicher und besser arbeiten können und dass Synergieeffekte entstehen, wenn sie sich unter einem Dach befinden. Dies werden wir tun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was passiert mit den Beschäftigten, Herr Minister?)

– Die Beschäftigten werden damit natürlich Sicherheit haben, einen sicheren Arbeitsplatz haben – mit dem BAT.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist der Vorteil einer Holding?)

– Liebe Frau Lösch, der Vorteil einer Holding besteht darin, dass man viele Aufgaben, die jetzt noch dezentral erledigt werden, gerade im Verwaltungsbereich, in Strukturen bündeln und dadurch natürlich Geld sparen kann, wenn man nicht alle Häuser einzeln führt.

(Abg. Wieser CDU: Bütikofer hat doch schon für die Grünen die Holding gegründet! – Gegenrufe von den Grünen)

Wir wollen damit Sicherheit für die Mitarbeiter und eine gute Psychiatriepolitik in Baden-Württemberg gewährleisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Drogen sage ich jetzt nichts mehr. Vielleicht doch nur noch eines:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Besser nicht!)

Es ist immer wieder einmal gesagt worden, die Anzahl der Drogentoten sei ein Gradmesser für die Drogenpolitik. Ich

(Minister Dr. Repnik)

habe das nie gelten lassen. Ich nenne Ihnen nur die Zahl der Drogentoten in ausgewählten Großstädten: In Stuttgart ging die Zahl der Drogentoten von 35 auf 26 zurück – Gott sei Dank! –, das sind minus 25 %. Dort gibt es keine Fixerstuben. In Mannheim ging die Zahl von 28 auf 25 zurück, also minus 10 %. Auch dort gibt es keine Fixerstuben. In Frankfurt, wo es drei Fixerstuben gibt, stieg die Zahl der Drogentoten von 28 auf 35, also plus 25 %.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ist es jetzt ein Gradmesser oder nicht?)

– Nein, ich wollte damit zeigen, dass es eben nicht – Sie sagen doch immer, Fixerstuben seien das Mittel der Wahl zur Überlebenshilfe.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen halte ich, wie wir mit unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern umgehen. Wir brauchen bis zum Jahr 2010 ca. 10 000 zusätzliche Altenheimplätze.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ein Muss! –
Abg. Drexler SPD: Sie haben doch die Mehrheit!
Je länger Sie reden, desto geringer wird sie!)

Die werden wir im stationären Bereich auch schaffen, zum Teil staatlich gefördert, zum Teil aber sicherlich auch privat gebaut, sodass wir mit den Mitteln – es erfolgt eine Aufstockung um 47 % – mit Sicherheit über die Runden kommen.

Mehr Sorgen mache ich mir darüber, wie wir genügend Pflegekräfte bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Abg. Schmiedel SPD: Abschieben!)

Das wird eine ganz große Herausforderung werden, an der wir alle gemeinsam arbeiten sollten. Wir haben zusammen mit dem Arbeitskreis Pflege schon ein Konzept erarbeitet. Wir wollen eine Imagekampagne durchführen; wir werden Schulen anschreiben.

(Zuruf von der SPD: Schiebt nicht so viele ab!)

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Pflegeberufe das Image bekommen, das sie verdienen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Drexler SPD: Nicht so viele abschieben!)

Sie haben vorhin gesagt, bei uns im Land sei der Umgang mit älteren Menschen so schlecht, es fehle und mangle an vielem.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Darf ich um mehr Ruhe bitten, meine Damen und Herren.

(Abg. Bebbler SPD: Das fällt schon schwer!)

Sozialminister Dr. Repnik: Der Vorsitzende des Landes-seniorenrats, der nicht unserer Partei angehört, hat vor kurzem öffentlich und deutlich gesagt:

(Unruhe – Abg. Alfred Haas CDU: Zuhören!)

Wenn in anderen Ländern nur eine annähernd so gute Seniorenarbeit gemacht werden würde, wäre er froh und stolz.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie wissen schon, dass der Landespflegeplan hier eine ganz andere Sprache spricht!)

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 09 – Sozialministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/659, Abschnitt I. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 0901

Ministerium

Wer dem Kapitel 0901 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel 0902 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0903

Arbeitsförderung und Berufsbildung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/683-1, und die Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 13/683-6 und 13/683-7.

Kann ich davon ausgehen,

(Abg. Seimetz CDU: Gemeinsame Abstimmung!)

dass wir über die Anträge Drucksachen 13/683-1 und 13/683-7 zusammen abstimmen, da sie identisch sind? –

(Zustimmung)

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich lasse über diese beiden Anträge abstimmen. Wer den Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das Letztere war die Mehrheit. Damit sind die beiden Anträge abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/683-6, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0903 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung im Landesbereich

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0905

Hilfen für Behinderte

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Mehrheitlich so beschlossen.

(Abg. Wieser CDU: Gegen Behinderte! Das ist ja beschämend!)

Ich rufe auf

Kapitel 0906

Arbeitsgerichtsbarkeit

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0911

Landesversorgungsamt

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

(Unruhe)

Ich rufe auf

Kapitel 0912

Versorgungsämter

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0915

Versorgungskuranstalten

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

(Abg. Wieser CDU: Das schreiben wir aber den Leuten! – Gegenruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir schreiben auch ein paar Leuten ein paar Sachen!)

Ich rufe auf

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0918

Jugendhilfe

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0919

Familienhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/683-2, die Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 13/683-8, 13/683-9 und 13/683-10, sowie den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/683-3.

Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Ich beantrage zu unserem Antrag zum Programm „Mutter und Kind“, Drucksache 13/683-2, namentliche Abstimmung. Ich habe das schon in der Debatte angekündigt.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Findet der Antrag die notwendige Unterstützung? – Das ist der Fall.

(Unruhe)

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD zur Familienhilfe, Drucksache 13/683-2, abstimmen. Zu diesem Antrag ist eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 13/683-2 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

(Stellv. Präsidentin Christa Vössschulte)

Ich bitte die Frau Schriftführerin Haller-Haid, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben K.

Ich darf Sie um Ruhe während der Abstimmung bitten, damit wir zügig vorankommen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist beendet. Ich darf bitten, die Stimmen auszuzählen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor:

An der Abstimmung haben sich 118 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt.

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebber, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vössschulte, Wieser, Winckler, Zimmermann.

*

Damit ist auch der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/683-8, abgelehnt, weil er inhaltlich identisch ist.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion GRÜNE – Sprachkurse für Kinder und ihre Mütter –, Drucksache 13/683-9, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion GRÜNE – Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren –, Drucksache 13/683-10, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD – Sonderprogramm „Mehr Plätze für Kinder“ –, Drucksache 13/683-3, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0919 – Familienhilfe – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0920

Altenhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/683-4, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/683-5.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/683-4. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/683-5. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0920 – Altenhilfe – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0921

Frauenförderung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0923

Landesgesundheitsamt und Gesundheitsämter

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben dann noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/659, abzustimmen. Wer dem Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt uns nicht vor! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Was war das?)

– Eine Eingabe zum Landesprogramm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ für erledigt zu erklären; Abschnitt II auf Seite 6 der Drucksache 13/659.

Wer dem Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das haben wir doch schon! – Abg. Seimetz CDU: Machen wir es halt noch einmal!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Abschnitt ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 09 ist damit abgeschlossen.

Buchstabe c der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Buchstabe d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 05: Justizministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/655

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Justizministerium – eine Gesamtredzeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Redezeitzuschlag.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um mehr Ruhe bitten. Wir kommen sonst in unserer Tagesordnung nicht weiter.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zurufe: Frau Präsidentin!)

Wir beraten heute den Justizhaushalt, und ich denke, die Justiz ist eine der wichtigsten Säulen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats, und die Zufriedenheit der Bürger mit ihrem Staat wird gerade auch durch das Erscheinungsbild und die Leistungen der Justiz geprägt. Gemessen an der Bedeutung der Justiz für unser Gemeinwesen steht ihr ein geringer Anteil am Landeshaushalt zur Verfügung. Denn die Leistungen, die damit verbunden sind, sind wichtig. Immerhin geht es um Rechtsfrieden, um Gerechtigkeit, aber auch um innere Sicherheit. Wenn heute Morgen der Ministerpräsident von „bewahren und modernisieren“ gesprochen hat, dann gilt das gerade und besonders auch für die Justiz. Unsere Justiz in Baden-Württemberg ist in Ordnung. Sie ist in diesem Land hervorragend. Sie hat einen Spitzenplatz. Sie ist bürgernah, und sie ist wichtig für diesen Standort Baden-Württemberg. Projekte wie das elektronische Grundbuch, das flächendeckend eingeführt werden soll,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist aber kein gutes Beispiel!)

das elektronische Handelsregister, lieber Kollege Oelmayer,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wenn ich das in meiner Kanzlei so machen würde, hätte ich schon Konkurs gemacht! Da muss ich ja lachen!)

und gerade auch das Vollstreckungswesen sind wichtige Kernpunkte dieses Standorts Baden-Württemberg, wie auch die Dauer der Verfahren.

An dieser Stelle möchte ich den Richtern, Staatsanwälten, aber auch den Gerichtsvollziehern und Rechtspflegern in diesem Land danken.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Sie haben eine gute, schnelle Verfahrenszeit aufzuweisen. Während wir in Deutschland die meisten Richterstellen pro Kopf weltweit haben, haben wir in Baden-Württemberg die geringste Richterzahl pro Einwohner unter den Flächenländern. Auch das muss man sagen: Ein Kompliment an den Justizminister und sein Haus und all die, die in der Justiz mitwirken. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Es ist insbesondere wichtig, dass wir in der Fläche bleiben, meine Damen und Herren. Ich denke, es war auch ein bedeutendes Zeichen, dass der Finanzausschuss immerhin 139 Stellenhebungen im mittleren Dienst und 55 Stellen-

(Dr. Reinhart)

hebungen im gehobenen Dienst ab 2002 in vier Tranchen beschlossen hat. Das ist ein wichtiges Signal für die Justiz in der Fläche. Ich denke, das ist auch für den Standort wichtig. Denn die Ausgaben im Justizhaushalt sind zu über 95 % gebundene Ausgaben und damit nicht steuerbar. Damit handelt es sich dort um einen Verwaltungshaushalt. Wir müssen wissen: Die Justiz mit ca. 18 000 Beschäftigten hat damit einen der größten Personalhaushalte im Land, aber die wenigsten Spielräume, wenn wir diese Personalsituation betrachten.

Insoweit geht es umso mehr darum, dass parallel dazu auch rechtspolitische Akzente gesetzt werden. Hierzu gehören vor allem die Modernisierung der Justiz, die EDV-Ausstattung, die EDV-Entwicklung, aber auch die Modernisierung der Gerichte.

Meine Damen, meine Herren, innere Sicherheit ist unteilbar. Wir leben in Baden-Württemberg in einem der sichersten Länder im Vergleich unter den 16 Bundesländern. Aber wir können nicht zwischen Polizei, Justiz und Vollzug differenzieren. Was wir bei der inneren Sicherheit, bei der Polizei machen, muss nach dem Abschluss von Ermittlungsverfahren auch in der Justiz abgearbeitet werden. Diese Felder gehören bei der inneren Sicherheit zusammen. Deshalb ist es wichtig, dass dann auch bei Richtern und Staatsanwälten, die das Strafverfahren durchführen, die notwendigen Möglichkeiten der Ausstattung existieren.

Wir haben eine dezentrale Struktur der Gerichtsbarkeit. Diese gilt es zu behalten. Wir wollen bürgernah sein und deshalb auch in der Fläche bleiben. Das ist ein wesentlicher Punkt für eine funktionierende Justiz, und zwar auch bei unserem Wirtschaftsstandort. Hierzu gehört auch Neues wie die neue Insolvenzordnung oder die zeitnahe Vollstreckung, die ich angesprochen habe.

Aber auch der 11. September 2001 hat die Arbeit der Justiz herausgefordert. Wir haben deshalb das Antiterrorprogramm beschlossen. Deshalb ist es wichtig, dass bei der inneren Sicherheit auch die Justiz den nötigen Stellenwert erhält und behält.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Wir werden aber auch bei der Ausbildung modernisieren müssen, denn bei der Ausbildung geht es darum, dass wir die Juristenausbildung der Zeit anpassen und uns damit auch dort an die Bedürfnisse der Anwaltschaft anpassen. Weitere Schwerpunkte werden der elektronische Gerichtsverkehr, die Notariate, aber auch der Strafvollzug sein. Hierüber wird Herr Kollege Zimmermann im Anschluss sprechen.

Ein Letztes: Wir haben die Förderung der außergerichtlichen Streitschlichtung beschlossen. Hier geht es meines Erachtens darum, die Gebührenansprüche der Rechtsanwälte anzupassen. Aber auch im Hinblick auf das Richterwahlgesetz können wir den Minister nur ermutigen, dafür zu sorgen, dass in Zukunft die Besetzung der höchsten Gerichte nicht unter rein parteitaktischen Gesichtspunkten erfolgt, sondern dass dort nur die Besten in die wichtigsten Ämter berufen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zimmermann CDU: Genau!)

„Der Gerechtigkeit Frucht soll Friede sein“, meine Damen und Herren. Die Justiz hat viel zur Gerechtigkeit und zum Rechtsfrieden beigetragen. Deshalb Dank an alle, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich rufe Herrn Abg. Bebbber auf.

(Abg. Rosa Grünstein SPD: Hallo! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Er wird aufgerufen! – Abg. Blenke CDU: In den Zeugenstand! – Abg. Rech CDU: Errötend folgt er ihrem Rufe!)

Abg. Bebbber SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Justizminister wollte uns ja in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung wirklich weismachen, dass sein größtes Handicap die Klaustrophobie sei. Unglaublich! Herr Minister, Ihr größtes Handicap ist nach unserer Überzeugung, dass Ihnen zu viel Geld zwischen den Fingern zerrinnt. Sie setzen zu viel Geld in den Sand. Der Rechnungshof hat Sie deshalb ja schon vor Jahren gewissermaßen verwarnet und Ihnen dargelegt, dass bei der Datenverarbeitung in den Justizvollzugsanstalten 10 Millionen DM in den Sand gesetzt worden sind.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist noch eine Altlast!)

Sie haben daraus leider nicht sehr viel gelernt. Denn auch der Justizhaushalt 2002/03 leidet gewissermaßen darunter, dass Sie zu viele Millionen, diesmal Euro und D-Mark, in den Sand gesetzt haben und deshalb diese Beträge an Stellen in der Justiz fehlen, wo sie eigentlich dringend gebraucht würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Obwohl Ihnen der Rechnungshof in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung schon vor Jahren erklärt hat, dass das Notariatswesen reformiert werden muss, haben Sie mit dieser Reform etwas gemacht, was bisher schier keiner in der Regierung fertig gebracht hat, nämlich das Thema über nahezu anderthalb Legislaturperioden liegen zu lassen. Sie haben nichts realisiert. Schon im Oktober 2000 hatten Sie gesagt, es lägen schon Umsetzungskonzepte in den Schubladen bereit.

(Abg. Birzele SPD: Da liegen sie immer noch!)

– Herr Kollege Birzele, das ist eine traurige Erkenntnis. Da liegen sie offensichtlich immer noch.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Da werden sie auch liegen bleiben!)

Es ist offensichtlich nichts passiert.

Die Hängepartie bei den Notaren

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Hängeschublade!)

(Bebber)

führt unter anderem allerdings auch dazu, dass zum einen die badischen – –

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

– Herr Rech, Sie haben das freie Notariat haben wollen. Sie wissen, dass das gar nicht realisierbar ist,

(Abg. Rech CDU: Herr Bebbber, Sie mühen sich doch auch schon 20 Jahre!)

dass die Bundesnotarordnung geändert werden müsste und dass Sie dann alle Amtsnotare zu freien Notaren machen müssten. Das steht ja noch in der Koalitionsvereinbarung. Was wird denn daraus, Herr Justizminister? Wird das jetzt was oder nicht?

(Abg. Wichmann SPD: Gute Frage!)

Seit Jahren verzichten wir auf erhebliche Einnahmen, weil diese Notariatsreform nicht durchgeführt wurde.

Der Rechnungshof hat beanstandet, was Sie mit dem elektronischen Grundbuch angestellt haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Dazu braucht man keinen Rechnungshof! Das sehen wir selber, und rechnen können wir auch!)

Mein Gott, wie kriegt man das hin? Die Einführung des elektronischen Grundbuchs „ist gescheitert“, heißt es dort. Der Aufwand für die Erstdatenerfassung wird sich um mindestens 48 Millionen DM erhöhen. Das heißt, Sie haben bisher schon eine Menge Geld in den Sand gesetzt, gerade bei der Erstdatenerfassung. Leider sind wir bei den Haushaltsberatungen nicht dazu gekommen, das zu erörtern.

Sie geben 6 Millionen € für die Vermessungsverwaltung aus, damit Sie von denen Daten für das elektronische Grundbuch bekommen. Die Leute in der Vermessungsverwaltung sagen uns, wenn man die notwendige Software rechtzeitig entwickelt hätte, müssten sie jetzt nicht alles per Hand rausschreiben. Die 6 Millionen € hätte man sich sparen können. 6 Millionen € – in der Justiz, wo man gar keinen Handlungsspielraum hat!

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Angeblich!)

Herr Reinhart hat es gerade gesagt. Mit 6 Millionen € könnte man eine Menge bewegen, wenn man sie frei hätte.

Es geht ja so weiter. Herr Justizminister, Sie müssen, weil die Einführung des elektronischen Grundbuchs so „hervorragend“ organisiert war und sich finanziell so toll auswirkt, jetzt statt angesetzter gut 50 Millionen DM 140 Millionen DM aufwenden. Das ist auch eine Leistung. So eine Kostensteigerung muss man erst mal hinkriegen. Als Folge davon werden Sie die Modernisierung in den verschiedenen Bereichen der Justiz strecken müssen; sie wird länger dauern. Das haben Sie laut „Stuttgarter Nachrichten“ im September 2001 selbst gesagt. Ich nehme an, dass das stimmt. Das bedeutet, dass wir dadurch auch Einnahmeverluste haben und die Justiz stärker belastet ist. Das, was Sie da veranstalten, wenn Sie Ihre Modernisierungsprojekte in dieser Weise so schlecht planen, hat Nachteile in enormem Umfang.

Ich möchte Sie einmal fragen: Wie ist es zustande gekommen, dass das Programm HADES – es befindet sich ja schon in der Anwendung – so gestaltet ist, dass damit praktisch nur die kleinen Landgerichte zurechtkommen, aber nicht die großen? Uns wird gesagt, wenn Richter oder Rechtspfleger mit einer Servicestelle zusammenarbeiten, funktioniert das hervorragend. Wenn sie aber mit zwei oder drei Serviceeinheiten zusammenarbeiten müssen – das ist der Regelfall –, geht nichts mehr. Dann geht es nur noch umständlich, dann muss man alles Mögliche extra eintragen und Arbeit dafür aufwenden.

Das Gleiche gilt, wenn Sie eine Strafvollstreckungskammer haben. Dann funktioniert HADES. Wenn Sie aber zwei oder gar mehr solcher Strafvollstreckungskammern haben – in Heilbronn sind es vier –, bedeutet das nur noch zusätzliche Arbeit. Elementar wichtige Dinge sind in diesem System überhaupt nicht eintragbar. Wieso ist das so erprobt worden, dass das jetzt in der Praxis bei den meisten Gerichten nicht ordentlich funktioniert? Sie werden doch kein Personal einsparen können, wenn auf diese Art und Weise zusätzliche Arbeit verrichtet werden muss.

Sie sagen allenthalben, das Ehrenamt müsse gestärkt werden. Ich nenne das Beispiel Bewährungshilfe Stuttgart e. V. Wir haben darüber im Ausschuss gesprochen. „Schwitzen statt sitzen“ – ich glaube, das ist von Ihnen propagiert worden – „muss ausgeweitet werden.“ Das Projekt der Bewährungshilfe Stuttgart wird im Doppelhaushalt aber mit null Euro bezuschusst.

Zum Projekt „Psychotherapeutische Ambulanz für Sexualstraftäter“, ebenfalls bei der Bewährungshilfe Stuttgart: Herr Minister, Sie setzen sich wortreich dafür ein, dass Sexualstraftaten bekämpft werden müssen. Bei der Bewährungshilfe Stuttgart läuft ein Projekt, das von allen Seiten als hervorragend anerkannt wird. Die weitere Finanzierung des Projekts ist gefährdet. In den Haushalt sind dafür null Euro an Zuschuss eingestellt.

Das alles ist die Folge von Geldverschwendung an anderer Stelle.

Ich möchte zum Schluss noch etwas Positives sagen, auch wenn ich meine Redezeit damit überziehe – Frau Präsidentin, ich bitte um Verständnis –: Im vorliegenden Justizhaushalt sind für Fremdleistungen mehr Mittel eingestellt als je zuvor. Das finden wir gut.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Hinter Fremdleistung verbirgt sich ja die Inanspruchnahme externer Kompetenz, externen Sachverständigen außerhalb des Justizministeriums. Das finden wir hervorragend. Das Geld ist bestimmt gut angelegt.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Abg. Theurer das Wort.

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Bebbber, man merkt, dass Ihnen die Verwaltungspraxis fehlt.

(Theurer)

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmid: Aber Gerichtspraxis hat er!)

Andernfalls hätten Sie mit Sicherheit nicht so über die Einführung elektronischer Hilfsmittel in Verwaltungen reden können. Aber solche Mittel gibt es auch in der Privatwirtschaft. Sehen Sie einmal nach, wie viel Geld die Banken ausgeben mussten, um branchenspezifische Softwarelösungen zu schaffen. Insofern haben der Justizminister und sein Haus dem Finanzausschuss auch dargelegt, worin die Probleme beim elektronischen Grundbuch liegen.

Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem diese erfolgreiche Koalition aus CDU und FDP/DVP ihre Arbeit begonnen hat – also zu dem Zeitpunkt, als die FDP/DVP in die Koalition eingetreten ist –

(Zurufe von der SPD)

die Vorbereitungen für die Einführung des elektronischen Grundbuchs noch nicht so weit vorangetrieben waren. Damals waren Sie ja noch an der Regierung beteiligt und hätten die entsprechenden Grundlagen legen können.

(Abg. Birzele SPD: Wer war denn Justizminister vorher?)

– Das war, glaube ich, der jetzige Innenminister, Herr Dr. Thomas Schäuble.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Schmid SPD: Treffer! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Sie, Herr Kollege Birzele, waren damals Innenminister und haben im Kabinett auch nicht darauf hingewirkt, dass die Einführung des elektronischen Grundbuchs vorbereitet wird.

(Zurufe von der SPD)

Zweiter Punkt: Notariatsreform. Wenn Sie das bewährte badische Notariat wirklich abschaffen wollen, dann können Sie das machen. Wir jedenfalls wollen das nicht. Wir wollen auch das württembergische Amtsnotariat, über dem ja immer der Säbel der europäischen Vorschriften schwebt, erhalten.

Im Übrigen: Ansonsten war Ihre Haushaltsrede rückwärts gerichtet, Herr Kollege Bebber. Sie haben über Berichte des Rechnungshofs gesprochen und weniger über den Justizhaushalt. Das wäre nämlich die Perspektive gewesen.

Aber wenn einer Oppositionsgruppe nichts anderes mehr einfällt, als sich zur Überwindung des Gegners dessen eigener Argumente zu bedienen, dann hat sie ihre Existenzberechtigung verloren und sollte von keinem denkenden Menschen mehr ernst genommen werden.

Das habe nicht ich gesagt, sondern Erich Limpach, deutscher Dichter, Schriftsteller und Aphoristiker. Ich finde, er hatte Recht. Sie haben in dieser Haushaltsplanberatung keinen einzigen Antrag gestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion. Zwei halbherzige Anträge kamen von den Grünen: Mit dem einen werden höhere Gebühren im Vollstreckungsverfahren zugunsten höherer Ent-

schädigungen für die Gerichtsvollzieher begehrt. Die Begründung ist die ganz überwiegende Rechtsprechung, die herrschende Meinung als juristischer Urschoß in völliger Verkennung der Tatsache, dass die Mindermeinung oft die herrschende Meinung von morgen ist.

Der zweite Antrag soll dem Servicebüro für den Täter-Opfer-Ausgleich in Köln finanzielle Mittel zukommen lassen, obwohl das Land sich bereits finanziell an diesem Büro beteiligt.

(Abg. Schmid SPD: Sie reden über Anträge, die nicht gestellt sind!)

Wenn man die Begründung des Antrags liest, wundert man sich über die verworrene Finanzierung. Sprechen Sie dieses Thema doch erst einmal auf Bundesebene an, und klären Sie dort eine einheitliche Finanzierungspraxis, bevor Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Baden-Württemberg wieder als Zahlmeister heranziehen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, erwartet hätte man ja von Ihnen einen Antrag zur Ausweitung der Drogenberatung.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Haben Sie auch gelesen, um wie viel es da geht?)

– Wie bitte?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ob Sie auch gelesen haben, um wie viel Geld es da geht?)

– Nicht um viel, aber im Kleinen beginnt das Sparen.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Wer den Cent nicht ehrt, ist natürlich auch des Haushaltsausschusses nicht wert.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, ja! Ist okay!)

Erwartet hätte man von Ihnen einen Antrag zur Ausweitung der Drogenberatung in den Justizvollzugsanstalten. Auch hier Fehlanzeige. So ein Antrag wäre auch nicht notwendig gewesen.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Denn wir haben in diesem Haushalt die Mittel für die Drogenberatung um ca. 195 000 € angehoben, meine Damen und Herren.

(Abg. Fischer SPD: Man merkt, dass Fasching naht!)

Außerdem gibt es Verbesserungen für die Beschäftigten, und ich denke, die haben es verdient. Gerade die harten Arbeiten in den Justizvollzugsanstalten erfordern dies. Stellenhebungen werden hier im Haushaltsplan ermöglicht; dafür hat sich die FDP/DVP-Fraktion eingesetzt. Ich denke, das ist richtig.

Ein Wort zum Haus des Jugendrechts, in Stuttgart mit Erfolg eingeführt. Es ist ebenfalls im Haushaltsplan 2002/03

(Theurer)

drin. Im badischen Landesteil kann dieses erfolgreiche Modell nun ebenfalls umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, aus der Landesstiftung wird das Projekt Chance unterstützt und, was für mich ganz besonders wichtig ist, die Stiftung Opferschutz. Es gibt Lücken beim gesetzlichen Opferschutz, und diese Lücken schließt die Stiftung Opferschutz in Baden-Württemberg, ein besonderes Kind der FDP/DVP-Politik.

Last, but not least, meine Damen und Herren, setzen wir uns dafür ein, dass der Datenschutz nicht nur ins Grundgesetz kommt, sondern auch in die Landesverfassung. Wir halten dies für dringend erforderlich, meine Damen und Herren.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das steht aber diametral zu dem, wie Sie heute beim Innenbereich abgestimmt haben! Vom Datenschutz reden kann jeder!)

– Überhaupt nicht, Herr Kollege Oelmayer. Wir haben einen sehr guten Datenschutzbeauftragten, und das wollen Sie hier doch wohl nicht in Zweifel ziehen, Herr Kollege Oelmayer.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Oelmayer das Wort.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Theurer, Sie haben mir ja quasi den Ball gleich zugespielt.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Genau!)

Es geht natürlich immer auch um die Frage der Glaubwürdigkeit. Wenn Sie im Innenbereich nicht mehr Datenschutz gewährleisten – dadurch, dass Sie Stellen im Bereich des Datenschutzes ablehnen –, dann können Sie nicht im Bereich der Rechtspolitik die Einführung des Grundrechts auf Datenschutz fordern. Das ist einfach unglaublich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!
– Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich möchte aber die kurze Redezeit nutzen, um einmal etwas Revue passieren zu lassen, weil ich auch nicht zum ersten Mal eine Haushaltsrede zum Justizhaushalt halte.

Ich habe mir die Mühe gemacht und in den Protokollen nachgelesen. Der Minister und ich haben unser Amt etwa zeitgleich angetreten – ich als Abgeordneter und er als Minister. Was hat er damals beim Verein für Richter und Staatsanwälte gesagt? Kollege Heiler, ein Kollege aus der SPD, der dem Hause nicht mehr angehört, hat damals Äußerungen beim ersten Treffen des Ministers mit den Richtern und Staatsanwälten zitiert. Der Minister hat verkündet – ich war damals selbst zugegen –, dass die Justiz auf jeden Fall nicht ausgezehrt werden dürfe. Die dritte Gewalt müsse in ihrer Schlagkraft erhalten bleiben. Wenn man versucht, das Geschehene daran zu messen – er hat noch mehr gesagt; das will ich in der Kürze der Zeit gar nicht alles zitieren –, beruft man sich am besten auf Menschen, die in der Justiz beschäftigt sind.

Es gibt einen leitenden Oberstaatsanwalt in Ulm, der vor wenigen Tagen eine Jahrespressekonferenz durchgeführt hat. Ich zitiere ihn gerne, weil er mir quasi aus der Seele spricht. Er spricht von der „vernachlässigten dritten Gewalt“ – so die Überschrift in der „Südwest Presse“ Ulm –

(Abg. Bebber SPD: Der wird nichts mehr!)

und begründet das auch: Personalauszeichnung, immer mehr Aufgaben und immer weniger Personal, das kann nicht zusammenpassen. Das leuchtet mir ein, meine Damen und Herren. Hier im hohen Hause ist es so, dass wir Terrorprogramme beschließen,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Antiterrorprogramme!)

dass wir die Polizei aufrüsten und dass wir mehr im Bereich des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden allgemein tun, dass wir aber dort, wo deren Ergebnisse abgearbeitet werden müssen, die Aufstockung versagen und im Bereich der Justiz nicht mehr tun.

Natürlich ist auch mir klar, dass wir nur endliche Ressourcen zur Verfügung haben; deshalb bedarf es der Strukturreform. Einige wenige Punkte hat Herr Kollege Bebber schon angesprochen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Erstens gibt es ein desaströses Ergebnis bei der Einführung des elektronischen Grundbuchs. Was uns dazu vonseiten des Justizministeriums aufgetischt wird, halte ich fast schon für einen kleinen Skandal. Wir hören von Sitzung zu Sitzung, dass immer weitere Millionenbeträge ausgegeben werden, um diese Reform zu realisieren.

(Abg. Bebber SPD: Jeder Betrieb ginge Pleite dabei!)

Ein weiterer Punkt ist die Notariatsreform. Sie verfolgt und beschäftigt mich seit fünf oder sechs Jahren,

(Abg. Capezzuto SPD: Erst?)

das Justizministerium ist aber nicht in der Lage, diese Reform einmal auf den Tisch des Hauses zu bringen, damit wir darüber diskutieren und auch entscheiden können. Die notwendige Reformkraft fehlt in diesem Ministerium einfach. Das hat vielleicht auch mit der Spitze des Ministeriums zu tun.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Bebber SPD: Der Minister will schon!)

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte: Der Landgerichtspräsident des Landgerichts Heilbronn, der ehemals als Landgerichtspräsident in Ulm war, deshalb kenne ich ihn persönlich – er ist aber bei Gott kein Grüner, sondern einfach ein Jurist, der in der Justiz tätig ist –,

(Heiterkeit)

berichtet heute ganz neutral und objektiv in der „Südwest Presse“, dass die dritte Gewalt angesichts der Personalauszeichnungen und der Aufgabenhäufungen ihre Aufgaben einfach nicht mehr in wünschenswerter Form erfüllen kann.

(Abg. Bebber SPD: Der ist aber nicht mehr im Dienst! Der kann sich das erlauben!)

(Oelmayer)

Ein weiterer Punkt, Herr Justizminister, meine Kolleginnen und Kollegen, bei dem ich der Auffassung bin, dass die Reformen in der Justiz des Landes dringend angegangen werden müssen: Neben dem elektronischen Grundbuch und der Thematik der Justizerneuerung durch Einführung von Software, mehr Servicestellen darf ich – Es gibt zig Gutachten, sehr dicke Wälzer darüber. Sie müssten sich einmal die Mühe machen, die zu lesen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Und verstehen müssen Sie sie auch noch!)

Wenn man dort einmal Effizienzprüfungen machen würde, würde sich herausstellen, dass die Justiz schon so arbeiten müsste, dass sie fast ohne Personal auskommt. Das, Herr Kollege Theurer, wird in der Justiz aber nicht gehen. Deshalb bedarf es auch dort einer ganz entschiedenen Vorgehensweise vonseiten des Ministeriums.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Dann bräuchte man euch Juristen nicht mehr! – Abg. Seimetz CDU: Kein Wunder, dass du zu sonst nichts mehr kommst, wenn du das alles liest!)

Ein Letztes will ich ansprechen – das gehört ebenfalls zum Justizbereich –, und damit komme ich auch zum Schluss, Frau Präsidentin: Die Justiz hängt im Wesentlichen von den Menschen ab, die in ihr arbeiten und die nur dann erfolgreiche Arbeit abliefern können, wenn sie motiviert arbeiten. Diese Menschen haben, denke ich, auch einen Anspruch darauf, dass sich ihre Möglichkeiten – ihre Beförderungsmöglichkeiten, ihre Abordnungen, ihre Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Justiz – erstens nach demokratischen Grundsätzen und zweitens auch transparent vollziehen. Nur dann werden die Menschen auch in der Zukunft angesichts der Häufung der Aufgaben, die sie wahrzunehmen haben, ihre Aufgaben mit der richtigen Motivation erfüllen können.

Mein Dank und auch der Dank meiner Fraktion gilt allen Menschen, die im Justizbereich arbeiten – ich habe nicht gesagt, im Ministerium –, die tatsächlich trotz großer Aufgabenfülle ihre Aufgaben bestmöglich erledigen und die, Herr Justizminister, einen Anspruch darauf haben, dass Sie die Reformen, die Sie bisher nicht eingeleitet haben, anpacken, um nicht nachher dazustehen und sich von Staatsanwälten sagen lassen zu müssen, dass die dritte Gewalt im Land vernachlässigt wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Die CDU-Fraktion hat noch eine Redezeit von einer Minute und 18 Sekunden. Ich erteile das Wort Herrn Abg. Zimmermann.

Abg. Zimmermann CDU: Frau Präsidentin und liebe Abgeordnete, die Sie hier im Hause bei meiner Jungferrede noch verblieben sind! Danke, dass Sie auf mich gewartet haben.

Eines muss ich Ihnen kurz sagen, Herr Oelmayer. Eines haben Sie wirklich übersehen. Da habe ich bestimmt eine Bresche; was mich freut: Wir haben bei der Justiz 25 neue

Richterstellen geschaffen, 17 allein für den Bereich der Vermögensabschöpfung. Die Staatsanwaltschaften haben im Bereich der Vermögensabschöpfung 17 neue Stellen bekommen. Ich denke, das ist das Beste, was wir machen können.

Auch im Täter-Opfer-Ausgleichsprogramm ist die Fortführung einmalig. Ich hätte es gern früher gesehen, Herr Oelmayer. Wir haben es aber geschaffen. Das ist etwas, was uns etwas bringt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt haben wir 520 Millionen DM an Geschädigte zu verteilen. Dazu brauchen wir Staatsanwälte; das ist richtig. Der Minister hat das geschaffen.

(Abg. Birzele SPD: Herr Zimmermann, FlowTex!)

– FlowTex, genau. Wer hat diese 520 Millionen?

(Abg. Birzele SPD: Wie viel waren es denn davor?)

Da treffen Sie genau den Richtigen, Herr Birzele. Bevor ich in diesen Landtag kam, waren Staatsanwälte damit beschäftigt, von diesen 520 Millionen weltweit 480 Millionen zu finden. Ich habe das meinen Kollegen übergeben, und freundlicherweise haben das die Konkursverwalter übernommen. Ich danke Ihnen für den Zuruf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zur fortgeschrittenen Zeit, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein bisschen über den Justizvollzug sprechen. Heute haben wir über innere Sicherheit geredet. Über Justiz, über Staatsanwälte, über Gerichte reden wir, als ob damit alles erledigt wäre. Alles, meine Damen und Herren, ist nichts wert, wenn nach der Festnahme und nach der Verurteilung nicht die Haftanstalten und der Justizvollzug stimmen. Da rede ich jetzt auch für meinen Kollegen von der FDP/DVP, Herrn Hofer. Er ist gerade nicht mehr da; deshalb rede ich noch lieber für ihn.

(Heiterkeit – Abg. Fischer SPD: Da kann er nicht widersprechen!)

Die ca. 8 500 Gefangenen in den 19 Haupthaftanstalten, 34 Außenstellen und im Justizvollzugskrankenhaus verursachen Kosten in Höhe von ca. 164 Millionen DM – mit Abschreibungen und Investitionen und unter Berücksichtigung der Justizvollzugsschule. Ich sage das, weil viele das nicht wissen. Der Bürger sollte das wissen. Ein Häftling kostet das Land Baden-Württemberg durchschnittlich

(Abg. Schmid SPD: Der Bürger hört nicht mehr zu! – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– ich weiß, es blinkt – rund 75 €. Da verdient dieses Land nochmals ein Lob: Seit dem 1. Januar 2001 haben wir den Landesbetrieb für den Vollzug, wir haben die Werkstätten und das vollzugliche Arbeitswesen. Dort wird hoch qualifizierte Arbeit geleistet. Dort wird die beste Voraussetzung für Resozialisierung und Wiedereingliederung geboten. Ich denke, darauf müssen wir das Augenmerk richten. Dort sind 460 ausgebildete Handwerksmeister tätig. Damit möchte ich als Strafvollzugssprecher beginnen. Das sind

(Zimmermann)

erfahrene Handwerksmeister. Da sage ich auch an meine Fraktion gerichtet und auch mit Blick darüber hinaus: Diese Leute verdienen eine schnelle Beförderung nach A 9.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Zimmermann, bitte seien Sie so freundlich und kommen Sie zum Ende.

Abg. Zimmermann CDU: Ich komme zum Schluss und spreche meinen Dank sicherlich auch in Ihrem Sinne allen ca. 4 500 Mitarbeiter des Justizvollzugsdienstes aus, die eine härtere Arbeit leisten als in allen Jahren zuvor.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Zimmermann, bitte!

Abg. Zimmermann CDU: Frau Präsidentin, danke für das Ausläuten. – Schönen Abend!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Birzele SPD: Um 300 % überzogen!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Justizminister, Herrn Professor Dr. Goll, das Wort.

Justizminister Dr. Goll: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Bebber,

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

weil Sie vorhin – schon die Anrede kommt Ihnen merkwürdig vor – einen Artikel in der „Bild“-Zeitung angesprochen haben, der mit dem üblichen Maß an ergänzender Fantasie gestaltet war, möchte ich ernsthaft daran anknüpfen und sagen: Etwas weiß ich, wovor ich bestimmt keine Angst habe, und das ist die Opposition im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Das glaube ich Ihnen nicht! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich habe mich einfach am Ministerpräsidenten orientiert! – Abg. Birzele SPD: Ganz schön mutig, der Mann! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: In dem Ressort muss man das sein! – Weiterer Zuruf: Abwarten! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Mal sehen, was aus dem wird!)

– Da können Sie lange warten, glaube ich. Wenn Sie Feierabend haben wollen, müssen Sie jetzt ein bisschen zuhören.

Eben von dieser Opposition ist ja heute gelegentlich die Frage in den Raum gestellt worden, ob im Land Politik gemacht wird. Meine Damen und Herren, im Land wird Justizpolitik gemacht, und zwar Justizpolitik, die immer wieder von anderen übernommen wird, neuerdings zunehmend gerade auch von SPD-geführten Ländern.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Besser spät als nie!)

– So ist es.

Die Opferschutzstiftung wird im Moment von Rheinland-Pfalz übernommen, wo ja auch die FDP mit in der Regierung ist. Das muss man dazusagen.

(Abg. Bebber SPD: Sonst wäre das auch nichts!)

Aber es gibt auch andere. Es gibt das Haus des Jugendrechts, das jetzt in Sachsen-Anhalt verwirklicht wird.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Sachsen-Anhalt denkt übrigens auch über die nachträgliche Sicherungsverwahrung nach.

Bei der Justizpolitik, die im Land gestaltet wird, fällt mir allerdings eines auf: Dieser Prozess läuft ohne bemerkenswerte Beiträge der Opposition ab. Wenn Sie einmal hinschauen, sehen Sie, dass von der Opposition eigentlich nichts Positives beigesteuert worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich mache Ihnen da keinen Vorwurf. Es wird ja alles erledigt. Sie haben nichts zu tun. Insofern war das nicht kritisch gemeint. Ich stelle es nur fest.

Auf die baden-württembergischen Ideen wird geschaut. Ich habe schon einige Beispiele genannt. Ich könnte so weitermachen.

(Abg. Bebber SPD: Die Ideen sind ja auch gut! Die Ausführung ist bis jetzt bescheiden!)

Beim Platzverweis bei häuslicher Gewalt waren wir in Baden-Württemberg die Ersten unter Justizbeteiligung, sage ich einmal. Das Straftäterunterbringungsgesetz habe ich schon genannt. Das wird von Bayern, von Hessen, von Sachsen und von Sachsen-Anhalt übernommen.

Es ist aber nicht nur so – das darf man sagen –, dass auf die neuen Ideen aus Baden-Württemberg geschaut wird, sondern die anderen Länder schauen sehr wohl – das merke ich bei jeder Zusammenkunft – auch auf unsere gut funktionierende Justiz in Baden-Württemberg. Dass sie gut funktioniert, liegt daran, dass wir sie ordentlich ausstatten können. Dass wir das können, dafür möchte ich mich bei diesem Haus, bei den Fraktionen, die die Regierung tragen, an dieser Stelle einmal bedanken. Meine Damen und Herren, wenn innerhalb von fünf bis sechs Jahren, was dringend notwendig war, der Anteil der Justiz am Gesamthaushalt von 2,5 auf 3,2 % steigt, können Sie nicht sagen, es sei nichts passiert und man hätte für die Justiz nichts übrig. Die Justiz ist gut behandelt worden, auch was die Frage der Personalabbauprogramme dieser Landesregierung angeht.

Aber bleiben wir noch kurz bei der flächendeckenden Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit moderner Technik. Herr Bebber, die Technik, die wir zum Teil jetzt ablösen, würden andere Länder, in denen Ihre Partei regiert, mit Kussband übernehmen. Aber diese Technik ist uns nicht mehr gut genug.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Dann verkaufen Sie das doch! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Damit könnte man Geld machen! – Gegenruf des Abg. Zimmermann CDU: Die haben kein Geld!)

(Minister Dr. Goll)

– Wir haben auch bei uns sicher noch den einen oder anderen, der das übernehmen kann. Ich will damit sagen, dass der Standard insgesamt –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir haben doch eine Marktwirtschaft! Sie können das verkaufen! Er hat gerade behauptet, andere würden das kaufen! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Als FDP/DVP-Justizminister!)

– Wir werden schauen, ob sie es bezahlen können.

Was die Ausstattung anbelangt, sind konkrete Softwareprogramme genannt worden. Das ist immer riskant, weil die natürlich gerade durch andere ersetzt werden, die schon wieder besser sind. Das ist ganz logisch. Aber an Sie wird natürlich manche Detailkritik von manchem Gericht oder mancher Staatsanwaltschaft herangetragen, und Sie transportieren sie dankbar in Ihre Rede, obwohl generell davon die Rede sein müsste, dass von einem Programm zur raschen Ausstattung mit moderner Technik in der Justiz jetzt gerade knapp 50 % abgewickelt sind und die anderen 50 % in den kommenden ein bis zwei Jahren dazukommen. Dann kommen Infotheken in den Eingangsbereich der Gerichte.

Übrigens, Sie werden eines merken –

(Große Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich bin besoffen von der Rede! – Abg. Kurz CDU: Frau Präsidentin, greifen Sie doch einmal ein! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, den Ausführungen des Herrn Justizministers ruhiger zuzuhören.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Justizminister Dr. Goll: Zur Qualität der Opposition habe ich ja schon einige Sätze gesagt. Die Höflichkeit verbietet es mir, da fortzufahren.

Ich sage Ihnen nur eines: Ich habe selten innerhalb von zehn Minuten so viel Falsches wie in der Rede von Herrn Bebber gehört.

(Abg. Teßmer SPD: Da brauchen Sie nur sich selbst zuzuhören!)

Aber das wundert mich nicht, weil auch jetzt niemand von der Opposition zuhört, was die Fakten anbelangt. Man kann ja nicht wissen, was los ist, wenn man nicht einmal in dieser Debatte bereit ist, zuzuhören. So ist es.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben vom elektronischen Grundbuch gesprochen. Natürlich möchte ich zu diesem Punkt auch ein paar Sätze sagen. Wenn sich da die Nebel mancher falschen Behauptung verzogen haben – von Ihnen natürlich mit Begeisterung kolportiert –, wird ganz deutlich sein, was die Wahrheit ist:

(Abg. Bebber SPD: Der Rechnungshof ist zitiert worden! Ihre eigene Aussage!)

Wir sind beim elektronischen Grundbuch, was die bundesweite Entwicklung anbelangt, auf Platz 3. Das heißt, alle Länder, in denen Sie an der Regierung beteiligt sind, sind dabei hinter uns.

(Zuruf von der SPD: Dafür kostet die Entwicklung zu viel!)

All die Projekte dieser Länder sind mindestens so teuer wie unseres – sie sind meistens teurer –, aber schlechter als unseres. Sie sind weniger anspruchsvoll und bieten insofern auch weniger.

(Abg. Bebber SPD: Ja, Sie sind der Größte! Das wissen wir!)

An dieser Debatte könnte einen ärgern, dass Sie kritisieren, obwohl kein Rechnungshof und auch sonst niemand – ich habe vor wenigen Tagen den Bund der Steuerzahler zum Thema „Elektronisches Grundbuch“ in unser Haus eingeladen – bisher behauptet hat, es sei auch nur eine Mark verschwendet worden. Noch niemand hat behauptet, bei diesem Projekt sei auch nur eine Mark in den Sand gesetzt worden. Aber Sie tragen natürlich auch den Unsinn weiter, dass wir der Vermessungsverwaltung 6 Millionen € für irgendwelche Daten bezahlt hätten. Man muss sich darüber zuerst einmal informieren. Da heißt es schon ein bisschen: Vor Inbetriebnahme des Mundwerks Gehirn einschalten und sich zunächst einmal informieren!

(Abg. Bebber SPD: Das muss Sie arg getroffen haben!)

Die 6 Millionen € erhält die Vermessungsverwaltung dafür, dass sie uns bei der Erstdatenerfassung hilft. Die Vermessungsverwaltung ist mittlerweile ein Landesbetrieb und tut nichts mehr, ohne eine Rechnung zu schreiben. Das ist auch in Ordnung. Das Geld wird aber natürlich für einen sinnvollen Zweck ausgegeben. Ich sage noch einmal: Jeden, der hier herkommt und sagt, beim elektronischen Grundbuch sei eine Mark verschwendet worden, werde ich widerlegen – egal, wo er den Hebel ansetzt.

(Abg. Bebber SPD: Mit Software wäre es billiger gewesen! Haben Sie die Software? – Glocke der Präsidentin)

Vielleicht versuchen Sie es jetzt. Sie sind dazu herzlich eingeladen.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Justizminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

(Zuruf von der CDU: Welcher Palmer?)

– Boris.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Justizminister, können Sie mir erklären, warum verschiedene Bundesländer parallel solche Systeme entwickeln müssen? Wäre es nicht vernünftiger, dabei gemeinsam vorzugehen?

(Abg. Alfred Haas CDU: Selbstverständlich!)

Justizminister Dr. Goll: Die Antwort auf Ihre Frage ist im Grunde sehr leicht zu geben: Weil nahezu alle anderen Bundesländer auf eine vergleichsweise primitivere Technik setzen als wir. Wenn Sie das wollen, kann ich Ihnen das wenigstens etwas detaillierter darstellen; sonst wird es zu kompliziert. Fast alle anderen Bundesländer setzen auf das Fotografieren von Grundbuchblättern. Das muss man ja einmal sagen: Insbesondere in allen Ländern, in denen die SPD an der Regierung beteiligt ist, werden praktisch die alten Grundbücher fotografiert. Die sind hinterher nicht maschinell als numerisch gespeicherter Text weiter verwertbar. Das, lieber Herr Palmer, ist uns zu wenig, weil das im Grunde genommen auch etwas Blendwerk ist. Deswegen scheidet fast alle Software aus.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Steinzeit!)

Und die Software, die von dem, was sie hinterher bietet, besser ist, ist natürlich schon etwas älter. Andere Länder übernehmen übrigens teilweise unsere Technik. Schleswig-Holstein übernimmt jetzt unsere Technik, weil dort eingesehen wurde: Das ist das Beste.

Wir haben schon die richtige Technik. Das Ganze ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Das ist ein Jahrhundertprojekt.

Mir geht es hier nur um die Feststellung – und das sage ich noch einmal –: Keine Mark wurde in den Sand gesetzt, keine Mark wurde verschwendet. Im Kostenvergleich sind wir günstig.

Ich sage Ihnen: Wir werden ein hervorragendes, topmodernes Grundbuch haben, wenn fast alle anderen Länder immer noch davon träumen, so etwas zu haben. Wir können uns damit auch sehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein weiteres größeres Projekt wird die Erstellung des elektronischen Handelsregisters sein. Damit werden wir noch in diesem Jahr anfangen. Den Fraktionen, die die Regierung tragen, werden wir in den nächsten Tagen Vorschläge für eine Gestaltung des elektronischen Handelsregisters machen. Da muss man jetzt natürlich weitermachen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, was das elektronische Grundbuch und das künftige elektronische Handelsregister angeht, schon jetzt allen danken, die sich an diesen Projekten beteiligen – und das, obwohl wir vom Personal her, das das durchzieht, alles andere als fürstlich ausgestattet sind. Was Sie vorhin über das Ministerium gesagt haben, haben meine beiden Mitarbeiter hier sehr wohl zur Kenntnis genommen. Vielen Dank – auch das weitab von jeder Sache. Wir haben im Ministerium die schlankste Verwaltung überhaupt. Bei uns kommt ein solches Projekt in der Regel auf wenige Leute zu. Sie haben sich bei der Justiz bedankt, aber das Ministerium ausgeklammert.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nein!)

– Ausdrücklich. Lassen Sie sich doch wenigstens an Ihren eigenen Worten festhalten. Sie haben das Ministerium ausdrücklich ausgeklammert,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nein!)

in dem gerade bei diesen Projekten eine sehr harte Arbeit geleistet wird, damit diese möglich werden.

Die Personalausstattung – ich habe es angesprochen – ist insgesamt schlank. Wir haben die wenigsten Richter pro Einwohner in der Republik. Ich führe nur einen Vergleich an: In Baden-Württemberg haben wir 7,26 Richter auf 100 000 Einwohner, in Berlin sind es im Vergleich 16,4 Richter. Ich stelle aber nicht fest, dass dort irgendetwas besser läuft als bei uns, sondern im Gegenteil. Dort gibt es das eine oder andere Problem, das wir Gott sei Dank nicht haben.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch eines deutlich machen: Die Justiz ist in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Teil nicht an Personaleinsparprogrammen beteiligt gewesen. Das ist angesichts des Umstands, dass wir, meine Damen und Herren, in allen Bereichen am wenigsten Personal haben, auch dringend notwendig. Ich möchte hier sehr bewusst sagen: Die Justiz kann sicher kein weiteres Personal mehr abbauen, ohne die Struktur in der Fläche infrage zu stellen. Ich glaube, das möchte niemand. Deswegen verbinde ich mit dem Dank für die bisherige Behandlung auch die Bitte, in Zukunft das Notwendige zu tun, damit die Justiz auch in der Zukunft diese hervorragenden Leistungen der Vergangenheit erbringen kann. Die Leistungen sind ausgezeichnet; da gibt es keinen Zweifel. Wir sind eigentlich bei allen Verfahren, die die Menschen besonders interessieren – erstinstanzliche Verfahren im Zivilrecht wie im Strafrecht, beim Amtsgericht wie beim Landgericht –, auf vorderen Plätzen – in drei Fällen auf Platz 1 und in einem Fall auf Platz 2. Das ist schon eine absolut glänzende Leistung, und so soll es auch in Zukunft bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das gilt besonders auch für den Bereich des Strafvollzugs. Die Mitarbeiter dort haben unseren speziellen Dank für ihre schwierige Tätigkeit verdient. Wir haben im Strafvollzug im allgemeinen Vollzugsdienst bekanntlich keine einzige Stelle abgebaut. Wir haben teilweise Stellen im Werkbereich geschaffen. Auch dort gilt natürlich: Sollte die künftige Entwicklung so verlaufen, dass wir zusätzliche Haftplätze in Betrieb nehmen, wird es nicht ohne zusätzliches Personal gehen.

Auch zu den Leistungen des Strafvollzugs möchte ich Ihnen eine Zahl nennen: Die Zahl der Entweichungen – man kann natürlich immer nur froh sein, dass das Rednerpult hier aus Holz ist – ist in den letzten sechs Jahren um 90 % zurückgegangen – von 30 auf 3 im letzten Jahr. Das ist schon eine erstaunliche Verringerung. Auch dafür herzlichen Dank an diejenigen, die das zuwege bringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es hat aber auch ein Stück Belohnung gegeben. Im allgemeinen Vollzugsdienst gab es ein Beförderungsprogramm, wie es kein anderes Bundesland aufweisen kann, und wir werden im neuen Haushalt auch im mittleren und im gehobenen Dienst einige Stellenhebungen haben, dort, wo die Wartezeiten am längsten sind.

Übrigens noch ein Wort zum Strafvollzug und zur Richtigkeitsgewähr dessen, was wir vorhin gehört haben. Es

(Minister Dr. Goll)

war von „Schwitzen statt sitzen“ die Rede und davon, dass die Bewährungshilfe Stuttgart dafür kein Geld bekommen würde. Das ist ein großer Irrtum. Wir geben im neuen Haushalt für „Schwitzen statt sitzen“ um die 230 000 € aus, und davon bekommt die Bewährungshilfe Stuttgart 110 000 €. Das sind Neuheiten, die wir seit wenigen Jahren praktizieren. Aber dass man sich dann einfach hinstellt und sagt, die Bewährungshilfe Stuttgart bekomme nichts,

(Abg. Alfred Haas CDU: Bebber, zuhören!)

das kennzeichnet leider die Qualität dieses Beitrags.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Wir können auch gern so weitermachen; dann stelle ich mich halt nur hin, korrigiere die Fehler und gebe Nachhilfeunterricht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Herrn Bebber interessiert das nicht!)

Meine Damen und Herren, von besonderer Bedeutung für uns ist die innere Sicherheit, über die heute schon gesprochen worden ist. Nach meiner festen Überzeugung ist die Freiheit nicht ohne Sicherheit denkbar. Deswegen haben wir auch einiges in diesem Bereich getan.

Ich komme da auf Äußerungen des Ulmer Leitenden Oberstaatsanwalts zurück, die, aus welchen Beweggründen auch immer, durch die Presse gegangen sind; ich möchte das gar nicht kommentieren. Ich möchte Ihnen nur eines klar sagen: Was die Kriminalitätsentwicklung angeht, ist dieses Land aus den verschiedensten Gründen schon ein Stück weit privilegiert. Das liegt nicht nur an der konsequenten Verfolgung durch die Justiz; es liegt auch an den Umständen.

Die Hauptstadt Stuttgart hat eine Kriminalität wie vor etwa zehn Jahren. Das muss man sich einmal überlegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Ist das viel oder wenig, Herr Minister?)

– Das mögen Sie selbst beurteilen. Es ist jedenfalls nur ein Bruchteil der Kriminalität in den nördlichen Stadtstaaten; da gibt es ja unglaubliche Unterschiede zwischen den Ländern.

Ich sage einmal, wir haben – Gott sei Dank! – keine explosive Entwicklung der Kriminalität. Wir haben aber eine deutliche Entwicklung der Technik und der Arbeitsmethoden. Wir haben zum Beispiel für die kleinere Kriminalität die standardisierten Verfahren entwickelt, die es möglich machen, konsequent große Fallzahlen effektiv zu behandeln.

Vor diesem Hintergrund – ich nehme dazu, dass bei uns keine Staatsanwaltschaft abgebaut wurde, dass sogar in kleinen Stücken immer wieder Stellen dazu gekommen sind – halte ich diese Kritik von einer Führungskraft – das muss ich auch sagen – für schlicht und einfach nicht berechtigt. Von allen Dienstleistungsbetrieben wird erwartet, dass sie von Jahr zu Jahr etwas mehr leisten, und ich habe Ihnen die Daten der Kriminalität und der Personalentwick-

lung genannt. Zwar haben die Staatsanwaltschaften mit ihrem jetzigen Geschäft eine Menge Arbeit; aber das haben natürlich auch alle Bediensteten des Landes Baden-Württemberg, und so soll es auch bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Ich möchte an dieser Stelle nicht auf alle Punkte eingehen, die vorhin angesprochen worden sind. Aber gestatten Sie mir, noch einen Bereich herauszugreifen, was die innere Sicherheit anbelangt.

(Unruhe – Abg. Capezzuto SPD: Ruhig!)

Wir setzen uns in Baden-Württemberg besonders für einen verbesserten Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Sexualstraftätern ein. Wir haben bei diesen Delikten in Baden-Württemberg leidvolle Erfahrungen gemacht. Wir wollen, dass wegen der großen einschlägigen Rückfallgefahr beispielsweise Exhibitionisten wie alle Sexualstraftäter und Spanner in die DNA-Analyse-Datei aufgenommen werden. Da gibt es Vorstöße von mir im Bundesrat. Man hat sie erst einmal ziemlich wachsweiß abgefangen.

Ich sage Ihnen bei dieser Gelegenheit: Was die bisherigen Möglichkeiten der DNA-Speicherung angeht, sind wir in Baden-Württemberg bekanntlich mit vorn, wohingegen andere Länder – ich brauche Ihnen gar nicht zu sagen, welche – bisher so gut wie nichts gemacht haben und sich zunächst der Ausweitung auch entgegenstemmen.

(Abg. Bebber SPD: Sie sind einfach ein Mordskerl! – Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Vielen Dank für dieses Stichwort. Ich glaube nicht, dass ich ein Mordskerl bin.

(Zuruf von der SPD: Das Einzige, was Sie nicht glauben!)

Aber das, was Sie mir neulich ans Hemd zu kleben versucht haben – das waren Sie, und das war auch Frau Weckenmann; ich sehe sie im Moment nicht –, müsste man im Grunde genommen schon als perfide bezeichnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Bebber SPD: Wie bitte?)

Wir haben hier – das ist bekannt – ein Gesetz zum Schutz der Gesellschaft vor besonders gefährlichen Straftätern, insbesondere Sexualtätern, gemacht. Dieses Gesetz ist bundesweit noch einmalig; aber andere Länder folgen im Moment. Sie wissen genau, dass ich, so sage ich einmal, mit dafür verantwortlich war, dass wir damit schon jetzt ein höheres Schutzniveau in Baden-Württemberg haben als jedes andere Bundesland.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben das Schutzniveau doch wieder heruntergedrückt!)

Wir können mit dem Gesetz nicht jeden Fall erfassen – dazu, wie man es weiter verbessern kann, komme ich gleich noch –; aber es gehört schon einiges dazu, dieses Gesetz zunächst misstrauisch zu begleiten und es nicht zu unterstützen.

(Minister Dr. Goll)

Hätten wir in das Gesetz mehr geschrieben, hätten Sie sich hier nicht lauwarm enthalten, sondern Sie hätten – ich sage Ihnen, das wäre so sicher gewesen wie das Amen in der Kirche – dagegen gestimmt. Jetzt aber sagen Sie, ich sei dafür verantwortlich, dass in Baden-Württemberg gefährliche Sexualstraftäter entlassen würden. Das möchte ich nach dem, was Sie im Vorfeld getan haben, als perfide bezeichnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Heuchlerisch ist das! – Zuruf des Abg. Bebber SPD – Abg. Birzele SPD: Sie haben die Anträge abgelehnt!)

Dazu muss man aber auch wissen,

(Abg. Bebber SPD: Sie wenden Ihr eigenes Gesetz nicht an!)

dass sich diese Seite des Hauses vorher genauso wenig sachlich informiert wie bei allen anderen Punkten. Zum Beispiel haben Sie Täter einbezogen, die gar keine Sexualtäter waren. Sie aber sagen: Der Goll lässt die Sexualtäter laufen. Sie haben die Fälle gar nicht angesehen.

(Abg. Bebber SPD: Wie soll man sie ansehen? Sie haben uns keine Auskunft gegeben!)

Ein erheblicher Prozentsatz davon betraf überhaupt keine Sexualtäter. Bei anderen Tätern haben die Voraussetzungen – –

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

– Lieber Herr Bebber, hören Sie bitte noch einen Moment zu, weil das Ihre Seite betrifft. Das ist der letzte Punkt, den ich etwas breiter ansprechen möchte. Es geht um Ihre Unterstützung in der Zukunft. Die will ich sehen.

Wir haben in etlichen Fällen diese Anträge. Zwei Anträge laufen jetzt. Ich habe gesagt, zwei bis vier Anträge werden es pro Jahr. So wird es auch sein. Wir haben diese Anträge zum Teil nicht zur Strafvollstreckungskammer weitertragen können, weil die Voraussetzungen gefehlt haben. Die Voraussetzungen ergeben sich daraus, dass wir an die bundesgesetzliche Sicherungsverwahrung anknüpfen, aber sagen, man solle sie auch später noch anordnen können. Diese bundesgesetzliche Sicherungsverwahrung ist davon geprägt, dass man praktisch immer eine zweite schlimme Tat abwarten muss. Das will ich nicht mehr.

Deswegen haben wir jetzt einen Entwurf in den Bundesrat eingebracht, der dort am Freitag behandelt wird, in dem wir die Sicherungsverwahrung modifizieren. Wir bieten dem Bund noch einmal an, das bundesweit zu machen, weil es besser wäre, das bundesweit zu machen. Wir sagen gleichzeitig, das solle auch dann möglich sein, wenn jemand eine besonders schlimme Tat begangen hat, sich im Vollzug entsprechend benimmt, therapieresistent ist und dann zwei Gutachter bestätigen, dass er noch gefährlich ist. Dann kann er nicht entlassen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage Ihnen jetzt: Ich bin gespannt, ob wir Ihre Unterstützung dafür bekommen werden.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Einstweilen war es hier natürlich so wie immer: Man war nicht informiert. Als der Herr Ministerpräsident und ich diesen Vorstoß vorgetragen haben, hat Herr Bebber noch gebetsmühlenartig über dpa verbreiten lassen: Die wollen nur von den Mängeln ihres Landesgesetzes ablenken, die sollen den Bund doch in Ruhe lassen. Am Abend hat der Bund gesagt, dass er sich bewege. Das kann natürlich damit zusammenhängen, dass wir in einem Wahljahr sind, meine Damen und Herren. Aber der rot-grüne Tanker bewegt sich in dieser Frage des Schutzes vor gefährlichen Tätern ein Stück weit. Ich stelle anheim, ob Sie diesen Prozess als freiwillig bezeichnen möchten oder nicht. Wir werden den Druck darauf halten.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben doch Ihr eigenes Gesetz restriktiv ausgelegt! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Der Bebber hört heute Abend wieder schlecht!)

Die nächste Debatte am Freitag in Berlin wird ein Prüfstein sein.

(Zuruf)

– Nein, das ist natürlich völliger Unsinn.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Markenzeichen baden-württembergischer Justizpolitik ist und bleibt, dass hier im Land mit Ihrer Unterstützung, mit Unterstützung dieser Hälfte des Hauses alles getan wird, um Rechtsfrieden und innere Sicherheit so zu gewährleisten, dass wir jederzeit sagen können: In keinem anderen Bundesland gelingt das besser als in diesem. Das können wir nach den objektiven Daten in diesem Bereich sagen. Das soll auch so bleiben. Ich bin zuversichtlich, dass das auf der Grundlage dieses Haushalts auch in Zukunft gelingt.

Ich bedanke mich beim Landtag. Ich bedanke mich besonders bei den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für die gute Zusammenarbeit. Dank sage ich an die Abgeordneten des Finanzausschusses, insbesondere auch an unseren Berichterstatter, Herrn Abg. Herrmann.

(Abg. Capezzuto SPD: Moser!)

Ich bedanke mich bei den Bediensteten des Ministeriums für ihre Arbeit, und last, not least, bei allen, die den Erfolg dieser Arbeit – ich konnte Ihnen von erfreulichen objektiven Daten berichten – garantieren, nämlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der baden-württembergischen Justiz.

Ihnen allen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit zu später Stunde.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 05 – Justizministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/655. Änderungs- und Entschließungsanträge liegen nicht vor.

(Abg. Capezzuto SPD: Gott sei Dank!)

Ich rufe auf

Kapitel 0501

Ministerium

Wer dem Kapitel 0501 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0502

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel 0502 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0502 wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Capezzuto SPD: Na also!)

Ich rufe auf

Kapitel 0503

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Wer dem Kapitel 0503 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0503 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0504

Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0504 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0505 bis 0507

Wer diesen drei Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

Wer dem Kapitel 0508 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Ich stelle fest, dem Kapitel 0508 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0510

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Wer dem Kapitel 0510 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Einstimmig! – Abg. Capezzuto SPD: Wiederholen!)

– Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt. Vielleicht hatte ich das übersehen.

Ich rufe auf

Kapitel 0511

Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets

Wer dem Kapitel 0511 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0512

Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Wer dem Kapitel 0512 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 05 abgeschlossen und Buchstabe d der Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Vereinzelt Beifall)

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 31. Januar 2002, 9:30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:08 Uhr